

Liebe ist  
ein großer  
in vielen

And. Springer Verlag AG, Post 10 08 84, 4300 Essen 1, Tel. 020 54 / 10 11  
Wichtig: Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28)  
204-1 / Anzeigenabteilung Köln (02 23) 10 15 24 / Vertriebsabteilung  
Hamburg (040) 547-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr., Frankreich 7,00 F., Griechenland 150 Dr., Großbritannien 65 p.,  
Italien 1500 L., Jugoslawien 600,00 Din., Luxemburg 25,00 Fr., Niederlande 1,20 fl.,  
Norwegen 2,50 skr., Österreich 13,50 Sch., Portugal 150 Esc., Schweden 3,00 Kr.,  
Schweiz 2,50 sfr., Spanien 170 Ptas., Tschechoslowakei 150 Kčs., Türkei 150 TL.

## Heute in der WELT

### Schielen früher behandeln

Bei der Einschulung wird bei fast jedem fünften Schulkind festgestellt, daß es schielt. Doch in diesem Alter ist es meist zu spät für eine erfolgreiche Behandlung. Eine solche Sehschwäche kann schon kurz nach der Geburt erkannt werden. Ein neues Verfahren macht dies erstmals möglich. Seite 6

### Die Analyse des Generalinspektors

Generalinspekteur Wolfgang Altenburg warnt im zweiten Teil seiner Analyse zur Zukunft der Bundeswehr vor allem vor einer Verringerung der derzeitigen Streitkräfte. Die Bundeswehr bewege sich bereits jetzt am Rande des „operativen Minimums“, das 456 000 Soldaten erfordere. Seite 6

## POLITIK

**UNO:** Der Weltfriedensrat will nach Angaben von Diplomaten UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar (Foto) auffordern, sein Mandat weitere fünf Jahre fortzuführen. Es wird damit gerechnet, daß der 67 Jahre alte Peruaner einwilligt.



**Verhaftet:** Sieben Mitglieder der Jazz-Sektion des Verbandes der tschechoslowakischen Musiker sind in Prag wegen „illegaler geschäftlicher Unternehmungen“ verhaftet worden. Die Sektion wurde 1978 verboten, hat aber ihre Arbeit nicht eingestellt.

**Afghanistan:** Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz bezieht sich um die Einrichtung eines Rehabilitationszentrums in Kabul, um dort Opfer des Kriegs zu behandeln. Es will versuchen, seine Aktivitäten auch auf die Provinzen auszuweiten.

**Abkommen:** Moskau und Peking haben ein Konsularabkommen und ein Abkommen über die Zusammenarbeit ihrer Plankommissionen unterzeichnet. Die neuen Vereinbarungen seien „inhaltlich reicher“ als die aus 1959.

**Manöver:** Westliche Delegierte der Stockholmer Konferenz über Abrüstung und Vertrauensbildende Maßnahmen in Europa (KVAE) beobachten Militärmärsche der Warschauer Pakt in der CSSR. Erstmals seit 1979 wurden Vertreter aus NATO-Staaten vom Osten eingeladen. (S. 10)

**Entführung:** Im vorwiegend von Moslems bewohnten Westteil Beirut ist offenbar der örtliche Leiter des „Lions Club“, Victor Kano, ein libanesischer Christ syrischer Herkunft, verschleppt worden. Er wurde von drei Unbekannten in ein Auto gezerrt. Kano betreut 34 Clubs in Libanon und Jordanien.

## WIRTSCHAFT

**Kritik:** Enttäuscht ist der Bundesverband der Freien Berufe darüber, daß die freien Berufe im Wahlprogramm-Entwurf von CDU und CSU „nicht einmal verbal“ stattgefunden, geschweige denn, daß zu ihren Problemen etwas gesagt werde. (S. 11)

**Milch:** Die EG-Kommission hat wegen der überbordenden Milchproduktion in der Gemeinschaft die Notbremse gezogen. Sie schlug dem Ministerrat vor, die staatliche Aufkaufverpflichtung für Butter und Magermilchpulver aufzulockern und die Produktionsquoten für die Milchzeuger strikter zu handhaben. (S. 11)

**Börse:** Aktienmärkte und Rentenmarkt präsentierten sich gestern stabilisiert. WELT-Aktienindex

282,63 (282,00). BHF-Rentenindex 107,510 (107,441). BHF-Performance-Index 107,270 (107,172). Dollar-Mittelkurs 2,0611 (2,0647). Mark-Goldpreis je Feinunze 418,50 (409,25) Dollar.



## KULTUR

**Venedig:** Bei den 43. Filmfestspielen ist der Film „Le rayon vert“ („Der grüne Strahl“) von Eric Rohmer mit dem „Goldenen Löwen“ ausgezeichnet worden. Der 66 Jahre alte französische Regisseur dieser Komödie war in den 50er Jahren einer der Mitbegründer der „Neuen Welle“. (S. 21)

**Misere:** Private Sponsoren spielen eine immer größere Rolle bei den sich doch eigentlich aus wohlgefüllten Subventionen nährenden Opernhäusern. Doch der Segen ergibt sich sehr ungleich über die Theaterlandschaft - und überall scheint er auch nicht willkommen zu sein. (S. 21)

## SPORT

**Motorsport:** Nach den Engagements in der Formel 1 und der Langstrecken-Weltmeisterschaft wird das Stuttgarter Automobil-Unternehmen Porsche jetzt auch in die amerikanische Jetz-Serie einsteigen. Ein entsprechender Motor ist schon in der Entwicklung. (S. 8)

**Schießen:** Bei den Weltmeisterschaften in Suhl („DDR“) gewann der 29 Jahre alte Polizeibeamte Michael Heine aus Ronneberg die Bronzemedaille im English Match. Bei dem Wettbewerb über 60 Schuß liegend fehlte ihm nur ein Zehntelring zum zweiten Platz. (S. 8)

## AUS ALLER WELT

**Jugend:** Von der Wandervogelbewegung um die Jahrhundertwende bis zu den Punkern (Foto) er-



streckt sich das Panorama: „Schock und Schöpfung“ nennt sich eine Ausstellung, die im Kunstverein und im Kunsthaus Hamburg gezeigt wird. Alle dargestellten Jugendphänomene haben eines gemeinsam: die anti-bürgerliche Haltung und den Versuch, sich von der Welt der Erwachsenen absetzen zu wollen. (S. 22)

**Mafia:** Die „Kommission“ beschloß, wann bestimmte Familienmitglieder bestraft werden sollten, sie teilte Einfluß-Sphären und Regionen zu. Hohe Mafia-Bosse, die derzeit in New York vor Gericht stehen, bestachen auch städtische Beamte. (S. 22)

**Umwelt - Forschung - Technik** Seite 6  
**Leserbriefe und Personalien** Seite 7  
**Fernsehen** Seite 20  
**Wetter: Kühl** Seite 22

# Kohl würdigt Schmidt als „große politische Gestalt“

Generaldebatte im Bundestag / Kanzler warnt vor SPD-„Horror szenarien“

GÜNTHER BADING, Bonn  
In der Generalaussprache über die Politik der Bundesregierung am zweiten Tag der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages hat Bundeskanzler Helmut Kohl eine positive Bilanz seiner vierjährigen Amtszeit gezogen und für die Bundestagswahl eine „Richtungsentscheidung“ angekündigt. Die Redner von Union und FDP machten bei der SPD einen Wandel aus. Anlaß für diese Behauptung war neben dem beginnenden Bundestagswahlkampf auch der Auftritt des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt, der seine Abschiedsrede hielt.

In seiner knapp zweistündigen Ansprache ging der Altkanzler zunächst auf die Politik der Bundesregierung ein. Bei der Konsolidierung des Haushalts setzte die Bundesregierung auf Einsparungen am falschen Ort und auf die Inanspruchnahme der Gewinne der Deutschen Bundesbank. Diese müsse ein Signal für eine Zinssenkung setzen. Anschließend verteidigte Schmidt die von ihm als Kanzler bis zum Oktober 1982 betriebene Politik, sei es im Bereich der äußeren

Sicherheit, in der Wirtschaft oder der Sozialpolitik. Den zweiten Teil seiner Ausführungen stellte Schmidt erkennbar unter das Stichwort „Verständnis“. Er mahnte zur Gemeinsamkeit der Demokraten und forderte, daß alle Parteien koalitionsfähig bleiben müßten.

Bundeskanzler Kohl wie auch der FDP-Vorsitzende Bangemann, der unmittelbar nach Schmidt sprach, und CSU-Landesgruppenchef Waigel

SEITE 3 und 4:  
Weitere Beiträge

bekundeten Schmidt ihren Respekt für diesen Teil seiner Rede wie auch für seine Lebens- und Arbeitsleistung als Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland. Kohl nannte Schmidt einen der „großen“ Parlamentarier und der großen politischen Gestalten der Republik.

In den Mittelpunkt seiner Bilanz stellte der Kanzler wie zuvor CDU/CSU-Fraktionschef Brücher, der die Aussprache mit der Äußerung begann, daß die jetzige Legislaturperiode eine der

„erfolgreichsten der Nachkriegszeit“ gewesen sei, die positive wirtschaftliche Lage. Bei seinem Amtsantritt habe ihm die SPD-geführte Regierung „depressive Stimmung, Pessimismus und ein Übergangsszenario“ hinterlassen. Die Opposition entwickle zwar „Horror szenarien“, an denen sie sich in den eigenen Zirkeln berausche. „Im Lande draußen glaubt Ihnen das aber kein Mensch.“ Auch der SPD werde es nicht gelingen, bei strahlendem Sonnenschein der Bevölkerung weismachen, es sei Nacht, Sturm und Schnee.

Der FDP-Vorsitzende Bangemann, der sich wie die Unionsredner eindeutig zur Fortsetzung der Koalition bekannte, machte im wirtschaftspolitischen Teil seiner Rede deutlich, daß die Bundesregierung ungeachtet der in der EG geführten Diskussion um Einzelmaßnahmen gegen Pretoria nicht an einen umfassenden Wirtschaftsboykott gegen dieses Land denke. Wer einen solchen Boykott fordere und dies moralisch begründe, müsse ähnliche Maßstäbe auch für andere Länder anlegen, in denen Menschenrechte verletzt würden.

## Katholikentag erwartet 100 000 Gäste

Bischof Hemmerle: Wir wollen in Aachen nicht weggehen von den Fragen der Zeit

HENK OHNESORGE, Aachen  
Feierliches Geläut von allen Kirchen der Stadt hat gestern den 89. Deutschen Katholikentag eröffnet. Auf einer Kundgebung auf dem Markt, die auf weitere vier Plätze übertragen wurde, unterstützte Staatsminister Hans Meier, Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, zur Begrüßung, das Leitwort „Dein Reich komme“ sei eine „befreiende Botschaft für den Einsatz der Christen in der Welt“.

Der Aachener Bischof Klaus Hemmerle, der auf die gleichzeitig mit dem Katholikentag durchgeführte Heiligschritt hinwies, forderte: „Wir wollen auf dem Aachener Katholikentag nicht weggehen von den Fragen der Zeit, sondern hingehen zu den Fragen der Zeit. Wer um Gottes kommenden Reich bittet, der bittet um eine Zukunft, die sich nie in der irdischen Gegenwart ganz einlöst. Gerade das aber gibt Gelassenheit und Mut“.

Für die Weltkirche sprachen der irische Oberhirte Thomas Kardinal

O’Faich und der slowenische Erzbischof Alois Sustar.

Mit dem heutigen Donnerstag beginnt der Katholikentag mit seiner Arbeit. Er wird am Sonntag zuende sein. Nach letzter Zählung haben sich 35 000 Dauerteilnehmer angemeldet. Beim Katholikentag 1984 in München

SEITE 2 und 4:  
Weitere Berichte

waren es noch 65 000 gewesen. Insgesamt wird mit etwa 100 000 Besuchern des Katholikentages in Aachen gerechnet.

Das Programm umfaßt die Themenbereiche „Weltkirche“, „Technik und Verantwortung für die Zukunft des Lebens“, „Europa“, „Geistliche Gemeinschaft“, und „Sozialer Katholizismus“. Bei den Dauerteilnehmern ist, soweit sie Präferenzen angaben, „Weltkirche“ mit 30 Prozent von größtem Interesse, gefolgt von „Technik und Verantwortung für die Zukunft des Lebens“ und „Geistliche Gemeinschaft“ mit je 25 Prozent. Ob-

gleich hier aktuelle Fragen wie Arbeitslosigkeit und das soziale Netz insgesamt erörtert werden sollen und viele Politiker sich daran beteiligen, liegt das Interesse für den Themenbereich „Sozialer Katholizismus“, wie auch für „Europa“, bei den Dauerteilnehmern bisher nur bei jeweils zehn Prozent.

Höhepunkte des Aachener Katholikentages werden vor allem die abendlichen Kundgebungen sein. Heute sprechen Veronica Carstens, die Frau des Altbundespräsidenten, und Rita Waschbüsch auf einer Kundgebung für das unbegabte Leben. Auf der „Europa“-Kundgebung am Freitagabend wird sich Bundespräsident Richard von Weizsäcker zu „Europas Beitrag für eine menschliche Welt“, der Krakauer Oberhirte Kardinal Macharski zu „Europas Zeugnisse einer erlebten Welt“ äußern. Für die Hauptkundgebung am Samstagmittag haben Bundeskanzler Helmut Kohl und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau zugesagt.

## Bonn ermittelt gegen Militärattache

Müller-Borchert verteidigt Regime in Chile / Geißler schickt Telegramm an Pinochet

Kad/DW, Bonn/Santiago  
Die deutsche Botschaft in Chile wird erneut durch einen Eklat des Militärattaches, Oberstleutnant Müller-Borchert, belastet. Der stellvertretende Generalinspekteur der Bundeswehr, Junkerth, hat persönlich die Ermittlungen gegen den scheidenden Offizier übernommen, der während einer Ordensverleihung in Anwesenheit des deutschen Botschafters den „internationalen Kommunismus“ für die „terroristischen Aktionen“ in Chile verantwortlich gemacht und der internationalen Presse eine verzerrende Berichterstattung über Chile vorgeworfen hatte. Der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Wilder, betonte gegenüber der WELT, die Angelegenheit werde mit „großem Ernst und allem Nachdruck“ verfolgt.

Wie das Auswärtige Amt auf Anfrage der WELT mitteilte, hatte der neue deutsche Botschafter, Horst Kullak-Ublick, den Militärattache zuvor ausdrücklich angewiesen, sich lediglich für den Orden zu bedanken und sich politischer Äußerungen zu enthalten. Als Müller-Borchert dagegen verstieß, verließ Kullak-Ublick demonstrativ die Veranstaltung. Der Militärattache hatte erst vor wenigen Wochen durch positive Äußerungen über das Militärregime Unmut in Bonn hervorgerufen.

Zwei Tage nach dem mißglückten Anschlag hat Präsident Pinochet auf einer Massenkundgebung eine Volksbefragung angekündigt, in der über neue Gesetze abgestimmt werden soll, die ihm Befugnisse im Kampf gegen den Terrorismus einräumen sollen. Während Oppositionskreise

Zu einer Panik kam es, als 40 Meter von der Tribüne entfernt Bomben mit Reißgas explodierten. Versuche von Regimegegnern, eine Gegendemonstration zu organisieren, waren im Keim erstickt worden.

CDU-Generalsekretär Geißler hat in einem Telegramm an Pinochet das Attentat verurteilt und den General aufgefordert, den Anschlag als „Mahnmal“ anzusehen. Eine Politik, die die demokratische Opposition mit den Verfechtern von Gewalt und Terrorismus in einen Topf werfe, verurteilt er. „Lassen Sie es nicht zu, daß Terror mit Gegenterror beantwortet wird“.

Etwa 30 Exil-Chilenen, unter ihnen ehemals führende Politiker der Allende-Regierung, haben versucht, nach Chile einzureisen. Sie wurden auf dem Flughafen gezwungen, nach Argentinien zurückzukehren. Sie hatten ursprünglich die Witwe Allendes begleiten wollen, die ihre Heimkehr jedoch kurzfristig abgesagt hatte.

SEITE 2:  
Undiplomatischer Attache

Die Zahl der Teilnehmer auf „höchstens 30 000“ schätzte, sprach die Regierung von Hunderttausenden, die vor dem Präsidentenpalast Hochrufe auf Pinochet ausbrachten und mit Spruchbändern gegen den „roten Terrorismus“ protestierten.

## Recht auf den „würdigen Tod“

DW, Berlin  
Das Für und Wider der Sterbehilfe von Ärzten für todkranken Patienten stand gestern im Mittelpunkt der Beratungen des 56. Deutschen Juristentages in Berlin. Durch Referate und Diskussionen zog sich die Erkenntnis, daß auch noch so feinsinnige rechtliche Bestimmungen den Ärzten nicht die Entscheidung abnehmen könnten.

Am deutlichsten formulierte dies Chefarzt Professor Hans-Dieter Hierse aus Kaiserslautern. Juristen dürften mit Regelungen „nicht bis ins Sterbezimmer vordringen“. Den Ärzten gebe es in erster Linie um Hilfe gegen das Leid. Doch aus Angst vor Strafe verabschiedeten sie gegenwärtig viel zu wenig schmerzstillende Medikamente. Übereinstimmung bestand in dem Grundsatz, das Recht auf ein Leben in Würde gebiete auch einen würdigen Tod. Passive Sterbehilfe sollte straflos bleiben.

Seite 4: Nicht zum Recht gekommen

## Rechnungshof rügt Albrecht

DW, Hannover  
Harte Kritik an der zunehmenden Verschuldung des Landes Niedersachsen hat in Hannover der niedersächsische Landesrechnungshof geübt. Wie die Behörde in ihrem Bericht für das Haushaltsjahr 1984 erklärte, hat sich der Schuldenstand des Landes des Jahres 1970 auf 29,8 Milliarden Mitte 1985 mehr als verdreifacht. Die Lasten hätten damit einen Punkt erreicht, der nicht überschritten werden sollte. Niedersachsen müsse täglich 6,6 Millionen Mark Zinsen für seine Schulden bezahlen.

Einen Schuldbürgerstreik deckte der Rechnungshof beim Bau einer Doppelgarage für Hausmeister einer Technischen Universität auf. Das Staatshochbauamt gab für den Bau mehr als 41 000 Mark aus, so daß für die Doppelgarage eine Kostenmiete von etwa 250 Mark pro Monat entstand.

## „RTL plus“ zieht nach Deutschland

DW, Luxemburg/Gütersloh  
Mit der Gründung des privaten Fernsehsenders „RTL plus Deutschland Fernsehen GmbH und Co. KG“ ist der erste Schritt für den geplanten Umzug von „RTL plus“ von Luxemburg nach Deutschland getan. „RTL plus Deutschland“ wird sich um die Vergabe erdgebundener Frequenzen und eines Satelliten-Kanals bewerben. Über den Firmensitz ist noch nicht entschieden; im Gespräch sind Hamburg, Berlin und München.

Die Gesellschafter mit einem Kapital von 25 Millionen Mark sind die UFA Film- und Fernseh-GmbH (Bertelsmann-Gruppe) mit 39,9 Prozent, die Zeitungsgruppe WAZ mit zehn Prozent sowie die Deutsche Bank treuhänderisch mit vier Prozent. Größter einzelner Gesellschafter bleibt die Compagnie Luxembourgeoise de Télédiffusion (CLT) mit 46,1 Prozent. Die vier Prozent der Deutschen Bank sollen an deutsche Interessenten veräußert werden.

## DER KOMMENTAR

### Wo war Rau?

GÜNTHER BADING

Es war, als sähe man die Wiederholung eines alten Films: Helmut Schmidt am Rednerpult des Parlaments. Auch die Themen ähnelten jenen aus der Zeit vor dem Regierungswechsel 1982. Schmidt plauderte ganz Weltökonom, über internationale Wirtschaft, Zahlungsbilanzen, Ölpreise, über Ostbeziehungen, Abrüstung und Sicherheitspolitik. Der Alt-Kanzler hielt eine Rechtfertigungsrede für seine Politik bis 1982. Er verwahrte sich gegen den im Wort von der „Erblast“ enthaltenen Vorwurf, nicht alles, aber doch viel falsch gemacht zu haben. Ohne dieses Wort mochten die Sprecher der Regierungskoalition, auch Bundeskanzler Kohl, jedoch nicht auskommen. Zu recht sicherlich, denn die positive Bilanz von vier Jahren emsiger Reparaturarbeit gewinnt erst vor dem Hintergrund der 1982 übernommenen Hypothesen Glanz.

Die Mahnungen waren wohlgesetzt, ihr Adressat war jedoch auch und vor allem Schmidts eigene Partei. Mit dieser SPD, wie sich nach ihrem jüngsten Parteitag darstellt, hat dieser Mann nur

noch wenig gemein. Nur scheinbar wandte sich der Altkanzler an das ganze Parlament. Die Sozialdemokraten waren gemeint, wenn die Dominanz der Ideologie vor der Dominanz der Pragmatik klagte; sein Appell an die Gemeinsamkeit der Demokraten, die Mahnung zum „politischen Pragmatismus in moralischer Absicht“ waren an jene SPD gerichtet, die 1982 den Verlockungen eines wählerwirksamen scheinenden Trends zum rot-grünen Flirt erlagen, die sich von der von der Marktwirtschaft und dem Bündnis entfremdeten.

In der letzten parlamentarischen Generalabrechnung vor der Bundestagswahl legte Kohl einen klaren Rechenschaftsbericht vor. Schmidt sprach für sich selbst, nicht für die SPD, sondern zu ihr. Und Johannes Rau? Der Kanzlerkandidat pflanzte in Düsseldorf ein Bäumchen. Man hat ihm im Bundestag - wiederum - sehr herzlich vermisst. Das Risiko eines Rau-Auftritts liegt auf der Hand: Die Wandlung und Häutung der SPD in den letzten vier Jahren wäre jedermann peinlich offenbar geworden.

## DIW zeichnet ein positives Bild der Gemeindefinanzen

Städtetag verweist auf unterschiedliche Entwicklung

A.G. Berlin/Bonn  
Die Finanzlage der Gemeinden hat sich in den vergangenen Jahren spürbar gebessert. Das geht aus dem neuesten Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin hervor. Danach haben die kommunalen Haushalte in den vergangenen beiden Jahren mit Überschüssen abgeschlossen, nachdem es zuvor Defizite gegeben hatte, die im Jahre 1981 auf immerhin zehn Milliarden Mark angewachsen waren.

Sowohl der Deutsche Städtetag als auch der Städte- und Gemeindebund wiesen gestern auf Anfrage darauf hin, daß die Finanzentwicklung in den Ländern und Kommunen allerdings sehr unterschiedlich verlief. Sie sei zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen und dem Saarland nach wie vor defizitär. Die globale Verbesserung sei nur teilweise durch Einnahmesteigerungen erzielt worden, zum Teil aber durch Ausgabenkürzungen im Investitionsbereich.

Zur Diskussion um eine Reform des kommunalen Finanzsystems bemerkt das DIW, daß eine kommunale Wertschöpfungssteuer am ehesten

den Anforderungen an eine Neuordnung entsprechen würde. Diese Steuer, für die sich auch der wissenschaftliche Beirat des Bundesfinanzministeriums ausgesprochen hatte, setzt an der Leistung (Wertschöpfung) der örtlichen Wirtschaft an und würde eine kommunale Variante der Mehrwertsteuer darstellen. Der Grund für die Forderung nach einer Reform der Gemeindesteuer liegt in der starken Abhängigkeit der Kommunen vom Aufkommen der Gewerbesteuer, die als Ertragsteuer hohen Schwankungen unterworfen ist.

Das Finanzministerium erklärte hierzu, daß es grundsätzlich eine Änderung des Gemeindesteuersystems gegenüber aufgeschlossen sei, sofern eine Neuregelung den Erfordernissen und Erwartungen der Wirtschaft und Gemeinden entspreche. Diese Voraussetzungen seien aber bisher von keinem Modell erfüllt worden. Eine Beseitigung der Gewerbesteuer, wie sie in den meisten Reformvorschlägen und auch denen der niedersächsischen Finanzministerin Breuel gefordert wird, findet keine Gegenliebe beim Bundesfinanzminister.

## Hanau: Lecks im Kühlwassersystem

DW, Hanau  
Im unterirdischen Kühlwassersystem der Hanauer Nuklearabkühlreaktor-Brennelemente Union (RBU) gibt es offensichtlich Lecks. Die RBU teilte gestern auf Anfrage mit, daß täglich mehrere tausend Liter leicht radioaktiv verseuchten Wassers verdunsteten. Dabei handele es sich um maximal sechs Kubikmeter, dessen Radioaktivität 3,7 Becquerel pro Liter betrage. Das Unternehmen will nun die Radioaktivität aus dem Kühlwasser senken und ein anderes Kühlwassersystem installieren.

## Rom kontrolliert auch Diplomaten

DW, Rom  
Diplomatengepäck soll künftig an italienischen Flughäfen mit Metalldetektoren überprüft werden. Dies teilte Außenminister Andreotti im Anschluß an ein zweieinhalbstündiges Treffen mehrerer Minister mit dem Chef der Sicherheitskräfte mit, das Ministerpräsident Craxi angesichts der jüngsten Terroranschläge einberufen hatte. Italien ist das erste Land, das diplomatisches Gepäck kontrollieren wird. Wenn diese Überprüfungen anlaufen sollen, blieb zunächst unklar.

## Kubas Regierung verbietet Kleinanzeigen in Zeitungen

„Kapitalistisches Denken“ / Doch der Privatmarkt blüht

LIONEL MARTIN, Havanna  
Seit im kommunistischen Kuba Kleinanzeigen in Zeitungen verboten sind, nehmen Anbieter und Kunden auf andere Weise Kontakt miteinander auf. Sie schreiben ihre Kaufangebote oder -gesuche auf und kleben die Zettel dann auf Mauern oder Telefonmasten und überall dorthin, wo sie auffallen. Gebräuchtes vom Kindergarten bis zum Auto ist sehr gefragt, denn das Konsum-Angebot auf Kuba ist ziemlich lückenhaft. Angesichts fehlender Neubauten läuft auch der Wohnungs- und Hausaustausch auf diese Weise schwunghaft.

Die Tageszeitung „Tribuna de la Habana“ und die Monatszeitschrift „Opina“ waren bis vor zwei Monaten die einzigen Blätter Kubas, in denen Kleinanzeigen veröffentlicht werden durften. Das plötzliche Verschwinden der Anzeigen ist nie begründet worden. Doch vermuten kubanische Journalisten, es hänge mit der von Präsident Fidel Castro gestarteten Kampagne gegen die Korruption zusammen. Die Regierung gehe offenbar davon aus, daß Kleinanzeigen das

kapitalistische Denken förderten, der Fehlleist und dem Schwarzmarkt Vorschub leisteten.

Die Kleinanzeigen waren sehr beliebt. In der „Tribuna“ füllten sie täglich drei bis vier Seiten, und in „Opina“ ein Dutzend. Seit sie fehlen, seien die Auflagen beider Blätter beträchtlich gesunken, sagt ein Journalist. Warum sie verboten wurden, wollen oder können kubanische Funktionäre nicht sagen. Achselzucken ist die Antwort auf Fragen nach dem Grund, über den ein Pressesmann sagt, hier sei das „Kind mit dem Bade ausgeschüttet“ worden. Sicherlich gebe es Fehler und Schwarzhändler, die von den Anzeigen profitierten hätten, aber warum den Leuten die einzige Möglichkeit nehmen, zu kaufen, was sie in den Geschäften nicht bekommen? Doch auf dem privaten Markt wird so ziemlich alles gehandelt. Am häufigsten aber sind die „permutas“, die Wohnungs- oder Hausaustauschangebote und -gesuche. Da versuchen etwa Geschiedene ihre große Wohnung für zwei kleine loszuschlagen. Das ist in Kuba wie im Westen. (tr)



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Auch Japan macht mit

Von Rüdiger Moniac

Die Zustimmung der japanischen Regierung, öffentlichen und privaten Forschungslabors des Landes den Weg zur Kooperation mit der amerikanischen SDI-Forschung zu ebnen, versteht man in Bonner Regierungskreisen als Rechtfertigung für die eigene Haltung. Auch in Tokio hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß es wichtig ist, als Partner der USA die Möglichkeiten zur Neugestaltung der strategischen Balance zu untersuchen. Die Idee des Präsidenten Reagan, die Friedenssicherung allmählich auf die Verteidigung gegen Nuklearwaffen zu gründen statt auf die Drohung mit ihnen, überzeugte auch die Japaner. Sie erinnern sich an Hiroshima und Nagasaki. Umso leichter ist ihnen deshalb verständlich, warum Reagan das „Gleichgewicht des Schreckens“ mit strategischen Defensivsystemen überwinden will.

Die japanische Regierung hat erkannt, daß über Südostasien der Drogenschatten der sowjetischen SS-20-Mittelstreckenraketen deutlich wird und deshalb der Schulterschuß mit dem Verbündeten umso wichtiger ist. Wirtschaftlich gesehen schließlich weiß jeder japanische Industrielle, daß die Zukunft des Wohlstandes seines Landes auf der Fähigkeit beruht, technologische Spitzenleistungen exportieren zu können. Die SDI-Forschung verspricht technologische Durchbrüche auf vielen Gebieten. Japan möchte, indem es sich beteiligt, den Anschluß nicht verlieren.

Es ist dasselbe Interesse, das die Bundesrepublik, Großbritannien, Israel und – weniger offen – auch Frankreich dazu bewegen hat, die SDI-Kooperation zu suchen. Nun hängt es von der amerikanischen Bereitschaft ab, die Rahmenverträge so zu belegen, daß die Partner auch wirtschaftlichen Nutzen daraus ziehen können. Reagans Regierung wird in dieser Hinsicht noch manchen Widerstand im Kongreß überwinden müssen – wenn sie dies will. Man kann nur hoffen, daß das Wahlkreis-Interesse mancher amerikanischer Volksvertreter an Forschungsaufträgen ihnen nicht den Blick für die Notwendigkeit verstellt, den Zusammenhalt der westlichen Industrienationen auch über SDI zu sichern.

## Undiplomatischer Attaché

Von Bernd Conrad

Oberstleutnant Müller-Borchert, der scheidende deutsche Militärattaché in Chile, hat sich noch einmal ins Gerede gebracht. Schon vor einigen Wochen war er mit zumindest mißverständlichen Äußerungen über das Militärregime General Pinochets und dessen politische Gegner unangenehm aufgefallen. Diesmal wiegt der Fall schwerer, weil der neue deutsche Botschafter ihn ausdrücklich gebeten hatte, bei einer Ordensverleihung auf jede politische Bemerkung zu verzichten und sich nur zu bedanken.

Statt dessen klagte der Militärattaché den „internationalen Kommunismus“ als Schuldigen für das jüngste Attentat auf Pinochet an und beschuldigte die internationale Presse, die Lage in Chile „in schockierender Diskrepanz“ zur Wirklichkeit darzustellen. Offensichtlich – so wird Müller-Borchert in der chilenischen Presse zitiert – hätten nicht alle, „das Ziel dieser Mordorganisationen verstanden, das nicht Freiheit, Humanität und Demokratie heißt, sondern in der totalen Macht für wenige und Unterdrückung“ bestehe. „Deshalb sind wir alle potentielle Opfer dieser Mordgruppen.“

Noch während der Oberstleutnant sprach, verließ sein Botschafter aus Protest gegen dessen Verhalten die Veranstaltung. Das Bundesverwaltungsministerium in Bonn hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Angesichts dieses Aufwandes mag man einwenden, Müller-Borchert habe möglicherweise gar nicht so unrecht gehabt, falls wirklich kommunistische Untergrundkämpfer für das Attentat verantwortlich sein sollten. Doch so einfach liegen die Dinge nicht.

Denn die Äußerungen des Oberstleutnants können den Eindruck erwecken, als sei die gesamte Opposition gegen das Militärregime in Chile kommunistisch oder zumindest undemokratisch. Das ist natürlich keineswegs der Fall. Und so sehr die Anwendung von Gewalt durch Oppositionelle auch bedauert werden muß – dieser Grundsatz gilt natürlich ebenso für Pinochets Diktatur, die der chilenischen Bevölkerung freie Wahlen verweigert. Ein Attaché sollte fähig sein, das richtig zu beurteilen.

## So'ne und solche Bürger

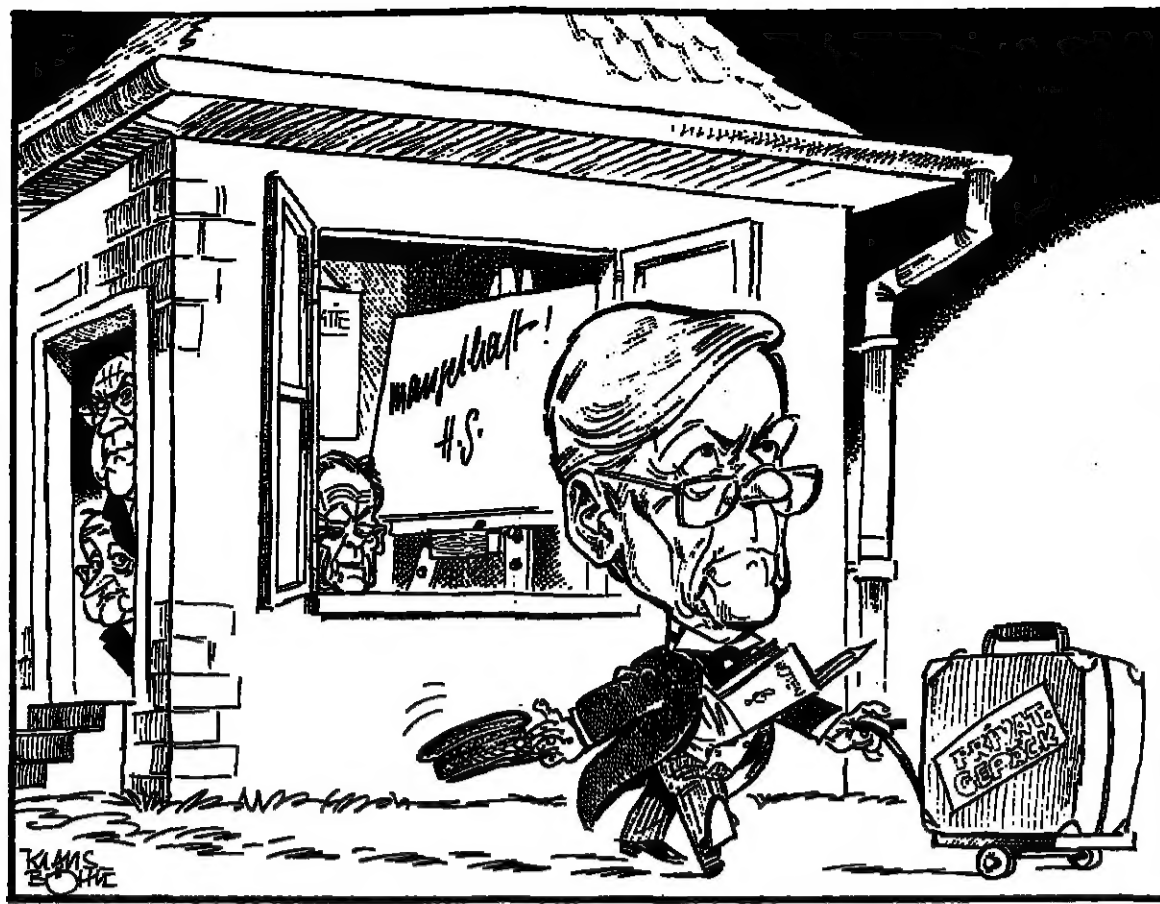
Von Uwe Bahnsen

Bürger – dieses Wort gehört zu den Vokabeln, die zu Wahlkampfzeiten ganz besonders strapaziert zu werden pflegen. Und die Aufforderung, das Gespräch mit den „Bürgerinnen und Bürgern draußen“ zu suchen und offensiv zu führen, zählt zum Standard-Repertoire eines jeden Politikers, der seine Partei im Kampf um Wählerstimmen zu motivieren sucht. Das alles gilt auch für die Spitzengegner der Hamburger SPD.

Der Landesvorsitzende der Sozialdemokraten in der Hansestadt, Ortwin Runde, hat allerdings bei der innerparteilichen Auftaktveranstaltung für den Bürgerschaftswahlkampf am Dienstagabend für eine interessante Differenzierung gesorgt. Im „Bürgerhaus“ in der SPD-Bastion Hamburg-Wilhelmsburg erklärte er den versammelten Funktionären seiner Partei, das besagte Bürgerhaus zeige „schon allein mit seinem Namen, daß es so'ne und solche Bürger gibt. Und weil wir Politik machen für solche Bürger und nicht für so'ne Bürger – deshalb sind wir heute hier!“. Runde fügte hinzu: „Und deswegen ist der Klaus von Dohnanyi auch hier in Wilhelmsburg in die Partei eingetreten!“

Auch SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau zählte zu den Rednern dieser Veranstaltung – wenngleich sein Auftritt aus Termingründen nur kurz war. Rundes Rede hat er nicht gehört. Vermutlich erfährt er also aus den Zeitungen, in welcher Weise seine Devise „Versöhnen statt spalten“ von der SPD in ihr Gegenteil verkehrt wird. Rau darf sich nicht wundern, wenn die Wähler de „Mitte zwar ihm persönlich Vertrauen schenken, seiner Partei aber mit Mißtrauen begegnen, wenn sie Gründe haben, sich zu „so'nen Bürgern“ zu zählen.

Was im übrigen Klaus von Dohnanyi bewegen hat, seine parteiinternen Zelte im Arbeiterviertel Wilhelmsburg aufzuschlagen, fragt sich so mancher seiner dortigen Genossen. Denn von dort ist es etwa eine Dreiviertelstunde Autofahrt bis zu seiner Wohnung am vornehmen Leinpfad im Stadtteil Winterhude. Es ist eine der Nobladressen in der Hansestadt, Domizil vornehmlich derjenigen, die Runde als „so'ne Bürger“ apostrophiert hat. Der ganze Mief des Klassenkampfdenkens spricht aus den Worten des SPD-Landesvorsitzenden.



KLAUS BÖHLE

## Auch von dieser Welt

Von Henk Ohnesorge

„Ein Reich komme“ ist das Motto des 89. Katholikentages, der gestern begann. Um den Leitspruch, einer Bitte aus dem Vaterunser, war es im Vorfeld zu diesem größten Katholikentreffen – es werden mindestens 100 000 Teilnehmer erwartet – zu Gerangel gekommen. Es erhoben sich Stimmen, denen dieses Motto zu fromm, zu weltabgewandt schien.

Katholikentage sind, wie auch Evangelische Kirchentage, mehrere Dinge in einem: Zum einen sind sie Foren, in denen Politiker und Experten über aktuelle Fragen berichten, diskutieren, sich den Fragen der Zuhörer stellen. Zum anderen sind sie gemeinsame Bekräftigungen des Glaubens, in Gottesdiensten ebenso wie in geistlichen Konzerten.

Bewußt ist man diesmal bei der Planung noch ein Stück weiter als sonst gegangen, indem man die Heiligschritte, eine alle sieben Jahre durchgeführte Wallfahrt zu den im Dom verwahrten Reliquien, in den gleichen Zeitraum legte. Vierzig Pilgergruppen sind unterwegs, zeigen damit, daß für Gläubige das Leben auch eine ewige Pilgerfahrt ist bis zu dem Reich, das nicht von dieser Welt ist.

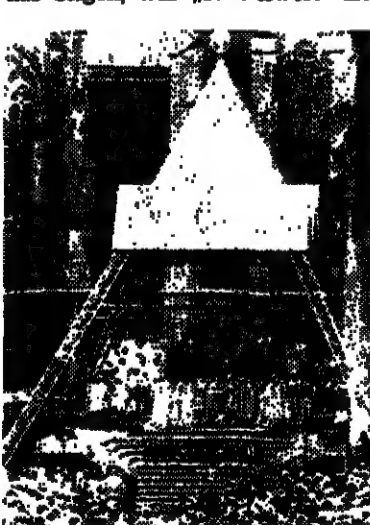
Daß dies auch über den katholischen Raum hinaus so verstanden wird, zeigt eine Äußerung des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche, des Berliner Bischofs Martin Kruse. Er sieht in dem Motto ein Stück christlicher Gemeinsamkeit, etwas, was zum Fernziel der erstrebten Einheit beitragen kann.

Nicht, daß dies nun ein besonders „frommer“ Katholikentag zu werden verspricht. Das 310 Seiten umfassende Programm ist voller aktueller Themen, von der Auseinandersetzung mit den Problemen der Kernenergie und der Gentechnik, der Arbeitslosigkeit und der Frage, ob die Leistungsgesellschaft dem Anspruch der Solidarität gerecht wird, bis zum Schutz des wachsenden Lebens und der Anfrage, was Europa ist und was es sein könnte. Aber nichts ist beliebig. Man versucht auch die Diskussion der Probleme unserer Welt auf dem Hintergrund des Glaubens zu führen. Dementsprechend ist beispielsweise das Forum „Politische Maßnahmen zur Bekämpfung der

Arbeitslosigkeit – Position der Katholiken“ nicht Ausdruck eines Konfessionalismus, sondern Auseinandersetzung auch vor dem Hintergrund der katholischen Soziallehre.

Daß die Spannweite groß genug sein wird, dafür bürgt schon die Tatsache, daß auf dem Podium neben Wissenschaftlern auch Politiker mit so verschiedenen Standpunkten wie Friedhelm Fathmann und Herbert Scharrenbroich sitzen. Vielfalt der Meinungen im erstrebten Rahmen eines großen Konsens ist etwas, was seit Jahren Katholikentage ebenso wie Evangelische Kirchentage kennzeichnen. Nicht das Gesangbuch allein ist entscheidend, ob jemand zu den 600 Referenten zählt – ausschlaggebend ist, ob er etwas zu sagen hat. In diesem Sinne wird Ökumene schon lange praktiziert, so wie es auch selbstverständlich ist, daß auf dem Katholikentag Eleonore von Rotenhan, Präsidentin des Evangelischen Kirchentags 1987, ein Grußwort sprechen wird.

Katholikentage wie Kirchentage sind Medienereignisse. Rundfunk und vor allem das Fernsehen werden kontinuierlich berichten. Gerade hier liegt eine Gefahr. Schon derjenige, der in Aachen ist, kann in der kurzen Zeit nur einen Bruchteil der rund tausend Veranstaltungen besuchen. Berichterstatter jedoch sind zur Auswahl gezwungen, müssen bei den optischen Medien das zeigen, was „sehenswert“ ist.



Beten vor dem Aachener Dom: Katholikentag FOTO: AP

und spektakulär. Betende Menschen, nachdenkliche Gesichter „geben nichts her“. Dementsprechend ist das Bild, das vermittelt wird, nur andeutungsweise identisch mit der Wirklichkeit des Katholikentages, die sich in ihrer Vielfalt nicht zeigen läßt. Piktoresske Randgruppen bekommen ein Gewicht, das nicht ihrer Bedeutung entspricht.

Sicher wäre es auch zuviel verlangt, würden Politiker – vor allem in einem anlaufenden Wahlkampf – nicht die Chance zur Profilierung nutzen. Wo schon bietet sich eine solche Möglichkeit, über den Bildschirm in fast jedem Wohnzimmer mit einigen Kernsätzen präsent zu sein?

Und dennoch: Veranstaltungen dieser Art, die sich auch als Seismographen der Zeit verstehen, sind alles andere als Jahrmärkte der Eitelkeit (auch wenn sie gelegentlich dazu ausarten). Sie sind Orte, an denen laut wird, was Menschen bewegt; es sind Orte, an denen gesagt wird, was in dieser Art sonst nicht öffentlich geäußert wird. Sie sind – etwa wenn es wie jetzt in Aachen um den Schutz des ungeborenen Lebens oder darum geht, wie viel von dem in der Verfassung garantierten Schutz der Familie Realität ist, durchaus auch die Adresse jener gerichtet, welche die Gesetze machen – und sie werden registriert.

Man mag es beklagen, daß der Anteil derjenigen, welche zur Generation der Berufstätigen zählen, verhältnismäßig gering ist. Staatsdiener bekommen eine Freistellung, Schüler Urlaub vom Unterricht, Otto Normalverbraucher dagegen muß ein Teil seines Jahresurlaubs opfern. An der Wirkung ändert sich jedoch letztendlich nichts. Veranstaltungen dieser Art wirken über den Tag hinaus, in die Gemeinden und in die Öffentlichkeit hinein.

Jede dieser Veranstaltungen hat ihr eigenes Gesicht, das nicht nur durch das Programm, sondern auch durch den Verlauf bestimmt wird. Es zeigt sich erst, wenn am Sonntag die Schlußkundgebung vorbei ist, wenn jeder der Teilnehmer ebenso wie der, der sich nur aus zweiter Hand informieren konnte, für sich selbst Bilanz gezogen hat.

## IM GESPRÄCH Philippe de Gaulle

### Aus der Reserve gelockt

Von Peter Ruge

Er ist Admiral, der Sohn des legendären Staatschefs Charles de Gaulle, aber niemand in Frankreich käme auf die Idee zu sagen: Er hat diese Karriere der Hilfe seines Vaters zu verdanken. Philippe de Gaulle war 1940 mit seiner Familie auf dem letzten Schiff von Frankreich nach England geflohen, wo er am 18. Juni eintraf – an dem Tag, an dem sein Vater den berühmten Aufruf zum Widerstand gegen die Deutschen über die BBC verlas. „Frankreich hat eine Schlacht verloren, aber nicht den Sieg.“

Philippe trat in die freien französischen Truppen ein, landete mit den Panzerdivisionen General Leclercs 1944 in der Normandie – doch für seine Tapferkeit erhielt er keine Auszeichnung. Denn de Gaulle senior war der Ansicht, er könne weder mit dem Kreuz noch mit dem Band des Ordens der „Compagnons de la Libération“ seinen eigenen Sohn dekorieren. Erst der spätere Präsident Valéry Giscard d'Estaing verlieh Philippe de Gaulle den Rang eines Großoffiziers der Ehrenlegion.

Philippe heiratete 1947 mit Henriette de Montalembert, die in Frankreich verbreitete Ansicht, daß alte Familien nur untereinander heiraten sollten. Henriette ist zudem ein Patenkind des damals verlebten Marschalls Philippe Pétain, der als Staatschef des Vichy-Regimes wegen Kollaboration mit den Deutschen zum Tode verurteilt wurde und den späteren Präsidenten de Gaulle, der einst ein Zögling des Marschalls war, zu lebenslanger Haft begnadigte.

Aus der Ehe gingen vier Kinder hervor, alles Knaben. Jean, der Drittgeborene, bewarb sich im Frühjahr um ein Mandat für die Nationalversammlung. Er kandidierte auf der Liste der RPR, der Gaullisten, und gewann einen Sitz des Wahlkreises Deux Sevres im Westen Frankreichs.

Philippe de Gaulle blieb der Armee treu. Er diente in Indochina, in Marokko und Algerien, bis er sich auf Schiffsraketen spezialisierte. Schließlich wurde er Inspektor der Marine. Der Admiral quittierte den Militär-



Bewirbt sich um ein Senatsmandat: De Gaulle FOTO: FRANCIS APSTEGNY/GAMMA

dienst 1982. Seither schien er im Gedächtnis der Öffentlichkeit so gut wie ausgelöscht.

Er beschäftigte sich auf dem Familiensitz Colombey-les-deux-Eglises mit der Herausgabe der Briefe seines Vaters. Versuche, ihn aus der Reserve herauszulocken, schlugen fehl, denn Philippe lehnte es ab, sich bei irgendwelchen Wahlen aufstellen zu lassen, oder eine politische Tätigkeit auszuüben. So überrascht in Paris die Ankündigung, daß er mit 64 Jahren nun doch ein Amt in der Politik anstrebe. Am Wochenende wurde seine Kandidatur für einen Senatsitz auf der Liste der gaullistischen Sammlungsbewegung RPR bestätigt. Es ist ein guter Platz mit Aussichten, am 28. September in das Palais Luxembourg für neun Jahre einzuziehen, durch eine Wahl, bei der ein Drittel der 319 Senatsmandate zur Disposition stehen.

Ein Umstand läßt aufhorchen: Alt-Gaullisten wie der ehemalige Premier Couve de Murville sollen die Betreiber dieser Kandidatur von Philippe de Gaulle sein. Will man etwa mit dem Erben des Vaters den Erneuerungsbewegungen der Chirac-Mannschaft ein Spiegelbild vorhalten? Paris wartet gespannt auf das erste öffentliche Auftreten von Philippe de Gaulle.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### Handelsblatt

Die Münchener Zeitung schreibt zum Finanzmarkt: Hierzulande heißt es oftmals, Kernkraft sei in Frankreich kein Thema. Dies ist völlig falsch. Kernkraft ist ein Thema, und zwar ein positiv besetztes.

### Süddeutsche Nachrichten

Sie meinen nur Stat-Debatte: (Apels) Gegenüberrechnung mochte durchaus berechtigt sein. Sie wäre glaubwürdiger gewesen, hätte er sie sachlicher und leidenschaftsloser vorgetragen. Statt dessen verstieg sich Apel jedoch dazu, Stoltenberg persönlich zu beschuldigen: Ungelegenheit sei das Prinzip seiner Politik.

### Süddeutsche Zeitung

Die Münchener Zeitung wertet das Gorbatschow-Interview in der Prager Presse als „Bade Frase“ aus. Gorbatschow verlor kein Wort über den verhältnismäßig geringfügigen Fall Daniloff. Statt dessen ging Gorbatschow nicht von ungefähr wie selbstverständlich davon aus, daß das Treffen der Außenminister Shultz und Schewardnadse nächste Woche stattfindet.

### Schwabwälder Bot

Die Oberpfälzer Zeitung kommentiert das israelisch-ägyptische Verhältnis: Nach dem Terrorakt mit seinen blutigen Folgen und angesichts drohender israelischer Vergeltungsschläge

konnte die Frage nicht ausbleiben, ob Peres und Mubarak sich im ägyptischen Alexandria die Hand reichen könnten. Nicht nur die Bemühungen um eine israelisch-ägyptische Normalisierung sind in einer Sackgasse gefangen. Darüber hinaus ist zu befürchten, daß eine weitere Eskalation des Terrors unvermeidlich ist. Schuld daran haben alle... Dem Camp-David-Abkommen aber ist der Boden so gut wie entzogen.

### die tageszeitung

Der alternative Blick kritisiert die IG Metall: Die Auswahlprozedur für Spitzenämter hat in der IG Metall wie in anderen Gewerkschaften etwas Väterliches an sich. Da wird nichts dem Zufall oder gar dem freien Streik der Meinungen und Personen überlassen. Öffentliche oder wenigstens gewerkschaftsöffentliche Auseinandersetzung findet nicht statt.

### LES ECHOS

Die Pariser Zeitung bemerkt zum US-Poll-Interview: Die Vereinigten Staaten hatten mit der Hoffnung gespielt, in Chile das Wiederholende zu können, was sie mit Erfolg in Brasilien, Argentinien und Uruguay verwirklicht hatten. Vor einem Monat hatte General Pinochet eine Aufforderung aus Washington zur Beendigung der politischen Unterdrückung und Wiederherstellung der Pressefreiheit zurückgewiesen. Jetzt ist er zweifellos weniger denn je zum Nachgeben bereit, und das Weiße Haus steht vor der Frage nach wirtschaftlichen Sanktionen.

## Ungarische Wirtschafts-Reformen jenseits der Romantik

Von Arbeitslosen und bankrotten Betrieben / Von Carl Gustaf Ströhm

Das kommunistisch-reformistische Ungarn, von dem man nicht weiß, ob es eine Außenseiter- oder eine Vorreiterrolle spielt, wartet mit zwei neuen Überraschungen auf als erstes Land des Sowjetblocks führt es eine „Arbeitslosenunterstützung“ ein – und zwar für Arbeitnehmer jener Betriebe, die wegen mangelhafter Wirtschaftlichkeit stillgelegt werden. Die zweite Überraschung sind die Maßnahmen zur Betriebsstilllegung: damit wird in einem sozialistischen System zugegeben, daß unwirtschaftliche Betriebe – pleite gehen können.

Daß ein sozialistischer, „volkseigener“ Betrieb in Konkurs geht und dabei Scharen von Arbeitslosen zurückläßt, war bisher nach den Regeln volkswirtschaftlicher Ideologie undenkbar. Im Falle Ungarn bleibt allerdings abzuwarten, wie weit diese Konkurse durchgezogen werden. Wie steht es mit Betrieben, die in ihrer Produktion

eng mit den RGW-Partnern oder der Sowjetunion verbunden sind? Können die Ungarn in solchen Fällen vor ihre Comecon-Partner mit der Entschuldigung treten: „Der Plan kann nicht erfüllt werden – denn der Zulieferbetrieb ist pleite“? Keine Frage ist auch, daß Betriebe, die mit militärisch sensiblen Produktionen beschäftigt sind, nicht „bankrott“ gehen dürfen. Jedenfalls aber sieht man wieder die Absicht, soweit zu gehen, wie das System es irgend zuläßt.

Dennoch blicken Politiker der ungarischen KP nicht ohne Sorgen auf die Entwicklung der vergangenen Monate. Rezső Nyers, einer der Väter der Budapest Wirtschaftreform, erklärte die Situation folgendermaßen: „Wir können in die RGW-Länder exportieren, doch können wir von dort viele der für uns wichtigen Produkte nicht einführen.“ Im Hartwährungsbereich – also im Handel mit dem Westen – sei es genau umgekehrt. Nyers, der

auf sowjetisches Drängen von Kadar aus der ersten Linie zurückgezogen wurde, sprach auf einer interessanten Veranstaltung: der „Weltbund der Ungarn“ und die „ungarische ökonomische Gesellschaft“ hatten aus Ungarn stammende Wirtschaftswissenschaftler, die im westlichen Ausland leben, zu einer Beratung darüber eingeladen, wie man die Position der Volksrepublik in der internationalen Wirtschaft verbessern könne. Man stelle sich vor, die Tschechoslowakei, die „DDR“ oder Polen würden „republikflüchtige“ Experten einladen, sie zu beraten!

In der Abenddämmerung der Kadar-Ära und angesichts des neuen Stils unter Gorbatschow in Moskau stellt sich die Frage, wie weit die ungarische Führung gehen kann und will. Zwar versichern prominente ungarische Politiker – wie jüngst der ZK-Sekretär Matyas Szüros –, es gebe in der ungarischen KP keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten, keine Machtkämpfe.

Aber die „kollektive Führung“, die Szüros für die Zeit nach Kadar ankündigt, wäre wohl die erste, in der es nicht Spannungen geben sollte. In der Bevölkerung sind soziale Gegensätze zwischen relativ Reichen und Armen durchaus vorhanden.

In dieser Situation stellt sich nicht nur die Frage, ob das Budapest Wirtschaftsmodell jenen langen Atem hat, um die „Durststrecke“ des Übergangs zu überwinden und ob die anderen RGW-Partner einschließlich der Sowjetunion die nötige Geduld zeigen. Auch die Geduld der eigenen Bevölkerung, die sich eine Besserung ihrer Lage erhofft, seit einigen Jahren aber eine Stagnation und sogar einen Rückgang des Lebensstandards erleben muß – was mit marktwirtschaftlichen Anpassungen in Zusammenhang gebracht wird –, muß auf eine

harte Probe gestellt werden. Hinzu kommen politische Implikationen am Vorabend des 30. Jahrestages des Volksaufstandes 1956 samt anschließender sowjetischer Eroberung von Budapest.

Kadar, der bei der Niederschlagung des Aufstandes mit harter Hand mitgewirkt hatte, ließ die „Ereignisse“ von 1956 teils verdrängen, teils überfrachten. Charakteristisch dafür war sein Ausspruch: „Wer nicht gegen uns ist, ist für uns.“

Manches deutet aber darauf hin, daß die Traumatisierungen jener Jahre gerade dann wieder aufbrechen könnten, wenn Kaders Amtszeit zu Ende geht. Die neuen KP-Führer müssen ihren Weg und ihre Autorität erst finden. So liegt über der Donau-Metropole eine gewisse Krisenstimmung. Die Jugendzeitschrift „Magyar Ifjúság“ formuliert: „Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, daß die Reform ihr romantisches Zeitalter verlassen hat.“



# Der milde Abschied eines großen Kämpfers

Helmut Schmidt nahm Abschied vom politischen Leben. Gestern sprach er zum letzten Mal im Parlament.

Von BERNT CONRAD

Der Abgeordnete Schmidt (Hamburg) hat das Wort. Drei Jahrzehnte lang hatte dieser Auftritt zur Normalität des Parlaments gehört. Was sich dahinter verbarg, wechselte in zeitlichen Phasen: Waren es in den fünfziger Jahren meist messerscharfe Polemiken, so folgten später selbstbewusste militärische Referate, wirtschafts- und finanzpolitische Kollagen, staatsmännische Ausrufe, immer wieder aber auch Rückgriffe auf persönliche Verletzungen und historische Kunststücke und mit der Zeit zunehmende Verlegenheiten über die Entwicklung in der eigenen Partei.

Das alles lag weit hinter dem weißhaarigen Abgeordneten, der wie auch früher oft - in der zweiten Reihe der SPD-Fraktion Platz genommen hatte. Aus Pietät, zerbrochenen Resten von Solidarität und wohl auch aus Ehrlichkeit über sein bevorstehendes Ausscheiden hatten die ihm fremd gewordenen Fraktionskollegen Helmut Schmidt die Chance gegeben, als Hauptredner der Opposition in der Generaldebatte über den Bundeshaushalt zum letzten Mal das Wort zu ergreifen.

Sein „Schwanengesang“ wurde zum politischen Ereignis. Das zeigte die überquellende Pressetribüne im alten Wasserwerk, dem neuen Exil des Bundestages. Das bewies auch die ungewohnte Aufmerksamkeit, mit der die gesamte Regierungspresse, angeführt von Bundeskanzler Helmut Kohl, den Auftritt des einstigen Bonner Matadors erwartete.

Außerlich schien alles wie gewohnt, als der Abgeordnete Schmidt (Hamburg), von Bundestagspräsident Philipp Jenninger mit sonorer Stimme ausgerufen, um 9.58 Uhr im blauen Blazer langsamen Schrittes zum Rednerpult ging, bedächtig seine Brille aufsetzte und mit ruhiger Stimme zu sprechen begann. „Nur

ganz wenige der heute anwesenden Kolleginnen und Kollegen haben schon dem zweiten oder gar dem ersten Bundestag angehört. Ihnen fühle ich mich heute in besonderer Weise verbunden“, begann er.

In der Tat, nur diese Veteranen konnten sich noch persönlich an den forschenden Oberleutnant a. D. erinnern, der 1953 in das Parlament eingezogen war und am 11. 2. 1984 in seiner Jungferrede eine erste Probe seiner polemischen Schlagkraft gegeben hatte. Damals war Bundesverkehrsminister Seeborn sein Opfer. Viele andere folgten. Einer von ihnen, Richard Jäger (CSU), revanchierte sich nach Schmidts berühmter berüchtigter „Atom-Rede“ vom 22. 3. 1958 mit dem Zitat „Schmidt-Schnauze“. Dieser Spitzname blieb haften.

Gestern morgen blitzte nur gelegentlich eine Erinnerung daran auf, als Schmidt auf Zwischenrufe mit raschen, auf Lach-Effekte zielenden Antworten reagierte („Herr Dregger, ich will Ihnen ja die Kompetenz für das Überlandkraftwerk in Fulda nicht bestreiten“). Aber den schweren Säbel behielt der Altkanzler bei seiner vom Anlaß her erforderlichen Kritik an der Regierungspolitik in der Scheide. Offensichtlich ging es ihm mehr um die Rechtfertigung der eigenen Kanzlerschaft als um eine Diskriminierung seines von ihm früher so oft verspotteten Nachfolgers.

Natürlich hatte Schmidt viel zu bemängeln. Vor allem vermied er die „Autorität“, auf die er selbst immer so stolz gewesen war und die er in geradezu militärischer Perfektion als Hamburger Innensenator bei der Futkatastrophe 1962 demonstriert hatte. Aber eine früher nur in Ansätzen erkennbare Altersweisheit drängte den immer noch kantigen Mann, die meisten Angriffe in ein verbindliches Beiwerk zu kleiden, ja sie oft sogar mit überraschend warmherzigen Sympathie-Erklärungen zu verbinden. So gegenüber dem lieben Kollegen Stoltenberg und vor allem gegenüber dem Grafen Lambadorff, auf den er lange wegen seiner zentralen Rolle bei der „Wende“ 1982 gar nicht gut zu sprechen war.



1953 wurde Helmut Schmidt zum ersten Mal in den Bundestag gewählt. FOTO: ULLSTEIN



Abschied vom Parlament: Aus dem streitbaren Kämpfer Helmut Schmidt wurde ein weiser Staatsmann. FOTO: AP

„Ich freue mich darüber, daß das Gericht den absurden Vorwurf der Bestechlichkeit gegen sie und Hans Friderichs aus der Welt genommen hat. Sie wissen, ich habe Ihnen in diesem Punkt immer geglaubt, ebenso wie ich meinem Freunde Egon Franke glaube“, versicherte Schmidt mit großem Ernst.

Da breitete sich zum ersten Mal Beifall über das ganze Plenum aus, von der SPD und der FDP bis zur CDU/CSU. Das sollte sich an diesem Morgen noch oft wiederholen. Denn mehr und mehr spürten die Abgeordneten (außer den Grünen, die Teilnahmslosigkeit an den Tag legten), daß sich hier ein Politiker, der die Schlacken parteipolitischen Vorurteils abgelegt hatte, aus ehrlicher Überzeugung und historischer Erfahrung um eine ganz persönliche Bilanz am Ende einer langen parlamentarischen Laufbahn bemühte. Dazu gehörte die unumwundene Feststellung: „Ich habe in den vergangenen 33 Jahren sicherlich so manchem meiner Kollegen Wunden zugefügt. Dafür bitte ich heute um Nachsicht. Wenn gestritten wird, fällt in der Hitze des Gefechts oft ein emotionales Wort.“

Dazu hatte sich der äußerlich so kühle Hamburger nur zu häufig hinreißen lassen. Doch gerade deshalb beschwor er - und es klang wie ein politisches Vermächtnis - „die Erinnerung an Gemeinsamkeiten mit parteipolitischen Gegnern jenseits und nach allem Streit, auch dem heftigsten und bisweilen verletzenden Streit. Eine meiner schärfsten polemischen Auseinandersetzungen hatte ich mit einem damaligen Sprecher der CSU gehabt, mit Freiherrn zu Guttenberg. Wir haben einander nichts geschenkt“, berichtete Schmidt.

Das war sehr milde ausgedrückt. Denn tatsächlich hatte der Hamburger als junger Abgeordneter gerade gegenüber Guttenberg seinen Ruf als „Schmidt-Schnauze“ auf schlimme Weise bestätigt, als er am 5. 11. 1959 im Bundestag erregt ausrief: „Es fällt schwer, meine Damen und Herren, bei der Polemik des Herrn Baron von

Guttenberg nicht zu beklagen, daß die Deutschen niemals eine Revolution zustande gebracht haben, die dieser Art von Großgrundbesitzern die materielle Grundlage entzogen hätte.“

Guttenberg hat das später verziehen. „Es bleibt mir unvergessen, daß ich von Guttenbergs Witwe gebeten wurde, an seinem Grabe eine Rede auf diesen bedeutenden Mann zu halten, der sein schweres Leiden ebenso aufrecht und überzeugungstreu ertragen hat, wie er zu seinen politischen Grundeinstellungen gehalten hat“, erklärte Schmidt gestern. Er fügte hinzu: „Ich habe auch die vertrauenswürdigste, zuverlässigste Zusammenarbeit mit Rainer Barzel nicht vergessen.“

Seine Schlussfolgerung hatte historisches Gewicht: „Kein Parlament, keine demokratische Ordnung kann überleben ohne ein gewisses Maß an Gemeinsamkeit. Das mag sich inhaltlich als Konsens ausdrücken oder formal als Respekt, als Achtung oder gar als persönliche Freundschaft zwischen Angehörigen verschiedener politischer Parteien - all dies ist jedenfalls lebensnotwendig für unser Parlament. Sonst hätte es keine Würde, keine demokratische Dignität.“ Das ganze Haus spendete Applaus.

„Mit Wehmut“ gedachte Schmidt der „großen parlamentarischen Gestalten“ aus den ersten zwei Jahrzehnten des Bundestages. Jeder weiß: Das alles gehört der Vergangenheit an - Figuren wie Konrad Adenauer, Kurt Schumacher, Thomas Dehler, Hermann Ehlers, Eugen Gerstenmaier, Herbert Wehner, Fritz Erler oder Carlo Schmid (sie alle nannte der Altkanzler) und auch Helmut Schmidt selbst kommen nicht wieder.

Aber der Hamburger beließ es nicht bei der Wehmut. „Das war damals eine Ausnahmezustand, und diese Ausnahmezustand ist der Normalität gewichen“, stellte er fest. „Das ist ein großer Erfolg. Der Bundestag braucht deshalb den Vergleich mit der französischen Kammer, mit dem englischen Unterhaus oder dem

amerikanischen Repräsentantenhaus nicht zu scheuen.“

Den jungen Abgeordneten empfahl er eine „Synthese von Fraktionsdisziplin und eigenverantwortlichem Gewissen“. Schmidt: „Die ist nur herzustellen, wenn jeder von uns einerseits bereit und willens ist, zu seiner Überzeugung zu stehen - aber andererseits die übergeordnete Notwendigkeit gemeinsamen Handelns nicht außer acht läßt. Unser Parlament kann ohne eigenwillige Individualisten nicht auskommen. Politiker haben Anspruch darauf, daß man ihnen nicht ihre Würde nimmt. Sie müssen aber selbst menschlich anständig miteinander umgehen.“

Mancher vermied bei alledem wenigstens einen zaghaften kritischen Hinweis auf durchaus unsolidarische Entwicklungen in der SPD, die schon bei Schmidts Sturz 1982 eine zentrale Rolle gespielt hatten. Aber das war wohl in dieser Lage und bei Schmidts Rolle als Hauptredner der Opposition nicht erwartet.

Ein wenig elegisch - und nun überhaupt nicht mehr als „Schmidt-Schnauze“ - richtete der Altkanzler am Schluß seinen Blick zurück auf den Neuanfang 1949 und stellte selbst die Frage: „Dürfen wir eigentlich zufrieden oder müssen wir unzufrieden sein?“ Seine Antwort war klar und unmissverständlich: „Wenn wir ohne partielle Brillen den Blick auf die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1986 richten, dann dürfen wir dankbar das Erreichte anerkennen. Wir können auch auf den moralisch-geistigen Wiederaufbau unseres Landes durchaus stolz sein.“

Wiederum reichte der Konsens von der Union und der FDP bis zur SPD - auch als Schmidt mit Nachdruck die Bestimmung auf das „Ethos eines politischen Pragmatismus in moralischer Absicht“ forderte. Sogar die gesamte Regierung (ein höchst ungewöhnlicher Vorgang) stimmte klatschend Vizepräsidentin Annemarie Renger zu, die dem streitbaren Kämpfer, dem Diplomaten, dem Staatsmann und Menschen Helmut Schmidt zum Abschied für seinen „Dienst an unserem Volk“ dankte.

bietet Polen traditionelle Bindungen. Schon 1907 wurden mehr als 100 000 polnische Arbeiter im Kohlerevier registriert. Lange bewahrten sie hier ihre kulturelle und ethnische Eigenständigkeit. Polen wurden zu einem prägenden Faktor im „melting pot“ Ruhrgebiet. Und so lockt das Land noch heute viele aus dem Osten an. In diesem Jahr wurden hier schon 4342 Deutschstämmige und 1416 Asylbewerber aus Polen registriert.

Deutschstämmige kommen nach den Worten von Manfred Blum, Leiter des Referats „Suchdienst“ beim Deutschen Roten Kreuz, per Visum, seitdem Polen die Aussiedlungsfrage als erledigt, die Bedingungen des deutsch-polnischen Vertrages von 1975, wonach 125 000 Deutschstämmige in den nächsten vier Jahren ausreisen dürfen, als erfüllt ansieht. Das zeige auch die Zahl, daß nur noch etwa zehn Prozent der Übersiedelnden Polen eine offizielle Genehmigung haben. Für viele, die keine deutschen Verfahren haben, öffnet allein das Visum das Tor zum Westen.

Polen standen nach den ersten sechs Monaten dieses Jahres auf dem fünften Platz der Asylantrag-Statistik des zuständigen Bundesamtes in Zimmern. Sie machten 9,3 Prozent der 42 268 Asylsuchenden aus.

Anerkannt als Asylantrag wurden im vergangenen Jahr 797, im ersten Halbjahr 1986 378. Die übrigen werden jedoch wie alle Bürger aus Ostblock-Staaten nicht zurückgeschickt. Darauf können sie vertrauen, solange die 1966 von allen Ländern verabschiedete Regelung gilt, Ostblock-Flüchtlingen grundsätzlich politische Verfolgung zu unterstellen.

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums leben derzeit rund 170 000 derartiger „de-facto-Flüchtlinge“ in der Bundesrepublik Deutschland. Rund 100 000 davon kommen aus Polen.

# Ein Buddha aus Bronze ist Zeichen der Zuversicht

Die Aktienkurse steigen, die Immobilienpreise und die Mieten ebenfalls. Das sind deutliche Signale für die positive Stimmung in der Stadt. Der 30. Juni 1997, der Tag an dem Hongkong wieder an China fällt, schreckt die meisten Bewohner - noch - nicht.

Von JOCHEN HEHN

Was haben wohl das Raumfahrtministerium der Volksrepublik China und das buddhistische Kloster „Kostbarer Lotus“ (Po Lin) auf Hongkongs größter Insel Lantau gemeinsam? Des Rätsels Lösung wurde jetzt bei einem Festakt im Hongkonger Hotel Victoria verraten: „Das Vertrauen in die Freiheit und die Lebenskraft Hongkongs.“

Das Geheimnis der großen Harmonie in der ungewöhnlichen Allianz zwischen den volkrepublikanischen Konstrukteuren von Weltraumraketen und -satelliten und den Mönchen in ihren wallenden orangefarbenen Gewändern liegt in einem 60-Millionen-Hongkong-Dollar-Vertrag (etwa 16 Millionen Mark) begründet, der die Errichtung einer 34 Meter hohen bronzernen Buddha-Statue vorsieht.

Das Riesenstandbild wird, nachdem es in einer Fabrikhalle in der Hauptstadt der chinesischen Provinz Jiangsu, Nanjing (Nanking), bronzene Gestalt angenommen hat, weithin sichtbar - sogar bis in die Volksrepublik hinein - auf einer steilen Anhöhe hinter dem Kloster thronen und soll nach dem Willen der ungleichen Partner ein Symbol für ein freies und blühendes Hongkong sein.

Der stellvertretende Raumfahrtminister Zheng Lianchang hatte sich eigens zur Vertragsunterschrift in die britische Kronkolonie bemüht und den Mönchen für das Vertrauen in die chinesische Technologie gedankt. In der Tat ist es kein alltäglicher Vorgang, daß die quirligen, geschäftstüchtigen Hongkonger Chinesen ein Projekt dieser Größenordnung vertrauensvoll ihren Landsleuten hinter dem Bambusvorhang überlassen. Eher vertrauen sie schon auf sich selbst. Dies gilt nicht nur für geschäftliche Dinge.

Mißtrauisch wägen sich jeden Zungenschlag, jede Nuance in den politischen Stellungnahmen der chinesischen Führung in Peking, um daraus Rückschlüsse auf die eigene Zukunft ziehen zu können. Denn am 30. Juni 1997, um Mitternacht, wird diese Zukunft, wenn die britische Kronkolonie als Sonderverwaltungsgebiet wieder dem Reich der Mitte zufällt, gegenwart sein.

Von einer Vertrauenskrise ist freilich derzeit in Hongkong kaum etwas spürbar. Der Aktien-Index der Hang-Seng-Bank, ein zuverlässiges Barometer der allgemeinen Stimmungslage, hat einen steilen Sprung nach oben gemacht und in diesen Tagen mit nahezu 2000 Punkten einen Höchststand erreicht. Sogar die Immobilienpreise, die vor und während der britisch-chinesischen Verhandlungen über das Schicksal Hongkongs eingebrochen waren, haben sich blendend erholt. Auch die Mieten haben sich wieder dem Preisniveau des stündlich teuren Wohnungsmarktes von Tokio angeglichen. Auch die Investitionen, sogar die langfristigen - das heißt die mit einer Amortisationszeit von mehr als fünf Jahren - haben wieder zugenommen.

Zu dem derzeitigen wirtschaftlichen Stimmungshoch haben die Öffnung Chinas und sein Festhalten am Modernisierungskurs, an den jetzt noch ein politisches Reformprogramm gekoppelt werden soll, erheblich beigetragen. Exporterlöse werden zwar immer noch auf Auslandskonten gehortet, doch fließen wieder mehr Gelder zurück.

Die Mehrheit der Bevölkerung scheint sich mit der Übernahme durch Peking bereits abgefunden zu haben. Das gilt für praktisch alle Einkommensschichten. Die Magnaten vom Schlage eines Sir Y. K. Pao, des Eigentümers der größten Privatreederei der Welt, oder eines Henry Fok und Li Ka-Shing haben sich längst mit der chinesischen Führung arrangiert. Sie pflegen enge persönliche Kontakte zu den Regierungsspitzen in London und Peking, verschaffen sich mit großzügigen Spenden eine günstige Ausgangsposition für 1997 und müssen sich aufgrund ihres

unermesslichen Reichtums ohnehin keine allzu großen Sorgen um die Zukunft machen.

In den dreißigstöckigen Wohnwaben der wie Pilze aus dem Boden schießenden Trabantenstädte Hongkongs bestimmt weniger das Morgen als das Heute die Vorstellung der Menschen. Eric Cheng, ein 36 Jahre alter Lehrer an einer Mittelschule in Shatin, teilt sich eine 45 Quadratmeter große Sozialwohnung mit zehn weiteren Familienmitgliedern. „Und da können wir uns noch glücklich schätzen, denn andere Familien leben unter weit beengteren Verhältnissen“, sagt er.

Bis auf die Großeltern und die jüngste Schwester Eric gehen alle zur Arbeit, oftmals sieben Tage in der Woche, 70 bis 80 Stunden lang. Diskussionen über Demokratisierung, Grundgesetz oder gar die Kernenergie spielen da keine Rolle. Die Gespräche der Familie drehen sich um Lebensmittelpreise, den Arbeitsplatz, den Lohn und um den geplanten Kauf einer kleinen Eigentumswohnung, für die jeder Cent zurückgelegt wird. Denn erst dann kann Eric älterer Bruder eine Familie gründen. Die Großeltern seiner künftigen Frau sollen dann mit in die Wohnung ziehen.

Angst vor der Zukunft? - Diese Frage stellt sich für die vielen Hunderttausende, die unter ähnlichen Bedingungen leben müssen, nicht. Sie haben wenig zu verlieren, weil sie kaum etwas besitzen, schon gar nicht die Summe, die nötig wäre, um den Sprung ins Ausland zu finanzieren.

Albert Chan aber, ein Regierungsangestellter im gehobenen Dienst, macht eine klare Rechnung für seine Familie auf. Er und seine Frau, eine Lehrerin und Tochter eines früheren Kuomintang-Beamten, wollen unter keinen Umständen in Hongkong bleiben. Um aber eine neue Existenz in den USA, wo zwei ihrer Kinder bereits die Schule beziehungsweise die Universität besuchen, aufbauen zu können, benötigen sie 1,5 Millionen Hongkong-Dollar, derzeit rund 400 000 Mark. Diese Summe, so haben sie sich ausgerechnet, werden sie in der verbleibenden Zeit nicht auf-



Straßenszene in Hongkong: Von Sorge um die Zukunft keine Spur. FOTO: HARTUNG

# „In Polen haben unsere Kinder keine Zukunft“

Immer mehr Menschen verlassen die Volksrepublik Polen. Sie fliehen in die Bundesrepublik Deutschland, um hier zu leben. Viele von ihnen nehmen dabei große persönliche Probleme in Kauf.

Von M. SCHLINGMANN

Sie kommen mit Reisebussen, dem eigenen Wagen oder per Bahn. Sie haben Touristenvisa in ihren Pässen. Aber nach ihren Ferien gehen sie nicht zurück über die Grenze nach Osten. Immer mehr Bewohner Polens nutzen die offiziell erteilte Reiseerlaubnis, um im Westen zu bleiben.

Allein 19 504 Deutschstämmige gingen im vergangenen Jahr diesen, nach Ansicht ihres Staates, illegalen Weg. Und die Flut dauert an: In den ersten sechs Monaten dieses Jahres registrierte das Grenzdurchgangslager Friedland 15 168 Menschen aus der Volksrepublik. 6672 Polen „flohen“ 1985 mit einem Touristenvisa aus ihrer Republik und beantragten in der Bundesrepublik politisches Asyl. In diesem Jahr waren es bis Ende Juni 3911.

Die Folgen dieser Auswanderungspraxis sind für die Betroffenen nicht leicht zu ertragen. In den seltensten Fällen dürfen ganze Familien ausreisen. Meistens muß einer als Faustpfand des Staates zurückbleiben.

Die Landesstelle Unna-Massen ist für viele aus dem Osten eine der ersten Stationen im Westen. In den nüchternen Betonbauten leben seit August auch drei Frauen, die mit ihren Kindern als Besucher kamen - mit dem festen Vorsatz in die Bundesrepublik Deutschland zu bleiben. Sie haben Angst, wollen über ihre Ausreise nur reden, wenn sie die Namen nicht preisgeben müssen. Denn

ihre Männer sind noch drüben. „Wir haben alles genau durchgesprochen“, berichtet eine Mutter von zwei Kindern. „Ich bleibe hier bei meinen Eltern. Mein Mann versucht nachzukommen.“ Daß er unterschreiben mußte, nie einen Ausreiseantrag zu stellen, nachdem sie das Touristenvisa bekommen hatte, beunruhigt sie nicht allzu sehr.

Die Frau ist optimistisch. „Er wird es trotzdem immer wieder versuchen. Irgendwann wird er kommen - in drei oder vier Jahren vielleicht. Alles wird gut werden!“ Ihre Nachbarin im Übergangsbereich ist skeptischer. Ob sie ihren Mann wiedersehen wird, sie weiß es nicht. „Er hat mir am Telefon erzählt, daß der Schwiegervater seine Stellung verloren hat. Wer weiß, wie lange mein Mann noch Arbeit hat.“ Eine dritte Mutter hatte versucht, die Ausreisegenehmigung für die ganze Familie zu bekommen. „Sechs Jahre haben wir gewartet. Es hatte keinen Erfolg. Da wollte ich mit meinen beiden Kindern meine Mutter besuchen. Wir waren verwundert, daß ich die Genehmigung bekommen habe. Schließlich mußten sie damit rechnen, daß ich nicht zurückkomme.“

Aus Angst, sich endgültig den Weg in den Westen zu verbaute, hatten die anderen den legalen Weg gar nicht erst in Betracht gezogen. „In Polen weiß jeder, daß man nur noch über eine Reiseerlaubnis

rauskommt. Wer es probiert, redet nicht darüber. Er ist einfach irgendwam weg.“ Dabei wählen viele gar nicht einmal den direkten Weg. Häufig fahren sie nach Jugoslawien oder Griechenland, weil sie nur für diese Länder Ausreisegenehmigungen bekommen, und setzen sich von dort in die Bundesrepublik ab.

Das hatten die drei Frauen nicht nötig, aber mitnehmen konnten auch sie nur einen Koffer. Ein Landmann, ein Kfz-Mechaniker, der das Glück hatte, seine ganze Familie mitbringen zu können, hat seine komplette Wohnungseinrichtung zurückgelassen. Warum er mit Frau und Kindern kommen durfte? Er weiß es nicht, hält es für einen Glücksfall in einer von Willkür und Korruption geprägten Bürokratie. „Aber wenn wir mehr mitgenommen hätten, als für

eine kurze Reise nötig ist, hätte man uns doch sofort an der Grenze festgehalten.“

Warum diese Strapazen? Warum der Start in eine vollkommen ungewisse Zukunft? Wegen der Kinder, lautet die einhellige Antwort. „... weil die in Polen keine Zukunft haben.“ Bis zu 15 Jahre müsse man auf eine Wohnung warten. Wenn wir jetzt für unsere Kinder eine anmieten könnten, bekämen sie sie vielleicht, wenn sie einmal heiraten wollen. „Nichts läuft ohne Geld, aber ein Arbeiter verdient doch kaum etwas.“ Hier hoffen sie, Arbeit zu finden. Daß die Arbeitsmarktlage nicht die beste ist, wußten sie. Dennoch: „Es wird sicher klappen.“

Die Frauen kamen in das nordrhein-westfälische Heim, weil ihre Eltern bereits hier leben. Das Revier



Ankunft aus Polen auf dem Bahnhof Unna: Der erste Weg führt ins Aufnahmefoyer. FOTO: SVEN SIMON



## Trotz steigenden Angebots fehlen noch Lehrstellen

dpa, Nürnberg  
Von Oktober 1985 bis August 1986 meldeten Betriebe und Verwaltungen den Arbeitsämtern 497 900 offene Berufsausbildungsstellen zur Besetzung. Das waren 33 000 oder 7,1 Prozent mehr als in den ersten elf Monaten des vorangegangenen Jahres. Dennoch waren Ende August bei der Bundesagentur für Arbeit noch 110 800 Jugendliche ohne Lehrstellen registriert. Das sind 23 500 weniger als vor einem Jahr. Das neue Berufsausbildungsjahr hat mit Ausnahme von Bayern in allen Bundesländern begonnen. Die Nürnberger Bundesagentur verwies darauf,

Anzeige

## Planen Sie Ihre berufliche Zukunft so konsequent und umfassend wie Ihre Geschäfte.

Nutzen Sie deshalb auch alle Chancen, die Ihnen der große WELT-Stellenteil für Fach- und Führungskräfte bietet.

### Jeden Samstag in der WELT

daß die Mehrzahl der nichtversorgten Bewerber bereits einen Vermittlungsvorschlag habe, aber noch unentschieden sei.

## „Volksinitiative“ warnt vor Asylanten

dpa, Saarbrücken  
Im Saarland hat sich eine „Deutsche Volksinitiative“ gebildet, die gegen eine „Überfremdung“ des Landes mit ausländischen Asylbewerbern vorgehen will. Die aus Vertretern mehrerer örtlicher saarländischer Bürgerinitiativen entstandene Organisation kündigte eine Aktion „Schwarzer Punkt“ an.

## Keine Zulassung für Anwalt Mahler

dpa, Berlin  
Der als „Apo-Anwalt“ Ende der sechziger Jahre bekanntgewordene Horst Mahler darf nicht wieder als Rechtsanwalt arbeiten. Der Berliner Justizsenator Rupert Scholz (CDU) hat den Antrag Mahlers auf Zulassung abgelehnt, teilte ein Justizsprecher gestern mit.

Die WELT (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar \$7.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

## Justizminister Engelhard kam auf Juristentag nicht zu seinem Recht

Rede über Gesetzgebungs-Vorhaben fiel der Weizsäcker-Ansprache zum Opfer

HENNING FRANK, Berlin  
Am späten Abend kam Bundesjustizminister Hans A. Engelhard doch noch zu seinem Auftritt. Nachdem er wegen der Grundsatzzrede des Bundespräsidenten in der Eröffnungssitzung des 56. Deutschen Juristentages in Berlin auf den traditionellen Rechenschaftsbericht seines Hauses verzichtet hatte, sprach Engelhard auf einem Empfang im Reichstag zu den Teilnehmern. Er nutzte die Gunst des Ortes, um die ausländischen Juristen daran zu erinnern, daß unter den Fenstern des Ostsaales die Mauer verläuft. „Sie signalisiert in ihrer brutalen Nacktheit die hilflose Reaktion auf die Forderung nach Verwirklichung elementarer Menschenrechte im anderen Teil Deutschlands.“ Es grenze fast an Zynismus, daß diese Mauer ausgerechnet für Menschen aus der weiten Welt, die nicht politisch Verfolgte sind und sich nicht auf Artikel 16 des Grundgesetzes berufen können, durchlässig ist.

### Konsens erhalten

Auch wenn Hans A. Engelhard im Gegensatz zu allen seinen Amtsvorgängern auf dem Deutschen Juristentag die über 3200 Richter, Rechtsanwälte, Verwaltungs- und Wirtschaftsjuristen, die nach Berlin gekommen sind, nicht über die Gesetzgebungs-Vorhaben des Bundesjustizministeriums unterrichten konnte, so versucht sein Haus doch durch eine auf fallende große Zahl von Spitzenbeamten Einfluß auf die Beschlüsse der insgesamt fünf Abteilungen des Juristen-Parlaments zu nehmen.

Auch CDU/CSU, die SPD und FDP sind nicht untätig. Auf einer Pressekonferenz zu Beginn der Beratungen des Juristentages hat der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen, der baden-württembergische Justizminister Heinz Eyrich nicht nur zu den heftig umstrittenen Themen der Zulässig-

## Rasch: „Wir werden keine Mini-Union“

WELT-Interview mit dem Chef der Berliner FDP

DW, Berlin  
Berlins Landes- und Fraktionschef der Liberalen, Ex-Senator Walter Rasch, sieht vor der Sitzung des FDP-Bundeshauptrats am Wochenende in Augsburg für die FDP eine „sehr gute Chance“, bei der Bundestagswahl ein zweistelliges Ergebnis zu erzielen. Mit Rasch sprach Hans-Rüdiger Karutz.

WELT: Sie halten auch SPD/FDP-Bündnisse auf Länderebene prinzipiell für möglich. Klingt das nicht nach Wankelmütigkeit?

Rasch: Nein, überhaupt nicht. So wenig, wie wir früher einen Wurmfortsatz der SPD darstellten – im Bund wie in den Ländern – so wenig sind wir heute ein Wurmfortsatz der CDU. Wir sind und werden keine Mini-Union. Wir müssen als eigenständige Partei in der Lage sein, entsprechend den landespolitischen Notwendigkeiten auch mit der SPD vernünftige Politik mit starken liberalen Anteilen durchzusetzen.

WELT: Eine Grundsatzfrage... Rasch: Ja, sicher. Insofern ist weder die aktuelle Koalition in Bonn in irgendeiner Weise gefährdet noch gar das Berliner Bündnis. Die gemeinsame mit der Union verabredete Politik stellt eine derart breite Basis dar, daß ich auf viele Jahre weder in Bonn noch Berlin in einem SPD/FDP-Bündnis irgendeine Alternative sehe.

WELT: Die atmosphärischen Störungen zwischen CDU und FDP scheinen den Liberalen nicht unliebe... Rasch: Strauß und die CDU sind nun einmal in der Produktion von Streitigkeiten mit der FDP für die Liberalen außerordentlich hilfreich. Bange-mann hat einmal zu Recht ironisch festgestellt: „Was wären wir ohne Strauß?“ Insofern ist uns die CDU ein durchaus nützlicher Wahlhelfer. Denn für Strauß ist es in den nächsten Wochen bis zur Landtagswahl das Allerwichtigste, seine Position in Bayern bestätigt zu bekommen. Er will einen Wahlerfolg, zumindest in der Größenordnung von 1982.

WELT: Aber jeder Konflikt schadet dem Ansehen der Koalition...

Rasch: Gewiß, aber Strauß ist die Bonner Koalition vor der Wahl im eigenen Land völlig gleichgültig. Die Hauptsache für ihn ist: Er kann seine landespolitische Position stärken und von daher seinen Einfluß auf die Bonner Koalition geltend machen. Überdies geht er wohl davon aus, daß die heutige Koalition in Bonn mit einer relativen Wahrscheinlichkeit auch die Wahl gewinnt und er sich somit dies alles auch leisten kann.

WELT: Liegt die FDP bei Bundesumfragen so gut, wie man hört? Rasch: Ich glaube, daß die FDP auf heutiger Sicht sogar eine sehr gute Chance besitzt, ein zweistelliges Wahlergebnis zu erreichen. Die Frage ist nur – und da spielen Stimmungen eine Rolle – wie weit dieser sehr breite Pfadfinden an Sympathie und Zustimmung zur FDP auf hohem Niveau bis zum Wahlsonntag anhält. Wenn keine gravierenden Fehler gemacht werden

und wir uns auf Strauß verlassen können, haben wir eine reale Chance auf zehn oder mehr Prozent.

WELT: Was sagen Sie zu den Anfeindungen aus der Union gegen Genscher?

Rasch: Es wird nach einer erfolgreichen Wahl überhaupt keinen Anlaß geben, über Genscher zu debattieren. Er und Bangemann stehen im Kabinett festgemauert in der Erde. Und um Lambdordf, der sich in der FDP hoher Beliebtheit und Unterstützung erfreut, wird die FDP nicht „drumherum“ kommen wollen. Da bin ich ganz sicher.

WELT: An der Spree hält man der FDP oft Profilmangel vor. Rasch: Zunächst muß man ehrlicherweise sagen, daß Berlin in den letzten



Rasch: Heute liegt die Berliner FDP über sechs Prozent

Monaten nicht nur mit positiven Spitzenumfragen glänzte. Wir waren durch eine Bestechungsaffäre belastet – die FDP übrigens nicht –, die ohne Zweifel auch den Senat und die Parteien, die ihn tragen, nicht eben befähigt haben. Die FDP erwies sich dabei als stabiler Koalitionspartner, als es um die Senatsumgebung ging. Heute liegt die FDP bei über sechs Prozent – eine traumhafte Zahl, die es meiner Erinnerung für die FDP zwischen Wahlen noch nie gab.

WELT: Vor der Berlin-Feier gibt es Streit, ob Dieppens Ost-Berlin-Verwaltungschef, Erhard Krack (SED), einladen soll. Sie sind dafür?

Rasch: Es gibt zwischen mir und Erhard Dieppens dabei keinen Konflikt, weil ich, wie er, der Meinung bin, dies sei kein Thema für den Marktplatz. Die klare FDP-Position in dieser Frage ist sogar in Beschlüssen der Berliner FDP und der FDP-Bundestagsfraktion eingegangen: Zur 750-Jahr-Feier sollten sich die Oberhäupter beider Stadtteile sehen. Das gilt unbeschadet aller, von den Deutschen ohnedies nicht zu lösenden Status- und Rechtsproblemen. Natürlich ist Herr Krack kein gewählter Oberbürgermeister in unserem Sinne. Dennoch, ein solcher Kontakt sollte hergestellt werden.

WELT: Sie bejahen die Einladung? Rasch: Sie entspricht unserer Beschlußlage. Wie man das bewerkstelligt, ist eine zweite Frage.

ein überzeugendes Rezept zu geben. Das um so weniger, als jeder nationale Alleingang auf diesem Gebiet ohnehin von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Für den Stuttgarter Justizminister Eyrich muß hier eine europäische Regelung gefunden werden. Doch davon ist man in der Europäischen Gemeinschaft noch weit entfernt, zumal der CDU-Politiker noch ernsthafte Zweifel hat, ob in der Frage der Grenzbeziehung bei der Genforschung ein Kompromiß zwischen der Bonner Regierungsparteien in der SPD erzielt werden kann. Noch ratloser sind die Teilnehmer in der rundfunkrechtlichen Abteilung, welche Empfehlungen sie dem Gesetzgeber zur Neuordnung der Medienlandschaft geben sollen. Denn alles, was in Berlin vom Deutschen Juristentag zum Rundfunkrecht beschlossen wird, steht unter dem Vorbehalt des am 4. November zu erwartenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum niedersächsischen Landesrundfunkgesetz. Wie das ausfällt, darüber wird in den Beratungspausen im Berliner ICC viel spekuliert.

### Haftet der Staat?

Auf weitaus festerem Boden bewegen sich die schon die Umweltrechtler. Auch von ihnen wird, wie es der Karlsruher BGH-Rechtsanwalt Karl-Heinz Brandner ausgedrückt hat, eine Art El der Kolumbus erwartet, hier einen gangbaren Weg zu finden – vorausgesetzt, daß der Staat bereit ist, für Umweltschäden, bei denen der Verursacher nicht gefunden werden kann, zu haften und dafür auch einige Millionen aus dem Staatsäckel zur Verfügung zu stellen.

## Barzel beschwor die Gemeinsamkeit in Grundfragen deutscher Politik

DIETHART GOOS, Bonn

Einen Moment lang war die antirende Bundestagspräsidentin Annemarie Renger (SPD) irritiert. Wenn sollte sie nach der eindrucksvollen Abschiedsrede von Helmut Schmidt das Wort erteilen? Bundeskanzler Helmut Kohl und Wirtschaftsminister Martin Bangemann strebten gleichzeitig zum Podium des Plenarsaals im Wasserwerk. Artig ließ der Chef dem Koalitionspartner den Vortritt. Beide waren sich einig: Neben gezieltem Respekt für Schmidts Verdienste galt es, den Bundestag in die nächste Gegenwart zurückzuführen. Immerhin wird in 137 Tagen gewählt.

Geschickt verstand es der FDP-Vorsitzende, Helmut Schmidt Anerkennung zu zollen und gleichzeitig ihm gegenüber Mißfälligkeit auszudrücken. Diese Abschiedsrede habe historische Dimensionen und sei ein besonderes Dokument des Deutschen Bundestages. Aber zugleich sei auch deutlich geworden, wie sehr sich Schmidts Politik in der Sicherheitspolitik von ihrem früheren Bundeskanzler entfernt habe. Das sei Schmidts persönliche Tragik, aber auch die Tragik seiner Partei, versicherte Bangemann. Unbeweglich quittierte der Angesprochene diese Worte.

### Kurs gelobt

Als wollte er seinen von der CDU immer wieder gescholtenen Amtsvorgänger als FDP-Chef während der Fernsehdebatte übertragung wirkungsvoll in Schutz nehmen, stimmte Bangemann das hohe Lied des außenpolitischen Kurses der CDU/CSU-FDP-Koalition an. „Die deutsche Außenpolitik hat einen wesentlichen Beitrag zur europäischen Einigung geleistet.“ Und angesichts des weitverbreiteten Verdrißes über die Brüsseler EG-Bürokratie fügte Bangemann hinzu: „Niemand sollte sich trotz der Schwierigkeiten beim Agrarmarkt

abbringen lassen von Anstrengungen für Fortschritte in Europa.“

Auf die Zwischenfrage des SPD-Parlamentarier Volker Hauff, wann die Bundesregierung denn endlich das Ratifizierungsgesetz für die überfällige Europäische Akte präsentiere, konterte Bangemann: „Die neuen Kompetenzen der EG betreffen die Interessen unserer Bundesländer. Wir befinden uns im Abstimmungsprozeß. Wenn übrigens Herr Rau jetzt hier im Bundestag wäre, könnte er Ihnen über seine Gespräche mit Außenminister Genscher zu dieser Frage berichten.“

Eingeleitet hatte den politischen Schlagabtausch unter deutlichen Wahlkampfzeichen der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dreger. Er sprach von einer besorgniserregenden inneren Entwicklung der SPD, deren auf dem Nürnberger Parteitag beschlossenes Programm – sollte es je verwirklicht werden – die Sicherheit der Arbeitsplätze ebenso bedrohen würde wie die Sicherheit des Landes. „Dreizehn Jahre SPD-geführter Bundesregierungen hatten genügt, um alle Pluspunkte unseres Landes in Minuspunkte zu verwandeln.“ Und mit der ihm üblichen Schärfe wandte Dreger sich direkt an die SPD: „Als Regierungspartei waren Sie 1982 reslos und total gescheitert.“

Große Aufmerksamkeit bei Koalition und Opposition fand Rainer Barzel, der nach 29 Jahren den Bundesstad verläßt, mit seiner Abschiedsrede. Ausdrücklich dankte er Außenminister Genscher, weil dieser ihm den Vortritt ließ. Barzel beschwor aus seiner langen parlamentarischen Erfahrung heraus die Verantwortlichen von Koalition und Opposition zur Gemeinsamkeit in den Grundfragen deutscher Politik. „Ich blicke nicht zurück im Zorn, ich bin dankbar, daß ich mitwirken durfte.“

Nach der ungewöhnlich kurzen Mittagspause von nur 30 Minuten

meldete sich Hannegret Hönes für die Grünen zu Wort. Die leeren Lesesessel des Plenums beklagte sie als Ausdruck „unterentwickelter Dialogbereitschaft“ des Bundestages. Keine Seite des Hauses ließ die Grüne Journalistin ungeschoren. „Ich habe mich, schon bevor er heute geredet hat, gefragt, was ausgerechnet Helmut Schmidt prädestiniert, hier den SPD-Wahlkampf zu eröffnen.“ Vermutlich gebe es niemanden mit soviel Erfahrung wie ihn, vor der Wahl alles mögliche zu verkünden, um notfalls nach der Wahl das genaue Gegenteil davon zu machen.

### Raus Abwesenheit bemängelt

Die Grüne Abgeordnete, die fernsehrechte blaue Garderobe trug, vermißte bei Helmut Schmidt Aussagen zu den Beschlüssen des Nürnberger SPD-Parteitags und lieferte gleich ihre Vermutung für den Grund: „Er kennt den Wert solcher Parteitagebeschlüsse und er kennt Rau gut genug, um zu wissen, daß der sie im Fall der Fälle rechtzeitig wieder einkassieren wird.“

Immer wieder attackierte die Koalition die SPD-Fraktion wegen der Abwesenheit ihres Kandidaten Johannes Rau. Sozialdemokratische Sprecher, wie Horst Ehmke, reaktivierten sich mit heftiger Kritik an der Regierung und hielten ihr Unfähigkeit bei einer durchgreifenden Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor. CDU/CSU und FDP würden dieses Thema nur ansprechen, wenn sie vor einem vermeintlichen neuen Schub von Arbeitslosen beim Verzicht auf Kernenergie warnten. Theo Weigel, Chef der CDU-Landesgruppe im Bundestag, hielt den Sozialdemokraten vor, sie wollten nun einen „Kernenergie-Wahlkampf“ führen. Ziel dieser Kampagne sei es, die Bevölkerung in Angst und Panik zu versetzen, an die Stelle sachlicher Auseinandersetzung trete die Emotion.

## Bedienungsfehler verursachte in Hamm Störfall

dpa, Düsseldorf

Das nordrhein-westfälische Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie hat jetzt den abschließenden Untersuchungsbericht zum Störfall im Hochtemperaturreaktor THTR 300 in Hamm-Uentrop vom 4. Mai dieses Jahres vorgelegt. Danach ist die erhöhte Abgabe von radioaktiven Partikeln „durch einen Bedienungsfehler bei der Bedienung der Beschickungsanlage und eine Fehlfunktion in der Einzelantriebssteuerung ausgelöst worden.“

Der für Atomanlagen zuständige Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen hatte damals den Reaktor für mehrere Wochen stilllegen lassen. In einer Vorbemerkung zur Größenordnung der freigesetzten Radioaktivität heißt es im Bericht, es sei „nicht eindeutig festzustellen, ob der für Abgabe radioaktiver Aerosole aus dem THTR genehmigte Tagesgrenzwert nicht geringfügig überschritten worden ist.“

In der 45seitigen Darstellung des Störfalles vom 4. Mai werden detailliert die Mängel bei der Beschickung des Reaktors mit 40 Absorbieremitteln mittels Handsteuerung aufgezeigt. Gegen eine Wiederholung des Ereignisses sei ausreichend Vorsorge getroffen.

## Wörner: SPD sendet falsche Signale aus

rnc, Bonn

In der Haushaltsdebatte des Bundestages hat Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner der SPD vorgeworfen, die militärische Bedrohung der NATO durch die Sowjetunion absichtlich zu übersehen, um auf diesem Wege ihre Vorstellungen von „Sicherheitspartnerschaft“ und „Gefährdungsgemeinschaft“ besser propagieren zu können. So aber würden in Richtung Moskau „falsche Signale“ gesendet, die dort die Hoffnung nähren, die Abrüstung des Westens ohne sowjetische Gegenleistungen erreichen zu können.

Ebenso deutlich stellte sich der Verteidigungsminister dagegen, daß die SPD die USA als den wichtigsten Verbündeten der Bundesrepublik mit Schärfe kritisiere. Dies habe mit selbstbewußter Partnerschaft nichts mehr zu tun, sagte Wörner und fügte hinzu, die fortlaufende und bewußte Gleichstellung der USA und der Sowjetunion verweise den entscheidenden Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur, ebne den Weg ins neutralistische Denken und müsse zum Bruch mit den USA und zum Abzug der Amerikaner aus Europa führen. Dies aber hat nach den Worten des Verteidigungsministers mit der Wahrnehmung deutscher Interessen, wie das die SPD behauptet, nichts zu tun.

Wörner fragte die Sozialdemokraten in seiner Rede, ob es im deutschen Interesse sei, der Sowjetunion ein Monopol bei den SS 20-Mittelstreckenraketen zuzugestehen, oder das WHNS-Unterstützungsabkommen für amerikanische Verstärkungskräfte kündigt zu wollen. Auch fragte er die SPD unter Bezug auf ihre Beschlüsse beim Nürnberger Parteitag, wo sie im Verteidigungshaushalt sofort zwei Milliarden Mark kürzen wolle. Jede Reduzierung gehe an die Substanz der deutschen Verteidigungsfähigkeit und untergrabe damit die Glaubwürdigkeit der Sicherheitspolitik.

## Gewerkschaft macht sich zum Anwalt der Verbraucher

DW, Hamburg

Unter Hinweis auf die Lebensmittelpreise der vergangenen Jahre hat der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) Günter Döding den „Penschen“ in der Lebensmittelbranche den Kampf angesagt. Wer mit der Gesundheit der Verbraucher diese Geschäfte betreiben wolle, sei ein Krimineller, sagte Döding gestern auf dem Gewerkschaftstag seiner Organisation in Hamburg. Die Lebensmittelkassende hätten das Vertrauen der Verbraucher erschüttert. Der Vorsitzende forderte daher, das Netz gesetzlicher Vorschriften und Kontrollen dichter zu knüpfen.

Sorgen bereitet der Gewerkschaft auch die zunehmende Konzentration im Lebensmittel-Einzelhandel. „Ein Ende dieses „ökonomischen Kanibalismus“ sei nicht in Sicht, meinte der Gewerkschaftsvorsitzende. Deshalb seien weitere Arbeitsplätze im Lebensmittel-Einzelhandel und im Ernährungs- und Lebensmittelhandel und der Gesetzgeber dürfe sich in dieser Situation nicht länger drücken und müsse die Rahmenbedingungen eines leistungsfähigen und fairen Wettbewerbs garantieren. Döding forderte eine Stärkung der Stellung der Kartellbehörden.

## Der Funke muß in die Gemeinde überspringen

Von RITA SÜSSMUTH

Das Bild ist schon vertraut: Fröhliche junge Menschen bestimmen die Katholikentage. Auch beim morgigen beginnenden 89. Deutschen Katholikentag in Aachen wird das nicht anders sein. Ein Drittel der Dauerteilnehmer, deren Zahl sich nach Schätzungen der Veranstalter zwischen 35 000 und 65 000 einpendeln wird, sind unter 18 Jahre alt, ein weiteres Drittel zwischen 18 und 30. Wie schon in München, Düsseldorf und Freiburg werden die Gottesdienste ebenso überfüllt sein wie die fünf eigens eingerichteten geistlichen Zentren zur Besinnung und Meditation. Zur Jugendkundgebung „... denn wir sind die Zukunft der Kirche“ am Freitagabend werden 100 000 Jugendliche erwartet. Hat die Kirche angesichts dieses „religiösen Aufbruchs“ der Jugend ausgesetzt?

### Haftet der Staat?

Auf weitaus festerem Boden bewegen sich die schon die Umweltrechtler. Auch von ihnen wird, wie es der Karlsruher BGH-Rechtsanwalt Karl-Heinz Brandner ausgedrückt hat, eine Art El der Kolumbus erwartet, hier einen gangbaren Weg zu finden – vorausgesetzt, daß der Staat bereit ist, für Umweltschäden, bei denen der Verursacher nicht gefunden werden kann, zu haften und dafür auch einige Millionen aus dem Staatsäckel zur Verfügung zu stellen.

Religiosität, die, verstärkt durch das Gruppenleben, einen Ort der Entfaltung sucht? Sicher ist – und daran zweifeln nicht einmal mehr kirchliche Amtsträger – daß die meisten der jugendlichen Katholikentagsbesucher nach dem Motto leben: Glauben und Religion ja, Kirche nein. Wichtig ist ihnen in erster Linie das Gemeinschaftsleben, das Gefühl, unter Gleichgesinnten zu sein. Erfahrungen auszutauschen, in Erinnerungen – vielleicht auch an den letzten Kirchentag – zu schweifen. Dazu gehört aber auch der Rückzug in die meditative Stille.



nein. Wichtig ist ihnen in erster Linie das Gemeinschaftsleben, das Gefühl, unter Gleichgesinnten zu sein. Erfahrungen auszutauschen, in Erinnerungen – vielleicht auch an den letzten Kirchentag – zu schweifen. Dazu gehört aber auch der Rückzug in die meditative Stille.

Aber zugleich sind die Jugendlichen auf der Suche nach Antworten auf die für sie zentralen Fragen wie

Umweltschutz, Frieden, Verhältnis zwischen arm und reich und Partnerschaftsprobleme. Die Anmeldungen zu den fünf Themensektoren zeigen, welche Fragen den Jugendlichen am meisten unter den Nägeln brennen. 30 Prozent haben sich für den Komplex „Technik und Verantwortung für die Zukunft des Lebens“ entschieden, weitere 30 Prozent für „Weltkirche“, der Rest verteilt sich auf „Geistliche Gemeinschaft“, „Europa“ und „Sozialer Katholizismus“. Nach den Erfahrungen früherer Katholikentage, daß oft über die Köpfe gerade der jugendlichen Teilnehmer hinweggeredet wurde, wollen die Veranstalter die Jugendlichen stärker als Mitgestalter und weniger als Konsumenten des Programmangebots ansprechen.

Aber Antworten auf ihre Fragen suchen die Jugendlichen jenseits aller Theorien und ihrer didaktischen Aufbereitung in erster Linie bei Menschen, die glaubwürdig sind. Was für sie zählt, ist das persönliche Zeugnis, das Ich-Sagen-Können; sind Referenten, die nicht nur als Experten auftreten, sondern auch für ihre Aussagen einstehen – und sie verständlich machen können. Junge Menschen sind auf der Suche nach Spuren des Christlichen in unserer Gesellschaft, auf der Suche nach Menschen, die das Christentum nicht nur geprägt hat, sondern die es überzeugend leben.

Hier liegt eine enorme Chance für die Kirche, wenn sie sie zu nutzen

weiß. Die Lebendigkeit, mit der sich die Kirche auf den Katholikentagen präsentiert, darf allerdings nicht auf diese wenigen Festtage beschränkt bleiben. Wenn der Funke der Begeisterung und Engagementbereitschaft nicht in den Alltag der Gemeinde überspringt, kann er bei den Jugendlichen leicht ins Gegenteil umschlagen. Noch immer herrschen in vielen Gemeinden Konfliktscheu, Entmündigung, Kleingeist und Angst vor – alles Gegensätze zu christlicher Zuversicht und Erlösungsfreude. Damit vor allem junge Menschen nicht in immer größerer Distanz zur Kirche geraten, sind lebendiger Dialog, verstärkte Mitwirkungsmöglichkeiten für Laien und damit die Mit-Verantwortung für die Entwicklung in der Kirche erforderlich. Nur so läßt sich „umherschweifende Religiosität“ wieder innerhalb der Kirche verankern.

Es gibt zwei Möglichkeiten: Das Motto des Aachener Katholikentages „Dein Reich komme“ bleibt entweder eine Jenseitsverortung für Jugendliche oder es gelingt, glaubwürdige Antworten auf die konkreten Fragen in Politik und Kirche zu finden und die jungen Menschen hierbei einzubinden. Jene, die als Zeugen ge- und befragt sind, tragen eine große Verantwortung.

Frau Rita Süßmuth ist Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit und seit 1980 Vizepräsidentin des Familienbundes der Deutschen Katholiken.



Warner: Spendet falsche Signale aus

# Der Regierung in Irland droht ein heißer Herbst

Patt im Parlament / Rücktrittsforderung / Hohe Emigration

REINER GATTERMANN, London  
Spontan hatte Irlands Premierminister Garret FitzGerald in einer öffentlichen Diskussion im Frühsommer erklärt, er werde zurücktreten, falls man ihn zu einer noch höheren Staatsverschuldung zwingt. Der Schuldendienst schluckte bereits die gesamte Einkommensteuer, stellte er aufgebracht fest. Seine Drohung zog FitzGerald schnell zurück. Dennoch würde es nicht überraschen, wenn die Fine Gael-Labour-Koalition noch in diesem Jahr gezwungen würde, die Regierungsbank zu räumen.  
Nach dem heutigen Stand der Dinge wird die oppositionelle Fianna Fail schon bald nach Abschluss der parlamentarischen Sommerpause Ende Oktober einen Misstrauensantrag einbringen. Er hat Aussichten auf Erfolg, weil erstmals nicht nur die Oppositionsparteien eine gemeinsame Front bilden, sondern auch in der Regierungskoalition mindestens drei Abgeordnete nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen - unter anderem fordern sie mehr Geld für das Sozialwesen und die Grenzregion - bereit sind, für das FitzGerald-Kabinett zu stimmen.  
Schon ein Abtrünniger reicht, um die Regierung zu stürzen. Derzeit herrscht im Parlament ein 82-zu-82-Patt. Nur die Ausschlagstimme des Parlamentspräsidenten sichert der Regierung noch das Überleben. Wegen eines Todesfalls ist jedoch ein Sitz vakant, und die Regierung zögert die Ausschreibung der Ergänzungswahl soweit wie möglich hinaus, denn der bisherige Fine-Gael-Sitz wird mit größter Wahrscheinlichkeit an die Fianna Fail fallen. Dann würde auch die Präsidentenstimme nichts mehr nützen.  
**Opposition liegt vorn**  
Ein offener Bruch der Rechts-Links-Koalition steht nicht mehr zur Debatte, nachdem sich die Labour Party zum Bleiben entschlossen hat. Gleichzeitig legte sie jedoch fest, den kommenden Wahlkampf - offiziell endet die Legislaturperiode im Herbst 1987 - ohne jegliche Bündniszusätze zu führen.  
Die Partei ist angesichts der restriktiven Finanz- und Wirtschaftspolitik FitzGeralds in den Ruf geraten, nur noch Handlanger ohne Eigenpro-

fil zu sein. Meinungsumfragen bestätigen ständig einen leichten Vorsprung der Fianna Fail; der Wahlausgang dürfte jedoch weitgehend vom Abschneiden der seit knapp einem Jahr existierenden Progressiven Demokraten abhängen, die sich von der Fianna Fail lossagten und rund 17 Prozent der Wähler hinter sich haben sollen.  
Verschlechtert hat sich das politische Klima für die Regierung nicht allein durch die bedrückende Lage der Landwirtschaft, in der ein Fünftel der Berufstätigen beschäftigt ist, sondern auch durch die spürbare Verlangsamung des Wirtschaftsaufschwungs.  
**Mangel an Fachkräften**  
Für 1986 wird nur noch ein Wachstum von einem Prozent, gegenüber einer früheren Prognose von 2,5 Prozent, erwartet. Daraus resultiert, daß mit einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage nicht zu rechnen ist. Die Erwerbslosenquote liegt bei 18 Prozent. Daß sie nicht noch wesentlich höher steigt, hat einen besonderen Grund: Die Emigration hat erheblich zugenommen.  
Nach jüngsten offiziellen Erhebungen kletterte sie von 1984/85 auf 1985/86 um die Hälfte auf netto 30 000. Dies entspricht ungefähr dem Geburtenüberschuß. Wurde in den siebziger Jahren noch eine Nettoemigration von rund 100 000 registriert, ergibt sich seit 1981 ein Emigrationsüberschuß von 75 000. Irland war nur selten in der Lage, seiner gesamten Bevölkerung Arbeit und Nahrung zu geben. In der schlimmsten Krise nach dem Zweiten Weltkrieg, von 1956 bis 1961 verließen 200 000 Iren ihre Heimat. Hält der Trend an, so sagen Demographen voraus, wird es in den neunziger Jahren keinen Bevölkerungszuwachs mehr geben. Derzeit leben 3,54 Millionen Menschen in der Republik.  
Die Emigration ist für Irland ein Politikum, weswegen es nicht verwundert, daß nach Bekanntwerden dieser Zahlen die Opposition den Rücktritt der Regierung forderte. Besorgniserregend ist, daß nicht mehr, wie früher, die Ungelernten ihr Glück außerhalb der Insel suchen, sondern daß Fachkräfte der „jüngsten Nation“ Europas den Rücken kehren.

# Moskaus MiG-29 beeindruckt die Fachwelt

CvB, Brüssel

Der neueste sowjetische Abfangjäger MiG-29 mit dem NATO-Code-namen „Fulcrum“ hat westliche Experten stark beeindruckt. Zum ersten Mal zeigten die Sowjets Maschinen dieses Typs im westlichen Ausland bei einem Besuch auf dem finnischen Luftwaffenstützpunkt Rissala.  
Die MiG-29 ähnelt im Aussehen der amerikanischen F-18 „Hornet“, doch besitzt sie nach vorliegenden Erkenntnissen trotz ihrer Fähigkeit, tief unter ihr fliegende Ziele wie Cruise Missiles bekämpfen zu können, keine derart fortschrittliche Elektronik wie ihr vornehmlich von der US-Marine geflogenes amerikanisches Gegenstück. Mehrere sogenannte Software-Anpassungen haben der „Hornet“, die in der Bundesrepublik Deutschland nur von den Kanadiern geflogen wird, zu immer neuen Kampferweiterungen verholfen.  
In den neuen Flugleistungen, die allein jedoch das Leistungsspektrum eines modernen Luftkampffähigers nicht mehr bestimmen, dürfte die zweistrahlige „Fulcrum“ den neuesten US-Flugzeugen gleichkommen: Ihr Schub übertrifft das Eigengewicht, sie kann raketenlang steigen. Nach Berichten aus Rissala ist die MiG-29 sowjetischer Tradition entsprechend für den Einsatz von Behelfsflugplätzen konstruiert: Auf der Oberkante des Vorderflügels befinden sich Schlitze, durch die beim Rollen des Flugzeugs auf dem Boden Luft für die Triebwerke angesaugt wird. Dadurch soll verhindert werden, daß Steine in die Triebwerke gesaugt werden. Hinter dieser technischen Auslegung verbirgt sich eine taktisch bemerkenswerte Philosophie der sowjetischen Frontluftstreitkräfte, denen die MiG-29 vorrangig zugeteilt wird. Kein westlicher Jäger hat solche Vorrichtung.  
Die MiG-29 geht verstärkt in den Staffeldienst bei den sowjetischen Luftstreitkräften. In der „DDR“ ist sie beim Jagdfliegerregiment Wittstock bei der 16. sowjetischen Frontluftarmee stationiert. Die veraltete MiG-21 („Fishbed“), einst der bekannteste sowjetische Jäger, der jedoch immer von seiner kurzen Reichweite geplagt wurde, ist inzwischen von der MiG-23 („Flogger“), einem Schwenkflügeljäger, abgelöst worden. (SAD)

# Daniloff: US-Senat drängt zu Härte, Krisenstab für begrenzte Aktionen

Freilassung des Journalisten gefordert / Fahrplan für Gipfel bleibt / Sacharow angeklagt

FRITZ WIRTH, Washington  
Die Eskalation des Falles Daniloff dauert an, dennoch weigert sich die Reagan-Administration, spektakuläre Gegenmaßnahmen zu ergreifen, die zu einem Zusammenbruch der Vorbereitungen des Gipfels zwischen Michail Gorbatschow und Ronald Reagan führen könnten.  
Im Krisen-Management dieser Affäre hat sich eindeutig die Kursrichtung des State Departments durchgesetzt, die Schadenskontrolle nicht durch emotionale Reaktionen aus den Händen gleiten zu lassen. Man denkt deshalb im Außenministerium zunächst nur an begrenzte Gegenaktionen und hofft, mit Hilfe stiller Diplomatie Ansatzpunkte zur Befreiung Daniloffs zu finden.  
In New York wurde am Dienstag der sowjetische UN-Beamte Gennadi Sacharow, durch den die Affäre Daniloff ausgelöst wurde, formell der Spionage gegen die USA angeklagt. Sacharow war am 23. August in New York verhaftet worden, als er einem Studenten 1000 Dollar für die Beschaffung von US-Militärgeheimnissen bezahlte. Der Student hatte schon vor zwei Jahren das FBI über seine Kontakte mit Sacharow informiert. Wird Sacharow in allen Anklage-

punkten für schuldig befunden, muß er mit lebenslanger Haft rechnen.  
Die Sowjets, die eine Woche später den amerikanischen Journalisten Daniloff in Moskau verhafteten und ihn der Spionage anklagten, nahmen die Anklage gegen Sacharow zum Anlaß, den Druck auf Daniloff zu verschärfen. Sie warfen ihm vor, schon vor Jahren mit seiner angeblichen Spionagetätigkeit in Moskau begonnen zu haben und ließen ihn wissen, daß er dafür mit dem Tode bestraft werden könne, wie seine Frau Ruth mitteilte.  
Als sie - so Reuter ergänzend aus Moskau - ihren Mann zuletzt vor zwei Tagen im Gefängnis besuchte, habe er vorgeschlagen, ihn und Sacharow den diplomatischen Vertretungen ihrer Heimatländer zu überstellen. Dann könnte über die beiden Fälle verhandelt werden. Die Überstellung könne noch vor dem Treffen der Außenminister Shultz und Gorbatschow, das für den 19. und 20. September geplant sei, erfolgen. In Washington drückte Larry Speakes, der Sprecher des Weißen Hauses, die Hoffnung aus, daß der Fall Daniloff bis zu diesem Termin gelöst sei. Wenn nicht, werde die Affäre vorrangiges Thema der geplanten Gespräche sein.  
Der Senat hat Reagan inzwischen

unter Druck gesetzt, mit einer Politik der Härte auf die sowjetischen Vergeltungsmaßnahmen gegen Daniloff zu reagieren. In einem einstimmig verabschiedeten Antrag wird der Kreml aufgefordert, Daniloff unverzüglich freizulassen. Gleichzeitig wird gewarnt, daß diese Affäre das Gipfeltreffen bedrohe. Der demokratische Senator Moynihan forderte, daß kein Gipfel stattfinden dürfe, solange die Sowjets Daniloff im Gefängnis festhielten. „Die Russen können keine besseren Beziehungen mit uns erwarten, solange sie sich der verachtenswerten Handlungsweise eines Polizeistaates bedienen.“  
Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe, der sich zur Stunde in Washington aufhält, nannte den Fall Daniloff „ein moralisches Tscherenobyl für die Sowjetunion“. Er ließ aber auch durchblicken, daß deshalb die Abrüstungsbemühungen nicht zerstört werden dürften.  
Reagan hat wiederholt einen von den Sowjets offensichtlich angestrebten Austausch von Daniloff und Sacharow ausgeschlossen. Dagegen ist anzunehmen, daß Washington in den nächsten Tagen einige Diplomaten und Angestellte der sowjetischen UN-Delegation des Landes verweist.

# Israel greift Palästinenser in Libanon an

rtr, Tel Aviv

Mit Kampfhubschraubern und einem Jagdflugzeug hat Israel gestern ein Palästinenser-Lager bei der südlibanesischen Hafenstadt Sidon angegriffen. Ein Militärsprecher teilte mit, es habe sich um eine Basis der von Syrien unterstützten „Volkskampf-Front“ gehandelt. Bei dem Luftangriff wurden drei Menschen getötet. Außerdem beschossen israelische

**QUICK hat Ihnen mehr zu sagen. Zum Beispiel:**

Terror-Geiseln berichten in QUICK: Das Blutbad im Jumbo

Blindwütige Fanatiker richteten in Karlsruhe ein Blutbad an. Die dramatischen Augenzeugenberichte von drei Geiseln ergeben nun zum erstenmal ein authentisches und vollständiges Bild. QUICK-Reportagen schildern die Einzelheiten, was sich in den knapp 10 Stunden des Terrorüberfalls wirklich ereignete.

Die Qual der Wahl: BMW 735i oder Mercedes 420 SE?

BMW greift an: „Wir haben das beste Auto der Welt gebaut!“ - behaupten die Bayern. Was ist dran an dieser Offensiv? QUICK wollte es genau wissen und unterzog die beiden großen Konkurrenten einem gründlichen Vergleichstest. Ein Ergebnis verraten wir Ihnen hier schon: „Made in Germany“ ist seinen Preis wert!

**QUICK steht für Qualität!**

Schnellboote ein Flüchtlingslager in der Nähe der Stadt Tyrus. Mehrere Häuser wurden zerstört. Angaben über Opfer lagen zunächst nicht vor.  
In der Nacht zuvor hatten vier Palästinenser versucht, in einem Schlauchboot zur nordisraelischen Küste zu gelangen. Das Schlauchboot war von einem israelischen Schnellboot entdeckt, unter Feuer genommen und an den Strand zurückgetrieben worden.  
In derselben Nacht wurde eine Siedlung in Nordisrael aus dem Südlanon mit sowjetischen Katjuscha-Raketen beschossen. Es war bereits der dritte derartige Angriff aus dem nördlichen Nachbarland innerhalb einer Woche.

# Die tolle Kiste ist noch toller geworden.

Neu: FIRE-Motor, bedingt schadstoffarm, 3 1/2 Jahre steuerfrei, ohne Kat., ohne Aufpreis. Neu: Hinterachse. Neu: Die Inneneinrichtung.



„Mini-Limousine, die es motorisch... mit größeren Autos durchaus aufnehmen kann.“ (FR\* 01.02.86)



„...gegenüber den bisherigen Panda-Modellen... sinken die Verbrauchswerte... um rund 10 Prozent.“ (mot 3/86)



„...mit dem derzeit in der Summe aller Eigenschaften weltbesten kleinen Vierzylinder-Triebwerk...“ (mot 4/86)



Die Hinterachse „fungiert nahezu unter allen Bedingungen fast wie eine Einzelaufhängung.“ (FR\* 01.02.86)



„...ein Federungskomfort, der kaum noch an Kleinwagen-Verhältnisse erinnert.“ (FAZ 25.01.86)



„...neue Dimension an Fahrkultur.“ (FR\* 01.02.86)



Dem wäre noch folgendes hinzuzufügen: Panda 750 L, das Einstiegsmodell. 34 PS (25 kW) stark, echte 125 km/h schnell und echte 5,0/6,2 l sparsam (bleifreies Normal, nach DIN 70030-1, bei 90 km/h/Stadtverkehr). Panda 1000 CL, das Komfortmodell, FIRE-Motor 44 PS (32 kW), komfortable Beschleunigung (16 Sek. auf 100), Komfortsitze, Komforteinrichtung. Beiden gemeinsam ist die neue omegaformige Hinterachse und der stufenlos von 272 bis 1088 Liter veränderbare Gepäckraum. Isotroll.



„...Innenraumgestaltung auf der Höhe der Zeit.“ (mot 4/86)



Die Hintersitze sind umklappbar und lassen sich bei Bedarf leicht ausbauen.

**Der neue Panda. Die noch tollere Kiste.**

**FIAT**



## Frau Aquino warnt USA vor Einmischung

AFP, Manila

Die philippinische Präsidentin Corason Aquino hat die USA vor einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten ihres Landes gewarnt. Die Staatschefin reagierte damit auf Verlautbarungen, wonach Regierungskreise in Washington Manila eine zu weiche Haltung gegenüber den philippinischen Kommunisten vorgeworfen haben. Frau Aquino reist am Montag zu einem einwöchigen offiziellen Besuch in die USA.

In einem AFP-Interview sagte Frau Aquino, sie sei durchaus zu einer „härteren“ Haltung gegenüber den kommunistischen Aufständischen bereit – mit denen sie sich seit ihrem Regierungsantritt im Frühjahr auf der Ebene von Emissären um die Erreichung eines Waffenstillstands bemüht. Die Entscheidung für eine härtere Politik sei aber allein Sache ihrer Regierung, betonte die Präsidentin. Solange Washington sich nicht einmische, bleibe das amerikanisch-philippinische Verhältnis „okay“. Sie störe es auch nicht, daß US-Präsident Ronald Reagan ein langjähriger Freund ihres gestürzten Vorgängers, des im US-Exil lebenden Diktators Marcos, sei, vorausgesetzt, daß das nicht zu einer amerikanischen Einflußnahme auf das derzeitige innenpolitische Geschehen in den Philippinen führe, betonte Frau Aquino. Sie suche vorerst „alle friedlichen Mittel“ auszuschöpfen, um zu einer Einigung mit der verbotenen – KP des Landes und deren Guerilla-Organisation „Volksarmee“ (NPA) zu gelangen. Das schließe nicht aus, daß die Regierung später „Gewalt anwenden“.

Wegen der Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Manila und den Rebellen gibt es innerhalb der Regierung und zwischen Frau Aquino und der Militärführung schiefe Spannungen. Ein Sprecher des Generalstabs betonte, die Militärführung müsse einen größeren Anteil an der Ausarbeitung der Sicherheitspolitik bekommen. Er bekräftigte jedoch zugleich die „volle“ Loyalität der Streitkräfte zu ihrer Regierung, der die Armee untergeordnet sei.

Verteidigungsminister Enrile und Oberbefehlshaber Ramos sind dafür, daß die Regierungstruppen während der Waffenstillstandsverhandlungen in ihren Aktionen gegen die Rebellen nicht nachlassen.

Nach einem Plädoyer für die Stärkung der Bundeswehr mit konventionellen Waffen befaßt sich Generalinspekteur Wolfgang Altenburg im zweiten Teil der

Analyse für die WELT mit den Einzelheiten der Planung im Verteidigungsministerium. Der General warnt vor allem vor einer Verringerung der derzeitigen

Streitkräfte. Die Bundeswehr bewege sich bereits jetzt am Rande des „operativen Minimums“, das 456 000 Soldaten erfordere.

## Akademie der Künste in Paris und Berlin?

PAUL F. REITZE, Bonn

Vor dem deutsch-französischen Kultur-Gipfel am 27.28. Oktober in Frankfurt zeichnet sich eine engere Zusammenarbeit ab. So gibt es Gesprächskontakte über eine gemeinsame Akademie der Künste Paris/Berlin. Auf deutscher Seite zeigen sich neben Berlin vor allem Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und das Saarland an einem Ausbau der Beziehungen interessiert.

Die Verankerung mehrerer Bundesländer über den derzeitigen Bundespräsidenten für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des deutsch-französischen Vertrags, den Bremer Bürgermeister Klaus Wedemeyer (SPD), hat unterdessen neue Nahrung erhalten. Wedemeyer hatte im Sommer an einem dem Gipfel vorbereitenden ersten Forum teilgenommen. An einem zweiten Forum, am 22.23. September in Paris, wird er, obwohl er im Programm genannt war, ebenfalls nicht teilnehmen. Baden-Württembergs Ministerpräsident Späth wird ihn vertreten.

Wedemeyer wird turnusgemäß Anfang 1987 als Bevollmächtigter vom Regierungschef eines unionsregierten Landes abgelöst. Bisher haben als einzige CDU-Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen noch nicht den Bevollmächtigten gestellt. Ministerpräsident Albrecht hat mittlerweile intern Bereitschaft bekundet.

Nach Informationen der WELT scheint indes Lothar Späth entschlossen, ihm die Kandidatur streitig zu machen, obwohl mit Kiesinger und Filbinger Baden-Württemberg bereits zweimal den Bevollmächtigten gestellt hat. Die Entscheidung wird am 1. Oktober getroffen, nach Vorbesprechungen der Chefs der Staatskanzleien in dieser Woche.

Späths Erscheinen in Paris gilt als Indiz dafür, daß er das Amt des Bevollmächtigten mit Nachdruck anstrebt. Sollten sich die Ministerpräsidenten auf ihn verständigen, erwartet die französische Seite vor allem Kooperationsimpulse im Hochschulbereich.

Das Forum in Paris wird sich vor allem mit Fragen der Künste und der Medien beschäftigen. Zu den deutschen Teilnehmern gehören unter anderem Münchens Generalintendant Eberding, die Filmregisseure Schlöndorff, Syberberg und Margarete von Trotta, der Showmaster Bielow sowie die Choreographin Pina Bausch.

# Wer die Bundeswehr abbaut, schwächt die Allianz

Von WOLFGANG ALTENBURG

Die Bundeswehr kann ihren Auftrag erfolgreich nur auf der Grundlage eines ausreichend starken Friedensumfanges erfüllen. Dieser muß es ihr auch ermöglichen, in Krisenzeiten – beziehungsweise im Verteidigungsfall – schnell zur vollen Verteidigungsstärke aufzuwachen.

Mit ihrer jetzigen Kaderung bewegt sie sich bereits heute am Rande des „operativen Minimums“, das 456 000 Soldaten erfordert. Diese Stärke gewährleistet die Abschreckung im Frieden und ist für den Aufwuchs der Streitkräfte in Krise und Krieg unabdingbar. Weitere Verringerungen der präsenten Kräfte sind nicht vertretbar, wenn der Auftrag erfüllbar bleiben soll. Damit steht zunächst – mit Blick auf die verschärften Bedingungen des Arbeitsmarktes der neunziger Jahre – die Sicherung des Personalbestandes der Bundeswehr im Vordergrund der Planungen.

Nach Maßnahmen zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit fällt die für Mitte 1989 von Bundesrat und Bundestag bereits beschlossene Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate ins Gewicht. Sie wird nicht nur eine bessere Grundausbildung ermöglichen, sondern auch eine gezielte Vorbereitung der aktiven Soldaten auf ihre künftige Verwendung als Reservisten. Ein Bestandteil der Strukturplanung ist die verstärkte Nutzung des Reservistenpotentials, das mit 39 000 Reservisten in den Friedensumfang einbezogen wird.

Im Verteidigungsfall werden die Reservisten einen Anteil von fast zwei Dritteln stellen. Entsprechend ihrer wachsenden Rolle muß ihre Ausbildung intensiviert werden. Zusammen mit der Verlängerung des Grundwehrdienstes bedeutet die Intensivierung der Wehrübungen eine tragbare Belastung, sie ist im Interesse der äußeren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland notwendig und auch zumutbar, wenn man bedenkt, daß die Masse der Reservisten innerhalb von zwei bis drei Jahren nur zu jeweils einer zehntägigen Wehrübung herangezogen würde. Damit liegt die Bundeswehr weit unterhalb der Zeit anderer Nationen.

Die Planung ist darauf gerichtet,

erkannte Schwächen im Verteidigungssystem vorrangig abzubauen. Hier geht es zunächst darum, die sogenannte „Peripherie“ – das heißt die „Optimierung“ der Großwaffensysteme durch all das, was Voraussetzung für ihre volle Wirksamkeit ist – in ausreichender Menge und Qualität bereitzustellen. Dies war in der Vergangenheit zu kurz gekommen, als man sich aus guten Gründen auf die Beschaffung neuer Trägersysteme konzentrierte. Die Bezeichnung „Peripherie“ wird der Bedeutung dieses Vorhabens nicht gerecht, handelt es sich doch um so wichtige Bereiche wie Führung, Aufklärung, Überlebensfähigkeit und logistische Reichweite. Eine stärkere Betonung der Ausrüstung mit Mitteln für Nachrichtengewinnung, Aufklärung und Führung werden die politische und militärische Führung besser befähigen, die Lageentwicklung zu beurteilen und ihre Führungsaufgaben wahrzunehmen. Planungen und Maßnahmen verzugslos im Bündnis abzustimmen und den wirkungsvollen Einsatz der Streitkräfte sicherzustellen. Sie wird die Reaktionsfähigkeit und Flexibilität der Streitkräfte und ihrer Waffensysteme steigern. Mit elektronischen Mitteln ausgerüstet, werden diese in die Lage versetzt, auch bei Nacht und unter Bedingungen des funktionslosen Kampfes ihre Aufgaben wirksam zu erfüllen.

Das derzeit größte Defizit liegt in der mangelnden Durchhaltefähigkeit. Ein deutlicher Schwerpunkt wurde deshalb auf die Entwicklung und die ausreichende Bevorratung moderner endphasengeleiteter Munition gesetzt. Dadurch werden die bereits vorhandenen Träger optimiert. Die sanitätsdienstliche Versorgung wird finanziell besser ausgestattet. Bei den Beschaffungsvorhaben für die Streitkräfte geht es nicht um einen bloßen Ersatz veralteter Waffensysteme – „eins zu eins“ – im Sinne schematischen Nachfolgedenkens. Übrigens läßt der Schwerpunkt der Rüstungsplanung den defensiven Charakter klar erkennen.

Die Bundeswehr ist eine Friedensarmee, die seit 30 Jahren besteht. Die knappen Ressourcen gebieten es ihr, das Großgerät sparsam zu bewir-

tschaften. Diese Vorgabe haben die Streitkräfte konsequent beachtet. Sie verfügen teilweise über Großgerät, an dem bereits die Väter unserer heutigen Wehrpflichtigen ausgebildet wurden. Über die Beschaffung hinaus ist daher die systematische Kampfwertsteigerung eingeführt und noch länger in Dienst zu haltender Waffensysteme ein unverzichtbarer Beitrag zur Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit. Auch hier sind die modernen Technologien zu nutzen. Ihre zügige Bereitstellung und breitenfächere Nutzung wird zum eigentlichen Schlüssel für die



Wolfgang Altenburg

Stärkung der konventionellen Kampfkraft. Deshalb haben wir die Mittelansätze für Forschung und Entwicklung beträchtlich erhöht. Die Bundeswehr baut dabei auf die Leistungsbereitschaft und -fähigkeit der Industrieforschung.

Die Bundeswehrplanung ist ein Ergebnis der politischen Willensbildung in unserem Lande. Zielsetzung und Auftrag der Streitkräfte beruhen auf dem sicherheitspolitischen Konsens der Bevölkerung, deren große Mehrheit davon überzeugt ist, daß unsere Werteordnung verteidigungswürdig ist.

Diese Grundlage der Bundeswehrplanung war trotz unterschiedlicher Positionen in der politischen Landschaft bislang unbestritten. Dennoch gab es in der Vergangenheit wieder-

holt Auseinandersetzungen um Art und Umfang der finanziellen und personellen Realisierung des Auftrages an die Bundeswehr. Ein Wesensmerkmal parlamentarischer Demokratie ist die Kritik der Regierungspolitik durch die Opposition und die Darlegung ihrer alternativen Vorstellungen. Dies gilt auch für die Bundeswehrplanung.

Dabei sollte stets die Fähigkeit der Bundeswehr zur Erfüllung ihres politisch zugewiesenen Auftrages im Auge behalten werden. Angesichts der Probleme, vor denen die Bundeswehr steht, wird dies für die Zukunft von entscheidender Bedeutung sein, solange der Wille besteht, den sicherheitspolitischen Konsens zu erhalten. Wer diesen Konsens will und, daraus abgeleitet, der Bundeswehr den politischen Auftrag erteilt, als eine Armee im Bündnis den Frieden in Freiheit zu erhalten, muß auch dazu bereit sein, den Soldaten die nötigen Mittel zu geben. Dies ist ein Gebot politischer Verantwortung. Forderungen nach einer weitergehenden Verringerung der präsenten Truppenteile einer ohnehin schon weitgehend gekaderten Bundeswehr sind dagegen nicht geeignet, die Probleme der Bundeswehr zu lösen. Sie gefährden die Auftragsbefähigung der Streitkräfte und verletzen bündnispolitische Vereinbarungen.

Wer die Bundeswehr abbaut, schwächt die Allianz. Gleiches gilt für die Implementierung alternativer Strategien, die dem Anspruch, jede Art von Krieg zu verhindern – auch den konventionellen – nicht gerecht werden. Kriegsverhinderung, verbunden mit der Fähigkeit zu einem wirksamen Krisenmanagement, ist und bleibt die grundlegende Zielsetzung deutscher Sicherheitspolitik. Dies bindet die Bundesrepublik Deutschland an das Atlantische Bündnis und verlangt, daß unsere Vorstellungen von der Sicherheit des Friedens in Freiheit auch in der NATO konsensfähig bleiben.

Die Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr ist die sicherheitspolitische Zielsetzung der neunziger Jahre. Sie deckt sich mit den Vorstellungen und nationalen Planungen unserer Bünd-

nispartner. Die Verbesserung der konventionellen Fähigkeiten stärkt die abschreckungswirksame Funktion des nuklearen Teils unserer Triade. Je weniger die NATO von nuklearen Gefechtsfeldwaffen abhängig ist, desto mehr muß ein Aggressor im Falle einer nuklearen Eskalation damit rechnen, daß weitreichende Trägermittel auf seinem Territorium Schäden verursachen werden. Abschreckung ist dann glaubwürdig, wenn der Verursacher einer Aggression die Folgen tragen muß und nicht das Opfer. Dies erhält die Option des Bündnisses, durch die Androhung von Eskalation einen Krieg schnellstmöglich zu beenden, um Schaden zu minimieren.

Die Verbesserung der konventionellen Verteidigung verlangt, daß wir die konventionelle Komponente unserer auf Kriegsverhinderung gerichteten Strategie der Abschreckung in eine neue Dimension bringen. Dies erfordert neben hohen Kosten auch personelle Belastungen. Aber sie macht unsere Abschreckung glaubwürdiger und Krieg damit unwahrscheinlicher.

Diese Aufgaben kann die Bundeswehr allein nicht bewältigen. Frieden und Freiheit zu sichern, fordert unsere gesamte Gesellschaft heraus. Die Bürger müssen bereit sein, sich dieser Herausforderung zu stellen, wenn sie auch in Zukunft die Freiheit genießen wollen. Dies verlangt die Information des Bürgers über die heranstehenden politischen Weichenstellungen für die neunziger Jahre. Dazu gehört auch die offene Darlegung der Konsequenzen, die zu erwarten sind, wenn notwendige sicherheitspolitische Entscheidungen nur deswegen nicht fallen, weil dies bequemer erscheint. Die Probleme, die sich aus der Notwendigkeit ergeben, den Umfang und die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr zu erhalten, dürfen nicht dazu führen, daß wir unsere sicherheitspolitischen Zielsetzungen opfern, weil andere Wege vielleicht einen kurzfristigen politischen Erfolg versprechen.

Hier ist nicht die Bundeswehr, sondern die politische Führung durch die Parteien gefordert, die sich unserer Werteordnung verpflichtet fühlen.

## Das aktuelle Fachbuch

### Einst verachtet, heute gepriesen

Die Chirurgie ist mit Sicherheit der älteste Teil der gesamten Medizin. Schon bei den frühen Naturvölkern wurden Schädelöffnungen geübt, obwohl die Gründe dafür oft mystischer Natur waren. Die Wundnaht und die Amputation von Gliedmaßen wird bereits im Talmud erwähnt. Schon sehr früh erkannten die Indier die Nasenplastik, Hippokrates erstellte das noch heute gültige Prinzip, „wo Elter ist, da muß eröffnet werden“.

All dieses Wissen ging aus unerklärlichen Gründen im Mittelalter verloren, wobei die Kirche dabei wohl nicht ganz unschuldig war. So verbot Papst Innocenz III. den Klerikern, in deren Händen ein großer Teil der medizinischen Tätigkeit lag, jeden chirurgischen Eingriff, ja sie durften nicht einmal anwesend sein.

So war die Chirurgie über lange Zeit ein wenig angesehenes Handwerk und wurde meist von Hekern, Gauklern, Zahnbrechern und Starstechern ausgeübt. Daß die Chirurgie zum Schreckgespenst wurde, lag sicherlich daran, daß die Schreie der Betroffenen, die Blutungen und die üble Geruch von Eiter den Chirurgen grausam und unheimlich erscheinen ließ. Erst die Narkose und später die Infektionslehre lenkte sie in humane Bahnen und brachten ihr Anerkennung. Danach aber setzte der Erfolg mit unglaublichem Tempo ein. Innerhalb weniger Jahrzehnte wurde aus einem nicht sehr geachteten Handwerk „die Perle der Medizin“.

Dem Autor Hans Schwabe, selbst ein erfahrener Chirurg, ist es gelungen, den Leser durch lebhaft erzählte Geschichten an sein Buch zu fesseln. Es ist nicht nur für Mediziner geeignet, sondern dürfte von ganz besonderem Interesse für den medizinischen Laien sein. Er wird sicherlich überrascht sein, auf welchen verworrenen Wegen die Chirurgie gegangen ist, bis sie ihren heutigen Standard erreicht hatte. Zahlreiche Abbildungen verdeutlichen die Ereignisse der vergangenen Zeiten und runden das Buch ab.

„Der lange Weg der Chirurgie“, von Hans Schwabe, 188 Seiten mit 43 Abbildungen, St.-Verlag, Zürich 1986, 34,80 DM.



Der Große Panda (Ailuropus melanoleuca) wurde auf der ganzen Welt zum Symbol für die bedrohte Tierwelt. Die Bären, die von den Chinesen an verschiedenen Zöen verschenkt wurden, haben Millionen von Besuchern durch ihr verspieltes Verhalten begeistert. Das Foto entstand im Zoo von Chengdu, der Hauptstadt der chinesischen Provinz Sichuan, wo geschwächte und kranke Tiere aus dem Wolong-Reservat „aufgepöppelt“ werden.

FOTO: L. KÖRTEN

## Ein Wappentier geht um die Welt

Vor 25 Jahren wurde die Naturschutzorganisation World Wildlife Fund gegründet

Von LUDWIG KÜRTEN

Über 4000 Naturschutzprojekte in 130 Ländern hat der World Wildlife Fund (WWF) ins Leben gerufen und mit mehr als 300 Millionen Mark unterstützt. 260 Naturschutz- und Schutzgebiete auf fünf Kontinenten wurden eingerichtet. Der Areal von 1,5 Millionen Quadratkilometern bedeckt rund 1 Prozent der gesamten Landfläche auf der Erde. Berühmte Nationalparks in Afrika, Indien, in Malaysia und Indonesien, in Peru und Ecuador, bis hin zu den Galapagos-Inseln im Pazifik, wären ohne seine Hilfe undenkbar. 33 Arten sind vor dem sicheren Aussterben gerettet worden. Diese Erfolgsbilanz dürfte das schönste Geburtstagsgeschenk für den WWF sein, der heute vor 25 Jahren im Schweizer Morges gegründet wurde.

Anfang der 60er Jahre hatte ein Londoner Geschäftsmann, betroffen durch Berichte über die Bedrohung der Tiere in Afrika, vorgeschlagen, eine Spendensammlung unter vermögenden Persönlichkeiten auf der ganzen Welt zu starten. Die Idee zog Kreise und führte schließlich zur Gründung einer weltweiten Naturschutzorganisation.

Prinz Bernhard der Niederlande wurde der erste Präsident des in Gland (Schweiz) ansässigen WWF. Er bat 1000 Wohlhabende, je 10 000 Dollar für den Naturschutz zu spenden. Durch das Geld, das so zusammenkam, gewann der WWF eine solide

Kapitalbasis für seine ersten Unternehmungen. Seit 1981 steht Prinz Philip, der Herzog von Edinburgh, dem WWF als Präsident vor. Trotz dieser „königlichen“ Tradition ist dies beileibe keine Organisation der „Reichen“. Inzwischen entstanden in 23 Ländern nationale Ableger. Schon 1963 wurde eine deutsche Sektion gegründet, die heute etwa 50 000 Mitglieder und Förderer hat. Ihr Präsident ist Professor Kurt Lotz, ehemals Chef des Volkswagen-Konzerns. Der WWF-Deutschland betreut heute zahlreiche Projekte in eigener Verantwortung, so unterhält er zum Beispiel Institute zum Schutz des Wattenmeeres in Bremen und Husum und zur Erhaltung der Auenwälder in Rastatt.

Bekannt selbst im letzten Winkel der Erde wurde der WWF durch die Kampagne zur Rettung der Großen Pandabären in China. Von den Pandas, heute „Wappentier“ der Organisation, leben nur noch etwa 1000 Exemplare in Gebirgsregionen der chinesischen Provinzen Sichuan, Gansu und Shaanxi. Das ständige Vordringen des Menschen in die Lebensräume dieses pflanzenfressenden Bären bedeutet eine große Gefahr für den Bestand der Tiere. Die Blüte des Bambus, ihrer Lieblingsnahrung, in den Jahren 1974 und 1982 bedrohte zusätzlich die letzten Exemplare dieser Art.

Der WWF initiierte zusammen mit chinesischen Behörden Forschungsarbeiten und Schutzmaßnahmen

und richtete im Wolong-Reservat in Sichuan eine wissenschaftliche Station ein. Durch mehrere weltweite Spendenaktionen wurden die notwendigen Mittel gesammelt.

Dies ist aber nur eines von vielen Projekten. Sei es die Rettung der arabischen Oryxantilope vor zwanzig Jahren oder – eine der jüngsten Aktionen – die Kampagne gegen die Abschachtung der Kaime in den Sümpfen des Pantanal an der Grenze zwischen Brasilien und Paraguay: Schon lange bevor das Wort „Naturschutz“ zu einem Alltagsbegriff wurde, hatte der WWF praktische Hilfe geleistet.

Während in den Anfangsjahren vor allem die Rettung einzelner Arten im Vordergrund stand, widmet sich die Organisation in den letzten Jahren verstärkt dem Schutz bedrohter Lebensräume. Dazu gehören Feuchtgebiete in Mitteleuropa ebenso wie die Regenwälder in Südamerika. Artenschutz wird heute als Bestandteil einer umfassenden Erhaltung natürlicher Lebensräume verstanden.

Zusammen mit seiner wissenschaftlichen Schwesterorganisation, dem Internationalen Naturschutzunion (IUCN), sowie der UNO entwickelte der WWF eine „Weltstrategie zur Erhaltung der Natur“. Ziel ist es, grundlegende ökologische Abläufe auf der Erde – Fruchtbarkeit der Böden, Erhaltung der Wälder, Schutz von Meeren und Binnengewässern – vor den zerstörenden Eingriffen der Menschen zu retten.

## Wie man dem Schielen auf die Spur kommt

Sehfehler können bereits bei Säuglingen erkannt werden

Von VERA ZYLKA

Die Einschulungsuntersuchungen in diesen Tagen offenbaren, daß circa 17 Prozent der 10-Jährigen an einer ein- oder beidseitigen Sehschwäche leiden, die durch eine Fehlstellung der Augen hervorgerufen wird. Die statistischen Zahlen bezogen auf den Bundesdurchschnitt sprechen eine noch deutlichere Sprache: Rund zwei Millionen Personen schielen. In den meisten Fällen wurde vermutet, die Sehschwäche bereits im Kindesalter zu erkennen. Der Grund dafür ist, daß bisher keine einfache und klinisch anwendbare Methode zur Überprüfung in den ersten Lebensstagen zur Verfügung stand. Mit dem Verfahren des „preferential looking“ (PL) ist es jetzt möglich, dem Sehfehler bereits bei Säuglingen auf die Spur zu kommen.

Die Behandlung der Sehbehinderung ist um so aussichtsreicher, je früher sie einsetzt. Wenn die Kinder erst einmal im Schulanter sind, verringern sich die Chancen einer Therapie ohne Operation erheblich. Denn die Fähigkeit des Gehirns, optische Signale zu verarbeiten, entwickelt sich nach den Untersuchungsergebnissen mit Hilfe der PL-Methode viel früher und rascher als bisher angenommen.

Das Max-Planck-Institut für Hirnforschung in Frankfurt hat zusammen mit Prof. K.-P. Boergen eine Untersuchungsreihe an der Augenklinik der Universität München vorgenommen. Ihre Ergebnisse zeigen, daß die volle Funktionsfähigkeit des Systems offenbar schon am Ende des ersten Lebensjahres erreicht ist. Diese sogenannte Entwicklungsphase wird von der Reifungsphase abgelöst, denn bis zum fünften Lebensjahr scheint sich die „Feinjustierung“ dieser Funktionen zu vollziehen.

### Sehbilder werden im Gehirn verschmolzen

Die Umgebung kann nur räumlich (plastisch) wahrgenommen werden, wenn beide Augen in die gleiche Richtung schauen. Die in jedem Auge entstehenden Bilder werden im Gehirn zu einem einzigen Seheindruck verschmolzen. Bei Fehlstellung der Augen, also beim Schielen, sind die von jedem Auge übermittelten Eindrücke so verschieden, daß störende Doppelbilder entstehen. Das kindliche Gehirn wehrt sich nun dagegen, indem es das Bild des schielenden Auges einfach unterdrückt. Die Folge

davon ist, daß das nicht benutzte Auge lebenslang schwachsichtig bleibt.

Dieser unwiederbringliche Verlust der Sehschärfe ist mit Veränderungen an bestimmten Strukturen des Gehirns verbunden. Versuche an jungen Katzen und Affen am MPI für Hirnforschung haben gezeigt, daß sich die Zahl der für das räumliche Sehen notwendigen Zellen in der Sehrinde des Gehirns nach operativer Erzeugung eines Schielwinkels erheblich verringert.

### Das fehlsichtige Auge verliert seine Sehkraft

Verschließt man bei jungen Katzen oder Affen ein Auge, so verschlechtert sich bereits nach einer Woche die Funktion dieses Auges und die Fähigkeit, räumlich zu sehen. Die Zahl der Zellen in der Sehrinde, die Informationen aus beiden Augen verarbeiten, geht auch in diesem Fall deutlich zurück. Nach Verschießen des offenen Auges und Öffnen des vorher verschlossenen kann sich bis zu einem gewissen Alter die Funktion des zuerst verschlossenen Auges wieder erholen.

Auf den Menschen übertragen bedeutet das: Durch die Korrektur eines Sehfehlers bis spätestens zum fünften Lebensjahr kann verhindert werden, daß die ständige Unterdrückung des sehgeschwächten Auges eine andauernde Schädigung der Sehkraft verursacht.

Ein erfolgreiches Verfahren, die Sehschärfe im Säuglingsalter zu prüfen, ist die „preferential looking“-Methode. Sie beruht auf der Beobachtung, daß Säuglinge, denen man ein Gittermuster auf einem grauen Hintergrund zeigt, das Gittermuster fixieren. Durch Anbieten von immer feineren Mustern ist es möglich, die Wahrnehmungsschwelle (Sehschärfe) des Säuglings zu bestimmen.

Das frühzeitige Erkennen von Sehstörungen mit Hilfe der „preferential looking“-Methode gibt die Möglichkeit zur frühzeitigen Behandlung des Schielens. Dabei bevorzugt man heute das zeitweilige Verschließen des schielenden Auges (Okklusion). Es scheint auszureichen, das Auge im ersten Lebenshalbjahr für ein bis zwei Stunden pro Tag zu verschließen, im 2. Lebenshalbjahr geht man dann zu drei bis vier Stunden über. Damit ist es möglich, die Sehschärfe innerhalb von einigen Monaten zu korrigieren.

## NOTIZEN

### Weniger Tierversuche

Heidelberg (dpa) – Zum Ersatz von Tierversuchen stehen viele alternative Methoden zur Verfügung oder können in naher Zukunft eingesetzt werden. Experimente mit Tieren sind aber nicht in allen Fällen zu ersetzen. Nach einem Symposium der Universität Heidelberg und des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie machten Teilnehmer deutlich, daß es vor allem für die in Gesetzen (z. B. Chemikalien-, Bundesseuchengesetz) vorgeschriebenen Sicherheitsüberprüfungen neuer Substanzen noch keine Alternativen zum Tierversuch gebe. Die Zahl der bei der Arzneimittelentwicklung eingesetzten Versuchstiere ist von 1977 bis 1984 um rund 40 Prozent auf 2,4 Millionen zurückgegangen.

### Meeresforschung

Bremerhaven (dpa) – Das europäische Meeresforschungsprojekt EUROMAR ist am Dienstag im Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung gegründet worden. Das Projekt ist mit 350 Millionen Mark auf neun Jahre veranschlagt. EUROMAR bietet eine Chance, neue grenzüber-

### Samstag auf der Wissenschaftsreise

„Jedes Jahr ein neuer Hit“ – Über die verblüffenden Fähigkeiten der Buckelwale beim Komponieren berichtet Matthias Glaubrecht.

Neue magnetische Werkstoffe für Elektroantriebe stellt Arno Nöldechen vor.

Wie man empfindliche Chips vor Blitzschlag und Überspannung schützen kann. Von Rudolf Weber.

Schreitende Maßstäbe bei der Erforschung und Erhaltung der marinen Umwelt zu setzen.

### Anti-Lärm-Asphalt

Köln (DW) – Lärmschluckende Straßenbeläge werden auch in der Bundesrepublik getestet (siehe unser Beitrag vom 28.8.86). Auf der Bundesstraße 9 im Bereich Dormagen hat die Firma Deutag Mischwerke bereits im Mai zu Testzwecken einen schallabsorbierenden Belag eingebaut, der den Geräuschpegel um drei Dezibel (etwa ein Viertel) verringert.



## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

### Die Bindung ist stärker

Sie berichten über Schwierigkeiten des Kanzlers im Umgang mit den rivalisierenden Partnern der „Cohabitation“, Präsident Mitterrand und Premierminister Chirac.

Doch sollte man diese Komplikationen nicht übermäßig dramatisieren. Der deutsch-französische Vertrag sieht ausdrücklich enge Konsultationen auf beiden Ebenen vor. Vor allem aber zeigt ein Blick auf die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen, daß diese zwar nicht immer einfach, von parteipolitischen Konstellationen aber erstaunlich unberührt sind. Von 1969 bis 1981 arbeiteten SPD-Kanzler meist gut mit Präsidenten und Regierungen der französischen „Rechten“ zusammen. Die Spannungen bezogen sich auf Rivalitäten um den außenpolitischen Rang und das wirtschaftliche Gewicht beider Staaten als Ganzes.

Seit 1981 erleben wir auf beiden Seiten des Rheins tiefgreifende innenpolitische „Wenden“. Die Kommentare waren jeweils sorgenvoll: Wie sollte sich der erklärte Sozialist Mitterrand mit dem Marktwirtschaftler Schmidt und – schwieriger noch – mit Helmut Kohl verstehen? Das Paradox, daß heute ähnliche Sorgen der scheinbar größeren Nähe Kohls zu Mitterrand und seinem Verhältnis

zum „Wende“-Premier Chirac gelten, bestätigt das Übergewicht der Kontinuität.

Die jeweils nächste Regierung schreibt genau dort weiter, wo die Vorgänger abgetreten waren. Sie hat beim heutigen Ausmaß internationaler Verflechtung und gemeinsamer Abhängigkeit vom Verhältnis der Supermächte – der eigentlichen deutsch-französischen „Schicksalsgemeinschaft“ – kaum eine andere Wahl.

Die Erfahrung zeigt auch, daß die vielbeschworene Freundschaft oder Aversion zwischen Spitzenpolitikern wichtig, aber nicht das Entscheidende ist. Die wirklichen und vermeintlichen Sachzwänge, die zur Zusammenarbeit drängen, bleiben ebenso bestehen wie die Hindernisse.

Hier allerdings spielt Innenpolitik eine entscheidende Rolle. Demokratisch gewählte Politiker gehen nur in Ausnahmefällen weiter als sie glauben, es der Wählerschaft und mächtigen, oft noch in engen nationalen Kategorien denkenden Expertengruppen oder Lobbys zuzunutzen zu können (die Durchsetzung des von Schmidt und Giscard gemeinsam entwickelten Europäischen Währungssystems war eine zukunftsweisende Ausnahme).

Wichtiger als das persönliche Verhältnis zwischen Politikern und als Rituale der Völkerverständigung ist deshalb Verständigung zwischen den meinungsbildenden Kräften beider Länder.

Dr. Robert Picht,  
Hauptgeschäftsführer  
Deutsch-Französisches Institut,  
Ludwigsburg

### Andere Zahlen

EKD – Recht auf Asyl nicht ändern;  
WELT vom 3. September

In der Grundsatzklärung der EKD zur Änderung des Asylrechts operiert die Kirche leider mit falschen Zahlen. Sie schreibt, die Bundesrepublik habe 128.000 Flüchtlinge aufgenommen. In Wahrheit sind es aber bereits 670.000. Und die Kirche weiß das auch.

Mit freundlichen Grüßen  
Elisabeth Risse,  
Lübeck 1

### Wort des Tages

„Ein schwerer Beutel macht leicht eitel.“  
Abraham a Santa Clara, deutscher Prediger und Autor (1644–1708)

### Kranker Wald

„Forscher: Der Wald stirbt, aber er stirbt langsam“;  
WELT vom 4. September

Sehr geehrte Damen und Herren, der Wald stirbt nicht, er krankt oder ist geschädigt. Forscher sagen eben nicht, daß der Wald stirbt. Das war nur die erste Schreckensbotschaft, die den deutschen Michel aufgeweckt hat.

Die Koalitionsregierung hat im Gegensatz zur Vorläuferin schon viel für den deutschen Wald getan und in der EG die Vorreiterrolle gespielt. Jetzt wird der schutzbedürftige deutsche Wald von der SPD und den Grünen zugunsten einer nuklearen Hysterie wie eine heiße Kartoffel ausgespielt und fallengelassen. Darum ist die sensationelle Überschrift und Aufmachung in der WELT verständlich.

Es gibt keinen Grund, zur Entwarnung zu blasen. Aber die Regierung und ihre Sachverständigen schreiben nirgends etwas vom Waldsterben, sondern nur von Waldkrankheiten oder Waldschäden. Die Krankheit ist ein Bündel von Schäden und Symptomen, ein Syndrom.

Die amerikanische Präsidentenkommission „Global 2000“ und das internationale Standardwerk „Die Wälder der Welt“ sagen übereinstimmend aus, daß nicht die Forsten der Industrieländer, sondern die Naturwälder der Entwicklungsländer lebensgefährlich bedroht sind.

Mit freundlichen Grüßen  
Ulrich Strech,  
Wissen (Sieg)

### Personen

#### GEBURTSTAGE

Seine Porträts von Konrad Witz, Rodin, Michelangelo, Leonardo da Vinci, Rembrandt und Goya, gehören zu den eindrucksvollsten literarischen Zeugnissen moderner Kunstgeschichte: Der Schweizer Kunsthistoriker Professor Joseph Gantner vollendet heute sein 90. Lebensjahr. Gantner ist ein Schüler von Heinrich Wölfflin. Er redigierte die Zeitschrift „Werk“ (Zürich), zugleich war er von 1926 bis 1928 Privatdozent für Kunstgeschichte an der Universität Zürich. 1938 wurde er auf den Lehrstuhl für Kunstgeschichte an der Universität Basel berufen, den er bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1967 bekleidete. Das außerordentlich weite Œuvre Gantners umfaßt unter anderem zahlreiche Bücher zu den Problemen der Schweizerischen und europäischen Städtebau und die beiden ersten Bände der „Kunstgeschichte der Schweiz“. Gantners Werke wurden in zahlreiche Sprachen, auch ins Japanische übersetzt.

Seinen 80. Geburtstag feierte in Moskau der Komponist und Musiktheoretiker Philipp M. Hergoviel, ein Schüler Alban Bergs und Anton von Weberns, der beim „Anschluß“ Österreichs aus Wien flüchten mußte. In den sechziger Jahren waren

die wichtigsten Vertreter der sowjetischen Avantgarde wie Alfred Schnittke, Andrej Volkonsky oder Viktor Suslin seine Privatschüler. Als Unperson in der Sowjetunion totgeschwiegen, kämpft er seit Jahren um seine Ausreise nach Israel.

#### EHRUNG

Die Fritz-Schumacher-Medaille 1986 in Gold der Hamburger Stiftung F.V.S., die dem niedersächsischen Museumsdorf Cloppenburg verliehen wurde, ist vom Vorsitzenden des Stifterrates der F.V.S. Stiftung, Dr. Alfred Toepper in der Münchhausenschneide des Museumsdorfes dem Museumsdirektor Dr. Helmut Ottenjann überreicht worden. Das Museumsdorf erhielt diese Auszeichnung für die Sicherung wesentlicher Zeugnisse baulicher Architektur und Sachkultur sowie deren wissenschaftliche und didaktisch hervorragende museale Vermittlung.

#### VERANSTALTUNG

Franz Burda Junior, in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Wirtschaftsrates der CDU, will Politiker und Journalisten bei einer „Offenburger Spätlese“ vereinen. Der Verleger und Sohn von Dr. Franz Burda hat sich für ein „Treffen außerhalb

der üblichen Tapeten entschieden“ und bittet unter anderem im Hotel Ritter in Durbach/Ortenaukreis zu Tisch. Spätlese soll an zwei Tagen, am Freitag und Samstag, gehalten werden: Am ersten Tag sind eingeladene Journalisten unter sich, am zweiten Abend werden Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth und Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble hinzukommen. Zu den Angeboten an die Gäste gehören unter anderem eine Weinprobe und eine romantische Rebwandlung.

#### KIRCHE

Monsignore Wolfgang Römer, Leiter der Arbeitsstelle Behindertenselsorge der Deutschen Bischofskonferenz, ist in der englischen Universitätsstadt Oxford zum Präsidenten des internationalen ökumenischen Arbeitskreises für Taubstummenselsorge gewählt worden. Er ist Nachfolger von Pfarrer Rudolf Wollrab aus Mitteldeutschland, der nach 12jähriger Amtszeit aus Altersgründen nicht mehr kandidierte. Mit Römer steht dieser internationalen ökumenischen Organisation zum erstenmal ein katholischer Priester vor. Zum internationalen ökumenischen Arbeitskreis gehören die leitenden Gebetsgemeinschaften von sechs Konfessionen.



Service 130. Nachfrage zum Ortstarif.

#### Effektives Marketing mit Service 130

Der Telefondienst „Service 130“ wird seit 1983 von der Deutschen Bundespost angeboten. Von jedem Telefon im Bereich der Deutschen Bundespost können Ihre Kunden, Partner und Mitarbeiter Sie zum Ortstarif anrufen. Die Ferngesprächsgebühr übernehmen dabei Sie. Dieses Instrument kann Wettbewerbsvorteile bringen. Es kann helfen, Ihr Kundenpotential zu erweitern oder Ihre interne Organisation zu straffen. Es kann engere Geschäftsbeziehungen schaffen, Erstkontakte erleichtern und das Geschäftliche persönlicher machen.

Inzwischen ein breites Einsatzspektrum  
Service 130 wird von namhaften Unternehmen in Industrie und Dienstleistung eingesetzt: im Bestellwesen, im Bereich Direkt-Marketing, im Ersatzteildienst und in der Kundenbetreuung, im zentralen Reservierungssystem oder als Infotelefon ...

Die Erfahrungsberichte deutscher Manager  
Die gute Resonanz auf das 1. Symposium Service 130 im Dezember 1985 in Düsseldorf hat die Deutsche Bundespost veranlaßt, den Erfahrungsaustausch mit den Anwendern in diesem Jahr fortzusetzen.

Fünf Referenten werden Ihnen die Einsatzbreite von Service 130 vor Augen führen und Ihnen seinen Nutzen konkret belegen. Außerdem wird die Deutsche Bundespost Sie über die Ausweitung des Dienstes auf das Ausland informieren. Mit dem „Service 130 International“ sind Sie jetzt auch aus vielen europäischen Ländern, aus USA und demnächst aus Kanada für den Anrufer zu äußerst günstigen Gebühren oder sogar gebührenfrei zu erreichen. Günstiger und kundenfreundlicher gestaltet wurde auch die Gebührenstruktur der Post. Schließlich wird die Post über Pläne für die nahe Zukunft informieren. Sie stehen unter dem Stichwort „Regionalisierung“. Sie erlaubt es jedem Teilnehmer, den Service 130 künftig ganz individuell seinen Bedürfnissen anzupassen.

Das Symposium-Programm  
Das 2. Symposium Service 130 findet am Sonntag, 19. Oktober 1986 in Stuttgart im Kongreßcenter von 13 bis 16 Uhr statt.

Nach der offiziellen Begrüßung referiert Ministerialrat Dipl.-Ing. Werner Kaunecke vom Bundespostministerium über den aktuellen Stand. Danach berichten die Anwender über ihre Erfahrungen. Den Abschluß bildet eine Diskussion mit Service 130-Experten der Post und allen Referenten. Die Gesprächsleitung hat Dr. Emil Obermann.

Das Symposium ist übrigens ein zusätzliches Informationsangebot der Deutschen Bundespost zum 18. Deutschen Direktmarketing-Kongreß, der vom Deutschen Direktmarketing-Verband e.V. in der Zeit vom 19. – 21. Oktober 1986 in Stuttgart veranstaltet wird. Die Preisverleihung des von der Deutschen Bundespost und dem Deutschen Direktmarketing-Verband gemeinsam ausgeschriebenen Deutschen Direktmarketing-Preises '86 erfolgt am 21. Oktober 1986 im Rahmen des Kongresses.

Anmeldung schriftlich oder telefonisch  
Die Teilnahme am Symposium ist kostenlos. Wir bitten um Ihre Anmeldung bis zum 2.10.1986: entweder schriftlich mit nebenstehendem Coupon oder telefonisch unter der Rufnummer 0130-0101; natürlich zum Ortstarif. Wir freuen uns, Sie in Stuttgart zu begrüßen.



Gerhard Bohn, Direktor und Leiter Verwaltung der IBM Deutschland GmbH. Der Service 130 ist in drei Aufgabenbereichen eingerichtet: Zubehör-Verkauf, Informationsdienst „Hallo IBM“ und Systemberatung. Spricht über die Effektivität von Service 130 und über Zukunftsaspekte.



Rudolf Hansmaier, Director Sales & Marketing bei der Hertz Autovermietung. Anwender der ersten Stunde von Service 130. Hat damit das Reservierungssystem zentralisiert. Legt eine Kostenanalyse vor und referiert über Zukunftspläne für Service 130.



Gudrun Malcolm, Managerin im Londoner Reservations Centre von Sheraton Worldwide Reservations. Benutzt Service 130 zur Vermittlung deutscher Zimmerbuchungen von London zu 500 Sheraton Hotels in 62 Ländern. Schlüssel Leistung und Erfolg von Service 130 zahlenmäßig auf.



Dieter Poppinga, Marketing- und Verkaufsleiter der Electrical and Electronics Operations der Ford Motor Company in Europa. Setzt Service 130 für spezielle Verkaufsförderungsprogramme beim Autofachhandel ein. Belegt in seinem Referat den Anteil von Service 130 am Marketingserfolg.



Eva M. Roer, Inhaberin der Dental Trading GmbH. Wickelt über Service 130 das Bestellwesen für den mit über 20.000 Artikeln größten Laborkatalog ab. Referiert über die Chancen mittelständischer Unternehmer, den Service 130 erfolgreich einzusetzen.

#### Anmeldung

Am 2. Symposium Service 130 am Sonntag, den 19. Oktober 1986 von 13 bis 16 Uhr in Stuttgart im Kongreßcenter

☐ nehme ich teil ☐ ich bringe Personen mit

Name, Firma, Anschrift

Name, Firma, Anschrift

Name, Firma, Anschrift

Datum

Unterschrift

Bitte die Anmeldung ausschneiden und einsenden an: Deutsche Bundespost, Service 130, Postfach 97 00 00, 6000 Frankfurt/Main 97



## Einladung zum 2. Symposium Service 130

## Am 19. Oktober in Stuttgart



LEICHTATHLETIK

„Mit eigener Initiative neue Geldquellen erschließen“

JÖRG STRATMANN, Frankfurt Die Parole wurde schon in Stuttgart ausgegeben. „Wir müssen“, sagte Eberhard Munzer, Präsident des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV), „den Rückenwind ausnutzen.“ Gesagt, getan.

Wenn sich also in diesen Tagen die Experten für Leistungssport im DLV regelmäßig zu Sitzungen treffen, so ergeben sie sich nicht in selbigen Erinnerungen an die prächtig gelungenen Europameisterschaften im eigenen Lande. „Wir werden uns von der schönen Woche in Stuttgart nicht blenden lassen“, sagt Munzer, „denn da wurden unsere Probleme für die Zukunft nicht gelöst.“

Der Blick ist aus guten Gründen nach vorn gerichtet. Zum einen gelte es, so heißt es unter den Verantwortlichen, die gerade erworbene „Rolle der Leichtathletik als Sympathieträger“ auszunutzen und frischen Wind in „die leicht verkrusteten Strukturen des Verbandes“ pusten zu lassen. Um die Frage der Nachwuchsförderung geht es da ebenso wie um die der Ehren- und Hauptamtlichkeit oder auch der sozialen Betreuung der Athleten.

Zum anderen sollen ganz konkrete Maßnahmen zur Sprache kommen: Wie werden die Talente gefunden? Kann die Leichtathletik durch gezielte Wettkampfformen für Kinder und Jugendliche interessanter werden? Und vor allem: Welche neuen Wege gibt es, um Mittel für mehr Training und weitergehende Betreuung der Sportler aufzubringen? Kann der Kontakt des DLV zu verschiedenen Zweigen der Wirtschaft intensiviert werden?

Pilot-Projekt

Da trifft es sich gut, daß der DLV schon dieser Tage ein bereits seit längerem laufendes Pilot-Projekt vorstellen konnte, das beim dringlichsten DLV-Problem so schnell wie möglich Abhilfe schaffen soll. Unterstützt von der Firma Fuma, von der Deutschen Bundesbahn und zu etwa 50 Prozent von den Vereinten Papierwerken Schickel in Nürnberg kann der DLV vier Jahre lang neue Formen „der Talentsichtung, -förderung und -pflege“ ausprobieren. Schon im vorigen Jahr hat Schickel in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Olympischen Komitee (NOK) ein Nachwuchs-Förderungs-Programm mit dem Deutschen Skiverband (DSV) ins Leben gerufen. Nun stellt die Firma diesen Verbänden insgesamt eine Million Mark zur Verfügung.

Eine Initiative des DLV, so heißt es dort, bei deren Verwirklichung die Kontakte des NOK und der Stiftung Deutsche Sporthilfe als Katalysator gewirkt hätten. Und diese Art der Eigeninitiative versuche man nun zu verstärken.

Der DLV konzentriert die ihm zur Verfügung stehenden Mittel des Pilot-Projektes auf einen besonders gefährdeten Bereich, die Frauen-Leichtathletik. „Da sehen wir Lücken, große Lücken“, sagt Ute Beckhold, Vizepräsidentin im DLV. Gerade im Hürdenlauf und Weitsprung.

Blick nach England

Folgerichtig wurden bereits Disziplinen zur besonderen Förderung ausgewählt. Gut 100 talentierte Mädchen im Alter von 13 bis 16 Jahren werden durch spezielle Stützpunkt-Trainer gefördert und beraten und nehmen an zentralen Trainingscamps teil. „Ich erwarte“, sagt der verantwortliche DLV-Trainer Bernd Veldmann, „daß sich schon in diesem Jahr zehn Mädchen für den C-Kader des DLV qualifizieren.“

Das soll erst der Anfang sein. Der DLV will von nun an verstärkt in eigener Initiative neue Geldquellen erschließen, eigene Kontakte zur Wirtschaft herstellen. Der Nachwuchs und die Vereinsarbeit, das hat man erkannt, sollen so intensiver gefördert werden. Bereiche also, die von der Sporthilfe und den Mitteln des Bundes, die sich in erster Linie auf den Spitzensport konzentrieren, nicht abgedeckt sind. „Wir müssen schließlich irgendwie von unten nachliefern können“, heißt es im DLV, „sonst kommt der große Bruch.“

Klingt da Besorgnis durch, daß sich die Position der Institutionen Sporthilfe, NOK und deren gemeinsamer Marketing-Gesellschaft oder des Bundesausschusses für Leistungssport zu sehr auf Kosten eines Verbandes gestärkt werden?

Auf jeden Fall, so sagen DLV-Verantwortliche, werde man in der nächsten Zeit eine Einladung des Britischen Leichtathletikverbandes annehmen und sich das dortige System erläutern lassen. Die Briten, die keine staatliche Förderung erhalten, können ungehindert über sämtliche Mittel verfügen, die ihnen die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft einbringen.

FUSSBALL / Nach dem ersten Lehrgang ist Franz Beckenbauer wieder zuversichtlich, auch wenn er mit Rückschlägen rechnet



Bei allem Ernst: Der Spaß darf aber auch nicht zu kurz kommen. Beim Lehrgang der Nationalmannschaft alberten Wuttke, Andreas Brehme und Michael Rummenigge (von links nach rechts) herum. FOTO: AP

Junge Spieler sammelten internationale Erfahrung, Vogts bekam wichtige Hinweise

sid/dpa, Glasgow

Berti Vogts war zufrieden. Zur mittelmächtigen Stunde stellte der Sportlehrer des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) im Hotel „Stakis Grosvenor“ in Glasgow nach den Testspielen der „U 19“- und „U 21“-Junioren fest: „Die Begegnungen haben sich gelohnt. Für die Spieler war es wichtig, daß sie internationale Erfahrung sammeln. Ich habe wertvolle Fingerzeige bekommen.“ Wenige Stunden zuvor hatte die „U 19“-Auswahl 3:2 und die „U 21“-Vertretung 0:1 gegen Schottlands Nachwuchs geschied. Vogts Fazit für die Zukunft: „Alle müssen noch lernen und an sich arbeiten, wenn sie den Sprung in die Nationalmannschaft schaffen wollen.“ Vogts weiter: „Bei der älteren Mannschaft war die fünfmonatige Pause und die neue Zusammensetzung spürbar.“

Voll des Lobes war Berti Vogts über die jüngeren Spieler. Sie haben teilweise wie eine Klubmannschaft aufgetrupft. Die Generalprobe für

die Europameisterschaft im Oktober in Jugoslawien ist gegliedert. Dabei stach ein Akteur ganz besonders heraus: Andreas Möller von Eintracht Frankfurt dirigierte und schoß das Team mit seinem Tor zum Erfolg. „Er war der beste Spieler von allen vier Mannschaften, die ich an diesem Abend gesehen habe“, lobte der 96-malige Nationalspieler, „erfreulich, daß er sich auch international so gut durchsetzen kann.“ Vogts will ihn weiter fördern. „Es ist noch zu früh, ihn ganz oben einzusetzen. Pierre Littbarski, Wolfgang Rolf und Rudi Völler sind auch erst durch diese Mannschaft in die A-Vertretung gekommen“, meinte Berti Vogts zu der Entwicklung des 19-jährigen Frankfurters, der im Augenblick als größtes Talent in Deutschland gehandelt wird. Neben Möller zeichneten sich auch die beiden anderen Torschützen Oliver Bierhoff (Bayer Uerdingen) und Michael Prus (Schalke 04) aus.

Die „U 21“-Junioren hatten ihre Schwächen im Zusammenspiel. „Da

klappte es zwischen Mittelfeld und Angriff nicht“, beklagte sich der DFB-Trainer, der in drei Wochen das Team in Kopenhagen gegen Dänemark einem Leistungstest unterziehen wird. Der Trainer hob lediglich die Leistungen von Kohler (Mannheim) und Kutowski (Dortmund) hervor. „Ich glaube, es ist eine Steigerung möglich, wenn die Mannschaft einmal in der gleichen Besetzung wieder spielen kann“, gab sich Berti Vogts zuversichtlich. Für die Entwicklung dieser Mannschaft war das 0:1 gegen Schottland sehr lehrreich.

Die für Teamchef Franz Beckenbauer interessanten Spieler Stefan Reuter (1. FC Nürnberg), Ludwig Kögl (Bayer München) und Günter Drews (Bayer Leverkusen) spielten mit Licht und Schatten. Gegen Dänemark will Berti Vogts zwei ältere Akteure in die Mannschaft einbauen. Dann soll mehr Ruhe und Ordnung in diesem Team herrschen, das noch immer als Sprungbrett zur A-Auswahl angesehen wird.

Saisonstart in Italien: Weniger Zuschauer, aber stets Skandale

KLAUS RÜHLE, Rom

Silvio Berlusconi überlegt nicht lange. Wenn er sich etwas vorgenommen hat, handelt er. Sofort und um jeden Preis. Geld spielt keine Rolle. Davon hat er im Überfluß. Er hat so viel davon, daß er es sich leisten konnte, vor einigen Monaten den bankrotten Fußballklub AC Mailand aufzukaufen. Berlusconi investierte 50 Millionen Mark, dann hatte er den maroden Verein wieder auf Vordermann gebracht. Jetzt fliegt die Mannschaft sogar mit einem eigenen Flugzeug in den Clubfarben zu den Auswärtsspielen. Ein Geschenk. Selbstverständlich von Berlusconi.

Jetzt hat er sich in den Kopf gesetzt, seinem Verein einen neuen Star zu kaufen. Einen Ausländer natürlich. Denn die Spieler im eigenen Land haben abgewirtschaftet. Als Weltmeister waren sie bei der WM in Mexiko angekommen. Doch dann haben sie den italienischen Fußball gründlich blamiert.

Also sieht sich Berlusconi im Ausland um. In der Bundesliga beispielsweise. Immerhin stand die Auswahl des DFB im WM-Finale und das Be-

ste ist gerade gut genug für Berlusconi und seinen AC Mailand. Wie gesagt: Geld spielt keine Rolle.

Deshalb hat Berlusconi bei Lothar Matthäus in München nachgefragt. Der hat bisher zwar weder in der Nationalmannschaft noch bei seinem Klub Bayern München jene überragende Rolle gespielt, die ihm zugeordnet wird, doch in diesem Jahr wird sein großer Durchbruch erwartet. Und im nächsten Jahr werden in Italien wahrscheinlich die Zulassungsbeschränkungen für ausländische Spieler aufgehoben. Dann will Berlusconi den Mailänder Fans Matthäus als neuen Star präsentieren.

Lothar Matthäus ist nicht abgeneigt. „Mich reizt es, eine neue Sprache und ein neues Land kennenzulernen. Außerdem traue ich mir zu, mich auch dort durchzusetzen.“ Sollten die Grenzen in der nächsten Saison tatsächlich geöffnet werden, scheint ein Wechsel von Matthäus nach Italien unvermeidlich zu sein. Sein Vertrag mit Bayern München läuft aus, und drei italienische Vereine umwerben ihn schon jetzt mit Millionen-Angeboten. Neben dem AC

Mailand sind das auch dessen Lokalrivalen Inter Mailand und Sampdoria Genua. Einer der Klubs wollte sogar schon 200 000 Mark nur für die Unterzeichnung eines Vorvertrages bieten.

Wie gesagt, es geht um ein Engagement für die Saison 87/88. Dabei hat in Italien noch nicht einmal die Saison 86/87 begonnen. Erst am Sonntag steht der erste Spieltag auf dem Plan. Dabei ist auch der FC Udinese, der in der ersten Instanz im Prozeß um den Bestechungsfall zum Zwangsabstieg verurteilt worden war. In der vergangenen Woche, nach dem letzten Urteil der italienischen Sportjustiz, wurde die Strafe aufgehoben.

Udinese bleibt in der ersten Liga, ist aber bereits vor dem ersten Spieltag mit einem Strafpunkt belastet. An seiner Stelle muß der FC Pisa, der zwischenzeitlich den Klassenerhalt ausgiebig gefeiert hatte, doch noch absteigen. Pisa hat bereits angekündigt, daß es als Entscheidung vom Fußballverband 12,6 Millionen Mark verlangen wird.

Der nächste Skandal wird schon herbeigeredet. Hartnäckig werden

Das Nationalteam ist auf der Suche nach neuer Hackordnung

W. NIERSBACH, Frankfurt Toni Schumacher erzielte Echowirkung im leeren Frankfurter Waldstadion. „Olaf, spiel mit, Thomas komm, Herbert setz nach.“ So die Kommandos des Torhüters, neuen Mannschaftsführers und neuen Seniors beim selbstverständlich bedeutungslosen 3:1 (2:0)-Testspiel-Erfolg der Nationalelf über die zweite Garde der Frankfurter Eintracht. Niemand muckte auf, ließ Unwillen erkennen, denn das Wort des 32-jährigen Besitzes - Krise hin, Krise her - nun einmal Gewicht.

Doch es liegt in der Natur der Sache, daß ein Torwart ein Dirigent einer Mannschaft sein kann. Auch nicht ein Schlussmann mit starken Stimmhörnern, wie Schumacher sie besitzt. Rummenigge, Briegel, Magath, Förster: Das waren über Jahre die Fix- und Orientierungspunkte, die gemeinsam mit Schumacher den Ton gaben. Nun ist der Torwart allein übrig geblieben. Das bedeutet: Es muß sich eine neue Hackordnung in der Nationalmannschaft bilden, auf dem Spielfeld, aber auch im Umfeld.

So gesehen war der Kurziehang im sonnigen Taunus von einiger Bedeutung. Schon beim Laufftraining fiel auf: Leute wie Matthäus, Brehme oder Berthold ließen sich ans Ende des Feldes fallen und flachten bei gymnastischen Übungen, die Neulinge wie Wohlfarth oder Eckstein ernst und konzentriert absolvierten. Keine Frage: Der zweite Platz von Mexiko hat einigen ein breites Kreuz gegeben, wobei bei einem Typ wie Thomas Berthold gar keine Rolle spielt, daß er erst 21 ist. Der Frankfurter und auch Lothar Matthäus haben noch nie an mangelndem Selbstbewußtsein gelitten, sie müssen eher gebremst werden.

Als weitere Korsettstangen seines neuen Teams nennt Franz Beckenbauer die Stürmer Rudi Völler und Klaus Allofs, die freilich mit eher ruhigen und zurückhaltenden Naturen ausgestattet sind. Der Teamchef weiß außerdem: „Im besten Fußball-Alter ist man erst mit etwa 28 Jahren.“ Nun bewies gerade Beckenbauer in aktiver Zeit, daß auch ein junger Spieler Verantwortung übernehmen kann.

Doch im Grundsatz verdeutlicht er seine These an der Auskunft, warum er Berthold nicht zum Libero der DFB-Elite mache: „Da hinten brauchen wir einen erfahrenen Mann, der den Laden zusammenhält. Wer geht denn schon auf das Kommando eines 21-jährigen ein?“

Demnach wird einer wie Berthold in der mannschaftsinternen Hierarchie zwar eine starke, aber noch keine führende Rolle spielen können. Wer sich letztlich durchsetzen, ist nach dem ersten gegenseitigen Beschneipern im Lehrgang noch nicht klar erkennbar, wird auch immer von gezielten Leistungen beeinflusst werden. Für Klaus Allofs erfüllte der Ausflug in den Taunus aber auch noch einen anderen Zweck: „Man muß doch mal miteinander reden können. Vor den Länderspielen ist der Druck immer zu groß, da herrscht meist ziemlicher Trubel.“

Der wiederum ist auch am 24. September beim Prestige-Duell mit Dänemark im bereits ausverkauften Idreetspark von Kopenhagen garantiert. Schon am nächsten Dienstag wird Beckenbauer sein Aufgebot benennen und bis dahin versuchen, ein sichtbar gewordenes Manko auszumerzen. „Uns fehlen derzeit gute Abwehrspieler“, klagt der Teamchef. Der Nürnberger Stefan Reuter („Ein schneller und aggressiver Mann“) könnte von dieser Vakanz profitieren, aber auch Thomas Hörster. Über den 29-jährigen Libero aus Leverkusen urteilte Beckenbauer: „Ein guter und zuverlässiger Mann.“ Eine echte Konkurrenz also für die diesmal fehlenden Mexiko-Fahrer Augenthaler und Herget.

Insgesamt war der Teamchef mit dem ersten Lehrgang nach der Weltmeisterschaft im Sporthotel „Erbsmühle“ im Taunus sehr zufrieden. Er sagte: „Ich bin jetzt viel zuversichtlicher als vor einigen Monaten.“ Hatte die Mannschaft in Mexiko noch eine Mischung zugunsten der älteren Spieler, so wird künftig in der Nationalelf die Mischung eher zugunsten der jüngeren Spieler ausfallen. Franz Beckenbauer sagt: „Es könnte am Anfang schmerzliche Rückschläge geben. Wir müssen deshalb Geduld haben.“ (sid)

STANDPUNKT

Return von Westphal

Haben denn alle vergessen, was Michael Westphal für das deutsche Tennis getan hat? Wo sind sie geblieben, all die Schulterklopper, die früher nach seinen Siegen jubelten die Arme in die Höhe rissen und sich in seinem Glanz sonnten? Jetzt heben sie die Arme höchstens noch, um mit den Fingern auf ihn zu zeigen.

Eine Weile hat Michael Westphal das ausgehalten. Cool und herablassend ist er den Vorhaltungen seiner Kritiker begegnet. Mit lässiger Ignoranz versuchte er zu verbergen, was niemanden etwas anging: Seine eigene Verunsicherung, die unruhige Suche nach Stabilität.

Doch jetzt hat seine Fassade der Gleichgültigkeit Risse bekommen. Nach seinem Scheitern beim Grand-Prix-Turnier in Stuttgart richtete sich sein Zorn gegen Nikola Pietrangeli, den Coach der Daviscup-Mannschaft: „Ich bin es leid, daß Pietrangeli immer auf mir herumhackt. Der soll seinen Mist künftig alleine machen.“ Und weiter: „Als ich gut war, war das selbstverständlich das Verdienst des Herrn Pietrangeli. Jetzt, wo ich schlecht spiele, ist das ganz allein meine Schuld.“

Da wehrt sich einer, wie sich nur ein Rundumschläger wehrt. Mit pauschalen Rundumschlägen. Und trifft doch den Nagel auf den Kopf. Denn in der Stunde der Not wurde Westphal im Stich gelassen.

Nach dem Daviscup-Finale waren die Herren vom DTB noch mächtig stolz darauf, daß sie mit ihm in einer Extra-Suite frühstücken durften. Schließlich war Westphal damals ein gefragter Mann. Er hatte geholfen, den Kingscup zu gewinnen, und den Aufstieg im Daviscup ermöglicht. Er hatte im Daviscup das meistjubilte Tennisispiel in Deutschland gewonnen und später den Abstieg im Kingscup verhindert. Ein vorbildlicher Mannschaftsspieler. Aber auch ein eigenwilliger Mensch, der sich nie dem Diktat der Funktionäre beugen konnte und wollte.

Das lassen sie ihn jetzt spüren. Dabei wäre Hilfe viel eher angebracht. Warum setzte sich der DTB-Vorstand nicht mit dem angeschlagenen Westphal zusammen, um gemeinsam einen Weg aus der Krise zu finden? Wie wäre es mit einem Coach vom DTB, der sich für einige Monate nur um Westphal kümmert? Oder ist er etwa mit 21 Jahren schon zu alt?

HANS-JÜRGEN POHMANN

MOTORSPORT

Porsche geht nach Indianapolis

In Deutschland wird seit langem spekuliert, in Frankreich bekamen die Mutmaßungen am Dienstag bei einer Präsentation neue Nahrung, und gestern bestätigte Porsche-Pressesprecher Manfred Jantke: „In der Formel 1 und der Langstrecken-Weltmeisterschaft hat Porsche alles erreicht. Uns reizen die US-Cart-Serie und vor allem die 500 Meilen von Indianapolis. Der Indy-Motor ist schon in der Entwicklung. Unsere Absicht ist konkret, nur der Zeitpunkt steht noch nicht fest.“

Gerade der Motor ist es, der die Porsche-Ingenieure bei einem Engagement in der Cart-Serie, die ihren Höhepunkt in den 500 Meilen von Indianapolis hat, vor eine völlig neue Aufgabe stellt. Derzeit gibt es in Stuttgart allerdings noch kein Fahrzeug, das dem Indy-Reglement entspricht. Die in der Formel-1-ähnlichen Cart-Serie eingesetzten Wagen werden von 2,6-Liter-Turbomotoren angetrieben, die zwischen 700 und 800 PS entwickeln. Der Treibstoff ist Methanol.

Der alte Porsche-Traum Indianapolis stand schon einmal kurz vor seiner Erfüllung. 1980 hatte man bereits ein komplettes Indy-Fahrzeug auf die Räder gestellt, ehe die kurzfristige Änderung des Reglements den Wagen über Nacht zur Konkurrenzunfähigkeit verdammt. Die Amerikaner, so hieß es damals, fürchteten die hochkarätigen Autos aus Stuttgart als unschlagbare Gegner. Trotz der großen Empörung stand das klassische und traditionsreiche Rennen auf dem 4,5 km langen Indy-Oval stets als noch nicht angenommene Herausforderung im Raum.

Ein wesentliches Argument für ein Porsche-Engagement in den USA ist auch der hohe Exportanteil der Produktion nach Übersee. Mehr als 50 Prozent der Autos werden in die USA geliefert. Cart- und IMSA-Spezialist Al Holbert ist Porsche-Vertragshändler in Nordamerika. In der IMSA-Serie gewannen die auch in der Prototypen-WM eingesetzten 962er im letzten Jahr 15 von 16 Rennen. Die Cart-Serie und Indianapolis genießen allerdings ungleich mehr Popularität.

Auf seinen bisherigen und derzeitigen Betätigungsfeldern hat Porsche alles erreicht. Formel-1-Entwicklungspartner McLaren wurde 1984 und 1985 mit Niki Lauda und Alain Prost jeweils Fahrer- und Marken-

SPORT-NACHRICHTEN

München holt Dänen

München (dpa) - Der deutsche Fußballmeister FC Bayern München hat den dänischen Torgänger Lars Lund (31) von Young Boys Bern verpflichtet. Der Torschützenkönig der Schweizer Nationalliga kostet eine Ablösesumme von einer Million Mark und ist ab Mitte Oktober für München spielberechtigt.

Haftbefehle erlassen

London (dpa) - Die britische Staatsanwaltschaft hat gegen 26 Fußball-Rowdies im Zusammenhang mit der Katastrophe (38 Tote) im Brüsseler Heyselstadion am 29. Mai 1985 Haftbefehle erlassen. Sie werden der fahrlässigen Tötung beschuldigt. Damit beginnt auch das juristische Verfahren um die von den belgischen Behörden geforderte Auslieferung.

Vollrath gewann Trophy

Hamburg (GAB) - Der Deutsche Golflehrer-Meister Siegfried Vollrath (Recklinghausen) gewann als deutscher Ranglistenerster mit 2750 Punkten auch die Dr. Heinrich-Trophy. Dicht auf folgen Carlo Knauf (Olching) mit 2700 und Torsten Gieddon (Mühl) 2430 Punkten. Der 18-jährige Oliver Eckstein (Monte Carlo/Florida) platzierte sich nach seiner

ersten Profi-Saison mit 2410 Punkten bereits als Vierter vor Karl-Heinz Gögele (Augsburg/2380).

Kasparow nahm Auszeit

Leningrad (dpa) - Die für gestern vorgesehene 15. Partie um die Schach-Weltmeisterschaft zwischen Anatoli Karpow und Titelverteidiger Garri Kasparow (beide UdSSR) ist auf morgen vertagt worden. Kasparow, der 8:8 führt, nahm eine Auszeit.

Motorradfahrer gestorben

Heidelberg (sid) - Der 42 Jahre alte Motorradfahrer Erwin Loichinger ist in der Universitätsklinik Heidelberg an den Folgen seines Trainingssturzes beim 1000-km-Rennen auf dem Hockenheimring am 30. August gestorben. Loichinger hatte einen Schädelbasisbruch erlitten.

Audi vertagt Entscheidung

Ingolstadt (sid) - Auf Oktober vertagt haben die Ingolstädter Audi-Werke die Entscheidung über den Verbleib im internationalen Motorsport. Erst soll die Sitzung des Automobil-Sport-Weltverbandes FISA am 3. Oktober in Paris abgewartet werden. Audi hatte sich im Mai nach den Zuschauer-Unfällen aus der Rallye-WM zurückgezogen.

ZAHLN

FUSSBALL  
Trainingslager in Frankfurt: A-Nationalmannschaft: Eintr. Frankfurt (Nachwuchs) 3:1 (2:0). - Länderspiel: „U 19“ in Paisley: Schottland - Bundesrepublik Deutschland 2:3 (1:1). - Länderspiel: „U 21“ in Glasgow: Schottland - Bundesrepublik Deutschland 1:0 (0:0). - Länderspiel: Norwegen - Ungarn 0:0.

TENNIS  
Grand-Prix-Turnier der Herren in Stuttgart-Weidenhof, 1. Runde: Eiter (Bundesrepublik Deutschland) - Carlsen (Schweden) 6:3, 7:6. Moir (USA) - Theine (Bundesrepublik Deutschland) 6:1, 3:6, 6:3. Tideman (Schweden) - Westphal (Bundesrepublik Deutschland) 6:3, 2:6, 6:3. Acuna - Gildemeister (beide Chile) 6:2, 6:4. Schwaier - Riegelski (beide Bundesrepublik Deutschland) 6:7, 7:6, 6:2. Miguel (Spanien) - Steeb (Bundesrepublik Deutschland) 6:4, 6:2, - 2. Runde: Keretic (Bundesrepublik Deutschland) - Sundtstroem (Schweden) 6:2, 7:6. - Herren-Turnier in Genf, 1. Runde: Maurer (Bundesrepublik Deutschland) - de la Pena (Argentinien) 6:3, 7:5. Leconte (Frankreich) - Arguello (Argentinien) 6:4, 6:1. - Damen-Turnier in Tokio, 1. Runde: Bunge (Bundesrepublik Deutschland) - Monteiro (Brasilien) 7:6, 6:3.

VOLLEYBALL  
WM der Damen in der CSSR, Zwischenrunde, Gruppe B: Peru - Bulgarien 3:0. Südkorea - Brasilien 6:3. CSSR - Kuba 0:3. - Gruppe F: China - Japan 3:0. „DDR“ - Italien 3:0. UdSSR - USA 3:0. - Trostrunde: Bundesrepublik Deutschland - Kanada 3:1. Nordkorea - Tunesien 3:0.

SCHIESSPORT / Bronzemedaille bei der WM

Michael Heine hat knapp an Silber vorbeigeschossen

dpa, Suhl Hubert Bichler (Valley) wurde mit 597 Ringen 13. Hätten diese Ringzahlen am Montag im Team-Kampf gezählt, wären die Sportschützen aus der Bundesrepublik Deutschland Weltmeister geworden. Heine war voller Selbstbewußtsein in den Wettkampf gegangen. „Im Liegend-Schießen bin ich zur Zeit sehr sicher. Ich würde, daß ich ein gutes Ergebnis erzielen würde, daß es jedoch so gut wurde, daran habe ich nicht geglaubt.“ Das Finale beschrieb der Polizeibeamte als eine nervliche Anspannung, die „man keinem erzählen kann“. Heine: „Man kommt einfach aus dem Rhythmus, wenn man nicht Trockenanschieße in den zu langen Pausen macht. Und dabei soll der Schütze auch noch konzentriert sein. So etwas kann man nicht trainieren.“

Für den Bundestrainer Walter Schumann (Uelzen) ist es bei den Tietkämpfen schon die vierte Medaille nach zweimal Gold und einmal Bronze zu dem 29-jährigen Heine nach dem Finale Freudentränen in den Augen. „Nachdem beim Mannschaftskampf am Montag nicht alles mit rechten Dingen zuging, war ich heute hochmotiviert“, meinte Heine. Peter Heint aus Espenau hatte das Finale als Neunter um einen Ring (588) verpaßt.

Ein Zehntelring fehlte Michael Heine aus Ronneberg gestern bei den 44. Weltmeisterschaften der Sportschützen in Suhl („DDR“) im English Match, 60 Schuß liegend, am Gewinn der Silbermedaille. Der 29 Jahre alte Polizeibeamte mußte sich hinter dem Ungarn Sandor Bereczky (600/104,2) und dem Kanadier Gale Stewart (600/102,5) bei der Ringzahl von 600 und 102,4 Ringe im Finale mit Bronze begnügen. Neben den drei Erstplatzierten stellten auch noch Robby Frankler (USA) und Zbigniew Haber (Polen) den Weltrekord von 600 Ringen ein.

In dem spannenden Finale, in dem Heine lange Zeit auf Platz zwei lag, entschied wieder einmal der letzte, der zehnte Schuß. Während Heine nur eine 9,7 erhielt, freute sich der Kanadier über eine 11,0. Nur Bronze für den Ronneberger. Dennoch standen dem 29-jährigen Heine nach dem Finale Freudentränen in den Augen. „Nachdem beim Mannschaftskampf am Montag nicht alles mit rechten Dingen zuging, war ich heute hochmotiviert“, meinte Heine. Peter Heint aus Espenau hatte das Finale als Neunter um einen Ring (588) verpaßt.

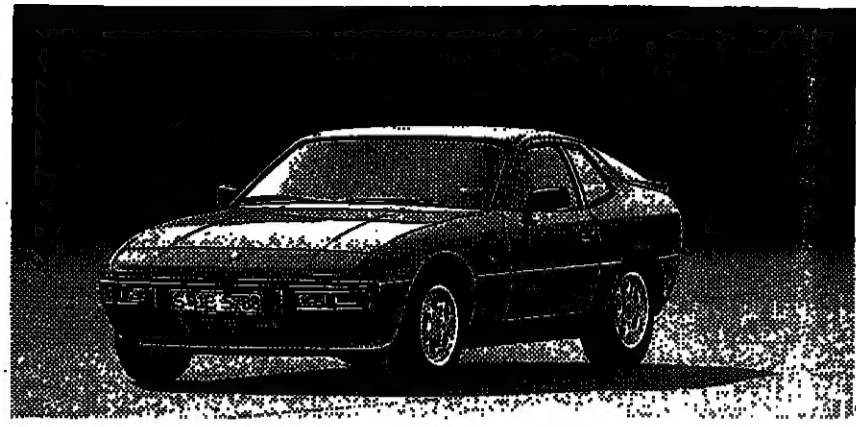


هكذا من الأعمال

STANDARD  
Return von  
Westphal  
H.

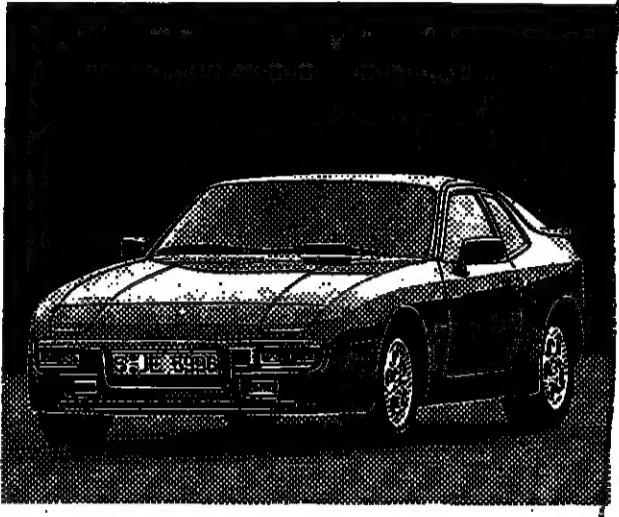
EINLADUNG ZUM PORSCHEFAHREN

»Erleben Sie den Unterschied  
zwischen Autofahren und Porsche fahren,  
Jahrgang '87.«



Porsche 924 S. 2 + 2sitziges Sportcoupé. 2,5 l 4-Zylinder-Motor 110 kW/150 PS. Mit und ohne Katalysator gleiche Leistung.

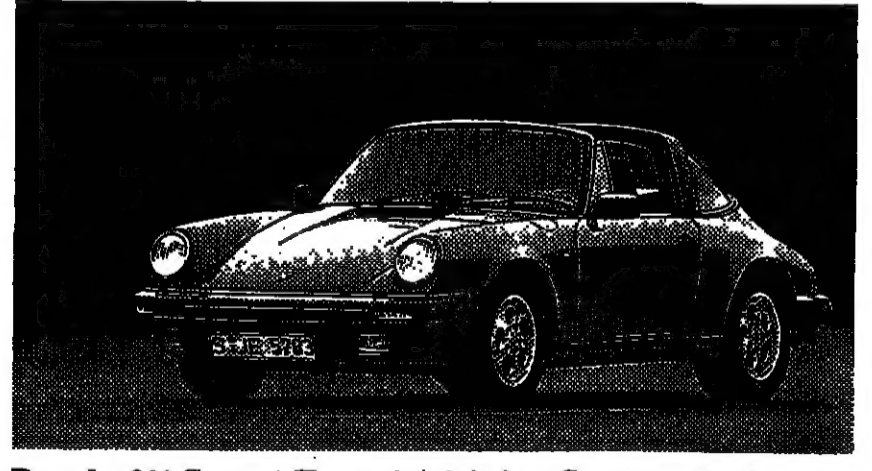
Der neue  
Porsche 944 S.  
2 + 2sitziges  
Sportcoupé.  
2,5 l 4-Zylinder-  
Motor mit  
16 Ventilen.  
140 kW/190 PS.  
ABS erhältlich.  
Mit und ohne  
Katalysator  
gleiche Leistung.  
Porsche 944.



2 + 2sitziges Sportcoupé. 2,5 l 4-Zylinder-Motor 120 kW/163 PS. ABS erhältlich. Katalysator erhältlich (110 kW/150 PS).



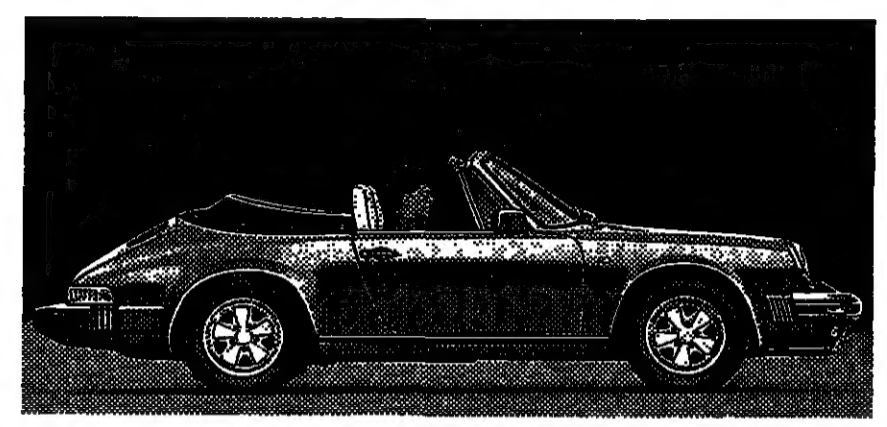
Porsche  
944 Turbo.  
2 + 2sitziges  
Sportcoupé.  
2,5 l 4-Zylinder-  
Motor mit  
Turbolader und  
Ladeluftkühler.  
162 kW/220 PS.  
ABS erhältlich.  
Mit und ohne  
Katalysator  
gleiche Leistung.



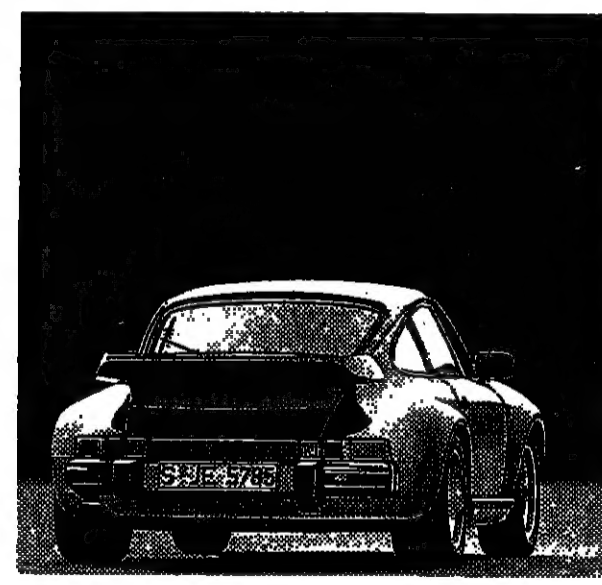
Porsche 911 Carrera Targa. 2 + 2sitziges Sportcoupé mit abnehmbarem Faltdach. 3,2 l 6-Zylinder-Motor. 170 kW/231 PS. Katalysator erhältlich (160 kW/217 PS).

Für alle Porsche-Modelle besteht seit Modelljahr '86 eine 2-Jahres-Garantie auf das gesamte Fahrzeug, eine 3-Jahres-Garantie auf die Lackierung und eine 10-Jahres-Garantie gegen das Durchrosten der Karosserie.

Porsche 911 Carrera Coupé.  
2 + 2sitziges Sport-  
coupé. 3,2 l 6-Zylinder-  
Motor 170 kW/231 PS.  
Katalysator erhältlich  
(160 kW/217 PS).

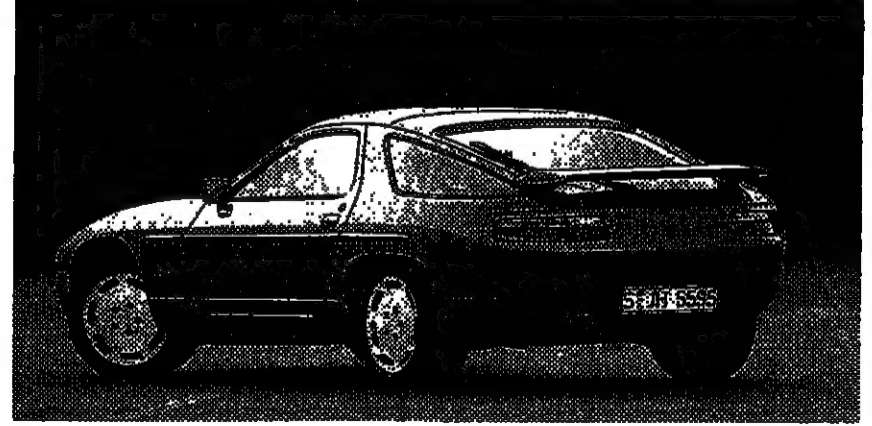


Porsche 911 Carrera Cabriolet.  
2 + 2sitziges Sportcabriolet. 3,2 l 6-Zylinder-Motor.  
170 kW/231 PS. Elektrisch betriebenes Verdeck erhältlich.  
Katalysator erhältlich (160 kW/217 PS).



Porsche 911  
Turbo.  
2 + 2sitziges  
Sportcoupé. 3,3 l  
6-Zylinder-Motor  
mit Turbolader  
und Ladeluft-  
kühler. 231 kW/  
300 PS.

Der neue Porsche 928 S 4. 2 + 2sitziges Sportcoupé mit neuer aerodynamisch und stilistisch optimierter Karosserie. 5,0 l V8-Zylinder-Motor mit 32 Ventilen. 235 kW/320 PS. ABS serienmäßig. Mit und ohne Katalysator gleiche Leistung.



Rufen Sie uns bitte an oder schreiben Sie uns. Wir nennen Ihnen einen Porschehändler in Ihrer Nähe für eine Probefahrt. Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG, Abt. VIOF, Porschestraße 15-19, 7140 Ludwigsburg, Tel.-Durchwahl 07141/303-341,-209 oder -518.

Porsche  
geht nach  
Indianap

PORSCHE  
FAHREN IN SEINER SCHÖNSTEN FORM



## GEW: 80 000 Lehrer arbeitslos

P.F.R. Bonn

Zum Schuljahresbeginn wurden nach Angaben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) etwas mehr als 4000 Lehrer neu eingestellt. Die Zahl der Arbeitslosen in diesem Beruf stieg damit auf über 80 000. Bei den Sozialpädagogen und Erziehern sind insgesamt mehr als 50 000 in ihrem Wunschberuf nicht untergekommen. Der GEW-Vorsitzende Dieter Wunder, der in Bonn den 10. Lehrerbearbeitungsbericht seiner Organisation vorlegte, forderte „nach zehn Jahren Lehrerbearbeitungslosigkeit in der Bundesrepublik eine verbindliche Personalplanung auf dem Teilarbeitsmarkt Schule“. Nach dem Bericht hat sich seit dem vergangenen Jahr die Zahl der arbeitslosen Lehrer um mehr als 9000 erhöht. Während nach einer Prognose der GEW in Bayern „die Gesamtzahl der Neueinstellungen eher bei 1500 als bei 1000 liegen wird“, werden in NRW nur 225 Stellen geschaffen. Das bevölkerungsreichste Bundesland liegt damit am Ende der Skala.

## Nach Attentat in Istanbul wächst jetzt der Verdacht gegen Diplomaten

Generalkonsulate von Syrien, Libyen und Iran verwickelt? / Trauerfeier in Synagoge

E. ANTONAROS, Athen

Etwa zweitausend Menschen haben gestern in der Neve-Schalom-Synagoge in Istanbul an dem Trauergottesdienst für 19 der 21 Opfer des Überfalls auf das jüdische Gotteshaus teilgenommen. Nach Schätzungen der Ermittlungsbehörden waren in der Synagoge, in der noch immer die Spuren der Bluttat vom Samstag zu sehen sind, rund 1000 Menschen versammelt. In den engen Gassen um die im Stadtteil Galata gelegene Synagoge hatten sich noch einmal rund 1000 Menschen versammelt, um an der von Polizei und Militär stark bewachten Trauerfeier teilzunehmen.

Zu der Beisetzung war auch der sephardische Großrabbiner Israels, Mordechai Eliahu, gekommen.

Bei dem Attentat waren am Samstag 21 Menschen von zwei arabischen Terroristen beim Gebet in der Synagoge getötet worden. Danach hatten

sich die Attentäter selbst in die Luft gesprengt.

Die Türkei ist trotz ihrer Einbettung in die islamische Welt nicht weniger oft als andere nichtislamische Länder zum Ziel von Terrorakten geworden. Vor vier Jahren gab es ein Massaker mit zehn Toten auf dem Flughafen in Ankara, erst vor wenigen Monaten kamen die Sicherheitsbehörden dahinter, daß als Diplomaten getarnte Libyer dabei in der Terrorzone aktiv waren.

Gerade deshalb richtet sich der Verdacht der türkischen Ermittlungsbehörden jetzt gegen die Generalkonsulate Syriens, Libyens und Irans in Istanbul. Die auflagenstarke Zeitung „Hürriyet“ berichtete in diesem Zusammenhang, daß der Polizei „konkrete Hinweise“ über die Verwicklung einiger „Diplomaten“ vorlägen. Einige der sich weiterhin im politischen Gewahrsam befindlichen

Tatverdächtigen hätten enge Kontakte zu den drei Generalkonsulaten. Diese Version bekräftigt eigentlich die Vermutung, daß mehr als zwei Terroristen das Blutbad in der Synagoge veranlassen haben. Innenminister Akbulut gibt zwar weiterhin an, daß der Anschlag von zwei Extremisten verübt worden sei, die auch ums Leben gekommen seien.

In Istanbul wird vermutet, daß das Innenministerium aus taktischen Gründen absichtlich die Version verbreitet, daß es sich nur um zwei Terroristen gehandelt haben soll. Dadurch soll bei den flüchtigen Komplizen der Eindruck erweckt werden, daß sie nicht mehr gesucht werden, so daß sie unvorsichtig werden und der Polizei in die Hände fallen. „Die Jagd nach den flüchtigen Killern geht in Wirklichkeit flieberhaft weiter“, sagte ein hoher Polizeioffizier.

(SAD)

## Fluchtversuch in Berlin gescheitert

DW, Berlin

Unter Schüssen von „DDR“-Grenzposten scheiterte in der Nacht zum Mittwoch die Flucht von zwei „DDR“-Bewohnern am Grenzkontrollpunkt in Drewitz. Sie hatten in den frühen Morgenstunden zunächst versucht, mit einem Auto das Gittertor auf einer Abfertigungsspur zu durchbrechen. Als der Wagen in der Sperre hängen blieb, versuchten die beiden Insassen, das nahezu einen Kilometer entfernte Westberliner Gebiet zu Fuß zu erreichen. Nach Angaben von Transitreisenden waren zwei bis fünf Schüsse von Grenzposten abgegeben worden. Der Transitübergang wurde für 25 Minuten in beiden Richtungen gesperrt. Am Kontrollpunkt Drewitz war es nach dem Mauerbau noch nie gelungen, mit einem Auto die Sperre zu durchbrechen, weil dieser relativ weit vor der Westberliner Grenze liegt und selbst ein Durchbruch im Kontrollpunktgelände voraussetzt, noch weitere Sperren zu durchbrechen.

## Ist Lafontaines Konzept für Saarstahl in Gefahr?

Arbeitsplätze gefährdet / Kohl und Chirac zu Cattenom

ULRICH REITZ, Bonn

In Frankreich gibt es erheblichen Widerstand gegen die geplante Fusionierung von Saarstahl-Völklingen und Dillinger Hütte, die im Mehrheitsbesitz des staatlichen französischen Stahlkonzerns Sacilor ist. Die sozialistische und kommunistische Gewerkschaft, aber auch Politiker fürchten, daß nach einer Fusionierung der beiden Stahlproduzenten Arbeitsplätze in der Region Lothringen im größeren Umfang abgebaut werden. So sprach sich der von der Regierung Chirac mit einem neuen Stahlanierungsplan beauftragte ehemalige Sacilor-Präsident Mayeux gegen dieses Projekt aus. Von französischen Regierungskreisen wurde dieses Thema gegenüber Journalisten angeschnitten, ohne - wie verlautete, aus Zeitgründen - schließlich Eingang in die Gespräche von Bundeskanzler Helmut Kohl und Premierminister Jacques Chirac zu finden.

konzept für Saarstahl, das Lafontaine auf sein Konto verbucht, scheitern.

Wie aus Saarbrücken verlautete, verliefen die Gespräche zwischen Dillingen und Saarstahl zur Vorbereitung der Fusion bisher positiv. „Wir sind voll im Plan“, hieß es im Wirtschaftsministerium. Die Verschmelzung der Unternehmen steht für Mitte nächsten Jahres an.

Dillingen hat aus betriebswirtschaftlichen Gründen großes Interesse an der Verschmelzung. „Saarstahl ist ein idealer Partner, aber auch unser größter Konkurrent“, sagte der in der vergangenen Woche ausgeschiedene Präsident von Sacilor, Claude Dollé, Ende Juli in einer Aufsichtsratsitzung. Sowohl Dillingen als auch Saarstahl haben einen Schwerpunkt ihrer Produktion im Flachstahlbereich, von dem große Bereiche im Rahmen der angestrebten Restrukturierung der französischen Stahlindustrie im westlichen Nachbarland zur Disposition stehen.

Information zu Cattenom

Frankreich plant, die Stahlindustrie umzustrukturieren. Dabei dürften nach Meinung von Experten Arbeitsplätze im größeren Umfang abgebaut werden. Ein Indiz dafür ist die Zusammenlegung der beiden Staatskonzerne Usinor und Sacilor, die zu „Arbeitsplatzverlusten“ im Rahmen von Rationalisierungen führen werde. Bei einer Fusion von Sacilor und Saarstahl über die Dillinger Hütte dürfte sich dieser Prozess fortsetzen.

„Voll im Plan“

Pikant in dem Dreiecksverhältnis Lafontaine/Chirac und französische Gewerkschaften: Die den Sozialisten unter François Mitterrand nahestehenden Gewerkschaften betrachten es mit einer gewissen Sympathie, daß Lafontaine Chirac beim Thema Cattenom in Schwierigkeiten zu bringen versucht und sind von daher nicht daran interessiert, seine Position zu schwächen. Genauso das wäre aber der Fall, sollte das Restrukturierungs-

Zu den Themen, die Kohl bei Chirac ansprach, gehörte Cattenom. Die Regierungschefs vereinbarten, daß die beiden Reaktorsicherheits-Kommissionen in Mainz die Öffentlichkeit über die Ergebnisse ihres jüngsten Gutachtens informieren wollen. Nach Mitteilung der Mainzer Staatskanzlei ist ein Termin „noch in dieser Woche“ geplant. Adolf Birkhofer und François Cogné, die jeweiligen Vorsitzenden der Kommissionen, hatten keine Unterschiede in den Sicherheitsstandards zwischen Cattenom und deutschen Kernkraftwerken gefunden. Eine Feststellung, die in Saarbrücken, nicht aber in Mainz auf Unmut stößt.

Kohl und Chirac einigten sich in Paris auf eine Intensivierung der politischen Zusammenarbeit zur Terror-Bekämpfung. Darüberhinaus wollen Bonn und Paris eine Sonderkommission der EG-Innenminister zum Thema Terrorismus beantragen.

## KVAE: Moskau will Kompromiß nicht zustimmen

dpa/rtr, Stockholm

Die Sowjetunion hat bei der Stockholmer Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) einen Einsatz von Flugzeugen und Besatzungen neutraler Staaten bei Luftinspektionen abgelehnt. Der sowjetische Delegationsleiter Grinevskij sagte, dieser Vorschlag sei für die Sowjetunion unpraktisch und vom Sicherheitsstandpunkt her nicht geeignet. Er schloß jedoch weitere Verhandlungen zu diesem Punkt nicht aus.

Die Bundesrepublik Deutschland hatte vor zwei Wochen vorgeschlagen, daß neutrale Staaten Flugzeuge und Besatzungen für Luftinspektionen zur Verfügung stellten. Damit ging man von der bisherigen Linie ab, nach der das inspezierende Land eigene Flugzeuge und Besatzungen benutzen sollte. Die Warschauer-Fakt-Staaten bestehen auf der Benutzung von Flugzeugen des zu inspezierenden Landes.

Westliche Delegationsmitglieder schlossen nicht aus, daß die Sowjetunion eine Übereinkunft in der Inspektionsfrage von einem Kompromiß bei der Frage nach der Meldepflicht von Manövern abhängig machen will.

Die Stockholmer Konferenz hat nach Ansicht des dänischen Chefdelegierten, Skjold Melbini, gute Aussichten, bis zum Ende ihrer ersten Runde am 19. September ein befriedigendes Ergebnis zu erreichen. Er sagte in Stockholm, die 35 Teilnehmerstaaten hätten sich schon auf acht der vorgesehenen 15 Seiten des Schlußdokuments geeinigt.

## Einheiten der „Delta Force“ bald in Europa?

rtr/dpa, Washington

Die amerikanische Regierung prüft, ob Teile ihrer Anti-Terror-Truppe „Delta Force“ in „Westeuropa oder anderswo“ stationiert werden könnten, um die Reaktionszeiten bei Anschlägen auf amerikanische Ziele zu verkürzen. Anlaß ist die jüngste Kaperung einer PanAm-Maschine in Karatschi. Ähnlich wie bei früheren Vorfällen waren Einheiten des Sonderkommandos auf dem Weg von Fort Bragg im Bundesstaat North Carolina nach Pakistan, kamen aber nicht zum Einsatz, weil die Geiselnahme bereits vor ihrem Eintreffen beendet wurde. Wie ein Regierungsbeamter in Washington weiter mitteilte, hatte die pakistanische Regierung ihr Einverständnis für einen US-Einsatz gegeben. „Wir hätten vielleicht ein paar kostbare Stunden gewinnen können, wenn wir näher am Ort des Geschehens gewesen wären“, sagte er.

Die Regierung befürchtet jedoch, daß eine Stationierung im Gastland innenpolitische Schwierigkeiten verursachen könnte. Der Beamte verwies auf den Ärger, den Premierministerin Thatcher wegen des Einsatzes in Großbritannien stationierter US-Bomber gegen Libyen hatte. Auch könnte die Sondereinheit im Ausland ein leichteres Ziel für Terroristen sein. Schließlich bestehe die Gefahr, daß die Ausbildungsmöglichkeiten nicht so gut wie in den USA sind.

Im Kongreß haben inzwischen Abgeordnete gefordert, zumindest einige der Anti-Terror-Einheiten der Zuständigkeit des Pentagon zu entziehen und direkt dem Präsidenten zu unterstellen.

## Die Allmacht der Ceausescu löst „Endzeitstimmung“ aus

Wie Rumänien regiert wird / „Unauffällig Stellung halten“

THOMAS BREY, Bukarest

Wohl kaum ein Land in Europa dürfte in so rasender Folge seine Spitzenpolitiker auswechseln wie Rumänien: Allein im vergangenen Jahr sind der Energie-, Bergbau-, Außen- und Verteidigungsminister von Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu entlassen worden.

Westliche Diplomaten in Bukarest erklären das häufige Rücken der Ministerstühle mit dem Bestreben Ceausescus, neben sich keinen „starken Mann“ hochkommen zu lassen. Besonders die Ablösung des langjährigen Außenministers Stefan Andrei, der im Ausland schon als einer der Nachfolge Kandidaten des seit über zwanzig Jahren unumschränkt regierenden Ceausescu gehandelt wurde, dürfte in diesen Zusammenhang gestellt werden. Daneben versuchte der „Erste Mann in Partei und Staat“ durch den ständigen Ministerwechsel Sündenböcke für die sich von Jahr zu Jahr verschärfenden Wirtschafts- und Versorgungskrise zu finden.

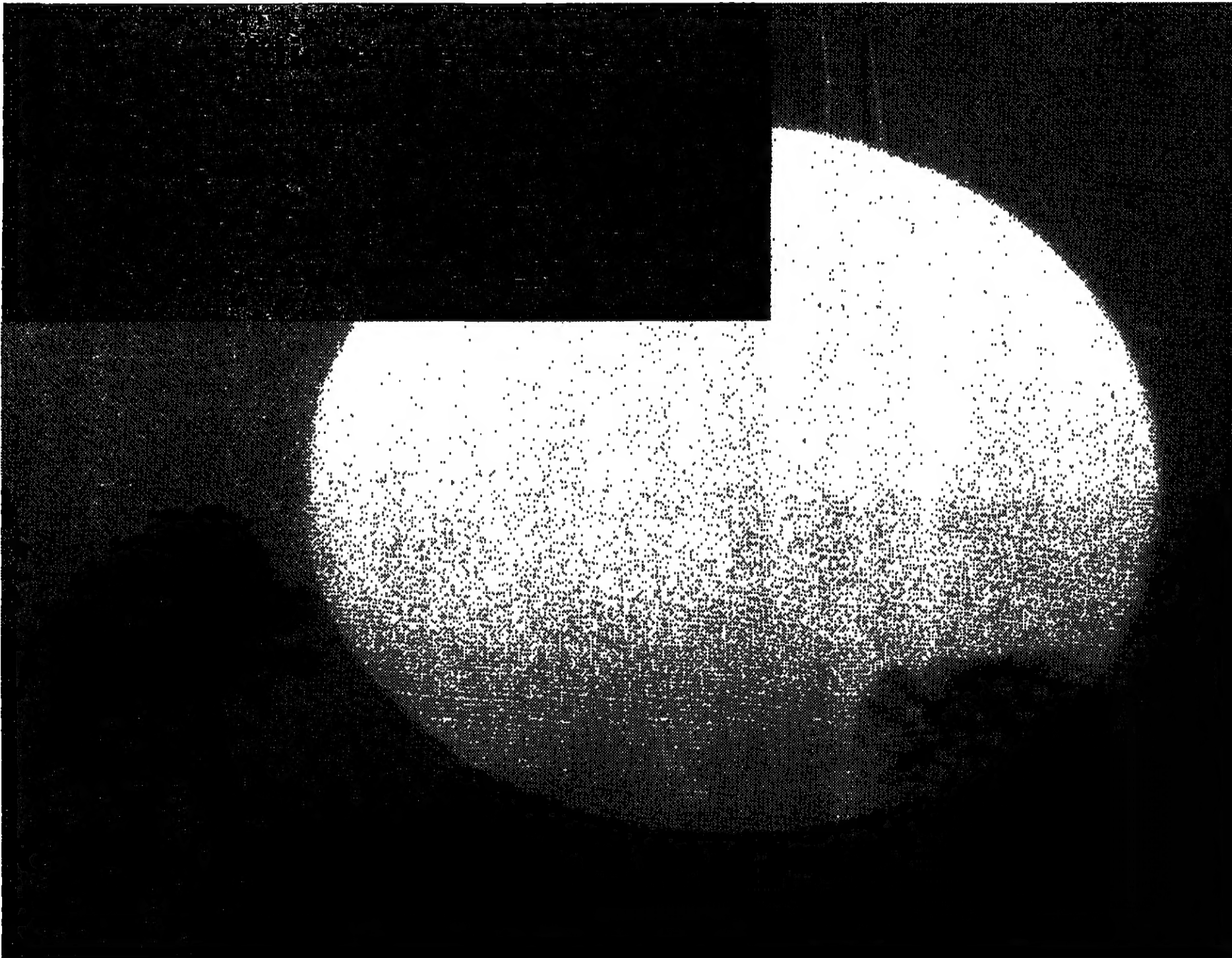
Als wohl mächtigste Person neben dem volkstümlich „Chef“ genannten

Ceausescu gilt seine Frau Elena (67): Vize-Regierungschefin und Wissenschaftsministerin mit Sitz im achtköpfigen Politbüro der Partei. Ihr werden von Beobachtern heute die größten Chancen eingeräumt, sollte ihr Mann, der entgegen allen Gerüchten seinem Alter entsprechend gesund sein soll, plötzlich abtreten. Demgegenüber werden Ceausescus Sohn Nicu (35), Jugendminister und Kandidat des Politbüros, nicht die Fähigkeiten für eine Nachfolge zugeordnet. Im Gegensatz zu seiner Mutter wurde Nicu vom „Papa“ auch kaum besonders herausgestellt.

Die heutige politische Atmosphäre am Ende der „Ära Ceausescu“ beschreiben zahlreiche westliche Beobachter in Bukarest als „Endzeitstimmung“. Mit einer ungleichen Kraftanstrengung werden Bauprojekte in kürzester Zeit aus dem Boden gestampft. Unter Politikern und Managern gilt die Parole: „Ohne aufzufallen die Stellung halten“ für eine Neuaufteilung der Macht nach dem Abtritt des allmächtigen Staats- und Parteichefs.

(dpa)

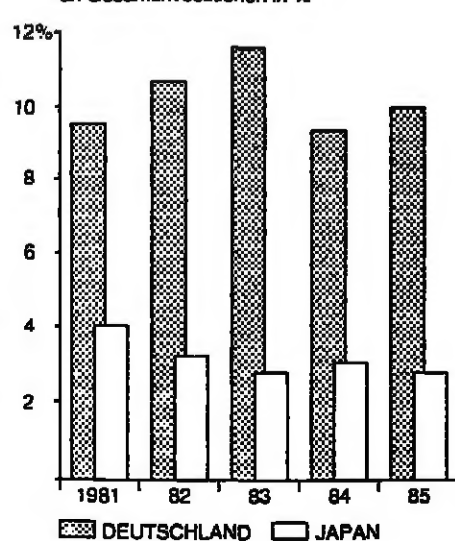
# Liebe Umwelt.



Japan ist bekanntlich ebenso technik-orientiert wie umweltbewußt – das eine schließt ja das andere nicht aus. Und die japanische chemische Industrie hat beachtliche Summen in Umweltschutz-Maßnahmen investiert.

Doch die der deutschen chemischen Industrie sind, gemessen an den Gesamtinvestitionen, mehr als doppelt so hoch. Ein Beweis dafür, wie ernst wir das Verantwortungsbewußtsein nehmen, zu dem uns unsere Umwelt-Leitlinien verpflichten.

Anteil der Umweltschutz-Investitionen an Gesamtinvestitionen in %



ten. Rund elf Millionen DM gibt die deutsche Chemie heute täglich für den Umweltschutz aus. In den letzten 20 Jahren insgesamt eine Summe von rund 45 Milliarden DM.

Damit halten wir weltweit eine führende Position. Mit eindrucksvollen Ergebnissen: Obwohl die deutsche Chemie in diesem Zeitraum ihre Produktion auf das Zweieinhalbfache gesteigert hat, konnte sie ihre Emissionen um mehr als die Hälfte senken. Wir werden diese erfolgreiche Arbeit konse-

quent fortsetzen. Die Umwelt-Leitlinien sind uns dafür Maßstab und Verpflichtung.

\*Verantwortung hat Leitlinien. Ihr Exemplar liegt bereit. Die Initiative "Geschützt leben", Karlstraße 21, 6000 Frankfurt/Main, informiert Sie über DIE CHEMISCHE INDUSTRIE.

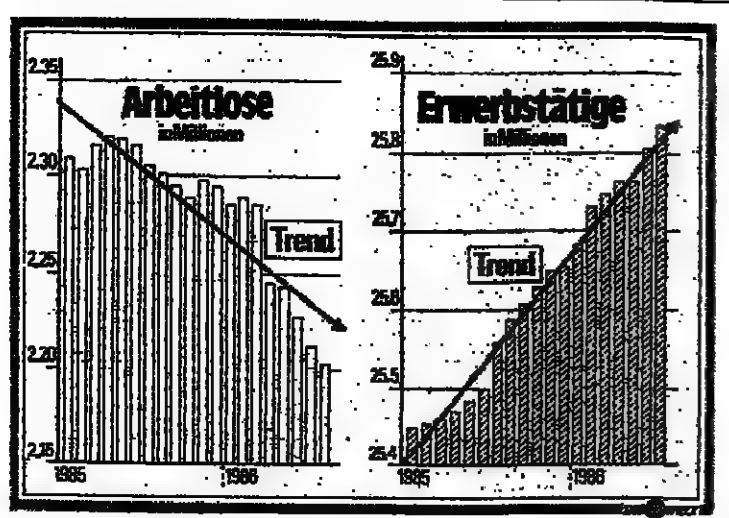
Natur ist Chemie.  
Chemie ist Leben.  
Leben ist Verantwortung.



Fordern Sie die Umwelt-Leitlinien der Chemie an. Zum Ortstarif. ☎ 0130-5599



ines Konz  
hl in Gefa



Bei der Betrachtung der saisonbereinigten Arbeitsmarktzahlen zeigt sich, daß die Arbeitslosenzahlen im Vergleich zu 1985 deutlich zurückgehen. Auffallend ist: Die Arbeitslosenzahlen der letzten fünf Monate liegen erkennbar unterhalb der Trend-Geraden. Bei den Erwerbstätigenzahlen ist eine „trendgerechte“ kontinuierliche Zunahme festzustellen.

## FÜR DEN ANLEGER

**Zentralbankrat:** Von der heutigen Sitzung werden keine geldpolitischen Beschlüsse erwartet. In Anwesenheit des Bundesfinanzministers werden Vorgespräche für die IWF-Konferenz geführt.

**Enbel:** Die sowjetische Staatsbank hat den Kurs gegenüber der D-Mark auf 33,09 (33,30) Rubel für 100 Mark neu festgelegt.

**WELT-Aktien-Indizes:** Gesamt: 282,63 (282,00); Chemie: 168,15 (167,94); Elektro: 332,63 (330,95); Auto: 756,88 (754,02); Maschinenbau: 153,09 (151,92); Versorgung: 162,25 (162,44); Banken: 417,76 (417,88); Warenhäuser: 168,52 (170,93); Bauwirtschaft: 547,21

**Kursgewinner:** DM + %  
BAT Ind. 13,95 9,41  
Norsk Data 66,00 8,20  
Pernod Ricard 330,00 7,14  
Banco Hispano Am. 38,00 5,56  
Elkem A/S 33,60 5,00

**Kursverlierer:** DM - %  
Fellen & Güll 178,00 9,74  
AAC South Afr. 30,50 7,01  
Mitsui 4,10 6,82  
Barlow Rd. 10,00 4,76  
Schwäb. Zellst. 174,10 4,76

**Nachbörse:** Fester

## MÄRKTE & POLITIK

**Gilbliger:** Bei den internationalen Geldbörsen geht der Trend immer mehr von „Petrodollar“ zu „Yen-Recycling“. (S. 12)

**US-Luftfahrt:** Delta Air Lines und Western Airlines wollen sich zusammenschließen. Der Wert der Fusion, eine der größten in der Branche, wurde mit 860 Mill. Dollar (rund 1,7 Mrd. DM) beziffert.

**Kreditstop:** Die amerikanische Export-Import-Bank, ein von der US-Regierung betriebenes Institut zur Finanzierung von Außenhandelsbeziehungen, will Brasilien keine Kredite mehr gewähren.

**Österreich:** Experten haben die Wachstumsrate für 1986 von drei auf zwei Prozent revidiert. (S. 12)

**Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)**

| Produkt              | 9.9.86 | 8.9.86 | 1.7.86 | 1.8.86 | 1973  |
|----------------------|--------|--------|--------|--------|-------|
| Superbenzin          | 200,80 | 203,50 | 185,00 | 286,00 | 97,00 |
| 0,15 g Bleigehalt    |        |        |        |        |       |
| Diesel (EG-Material) | 127,50 | 133,50 | 104,00 | 236,00 | 94,00 |
| Heizöl               |        |        |        |        |       |
| 3,5 % S              | 77,50  | 76,50  | 74,50  | 139,00 | 29,00 |

## UNTERNEHMEN & BRANCHEN

**Sony:** Der Gewinn vor Steuern wird im laufenden Geschäftsjahr um 50 Prozent auf 45 Mrd. Yen sinken. Grund ist der starke Yen.

**Luftkassan:** Die internationale Verkaufsorganisation wird der Bundesbahn zur Verfügung gestellt.

**Merek:** Der Weltumsatz ist in der ersten Jahreshälfte um 2,3 Prozent zurückgegangen. (S. 15)

**Trigema:** Die Marktposition wurde weiter ausgebaut. Die Umsatrendichte liegt über dem Branchendurchschnitt. (S. 14)

**Opel:** Die deutsche General-Motors-Tochter ist von den Entlassungsplänen in Großbritannien nicht betroffen.

**Schenker:** Der Spediteur hat sich vom Rolloffkurs zum erfolgreichen Systemanbieter gewandelt. (S. 15)

## NAMEN

**Mittelstand:** Die Öffnung der Grenzen in der EG bietet Entlassungsmöglichkeiten, bedeutet aber auch scharfen Wettbewerb, meint Lutz Stavenhagen, Staatsminister im Auswärtigen Amt, in einem Beitrag für die WELT. (S. 14)

**Gatt:** Vor Beginn der neuen Runde drohen die USA mit einem Ausstieg, falls ihre fünf Forderungen...

**WER SAGT'S DIENN?**  
Jede Null sagt: „Wir, die wir Millionen bilden...“  
Gabriel Laub

## Die freien Berufe fühlen sich von der CDU im Stich gelassen

Schreiben an Generalsekretär Geißler: „Wir finden im Wahlkampfkonzept nicht statt“

**ARNULF GOSCH, Bonn**

Hefige Kritik an der CDU hat der Bundesverband der Freien Berufe (BFB) geübt. In einem gestern bekanntgegebenen Schreiben an CDU-Generalsekretär Heiner Geißler gibt BFB-Präsident Prof. Volrad Denke seinen bitteren Enttäuschung darüber Ausdruck, daß die freien Berufe im Wahlprogramm der CDU und CSU – im Gegensatz zu den Wahlaussagen von SPD und FDP – „nicht einmal verbal stattfinden“, geschweige denn, daß zu ihren Problemen etwas gesagt worden sei. Der Landwirt, der mit vielen Milliarden Mark subventioniert werde, obgleich ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt nicht mehr erreiche, sei in diesem Programm nicht mehr enthalten. Dies alles sind nach Denkes Worten Fragen, auf deren Erörterung mit der CDU-Partei zentraler der Freiberuferschaft seit Jahren warte. Die jetzt ergangene Einladung zu einem Gespräch mit dem CDU-Präsidenten am 10. November werde zwar angenommen, wemal dieser Termin möglicherweise zu spät liege, um Wahlaussagen der CDU zu den Problemen der freien Berufe noch beeinflussen zu können. Nachdem sich der BFB jahrelang vergeblich um ein Gespräch mit Geißler bemüht habe, rechnet er jetzt zuversichtlich mit dessen Anwesenheit am 10. November.

**Hauptgeschäftsführer** Dietrich Rollmann beklagte gestern gegenüber der WELT, daß CDU-Generalsekretär Geißler den selbständigen Mittelstand geistlich ignoriere und sich nur für Alte, Arbeitnehmer und Arme interessiere. Bisweilen habe man den Eindruck, daß Geißler den Mittelstand bereits den Freien Demokraten als Wahlklientel überlassen habe. Und die FDP mühe sich – wie unlängst erst die vom Parlamentarischen Staatssekretär Grüner vorgelegte Mittelstandsbrochure zeigte – nach Kräften um die Selbständigen in Handel, Handwerk und freien Berufen sowie um die kleineren und mittleren Unternehmen.

Der Bundesverband sehe daher mit Spannung der Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl entgegen, die er am 15. September auf dem Bundeskongress der „Freien“ in Bonn halten wird. Mit dem Kanzler komme ja auch der CDU-Vorsitzende zu Wort.

## Quoten für Milcherzeuger werden strenger beobachtet

EG zieht wegen Überproduktion die Notbremse

**Ha. Brüssel**

Die EG-Kommission hat wegen der überbordenden Milchproduktion die Notbremse gezogen. Sie schlug dem Ministerrat gestern vor, die staatliche Aufkaufverpflichtung für Butter und Magermilchpulver aufzulockern, die Produktionsquoten für die Milchzeuger künftig strikter zu handhaben.

Die Intervention soll in Zukunft bei außergewöhnlichen Umständen zeitweilig ausgesetzt werden können. Statt dessen regt die EG-Behörde an, das Marktgleichgewicht durch Verkaufsförderungsmaßnahmen für Frischmilch oder durch begrenzte Ausschreibungen für den Aufkauf von Überschüssen zu verbessern.

Milchpulver soll grundsätzlich nur noch in der Zeit zwischen dem 1. April und 30. September auf gekauft werden. Zum Ausgleich sieht die Kommission unter anderem ebenfalls Beihilfen für die unmittelbare Verwendung vor. Schluß gemacht werden soll mit der Praxis, Quoten von Regionen, die weniger als erlaubt produzieren auf Gebiete mit Überschussproduktion zu übertragen. Dadurch erhöht Agrarkommissar Frans Andriessen eine Abschreckung der Milchlieferanten um rund eine Million Tonnen. Vermindert werden soll schließlich auch der höchstzulässige Fettgehalt der Milch.

Die meisten dieser Maßnahmen hängen freilich von einer Zustimmung des Ministerrats ab. Ob diese zu erzielen ist, gilt als fraglich. Eine erste Aussprache sollen die Agrarminister bereits am kommenden Montag haben. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der bevorstehenden bayerischen Landtagswahlen dürften Beschlüsse jedoch schwierig sein.

Nach Angaben der Kommission lag die Milchproduktion im Juni um 2,5 Prozent über den festgelegten Quoten. Diese Entwicklung läßt ein erneutes Anwachsen des „Butterberges“ (gegenwärtig rund 1,5 Millionen Tonnen) befürchten.

## AUF EIN WORT



„Die neue Gatt-Freihandelsrunde hat nur dann eine Chance, wenn die Regierungen den Mut aufbringen, dem Druck ihrer nationalen Interessengruppen zu widerstehen. Es gibt keine vernünftige Alternative zu einem liberalen Welthandelssystem.“

Dr. Henning von Boettmer, Generalsekretär Deutsche Gruppe der Internationalen Handelskammer.

FOTO: DIE WELT

## Deutsche Impulse für das Ausland

**dpa/VWD, Hamburg**

„Spürbare Impulse“ auf die Konjunktur im Ausland werden in diesem und im kommenden Jahr von dem beschleunigten Wachstum der deutschen Einfuhren ausgehen. Zu diesem Schluß kommt das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung. In diesem Jahr rechnet das HWWA mit einem realen Zuwachs der Importe um sieben bis acht Prozent. 1987 mit fünf bis sechs Prozent. Der Rekordüberschuß in der Handelsbilanz von rund 100 Milliarden DM 1986 wird im kommenden Jahr zwar zurückgehen, aber aufgrund der nach wie vor niedrigen Importpreise dennoch nicht viel niedriger ausfallen. Damit sieht das HWWA die These der USA widerlegt, wonach eine Belebung der Wirtschaftsentwicklung im Ausland nur über eine Forcierung des deutschen Wachstums zu erreichen sei.

## Übertriebene Fürsorge

**ed. - Der deutsche Börsenkurs** zettelt wird durch immer neue Finanzinstrumente bereichert, durch Genußscheine zum Beispiel, aber auch durch andere Titel wie Optionscheine, die für die Anleger chancenreich, aber natürlich nicht ohne Risiken sind. Einige dieser Novitäten würden auch Investmentgesellschaften gerne in ihre Anlagepalette aufnehmen. Doch da wollen die strengen Bankenaufsicher nicht mitspielen. Ihnen sind einige der neuen Instrumente nicht transparent genug gestaltet oder einfach zu spekulativ. Spekulationspapiere seien im Anlagekatalog des Investmentgesetzes nicht vorgesehen, argumentieren sie.

Ganz abgesehen davon, daß diese Einwände nicht vom Gesetz gedeckt sind, sofern die den Aufsehern unerwünschten Papiere amtlich notiert sind, stellt sich die Frage, ob die Aufsichtsbeamten ihre Fürsorgepflicht für die Anleger nicht übertreiben. Warum sollte nicht auch Investmentsparen die Möglichkeit gegeben werden, sich (indirekt) an spekulativen Geschäften zu beteiligen?

Investmentsparer sind schon längst nicht mehr nur die ganz kleinen Leute, die nicht genug Vermögen haben, um selbst direkt über ihre Bank an der Börse mitzumischen. Es gibt genügend Anleger, für die das professionelle Management der Investmentgesellschaften das Hauptmotiv zur Kapitalanlage in Fonds ist. Und viele von ihnen sind auch Freunde der Spekulation. Es gibt keinen Grund, den Fonds zu verbieten, auch für diese Kunden aktiv zu sein, vorausgesetzt, die Produkte sind auch als spekulativ kenntlich gemacht.

## Europäischer Kuhhandel

Von WILHELM HADLER, Brüssel

**Dramatische Szenen** soll es am Brüsseler Ratstag geben haben, bevor sich die EG-Regierungen zu einem Kompromiß über den Haushaltsentwurf der Gemeinschaft für 1987 durchgerungen hatten. Das ist kein Wunder, denn die Finanzpolitiker bemessen nun einmal den Nutzen der EG-Mitgliedschaft meist nach dem Saldo aus Beiträgen und Rückflüssen in die nationalen Kassen.

Die ärmeren Länder schlugen sich jedenfalls mit gleicher Härte für höhere Ausgabenansätze in der Regional-, Sozial- und Forschungspolitik wie schon im Juli. Ihr Gewicht hat seit dem Beitritt Spaniens und Portugals zugenommen, da sie bei Mehrheitsabstimmungen eine „Sperrenminorität“ bilden können, an der die anderen Partner nicht vorbeikommen.

Aber die Solidarität der Armen ist begrenzt. So gelang es der britischen Präsidentschaft, die Griechen und Spanier schließlich doch noch für einen Kompromiß zu gewinnen. Dieser geht – so scheint es – zu Lasten der Iren und Portugiesen, die nun wegen einer Zusage für griechische Finanzierungsprojekte auf gewisse Wünsche verzichten müssen. Die Spanier wurden mit dem Versprechen milde gestimmt, daß sie im kommenden Jahr auf keinen Fall zu „Nettozahlern“ in der Gemeinschaft werden.

Für den Außenstehenden nimmt sich dieses Gerangel wie ein abstoßender Kuhhandel aus. Es ähnelt freilich durchaus den jährlichen Budgetverhandlungen auf nationaler Ebene. In den Mitgliedstaaten lassen sich Ressort- und Regionalwünsche jedoch leichter übergeordneten Zielen verpflichten. In der EG kämpft jeder nur für seine (vermeintlichen oder wirklichen) nationalen Interessen.

Statt das Übel der Ausgabenexplosion an der Wurzel zu kurieren – was eine grundlegende Reform der europäischen Agrarpolitik bedeuten würde – beschränken sich die Befürworter einer strikteren „Haushaltsdisziplin“ stets auf vordergründige oder formale Argumente. Da wird darauf hingewiesen, daß sich die Fehlentwicklungen des „grünen Europa“ nicht von heute auf morgen abstellen ließen und daß die Kosten der Landwirtschaftspolitik nun einmal den Charakter obligatorischer Ausgaben hätten, hinter denen noch so wünschenswerte andere Projekte zurückstehen müßten.

Andererseits werden aber nur halbherzige Anstrengungen unter-

nommen, wenigstens mittelfristig einen entschiedenen Kurswechsel vorzunehmen. Die Gestaltung der Agrarpolitik liegt außerhalb der Kompetenz der Finanzminister. Sie interessieren sich nur für deren budgetäre Auswirkungen.

Einem deutschen Haushaltsminister ist es immerhin noch lieber, Geld in die europäische Agrarpolitik zu stecken und damit zugleich die heimischen Bauern abzufinden, als Geld zugunsten eines Transfers zur Milderung des Nord-Süd-Gefälles in der Gemeinschaft zu geben. Schließlich profitiert die Bundesrepublik vom Agrarfonds mehr als von Projekten im Regional- oder Sozialbereich. Je geringer der Anteil des Agrarfonds an den Gesamtausgaben der EG wird, um so mehr gerät Bonn in die Rolle des Nettozahlers.

In Wahrheit geht diese Rechnung freilich nur dann auf, wenn die Ausgaben für die Landwirtschaftswirtschaftswirtschaft halbwegs unter Kontrolle gehalten werden können. Eine Gewähr dafür gibt es nicht. Im Gegenteil: Alles spricht dafür, daß die Kürzungen in anderen Ausgabenbereichen nicht hinreichen werden, um die durch den niedrigen Dollarkurs und die überquellenden Kühlhäuser erwundenen Mehrkosten abzufangen.

Kaum jemand glaubt daran, daß die vom Rat im Entwurf vorgesehene Reserve zur Finanzierung des mutmaßlichen Agrarbedarfs ausreichen wird, zumal den Briten eine Beitragsrückerstattung zusteht, die im Haushalt noch nicht berücksichtigt ist. Auch an den Strukturprogrammen der EG kann kaum noch weiter gespart werden, da zumindest ein Teil früher eingegangener Ausgabenverpflichtungen eingelöst werden muß.

Niemand schließlich kann verantworten, daß reiche Länder wie Dänemark oder die Niederlande finanzielle Vorteile aus ihrer EG-Mitgliedschaft ziehen, weil sie eine leistungsfähige Landwirtschaft besitzen, während die ärmeren südlichen Staaten nicht einmal über andere Rückflüsse auf ihre Kosten kommen.

Wenn Bonn sich nicht entschliessen für eine Agrarreform ins Zeug legt, wird es am Ende doch noch zusätzlich zur Kasse gebeten werden. Der Druck auf die Erhöhung der EG-Einnahmen steigt von Monat zu Monat. Der deutsche Finanzminister wird ihm nicht mehr lange standhalten können.

# Wirtschaftspolitik mit Orientierung!

**LUDWIG ERHARD:**  
Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.

*Ludwig Erhard*

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe – ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft. Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung erwiesen.

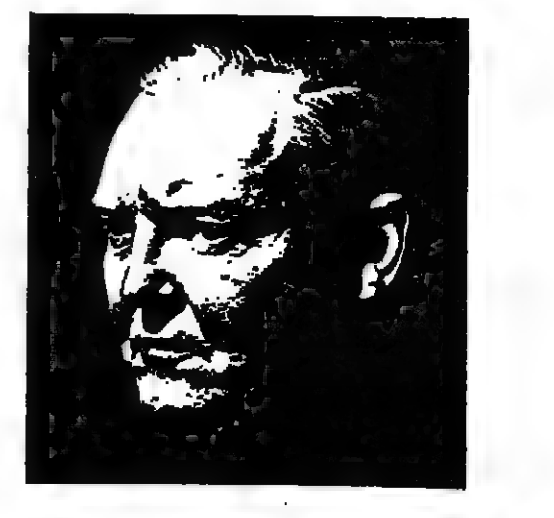
Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft. Anekdotisches Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“.

Themen in der 28. Ausgabe der „Orientierungen“ sind unter anderem der Wohlfahrtsstaat, die Funk-

tion der Vermögenspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft und die Kosten des Gesundheitswesens. Die Perspektiven der sowjetischen Wirtschaft, die Kooperationsmöglichkeiten der Industrie mit Partnern in der Dritten Welt und der soziale Anspruch der Agrarmarktpolitik werden überprüft. Das Heft enthält einen Beitrag zum Verhältnis von Kirche und Wirtschaft sowie die Jahresbibliographie 1985 zur Sozialen Marktwirtschaft mit 1375 Titeln.

Möchten Sie „Orientierungen“ beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? – Schreiben Sie uns:

Ludwig-Erhard-Stiftung,  
Johanniterstraße 8, 5300 Bonn 1.





## Etatsanierung ist vorrangig

OECD: Belgien braucht zukunftssträchtige Industrien

**JOACHIMSCHAUFUSS, Paris**  
Die Sanierung der Staatsfinanzen bleibt nach wie vor die wichtigste Aufgabe der belgischen Regierung. Auf Grund der Anfang 1984 ergriffenen Maßnahmen ist es ihr gelungen, den Finanzbedarf der öffentlichen Verwaltung, der 1981 noch 13,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichte, auf 10,3 Prozent 1985 zurückzubringen. Das ist aber immer noch einer der höchsten Sätze von allen westlichen Industriestaaten, stellt die OECD in ihrem Bericht zur Wirtschaftslage von Belgien/Luxem-

prozent gedrückt und wegen der Nachfrageschwäche in Folge gesunkenen Realeinkommen zu einer wesentlichen Verbesserung der Handels- wie Leistungsbilanz geführt. Diese Entwicklung dürfte sich im nächsten Jahr fortsetzen. Für den Außenhandel erwartet die OECD einen „sehr substantiellen“ Überschuss von 3,25 Mrd. Dollar, und der Aktivsaldo der Leistungsbilanz wird auf drei Prozent des Sozialprodukts (zweieinhalb Prozent in 1986) veranschlagt.

Aber die Kehrseite der Medaille besteht in einer erneuten Abschwächung des Wirtschaftswachstums auf 1,2 (1,9) Prozent, das damit weit unter dem OECD-Durchschnitt liegen würde, und in der zunehmenden Arbeitslosigkeit auf 11,8 (11,4) Prozent der aktiven Bevölkerung.

Schwieriger wird es nach Auffassung der OECD sein, die Restrukturierung der Privatwirtschaft voranzutreiben. Das wird in diesem von einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit gekennzeichneten Land besonders große soziale Probleme auf. Aber wenn Belgien seinen Rang unter den großen Industriestaaten aufrechterhalten will, hat es keine andere Wahl, als neue rentable Industrien und damit dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen, heißt es in dem Bericht.

Anzeige

**Sie haben mehr  
Berufs-Chancen  
als Sie meinen**

Nutzen Sie jeden Samstag den großen Stellenanzeiger für Fach- und Führungskräfte

**DIE WELT**  
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

burg fest. Als oberstes Limit empfehlen die OECD-Experten sieben Prozent. Dieses Ziel hatte sich Brüssel schon für 1985 gesetzt. Es soll dank des im Mai beschlossenen zweiten Sanierungsplans nunmehr 1987 erreicht werden. Die beiden Programme werden als „eindrucksvoll“ bezeichnet. Ob sie voll verwirklicht werden können, hänge aber nicht zuletzt von den Sozialpartnern ab.

Die belgische Austeritätspolitik hat vor allem die Inflationsrate von noch fünf Prozent 1985 auf inzwischen ein

## Frankreich: Keine Devisenkontrollen

J. Sch. Paris

Die französische Regierung will zum Jahresende nicht nur die Devisenkontrollen, sondern auch die Devisenkontrollen abschaffen. Dies kündigte Wirtschafts- und Finanzminister Edouard Balladur gestern Abend in der von großer Publizität begleiteten Fernsehveranstaltung „Stunde der Wahrheit“ an. Vorweg hatte er schon dem Wirtschaftsminister „L'Expansion“ in einem noch nicht veröffentlichten Interview erklärt, daß die Franzosen in zwei Monaten erstmals nach langer Zeit wieder Devisenkontrollen im Ausland unterhalten dürften, nachdem der Kapital- und Devisenverkehr mit dem Ausland im Geschäftsbereich schon Mitte Mai praktisch vollständig liberalisiert worden war. Als erste der zu privatisierenden verstaatlichten Unternehmen nannte Balladur die Versicherungs-AG, die Finanzgruppe Paribas und den Industriekonzern Saint-Gobain.

Die daraus resultierenden zusätzlichen Staatseinnahmen – schätzungsweise 40 bis 50 Mrd. Franc – könnten für neue Steuererleichterungen im nächsten Jahr verwendet werden. Vor der Fernsehansprache war die Rede von Erleichterungen vor allem zugunsten der Unternehmen und der oberen Einkommensschichten.

## KONKURSE

**Konkurs eröffnet:** Bad Segeberg: Meier und Schmidt Handelsge. mbH, Walsdorf; Geisenkirch: Bernhard Röhling, Schleibach; u. Anlagenbau der Fleischwirtschaft GmbH & Co. Gießen; Universal Agentur Dienst GmbH, Heidesheim; Hamburg: Elektro-Schoppenhauer G.m.b.H.; Dr. med. Sigurd Ewe, Facharzt für Radiologie und Nuklearmedizin; Dr. Bernd Druker, Kerkel; Gmünd; Hain: Wohnstift-Verwaltungs-GmbH; Hannover: Nachl. d. Hans Künnecke, Laatzen; Heideberg: Robert Reitzel KG, Stadelheim; Hunsrück: Elektro Sterenberg GmbH, Langenhorn; Löhrrach: Rolladen- u. Markisenbau GmbH; Lüneburg: Wurch, Massiv- u. Fachwerkbau GmbH; Vögelstein; Nürnberg: Bayerische Reibzeugfabrik GmbH; Oldenburg: Nachl. d. Hermann Johann Paul Hoffmann, Ahlhorn; Schwelm: Klaus Volmer, Kaufmann; Castrop-Rauxel: Seest. Reschco Konsumgüterhandelsge. mbH & Co. KG; Werl: Syke; Volksport-Verlag GmbH, Bruchhausen-Vilsen; Wehlheim: Caloway Heinz-System GmbH u. Co., Berg.

**Anschluß-Konkurs eröffnet:** Bielefeld: Albert Kerfeld, Straßen- u. Tiefbau GmbH & Co. KG, Gescher; Hochmoor; Ingolstadt: Glasbläsenwerk Phönix GmbH, Weilheim.

**Vergleich eröffnet:** Krefeld: Koerver und Lersch GmbH & Co. KG.

**Vergleich beantragt:** Aachen: Sediton Manfred Röttgen GmbH; Berlin: EFHA-Werke Fleischwarenfabrik GmbH; Hamburg: Seibi Biotechnik GmbH; Neustadt: Carl Siemer KG; Wunstorf: Stuttgart: Silex Textil-Verband eG; Sindelfingen: Württemberg: Strahlentechnik GmbH Kurt Riedel; Strahlentechnik GmbH, Triefenstein-Trautwein.

## Vom „Petro-Dollar“ zum „Yen-Recycling“

Japan ist jetzt größtes Gläubigerland vor Großbritannien – USA sind Hauptschuldner

**ALFRED ZÄNKER, Zürich**  
Japan ist im vergangenen Jahr zur größten Gläubigernation geworden. Bereits Ende 1985 schuldete die Welt, das heißt vor allem die Vereinigten Staaten, den Japanern 130 Mrd. Dollar. Noch vor fünf Jahren hatte das Auslandsvermögen des Landes nur 12 Mrd. Dollar (netto) betragen.

Inzwischen sind die Auslandsaktiva vor allem bei den Wertpapieren privater Investoren auf 146 Mrd. Dollar emporgeschossen. Sie übersteigen damit heute den Wert der in ausländischen Händen liegenden japanischen Papiere von 84 Mrd. bei weitem. Auch die Direktinvestitionen im Ausland haben sich mit 44 Mrd. gegenüber nur 20 Mrd. Ende 1980 mehr als verdoppelt.

Das geht aus einer Untersuchung der „Schweizerischen Creditanstalt“ in Zürich hervor. „Alles deutet darauf hin, daß Japan seine Rolle als Gläubiger nation heute den Wert der in ausländischen Händen liegenden japanischen Papiere von 84 Mrd. bei weitem. Auch die Direktinvestitionen im Ausland haben sich mit 44 Mrd. gegenüber nur 20 Mrd. Ende 1980 mehr als verdoppelt.“

Mrd. Ende dieses Jahres und vielleicht 300 Mrd. Ende 1987 emporschnellen.

An zweiter Stelle unter den Gläubigerationen steht Großbritannien mit einem Auslandsvermögen von 116 Mrd. Dollar Ende 1985. Hier spiegelt sich die Bedeutung des Londoner Finanzplatzes wider. Die Schweiz hält den dritten Rang mit 101 Mrd. Dollar. Die Schweiz profitiert ähnlich wie Großbritannien vor allem von ihrer Position als internationale Drehscheibe des Kapitals. Dann folgt Saudi-Arabien mit schätzungsweise 70 bis 80 Mrd., ein Betrag, der – nach Bischoffberger – bei relativ niedrigen Ölpreisen bis Ende 1987 aber auf 50 Mrd. schrumpfen könnte.

Für die Bundesrepublik errechnet die SKA ein Auslandsvermögen von rund 50 Mrd. Dollar Ende 1985, verglichen mit 34 Mrd. Ende 1980. Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland liegen bei 35 Mrd. Dollar, bei ausländischen Investitionen in der Bundesrepublik in Höhe von 23 Mrd. Dollar. Beim privaten Wertpapierbesitz ergibt sich ein nur kleiner Saldo von 9 Mrd. zugunsten der Bundesrepublik. Deutsche Bankforderungen in Höhe von 116 Mrd., ohne Handelskredite, übersteigen jedoch bei weitem die Bankverbindlichkeiten im Ausland von 84 Mrd. Dollar.

Wenn die deutsche Gläubigerposition in der Welt sich in den letzten Jahren längst nicht im gleichen Maße

verstärkt hat wie diejenige Japans, so spiegelt sich – nach Bischoffberger – darin zum Teil wohl auch die Stärke der deutschen Wirtschaft und die dadurch bedingte inländische Kapitalnachfrage wider. Ähnlich wie in der Schweiz wirkt auch die starke internationale Verflechtung der deutschen Wirtschaft ausgleichend auf die Kapitalbewegungen.

Insgesamt haben die letzten Jahre einen dramatischen Szenenwechsel „vom Petro-Dollar zum Yen-Recycling“ gebracht, wie es im SKA-Bericht heißt. In den siebziger Jahren und noch in den frühen achtziger Jahren dominierten die Petro-Dollars das Geschehen auf den internationalen Finanzmärkten. Arabische Investoren bauten damals aus Exportüberschüssen beträchtliche Portefolios an Industrierwerten und Staatspapieren auf.

Die Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft sind geblieben. Zwischen haben aber die Akteure gewechselt. Nicht mehr die Opec-Staaten, sondern vor allem Japan, Großbritannien, Deutschland und die Schweiz sind die größten Geldgeber geworden. Hauptschuldner sind die USA, die noch vor wenigen Jahren auf ein respektables Nettoguthaben gegenüber dem Ausland zurückblicken konnten. Jetzt muß die chronische „Sparrücke“, in den USA hauptsächlich durch „Sparrückläufe“, anderer Länder gedeckt werden.

## Düstere Konjunkturprognose

Österreich: Wachstumsrate 1986 auf zwei Prozent revidiert

**WOLFF FREISLEBEN, Wien**  
Weniger optimistisch als noch vor dem Sommer geben sich jetzt die Wirtschaftsforscher in Österreich. War ursprünglich noch ein reales Wirtschaftswachstum von drei Prozent für das Jahr 1986 in Aussicht gestellt worden, so gelten jetzt nurmehr zwei bis 2,3 Prozent als erreichbar (1985: drei Prozent).

Die Ursache für diese Abschwächung des Wachstums liegt in erster Linie in der Auslandsnachfrage. Während im Vorjahr noch die Ausfuhren als wesentlicher Konjunkturmotor Impulse brachten, wird es heuer statt zweistelliger Zuwachsraten bestenfalls ein Wachstum um real ein Prozent geben.

Der Kursverfall des Dollar bringt es mit sich, daß der Anteil Westeuropas am österreichischen Export mit 73 Prozent einen neuen Rekordhöchststand erreicht. Umgekehrt profitiert Österreich vom Dollarkursverfall. Die Importe sinken und damit die Einfuhr von nominell um vier Prozent zurückgehen (real: plus drei Prozent). Das Handels-

bilanzpassivum verringert sich damit von 76,8 auf 66,7 Mrd. Schilling. Dennoch sind die Experten damit nicht zufrieden, weil sich wegen der genannten Gründe allein die Energie-rechnung von 64 auf 37 Mrd. Schilling verringern wird.

Die ebenfalls als zu gering erachtete Leistungsbilanzverbesserung wird entgegen früherer Jahre vom Tourismus kaum beeinflusst. Die Brutto-Fremdenverkehrseinnahmen werden laut Prognose bei 102 Mrd. Schilling stagnieren. Für 1987 ist eine leichte Steigerung prognostiziert.

Kaum zusätzliche Impulse werden vom privaten Konsum erwartet, der gegenüber dem Vorjahr (plus 2,4 Prozent) mit zwei bis 2,5 Prozent geringfügig weniger zunehmen dürfte. Bedeutend schwächer fällt mit rund 5,6 (10) Prozent der Zuwachs der Ausstrahlungsinvestitionen aus.

Erfolgsmeldungen kommen lediglich von der Preisfront: Die Zunahme der Verbraucherpreise geht von 3,2 auf 1,6 Prozent zurück. Die Arbeitslosenquote dagegen wird sich von 4,8 auf 5,1 Prozent erhöhen. 1987 sind sogar 5,5 Prozent vorausgesehen.

## Heftige Übernahmekämpfe

Allied Lyons arbeitet mit allen Tricks gegen Elders

**WILHELM FURLER, London**  
Mit allen Tricks bemüht sich der Vorstand des britischen Brauereis, Spirituosen- und Nahrungsmittelkonzerns Allied Lyons, dem neu aufgelegten Übernahmeveruch des australischen Brauereis, Handels-, Finanz- und Landwirtschaftskonzerns Elders D.L. zu entkommen. Der Übernahmeveruch der Australier vom letzten Oktober in Höhe von 1,8 Mrd. Pfund (gut 5,5 Mrd. DM) war zur Untersuchung an die Monopolkommission weitergeleitet worden. Sie hat Elders jetzt grünes Licht erteilt.

Doch während dieser Zwangspause für Elders waren die Verantwortlichen von Allied Lyons alles andere als untätig. Sie arbeiteten an einer „Giftpille“, wie es in der Londoner City so schön heißt, um den Australiern den unerwünschten Übernahmeveruch zu vergällen. So hat Allied gerade rechtzeitig eine Übernahmeförderung von 51 Prozentige Mehrheit an der Gulf-Tochter Hiram Walker Spirits (Canadian Club, Courvoisier-Cognac) für 866 Mill. Pfund (2,65 Mrd. DM) zu übernehmen. Mit dieser Akquisition ist Allied Lyons zum zweitgrößten Wein- und Spirituosenkonzern der Welt aufgestiegen.

Gerade auf dem Brauerei- und Spirituosenkonzern toben in Großbritannien in den letzten Monaten Übernahmefechte, die alles bisherige in den Schatten stellen. In erster Linie ist hier der noch vor wenigen Jahren vor sich hin dösende irisch-britische Brauereikonzern Guinness zu nennen.

Nachdem Guinness im August letzten Jahres die schottische Whiskyfirma Arthur Bell and Son („Bell's“) zum Preis von 364 Mill. Pfund übernommen hatte, schaltete sich Guinness nun nur wenige Monate später in den Gefechte um die Übernahme des größten schottischen Whiskyherstellers Distillers Company (Johnnie Walker, White Horse, Black & White, Gordon's Gin) ein.

Ursprünglich hatte die britische Lebensmittelfirma Argyl Interesse an einer Distillers-Übernahme gezeigt und 1,853 Mrd. Pfund geboten. Der Distillers-Vorstand versuchte mit allen Mitteln, diesen Übernahmeveruch abzuwehren und fand schließlich in Ernest Saunders, dem Chairman der Guinness-Gruppe, den rettenden Engel.

Nach zahllosen Überbietungsversuchen und monströsen Anzeigenkampagnen gelang es Guinness, Argyl auszuschalten und sich Distillers für 2,5 Mrd. Pfund einzuverleiben. Argyl kostete der mäßige Übernahmeveruch 34 Mill. Pfund, in erster Linie durch Anzeigenkampagnen.

Schließlich hat der große britische Industrie-Mischkonzern Hanson Trust erst vor wenigen Monaten für 2,8 Mrd. Pfund und damit zum bislang höchsten Übernahmepreis die britische Brauerei, Zigaretten- und Nahrungsmittelgruppe Imperial Group ebenfalls nach monatelangen Kräftermessungen gewonnen. Abgeschlagener Mitarbeiter um Imperial (Courage-Bier, John-Player-Zigaretten) war der Nahrungsmittelkonzern United Biscuits, einer der größten Hersteller von Party-Gebäck.

Geradezu bescheiden nehmen sich dagegen die 230 Mill. Dollar aus, die der britische Erfrischungsgetränke- und Süßwarenkonzern Cadbury-Schweppes im Juni für den Kauf der Erfrischungsgetränke-Marken Canada Dry und Sunkist dem US-Nahrungsmittel- und Getränkekonzern R.J.R. Nabisco hinblättert. Postwendend hat Cadbury-Schweppes aber das kanadische Flaschenabfüllgeschäft von Canada Dry für 90 Mill. Dollar an Coca-Cola abgegeben.

Mit der Übernahme der Markennamen Canada Dry und Sunkist hat sich der Anteil von Cadbury-Schweppes am amerikanischen Softgetränkemarkt von 0,6 auf 3,7 Prozent erhöht. Am weltweiten Erfrischungsgetränkemarkt mit einem Ausstoß von rund 100 Mrd. Litern pro Jahr ist der Anteil des britischen Unternehmens von 1,5 auf 3,4 Prozent gestiegen.

## WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

### KWU in den USA

**Berlin (AP) –** Die Kraftwerk Union AG (KWU), eine 100prozentige Tochter der Siemens AG, will auch in den amerikanischen Brennelementmarkt einsteigen. Das Unternehmen bestätigte gestern, daß zur Zeit Gespräche über eine mögliche Beteiligung an der Exxon Nuclear Company im Bundesstaat Washington stattfinden. Dabei geht es auch um die Themen Technologietransfer und technische Zusammenarbeit der beiden Unternehmen. Die Exxon Nuclear Company liefert Brennelemente für Druck- und Siedewasserreaktoren in den USA, Europa und Fernost.

### Ölböhrerlizenzen für Exxon

**Buenos Aires (VWD) –** Ein Konsortium unter Führung von Exxon hat mit der argentinischen Regierung Verträge über Explorations- und Produktionslizenzen in drei Offshore-Feldern unterzeichnet.

### USA: Mehr Kfz

**Detroit (VWD) –** Aufgrund der Absatzbelebung infolge der Verkaufsprogramme wollen die Kfz-Hersteller in den USA ihre Produktion im vierten Quartal wieder ausweiten. Nach Branchenangaben sollen im vierten Quartal 2,047 Mill. Pkw produziert werden, 3,7 Prozent mehr als zur gleichen Vorjahreszeit.

### Industrieproduktion steigt

**Brüssel (VWD) –** Die Industrieproduktion nahm in den zwölf EG-Mitgliedsländern im Juni gegenüber dem Vormonat um 2,5 Prozent und im Vorjahresvergleich um 2,3 Prozent zu, teilte Eurostat mit. Der saisonbe-

reinge Index der EG-Industrieproduktion (1980 = 100) erreichte im Juni einen Stand von 105,8 nach 103,2 (rev.) im Mai und nach 103,4 im Juni 1985.

### Gewinnssprung bei Massa

**Alzey (adh) –** Einen kräftigen Anstieg des Gewinns vor Steuern auf 55 Mill. DM meldet die Massa AG, Alzey, für die ersten sechs Monate dieses Jahres. In der gleichen Vorjahreszeit hatte der Gewinn bei 28 Mill. DM gelegen. Hinter dieser Entwicklung steht eine preis- und flächenbereinigte Umsatzsteigerung um 11 Prozent auf 1,5 Mrd. DM. Das größte Geschäftsfeld des Einzelhandelsunternehmens in den Bereichen Möbel, Elektroartikel, Uhren und Schmuck.

### Aufschwung im Handwerk

**Wiesbaden (dpa/VWD) –** Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung des Handwerks setzte sich im Frühsommer fort. In einem saisonbereinigten Vergleich erklärte das Statistische Bundesamt, in allen großen Handwerksbereichen sei der Umsatz im 2. Quartal gestiegen. Den größten Zuwachs erlebten der Handel mit 5,3 Prozent und das verarbeitende Handwerk mit 2,8 Prozent. Während in den meisten Bereichen die Beschäftigung stabil blieb, gab es im Baugewerbe einen Zuwachs von 0,7 Prozent.

### Hohes Umsatzplus

**München (dpa/VWD) –** Drei Monate vor Ende des Geschäftsjahres 1986 gibt es für den italienischen Skistiefhersteller Nordica SpA, Montebelluna, der sich weltweit mit 30 Prozent Anteil als Marktführer ansieht, keinen Zweifel: Der Umsatz aus dem

Verkauf von rund zwei Millionen Paar Skistiefeln wird das Vorjahresergebnis von 122,7 Mrd. Lire (rund 180 Mill. DM) um etwa 30 Prozent übertreffen und weltweit 160 Mrd. Lire (235 Mill. DM) erreichen. Wie bereits in den beiden Vorjahren sollen unter dem Strich wieder etwa zehn Prozent des Umsatzes als Gewinn vor Steuern ausgewiesen werden, teilt das Unternehmen mit.

### Neues Konzept

**Brüssel (dpa/VWD) –** Die EG-Kommission will nach den Worten von EG-Kommissar Karl-Heinz Narjes einen nationalen Subventionswettbewerb bei den Werften mit einer eigenen Beihilferegulierung verhindern. Ziel sei die Spezialisierung der Werften.

### Vergleich beantragt

**Mainz (dpa/VWD) –** Das Weinhandelsunternehmen Jakob Gerhardt GmbH und Co., Nierstein, hat beim Amtsgericht Mainz Antrag auf Eröffnung eines Vergleichs gestellt. Zum vorläufigen Vergleichsverwalter der wurde Mainzer Rechtsanwalt Wolfgang Peterer bestellt. Wie das Amtsgericht auf Anfrage mitteilte wurde der Vergleich nicht auf den ursprünglichen Namen des Unternehmens beantragt, sondern auf die Umbenennung in Dextheimer Weinkellereien GmbH und Co.-Sektellerei KG, Dextheim/Mainz-Bingen. Dieser Name wurde kurzfristig am Dienstag beim Handelsregister eingetragen. Das in Familienbesitz befindliche Unternehmen (220 Beschäftigte) hatte vor dem Glykolskandal, in den es nicht verwickelt war, einen Jahresumsatz von mehr als 63 Mill. DM.

## Lesetip der Woche

# Aussteigen oder weitermachen?

## In einer ZEIT-Serie beschreiben Politiker und Wissenschaftler Chancen und Gefahren eines Verzichts auf die Kernenergie

Vor Tschernobyl war die Debatte über die Kernenergie fast eingeschlafen. Nach der Reaktorkatastrophe in der Ukraine ist alles anders. Mehr als dreißig Tote, Hunderte von Strahlenkranken, Tausende von Quadratkilometern radioaktiv verseuchten Bodens in der Sowjetunion sorgen auch in der 2000 Kilometer entfernten Bundesrepublik für helle Aufregung. Selbst verschiedene Befürworter der Kernenergie sind ihrer Sache nicht mehr sicher, seitdem sie sich fragen mußten, ob es gesund ist, Salat, frisches Gemüse und Obst zu essen, oder ob es sich verantworten können, ihre Kinder im Sand und auf

Wiesen spielen zu lassen. Uns allen ist wieder in Erinnerung gerufen worden, daß die Atomenergie die gefährlichste zivile Technik ist, an die sich Menschen je herangewagt haben.

War der Einstieg in die Atomenergie ein Fehler, der jetzt durch den Ausstieg korrigiert werden muß? Oder schneidet ein Ausstieg der deutschen Wirtschaft den Lebensweg ab und gefährdet erst recht die Umwelt? Darüber werden in einer ZEIT-Serie Politiker, Wissenschaftler und Manager kontroverse Artikel schreiben. Die Debatte eröffnet in dieser Woche Volker Hauff (SPD), Bundesforschungs-

minister a.D. und forschungspolitischer Sprecher der SPD im Bundestag. Es folgen dann: Walter Wallmann (CDU), Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; Bertram Scheffold, Professor für Wirtschaftstheorie und gemeinsam mit Klaus Michael Meyer-Abich Autor des Buches „Die Grenzen der Atomwirtschaft“; Hans Karl Schneider, Wirtschaftsprofessor, Vorsitzender des Sachverständigenrates (Die Fünf Weisen) und weltweit angesehener Energieökonom; Martin Jänicke, Professor für Politik und Mitverfasser der Studie des Instituts für ökologische Wirtschafts-



forschung über die Wirkungen eines Ausstieges aus der Kernenergie; Helmut Hirsch, Physiker und Mitarbeiter der Gruppe Ökologie; Rudolf von Bennigsen-Foerder, Vorstandsvorsitzender der Veba AG, die mit sieben Kernkraftwerken zu den bedeutendsten Atomstromlieferanten der Bundesrepublik zählt, sowie die Physiker und Fachleute für Solarenergie, Professor Carl-Jochen Winter und Joachim Nitsch von der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt.

Beginn der Serie diese Woche in der ZEIT.

مكتبة جامعة القاهرة



## Einige Hotelbetten blieben leer

Tourismus-Sommer in Frankreich „besser als befürchtet“

J. Sch./ds. Paris/Mailand

Die Sommersaison war „besser als befürchtet“, relativierte Jean-Jacques Descamps, der französische Staatssekretär für den Tourismus, die eher depressive Fremdenverkehrskonjunktur. Befürchtet worden war vor allem ein noch stärkerer Ausfall an amerikanischen Gästen. Er wurde von dem Zustrom aus anderen europäischen Ländern ausgeglichen.

Die Europäer aber geben pro Kopf in Frankreich erheblich weniger aus. Im letzten Jahr stellten die amerikanischen Touristen nur sieben Prozent aller Auslandsgäste, aber ihr Anteil an den touristischen Deviseneinnahmen erreichte 25 Prozent.

Außer der Dollarschwäche kamen bei vielen Amerikanern Angst vor Terror und den Tschernobyl-Folgen hinzu. Darunter hatten vor allem die Luxushotels zu leiden, deren Belegungsquote um 30 bis 50 Prozent zurückgegangen ist. Auch sind die Franzosen selbst häufiger – wenn auch für kürzere Zeit – ins Ausland verstreut. Reiseziele waren zunehmend ferne Länder (Indien, Thailand usw.). Auch das wirkte sich für die französische Touristenbilanz nachteilig aus.

Bei Devisenausgaben von 18,7 (17,0) Mrd. Franc im ersten Halbjahr schrumpfte zum ersten Mal seit Jahren der Überschuss dieser Bilanz um 38 Prozent auf 11,9 (15,5) Mrd. Franc. Die gesamte Leistungsbilanz erbrachte einen Aktivsaldo von 9,8 Mrd. Franc, nach 4,8 Mrd. Franc Defizit im ersten Halbjahr 1985. Diese Verbesserung war hauptsächlich dem reduzierten Handelsbilanzdefizit zu verdanken.

Ähnlich stellt sich die Situation in Italien dar: Trotz des Fernbleibens vieler US-Touristen ist die dortige Fremdenverkehrsindustrie noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen. Empfindliche Rückschläge haben nur die Erste-Klasse- und Luxushotels in den Kunststädten wie Rom, Venedig und Florenz zu verzeichnen, deren Klientel bisher wiederum zur Hälfte aus US-Amerikanern bestand. In allen anderen Fällen ist die Zahl der Ausländerübernachtungen gestiegen.

Nach Schätzungen des italienischen Fremdenverkehrsministeriums dürfte sich die Zahl der Aus-

länderübernachtungen bis zum Jahresende bei 98,6 Millionen einpendeln. Das ist ein Prozent mehr als im vergangenen Jahr, in dem nach einer Abnahme im Jahre 1984 von 2,3 Prozent eine Rekordsteigerung von 2,6 Prozent eintrat.

Allerdings ging diese Zunahme hauptsächlich auf das Konto von Campingplätzen und privaten Zimmern und Wohnungsvermietern, während die Übernachtungen in Hotels und Pensionen nur knapp über dem Stand des Vorjahres lagen. Nach Angaben des Verbandes des italienischen Beherbergungsgewerbes verzeichneten Hotels und Pensionen im ersten Halbjahr insgesamt 69,3 Millionen Übernachtungen, 3,4 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Davon entfiel der größte Teil auf die Inländer. Dagegen nahmen die Übernachtungen der Ausländer nur um 0,3 Prozent zu.

In dieser Entwicklung schlägt sich italienischen Touristikern zufolge nicht nur der durchschnittlich um 60 Prozent verminderte Zustrom von US-Touristen nieder, sondern auch die Tatsache, dass das Beherbergungsgewerbe Italiens unter der mediterranen Konkurrenz auf der Preisleiter mit am schnellsten nach oben geklettert ist. Nach einer Untersuchung des italienischen Fremdenverkehrsministeriums sind in der Zweijahres-Spanne 1984/85, in der die Inflationsrate 19,4 Prozent betrug, die Durchschnittspreise in den Hotels um bis zu 47,4 Prozent gestiegen.

Im laufenden Jahr rechnet das staatliche Fremdenverkehrsamt. Ent in Rom mit Einnahmen aus dem Tourismus in Höhe von insgesamt beinahe 70 000 Mrd. Lire, 17 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Dies entspricht einem realen Null-Wachstum der Deviseneinnahmen aus dem Ausländer-tourismus.

Besonders empfindlich macht sich in diesem Fall der Rückgang des US-Beitrags bemerkbar. Experten rechnen damit, dass sich die Einnahmen aus dem US-Tourismus, die 1985 rund 5000 Mrd. Lire betrugen, in diesem Jahr halbieren werden. Zu wachstums werden vor allem bei den deutschsprachigen und den französischen Urlaubern erwartet.

## Gatt: USA drohen schon mit Ausstieg

Vor neuer Runde Forderungen gestellt – Yeutter gibt sich aber auch kompromissbereit

H.-A. SIEBERT, Washington

Die USA haben ihre Strategie für die Ministerratssitzung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) in Uruguay am Montag, 1. September, abgelehnt. Die USA lassen für Kompromisse wenig Raum, und in Reden und Briefings erklären Mitglieder der Reagan-Administration schon jetzt, dass Amerika die Liberalisierungsrunde verlassen wird, wenn diese fünf Forderungen nicht erfüllt werden:

- Verzicht auf Exportsubventionen im Agrarhandel,
- größerer Schutz für Urheberrechte,
- Abschaffung der Importbarrieren für Dienstleistungen,
- freier Investitionsfluß und
- Stärkung der GATT-Schiedsgerichtsbarkeit.

Wie der Handelsbeauftragte, Botschafter Clayton Yeutter, gestern vor der US-Handelskammer in Washington betonte, wird die amerikanische Delegation auch für schnellere Verhandlungen eintreten: Statt wie bisher fünf bis sieben Jahre soll die neue Runde nur zwei Jahre dauern. Hier zeigt sich, wie groß der politische Druck ist, der von der anhaltenden Absatzkrise im US-Gesamtwirtschaftsbereich und von protektionistisch gestimmten Kongressen ausgeht. Vermutlich wird das Defizit in der US-Handelsbilanz 1986 den Vorjahresrekord (148,5 Mrd. Dollar) noch übersteigen.

Die USA sind laut Yeutter bereit, eigene handelspolitische Verfehlungen wie Importbarrieren gegen Stahl, Autos, Motorräder, Zucker, Käse und andere Lebensmittel zur Diskussion zu stellen. Er ist davon überzeugt, daß die zuständigen Handelsminister der 92 Mitgliedsstaaten – in Deutschland der Bundeswirtschaftsminister – in der kommenden Woche eine „brauchbare“ Agenda verabschieden. Als

„praktisch sicheren“ Termin für den Beginn der Runde nannte Yeutter den Januar.

Im Idealfall wünscht sich Washington „einen freien Transport von Gütern und Dienstleistungen über die Ländergrenzen hinweg“. An dem ungestörten Transfer von Diensten sind besonders die amerikanischen Banken, Versicherungsgesellschaften und Softwarehersteller interessiert. Amerikas Dienstleistungsbilanz weist in der Regel überproportionale Überschüsse auf – ein Beweis für den Wettbewerbsvorsprung dieses Sektors. Seit den 40er Jahren sind die

Unwillen der EG, von ihrer teuren Agrarpolitik abzurücken, verabschiedete der Kongress die Farm Bill 1985. Sie stellt zum erstenmal umfangreiche Mittel auch für die Ausfuhrförderung bereit, mit dem Ergebnis, daß zwischen den USA und Westeuropa ein regelrechter Subventionswettbewerb begonnen hat. Inzwischen liefern die Vereinigten Staaten ebenfalls subventioniertes Getreide in die Sowjetunion.

Gegenüber ausländischen Journalisten bezeichneten Mitglieder des Yeutter-Staffs die enormen Kosten der Einkommenssicherung im Agrarbereich als absurd. Auf Dauer könne sich kein Land so etwas leisten, zumal da neue Technologien immer höhere Erträge schaffen würden. In den USA sind Fälle bekannt, wonach Farmen in diesem Jahr Einkommenshilfen bis zu 20 Mill. Dollar erhalten.

Folgt man dem Yeutter-Team, dann kann nur eine multilaterale Lösung Abhilfe schaffen. Nach amerikanischen Vorstellungen müßten die Exportsubventionen zunächst eingefroren und danach stufenweise abgebaut werden. Als weiterer Schritt wird die Abschaffung nichttarifärer Einfuhrbarrieren wie Quoten und Lizenzen genannt. Große Bedeutung messen die USA raschen GATT-Entscheidungen bei Streitigkeiten zu.

In der Administration zweifelt niemand daran, daß der Kongress Handelsbeschränkungen errichtet, wenn die GATT-Runde scheitert. Botschafter Yeutter: „Wir haben wenig Zeit.“ Noch nie haben die USA GATT-Verhandlungen so ernst genommen: Außer Yeutter, der Kabinettsrang hat, reisen auch Handelsminister Baldrige und Landwirtschaftsminister Lyng nach Uruguay, begleitet von Experten aus einem halben Dutzend anderer Behörden.

Als Reaktion auf die Krise und den

eingefrorenen und danach stufenweise abgebaut werden. Als weiterer Schritt wird die Abschaffung nichttarifärer Einfuhrbarrieren wie Quoten und Lizenzen genannt. Große Bedeutung messen die USA raschen GATT-Entscheidungen bei Streitigkeiten zu.

In der Administration zweifelt niemand daran, daß der Kongress Handelsbeschränkungen errichtet, wenn die GATT-Runde scheitert. Botschafter Yeutter: „Wir haben wenig Zeit.“ Noch nie haben die USA GATT-Verhandlungen so ernst genommen: Außer Yeutter, der Kabinettsrang hat, reisen auch Handelsminister Baldrige und Landwirtschaftsminister Lyng nach Uruguay, begleitet von Experten aus einem halben Dutzend anderer Behörden.

Als Reaktion auf die Krise und den

## Frankreichs neue Preisfreiheit

Expertenkommission formuliert Wettbewerbsrecht

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung will das Wettbewerbsrecht von Grund auf reformieren, um es insbesondere der „unwiderruflichen“ Preisfreiheit anzupassen, die zum Jahresende durch die Aufhebung des Preiskontrollgesetzes vom 30. Juni 1945 hergestellt werden soll. Dieses Gesetz ermächtigt die Behörden, jederzeit nach eigenem Ermessen Preisreglementierungen aller Art vorzunehmen. Damit verknüpft waren zwei Konkurrenzgesetze, die im Laufe der Jahre zu einem Gestrüpp von inzwischen kaum noch überschaubaren Reglementierungen ausgewuchert sind. Entsprechend verworren gestalteten sich auch die durch unzählige Absprachen durchsetzten Beziehungen zwischen den Wirtschaftspartnern.

Diesem durstisch-korporatistischen Zustand, unter dessen protektionistischer Komponente nicht zuletzt die nach Frankreich exportierenden und hier ansässigen deutschen Unternehmen zu leiden haben, soll jetzt durch ein modernes und klar konzipiertes Wettbewerbsrecht ein Ende bereitet werden. Es geht von der für Frankreich neuen Überlegung aus, daß die Festsetzung der Preise nicht mehr „Regierungssache“ sei und daß das Gleichgewicht der Preise „aus dem freien Spiel der Marktkräfte und der kommerziellen Verhandlungen“ resultierte.

So jedenfalls hat die von der Regierung mit der Vorbereitung des Reformprojekts beauftragte Expertenkommission den ersten der 80 Paragraphen formuliert. Der oberste Grundsatz heißt Transparenz der Verträge und Märkte. Angestrebt wird vor allem eine bessere Preis- und Tarifpublizität zum Vorteil der Verbraucher. Dabei soll die vergleichende Werbung wieder zugelassen werden.

Wesentlich verschärfen will die Kommission die Rabattbestimmungen, die in Frankreich für die Beziehungen zwischen dem Produzenten und dem Handel eine sehr große Rolle spielen. Das erklärte Ziel ist, die schriftlich fixierten Verkaufsbedingungen den effektiven näherzubringen. Gegenwärtig ist es meist so, daß außer normalen Rabatten zum Jahresende entsprechend dem Erfolg der

Geschäftsbeziehungen nicht fakturierte Rückerstattungen erfolgen. Im Wettbewerbsverfälschenden „Rabattkrieg“ zwischen den großen Einkaufszentralen und ihren Lieferanten wurde bereits Anfang dieses Monats ein Waffenstillstand vereinbart.

Verschärfen werden soll auch die Konzentrationskontrolle, was für Anzeig

Die STREIF AG informiert:

Heute schon an morgen denken

Nur wer sein Eigenheim flexibel und zukunftsorientiert plant, kann sich später auch problemlos auf einen veränderten Raumbedarf einstellen. Die STREIF AG bietet deshalb bereits seit Jahren Markenhäuser an, die sich den Lebensumständen der Bauherren-Familien anpassen.

Das sind z. B. Häuser, die mit wachsenden Kindern, wenn sich die Familie vergrößert, Häuser mit Platz-Reserven, die man erst dann voll nutzt, wenn Bedarf besteht. So können sich z. B. größere Kinder ihre eigene (Wohn-) Welt schaffen, ohne daß es gleich die Welt kostet.

Zukunftsorientierte Bau-Planung und Baulücken nach Maß – auch deshalb ist die STREIF AG in Europa einer der führenden Hersteller von Ein- und Zweifamilienhäusern.

deutsche Investoren von Bedeutung ist. Zu der bisherigen Regelung, wonach Marktanteile von mehr als 25 Prozent genehmigungsbedürftig sind, tritt als zusätzliches Kriterium ein Jahresumsatz von höchstens fünf Mrd. Franc. Auch will man den Begriff der mißbräuchlichen und damit verbotenen Ausnutzung einer Marktposition schärfer fassen. Insbesondere soll es den Produzenten untersagt werden, dem Handel die Verkaufspreise vorzuschreiben.

Nicht zuletzt werden die Kompetenzen der Konkurrenzkommission verstärkt. Sie soll nach dem Vorbild des Bundeskartellamtes mit eigenen richterlichen Befugnissen ausgestattet und von einem Rat geleitet werden, in welchem unabhängige Richter den Ton angeben. Bisher lag die letzte Entscheidungsgewalt beim Wirtschaftsministerium.

## Internationale Finanzen

**Insider:** Die amerikanische Wertpapierbehörde hat gegen einen führenden Mitarbeiter der Finanzabteilung von General Electric (GE) Klage erhoben, weil dieser aufgrund von Insiderinformationen mit Aktienoptionen einen Gewinn von rund 8800 Dollar erzielt hatte.

**Schatzwechsel:** Auf 5,24 (Vorwoche: 5,12) Prozent für dreimonatige und 5,35 (5,17) Prozent für sechsmontatige Schatzwechsel sind auf der jüngsten Auktion des Treasury die durchschnittlichen Zuteilungssätze gestiegen.

**Japan:** Im Rahmen der Liberalisierung der Finanzmärkte werden auch am Terminmarkt Änderungen vorgenommen. Dazu zählen die Einführung des Terminhandels von Optionen und Indizes sowie die Öffnung der Börse für Ausländer.

**Kerr-McGee:** Sonderbelastungen in Höhe von 285 Mill. Dollar, resultierend aus gesunkenen Öl- und Gaspreisen, werden im dritten Quartal dieses Jahres erwartet.

**Schweden:** Nobel Industries hat von der Custos AB eine Option zum Kauf von 33 Prozent der Stimmrechtsaktien von Swedish Match für 354 Mill. Kronen erworben.

**Schweiz:** Zum 1. Oktober werden die Warenumsatzsteuer auf den physischen Handel mit Münz- und Feingold und die Verrechnungssteuer auf Interbank-Guthaben abgeschafft sowie die Abgabebelastung der Bankkunden bei Euro-

Emissionen von bisher drei auf 1,5 Promille gesenkt.

**Wandeleinleihe:** Zu pari und mit einem Kupon von 2,375 Prozent legt Mitsui Trust & Banking Co. ihre Anleihe mit Fälligkeit 2001 über 100 Mill. Dollar auf.

**Optionsanleihe:** Ebenfalls 100 Mill. Dollar umfaßt die Anleihe der Fukuyama Transporting Co. mit einem Kupon von 3,75 Prozent.

**Ford Motor Credit Corp.:** Eine Anleihe mit Fälligkeit 1991 über 14,2 Mrd. Yen mit einem Kupon von 8,75 Prozent wird aufgelegt.

**EIB:** Eine Anleihe mit Fälligkeit 1998 über 200 Mill. sfr legt die Europäische Entwicklungsbank auf. Verbraucher-Kredite: Hochgerechnet hat sich die Ausgabe von Verbraucher-Krediten in den USA um eine Jahresrate von 11,4 Prozent oder 5,38 Mrd. Dollar im Juli ausgeweitet.

**Kanada:** Die Regierung hat angesichts der Krise der heimischen Öl- und Erdgasindustrie bereits zum 1. Oktober eine Sondersteuer abgeschafft, die erst 1988 auslaufen sollte. Ihr entgehen so 1,5 Mrd. Dollar in den nächsten 28 Monaten.

**Australien:** Deutlich rückläufig waren die Investitionen im Erdöl-Explorationsbereich im zweiten Quartal dieses Jahres: Um 44 Prozent sackten sie auf 137 Mill. Australische Dollar ab. Mit einem Ende des Abwärtstrends ist in diesem Jahr nicht mehr zu rechnen.

## Lohnsteuer-Richtlinien

H.W.L. Bonn

Nach Ansicht der Bundessteuerberaterkammer können die „Allgemeinen Verwaltungsvorschriften über die Lohnsteuer-richtlinien 1984“ in wesentlichen Passagen gekürzt werden. Begründung: Die Lohnsteuer-richtlinien sind in weiten Bereichen mit den Einkommensteuer-richtlinien identisch, ein Verweis auf diese genügt.

Klärungsbedürftig seien außerdem Begriffe wie „Dienstverhältnisse“ und „Allgemeine Werbungskosten“. Notwendig sei auch eine Definition des „Spendenabzugs“ unter Berücksichtigung der Bundesverfassungsgerichtsurteile zu diesem Thema.

Zur Frage der Benutzung von Wirtschaftsgütern aus dem Privatvermögen des Arbeitnehmer für seine berufliche Tätigkeit beim Arbeitgeber vertritt die Kammer in Anlehnung an das BFG-Urteil IV R 334/80 die Ansicht, daß für diese Gegenstände die Möglichkeit einer Abschreibung geschaffen werden sollte.

Die in den Richtlinien vorgesehene Regelung, wonach Aufwendungen für eine Klimatur – durchgeführt in Form eines Familienurlaubes – keine außergewöhnlichen Belastungen darstellen, lehnt die Kammer mit der Begründung ab, daß die Anwesenheit der Familie während eines Kuraufenthaltes zum besseren Erfolg dieser gesundheitlichen Maßnahme durchaus beitragen könne.

## „Druck auf leitende Angestellte steigt“

Jahresbericht des IBFG beklagt Beschränkung von Gewerkschaftsrechten bei neuer Zielgruppe

WILHELM HADLER, Brüssel

Die leitenden Angestellten sind – wenngleich von ihren Mitarbeitern eher gefürchtet als bedauert – in den letzten Jahren zu einer bedeutenden Zielgruppe der internationalen Gewerkschaftsbewegung geworden. In seinem Jahresbericht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten widmet der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) ihnen diesmal sogar ein besonderes Kapitel.

Ursprünglich eine relativ kleine und privilegierte Minderheit – unterlägen die Angestellten mit Leitungsfunktionen in zunehmendem Maße demselben Druck, dem bisher traditionellen Arbeiter ausgesetzt gewesen seien, heißt es darin. Das Wachstum großer Unternehmen, der technologische Wandel und neue Methoden des Managements hätten die Macht der Unternehmer verstärkt und zugleich die Befugnisse und den Einfluß der hochqualifizierten Arbeitnehmer verringert.

Der IBFG, dem 144 Mitgliedsorganisationen mit rund 82 Mill. Mitgliedern angehören, meint, daß den „Leitenden“ die gleichen Gewerkschaftsrechte zustünden wie den übrigen Arbeitnehmern. In Wirklichkeit würden ihnen in zahlreichen Fällen diese jedoch verweigert oder eingeschränkt.

Der Bericht nennt zunächst einmal eine Reihe von rechtlichen Beschränkungen „in einer erheblichen Zahl von Ländern“, Gewerkschaften ihrer eigenen Wahl zu bilden, ihnen beizutreten oder Tarifverhandlungen zu führen. Eine der am meisten üblichen Beschränkungen sei das für diese Arbeitnehmer bestehende Verbot, Gewerkschaften beizutreten, die auch anderen Beschäftigten offenstünden.

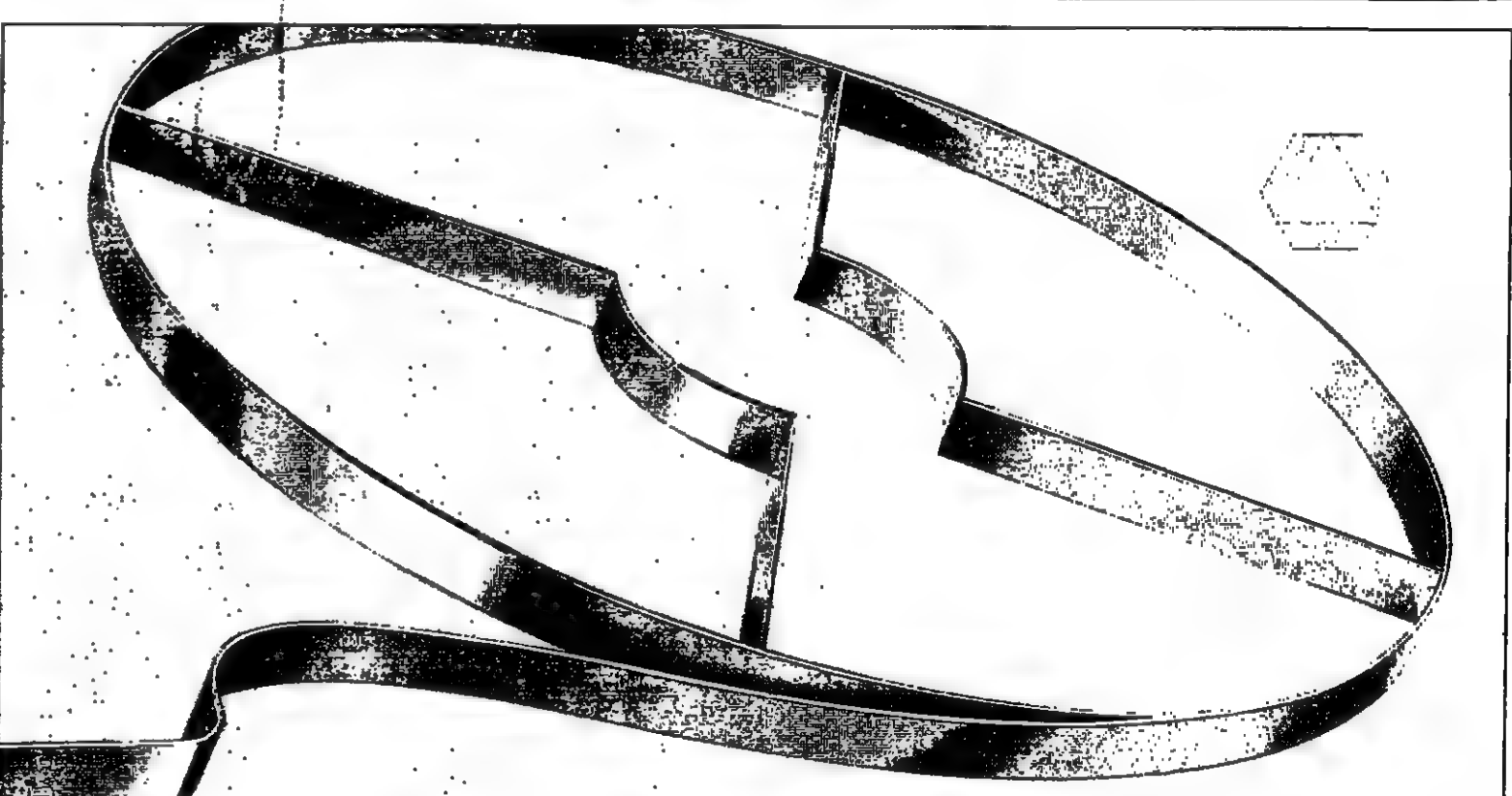
So schließt nach Angaben des IBFG in der Arbeitsgesetzgebung einiger asiatischer Länder die Definition des Arbeiters oder Angestellten die Mitarbeiter aus, die eine besondere Vertrauensstellung haben oder denen besondere Leitungsbefugnisse übertragen wurden. „Das bedeutet, daß diese Kategorien von Arbeitnehmern, selbst wenn sie unter Umständen das Recht haben, eigene Verbände zu bilden, nicht den Schutz und die Garantien genießen, die den Arbeitnehmern im allgemeinen zugute kommen.“

Schwerwiegende Beschränkungen sieht der IBFG auch für Führungskräfte in den USA. Nach dem Taft-Hartley-Gesetz habe zwar theoretisch jeder, der als Vorgesetzter zu bezeichnen sei, das Recht, einer Gewerkschaft beizutreten. Kein Arbeitgeber könne jedoch gezwungen werden, für

solche Beschäftigten Tarifverhandlungen aufzunehmen. In der Praxis bedeutet dies, daß keine Gewerkschaft Verhandlungen für leitende Angestellte führen könne.

Auch dort, wo keine gesetzlichen Einschränkungen bestünden, werde der Gewerkschaftsarbeit leitender Angestellter oft von den Arbeitgebern „entschlossener Widerstand“ entgegenzusetzen. „Es gibt zahlreiche Fälle, in denen die Arbeitgeber aktive Gewerkschafter verfolgt haben, die versucht haben, Angestellte in Leitungsfunktionen zu organisieren.“ Diese Arbeitnehmer seien besonders leicht zu treffen, da ihre Beförderungs- und Karriereaussichten mehr von willkürlichen Entscheidungen und vom guten Willen des Arbeitgebers abhängen, als die anderer Beschäftigter.

Auch in Westeuropa gibt es nach dem Bericht häufig Widerstand der Unternehmer. So hätten zum Beispiel in der Bundesrepublik und in Italien die Arbeitgeber versucht, die Definition des Topmanagements so auszuweiten, daß zahlreiche Kategorien von Angestellten in Leitungsfunktionen darunterfielen. Diese Strategie zielt darauf ab, die gewerkschaftliche Vertretung dieser Gruppe zu beschränken.



**Für alle Unternehmer, die ihren Zahlungsverkehr einfacher, schneller und billiger abwickeln wollen.**

Wenn Sie aufhören, Belege auszufüllen, beginnen Sie, Zahlungsverkehrs-Kosten zu sparen. Das Magnetband-Clearing-System arbeitet rationaler als alle bisherigen Methoden der Zahlungsverkehrsabwicklung.

Die Vorteile für Ihr Unternehmen: Sie erteilen uns Ihre Aufträge beleglos. Sie sparen erstens Zeit und zweitens Geld.

Ganz gleich, ob Sie bisher 20 oder 20.000 Überweisungen oder Lastschriften immer wieder neu ausfüllen mußten – Sie erstellen künftig nur einen beleglosen Datenträger (z. B. Magnetband, Diskette, Kassette). Durch Verwendung ma-

schinell lesbarer Datenträger anstelle von Formularen sparen Sie fortwährend Kosten.

Die frühzeitige Gutschrift Ihrer Lastschrift-Einreichungen und die spätere Belastung Ihrer Überweisungen aufgrund kürzerer Laufzeiten im beleglosen Datenträger-austausch erhöhen Ihre Liquidität.

Übrigens: Auch wenn Sie uns keine maschinell lesbaren Datenträger geben können, helfen wir Ihnen durch individuelle Alternativen bei der Rationalisierung Ihres Zahlungsverkehrs.

Wie Sie ganz schnell zu all diesen Vorteilen kommen, sagt Ihnen unser Firmenkundenbetreuer.

In Berlin: BHI

FK 04/1



## Textilhersteller Trigema profitiert von Flexibilität

nl. Burladingen

Die Trigema GmbH & Co. KG, Burladingen, nach eigenen Angaben der Bundesrepublik größter T-Shirt- und Tennisbekleidungs-Hersteller, hat diese Position nach Worten ihres Geschäftsführers Wolfgang Grupp „nicht nur gehalten, sondern weiter gefestigt“. Seine Unternehmensgrundsätze, auf denen der Erfolg maßgeblich basiere, lauten auch weiterhin: überschaubare Unternehmensgröße, nicht Prestigedenken, sondern Arbeitsplatzsicherung, Flexibilität in der Produktion, kein Umsatz- sondern Renditedenken sowie Teamarbeit. Das Unternehmen, das täglich bis zu 40 000 Einzelteile produziert, verbuchte in 1985 eine Umsatzsteigerung um fünf Prozent auf 106 Mill. DM, und dies, obwohl von Jahresmitte an ein beträchtlicher Umsatzrückgang infolge des Absprungs eines Großkunden zu kompensieren war.

Für das laufende Jahr wird ein weiterer Umsatzanstieg auf 110 Mill. DM erwartet. Zum Ergebnis des vergangenen Jahres merkte Grupp an, es sei „respektabel“, die Umsatzrendite liege über dem Branchendurchschnitt. Investiert wurden im Berichtsjahr 7,9 (10,5) Mill. DM, die Investitionen im laufenden Jahr beliefen sich bis einschließlich August bisher auf 5,9 Mill. DM. Alle Investitionen seien aus Eigenmitteln finanziert worden. Langfristige Kredite nehme man auch weiterhin nicht in Anspruch.

Trigema produziert ausschließlich in eigenen Werken in der Bundesrepublik, auf Importe wird gänzlich verzichtet. Der Exportanteil des Unternehmens belief sich auf 5 bis 6 Prozent. Grupp: „Wir nehmen zur den Export mit, der sich problemlos machen lässt.“ Unter den Werbeaktivitäten steht die Trikotwerbung bei zwei Fußball-Bundesligamannschaften heraus, nämlich bei Waldhof Mannheim und bei Schalke 04.

## Was der EG-Binnenmarkt für den Mittelstand bedeutet

Öffnung der Grenzen bietet den Unternehmen mehr Entfaltungsmöglichkeiten - Der Wettbewerb verschärft sich

Von LUTZ STAVENHAGEN

Wenn über die Marktchancen für den Mittelstand in der EG gesprochen wird, bedeutet dies nicht den Versuch, Marktnischen für irgendwelche Randgruppen zu schaffen. Circa 1,8 Millionen aller deutschen Betriebe, das sind etwa 99,2 Prozent, sind nach Umsatzleistung und Beschäftigtenzahl der Kategorie „Kleine und mittlere Betriebe“ zuzurechnen. Sie führen nicht etwa ein wirtschaftliches Schattendasein, sondern schaffen 49 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und tätigen 44 Prozent der Bruttoinvestitionen. Welche Möglichkeiten erschließen sich dieser Gruppe von Unternehmen durch den einheitlichen europäischen Binnenmarkt?

Auf dem Europäischen Rat im Juni 1985 wurde das sogenannte Weißbuch der EG-Kommission gebilligt, das in mehr als 300 Einzelvorschlägen die Vollendung des europäischen Binnenmarktes bis 1993 durch sukzessiven Abbau aller materiellen, technischen und steuerlichen Schranken vorsieht. Auf dem Europäischen Rat im Dezember 1985 wurde dieser Binnenmarkt in der Einheitlichen Europäischen Akte definiert als „ein Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital... gewährleistet ist“. Was die Vollendung des europäischen Binnenmarktes auch für den Mittelstand bedeutet, sei an einem Beispiel aufgezeigt.

Ein deutscher Unternehmer kann mit einem französischen Partner eine Unternehmenskooperation mit weitgehend angeglichenen gesellschaftsrechtlichen Vorschriften eingehen, wobei ungehindert französisches Kapital in die Bundesrepublik transferiert werden kann.

Er kann dann weiter seine Firma bei einer englischen

Gesellschaft gegen Feuerschaden versichern lassen

- und bei der Vergabe von portugiesischen Staatsaufträgen mit Erfolgswahrscheinlichkeit mithalten.

Der gemeinsame Binnenmarkt ermöglicht ihm beispielsweise:

- für seine Betriebsküche einen in Spanien nach dortigen Rezepturen hergestellten Likör

- zu etwa gleichen Verbrauchsteuersätzen

- mit einem holländischen Spediteur

- ungehindert und ohne Grenzformalitäten in die Bundesrepublik Deutschland zu importieren.

EG-weite Importe und Exporte ermöglichen den Unternehmen höhere Skalenerträge durch größerer Marktpotential und eventuell wettbewerbsbedingte niedrigere Kosten für Waren und Leistungen. Andererseits birgt die Öffnung der Schlagbäume auch die Folge, für eigene Produkte und Dienstleistungen einem kräftigen internationalen Wettbewerbswind ausgesetzt zu sein. Die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts zeigen aber, daß die deutschen Unternehmen - besonders die mittelständischen - trotz wiederholter DM-Aufwertung ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht eingebüßt haben.

Die Einflußmöglichkeiten des Mittelstandes auf die Wirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaften sind nicht unbedeutend.

Mit dem Spanier Matutes verfügt er seit der Süderweiterung über einen eigenen EG-Kommissar.

Im Europaparlament steht dem Mittelstand eine interfraktionelle Arbeitsgruppe „Mittelstand“ zur Seite, die als sein Sachwalter fungiert.

Die EG-Kommission steht sich von den europäischen Mittelstandsverbänden beraten.

Ein eigenes Büro für Unternehmenskooperation steht als „EG-Heimatsbüro“ für Kontaktaufnahme über Grenzen hinweg zur Verfügung.

Die Organisationen der mittelständischen Wirtschaft auf europäischer Ebene beliefern interessierte Firmen mit Informationen über Zusammenarbeit, Programmbewertung und Projektvorschläge.

EG-Mittelstandspolitik sollte sich überwiegend auf den Ausgleich von Informationsdefiziten beschränken. Sie sollte nicht bei speziellen Hilfen zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen oder für Existenzgründungen oder bei spezifischen Maßnahmen zur Leistungssteigerung ansetzen.

Spezifische Fördermaßnahmen zur Beseitigung von unternehmensgrößenbedingten Nachteilen wie Finanzierungshilfen, Existenzgründungs- und Innovationsförderung sollten vielmehr in erster Linie durch die Mitgliedsstaaten wahrgenommen werden.

Zentrale Aufgabe in einer Mittelstandspolitik auf Gemeinschaftsebene ist es, die wirtschaftlichen, rechtlichen, sozialen und steuerlichen Rahmenbedingungen, die durch die Gemeinschaft gesetzt oder mitbestimmt werden, mittelstandsfreundlich zu gestalten. Dazu gehören insbesondere:



Staatsminister Lutz Stavenhagen  
FOTO: LOTHAR KUCHARZ

dischen Wirtschaft auf europäischer Ebene beliefern interessierte Firmen mit Informationen über Zusammenarbeit, Programmbewertung und Projektvorschläge.

EG-Mittelstandspolitik sollte sich überwiegend auf den Ausgleich von Informationsdefiziten beschränken. Sie sollte nicht bei speziellen Hilfen zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen oder für Existenzgründungen oder bei spezifischen Maßnahmen zur Leistungssteigerung ansetzen.

Spezifische Fördermaßnahmen zur Beseitigung von unternehmensgrößenbedingten Nachteilen wie Finanzierungshilfen, Existenzgründungs- und Innovationsförderung sollten vielmehr in erster Linie durch die Mitgliedsstaaten wahrgenommen werden.

Zentrale Aufgabe in einer Mittelstandspolitik auf Gemeinschaftsebene ist es, die wirtschaftlichen, rechtlichen, sozialen und steuerlichen Rahmenbedingungen, die durch die Gemeinschaft gesetzt oder mitbestimmt werden, mittelstandsfreundlich zu gestalten. Dazu gehören insbesondere:

re, wie in dem kürzlich von der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Mittelstand“ im Europäischen Parlament veröffentlichten Papier „EG-Signale für den Mittelstand“ aufgeführt:

- nachdrückliche Unterstützung der im Weißbuch vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen zum Abbau der materiellen, technischen und steuerlichen Hindernisse,

- Angleichung der unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze und Bemessungsgrundlagen,

- stärkere Beteiligung des Mittelstandes an der Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Durchführung von Forschungsvorhaben,

- Entrümpelung der EG-Richtlinien und Verordnungen durch Überprüfung, ob sie nicht einfach abgeschafft beziehungsweise mindestens vereinfacht werden können,

- verbesserte Informationspolitik von Verbänden und Fachzeitschriften, um die neue Dimension der europäischen Zusammenarbeit dem Mittelstand näherzubringen.

Diesen vorgenannten Forderungen sollte noch die Steigerung des Wettbewerbs EG-weit hinzugefügt werden, denn Märkte gewinnen ihre Dynamik vor allem aus einer breiten Schicht wettbewerbsfähiger Unternehmen.

Auch der Subventionsabbau sollte erwähnt werden. Die mittelständische Wirtschaft ist beim Subventionsabbau natürlicher Bundesgenosse vernünftiger marktwirtschaftlicher Politik, denn der Großteil dieser öffentlichen Gelder geht erfahrungsgemäß an Großunternehmen.

Eine weitere Rahmenbedingung für mittelstandsfreundliche EG-Politik ist die Harmonisierung des Gesellschaftsrechts. Hierbei ist es nicht notwendig, gleichförmiges Recht zu schaffen. Vielmehr sollte sich die Harmonisierung auf die wesentlichen Vorschriften beschränken.

Der Autor ist Staatsminister im Auswärtigen Amt

## Wie lange pflichtversichert?

Angestellte, deren Gehalt auf einen Betrag erhöht wird, der die Versicherungspflichtgrenze von zur Zeit 50 400 DM jährlich (= 4200 DM im Monatsdurchschnitt) übersteigt, sind nicht mehr verpflichtet, gesetzlich versichert zu sein. Doch scheiden sie nicht bereits mit dem Wirksamwerden der Gehaltserhöhung aus der Krankenversicherungspflicht aus. Maßgebend ist jeweils das Jahresende, wobei es darauf ankommt, ob es sich um eine „normale“ oder um eine rückwirkende Gehaltsanhebung gehandelt hat.

Hat das regelmäßig gezahlte Entgelt im Lauf des Jahres eine Höhe erreicht, daß es - auf zwölf Monate umgerechnet - 50 400 DM übersteigt, so endet die Versicherungs-

pflicht am 31. Dezember 1986. Unabhängig davon also, ob das Gehalt im Mai, August oder Oktober angestiegen ist: Die Pflichtversicherung bleibt zunächst bis zum 31. Dezember 1986 bestehen. Danach ist er „versicherungsfrei“.

Wird das Gehalt rückwirkend erhöht, so endet die Versicherungspflicht mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Anspruch „entstanden“ ist. Beispiel: Der Jahresarbeitsverdienst eines Angestellten wird im Februar 1987 rückwirkend zum 1. Dezember 1986 auf 52 000 DM heraufgesetzt. Der Angestellte bleibt noch bis Ende 1987 krankenversicherungspflichtig - obwohl die ab 1987 geltende Verdienstgrenze von 51 300 DM überschritten wird. Grund: Der Anspruch auf das erhöhte Gehalt ist erst im Jahre 1987 entstanden.

Angestellte, die aus der Krankenversicherungspflicht ausgeschieden sind, können ihre Mitgliedschaft bei ihrer Krankenkasse freiwillig fortsetzen. Für Mitglieder der

Ersatzkassen gilt: Die freiwillige Mitgliedschaft setzt automatisch ein, wenn der Angestellte nicht innerhalb einer Woche nach dem 31. Dezember austritt.

## Befreiung bei Teilzeitarbeit

Privat krankenversicherte Angestellte, die nach dem 31. Juli 1986 von einer Vollbeschäftigung auf eine Teilzeitarbeit überwechseln und wegen des damit verbundenen geringeren Gehalts krankenversicherungs-pflichtig werden, können einen Antrag auf Befreiung stellen. Das sieht das am 1. August 1986 in Kraft getretene „Gesetz zur Änderung wirtschafts- und verbraucherrechtlicher Vorschriften“ vor.

Die Angestellten haben allerdings nach Beginn der Versicherungspflicht nur einen Monat lang Zeit, sich „befreien“ zu lassen. Der Antrag ist an die zuständige Krankenkasse zu richten. Befreien lassen können sich Angestellte, die ihre Arbeitszeit mindestens auf die Hälfte der betrieblichen Wochenarbeitszeit herabsetzen. Bedingung ist außerdem, daß der Angestellte seit wenigstens fünf Jahren wegen Überschreitens der Versicherungspflichtgrenze voll privat krankenversichert war.

Ist die Befreiung ausgesprochen worden, dann gilt sie auch weiter, wenn der Arbeitgeber gewechselt oder die Arbeitszeit wieder auf mehr als 50 Prozent (mit entsprechender Gehaltsanhebung) steigt - das ist jedenfalls die Auffassung des Verbandes der privaten Krankenversicherung. Die gesetzlichen Krankenkassen sind dagegen der Meinung, daß bei Aufstockung der Arbeitszeit erneut Krankenversicherungspflicht eintritt. Sozialgerichtsverfahren sind damit bereits vorprogrammiert.

WOLFGANG BÜSER



pflicht am 31. Dezember 1986. Unabhängig davon also, ob das Gehalt im Mai, August oder Oktober angestiegen ist: Die Pflichtversicherung bleibt zunächst bis zum 31. Dezember 1986 bestehen. Danach ist er „versicherungsfrei“.

Wird das Gehalt rückwirkend erhöht, so endet die Versicherungspflicht mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Anspruch „entstanden“ ist. Beispiel: Der Jahresarbeitsverdienst eines Angestellten wird im Februar 1987 rückwirkend zum 1. Dezember 1986 auf 52 000 DM heraufgesetzt. Der Angestellte bleibt noch bis Ende 1987 krankenversicherungspflichtig - obwohl die ab 1987 geltende Verdienstgrenze von 51 300 DM überschritten wird. Grund: Der Anspruch auf das erhöhte Gehalt ist erst im Jahre 1987 entstanden.

Angestellte, die aus der Krankenversicherungspflicht ausgeschieden sind, können ihre Mitgliedschaft bei ihrer Krankenkasse freiwillig fortsetzen. Für Mitglieder der

## Befreiung bei Teilzeitarbeit

Privat krankenversicherte Angestellte, die nach dem 31. Juli 1986 von einer Vollbeschäftigung auf eine Teilzeitarbeit überwechseln und wegen des damit verbundenen geringeren Gehalts krankenversicherungs-pflichtig werden, können einen Antrag auf Befreiung stellen. Das sieht das am 1. August 1986 in Kraft getretene „Gesetz zur Änderung wirtschafts- und verbraucherrechtlicher Vorschriften“ vor.

Die Angestellten haben allerdings nach Beginn der Versicherungspflicht nur einen Monat lang Zeit, sich „befreien“ zu lassen. Der Antrag ist an die zuständige Krankenkasse zu richten. Befreien lassen können sich Angestellte, die ihre Arbeitszeit mindestens auf die Hälfte der betrieblichen Wochenarbeitszeit herabsetzen. Bedingung ist außerdem, daß der Angestellte seit wenigstens fünf Jahren wegen Überschreitens der Versicherungspflichtgrenze voll privat krankenversichert war.

Ist die Befreiung ausgesprochen worden, dann gilt sie auch weiter, wenn der Arbeitgeber gewechselt oder die Arbeitszeit wieder auf mehr als 50 Prozent (mit entsprechender Gehaltsanhebung) steigt - das ist jedenfalls die Auffassung des Verbandes der privaten Krankenversicherung. Die gesetzlichen Krankenkassen sind dagegen der Meinung, daß bei Aufstockung der Arbeitszeit erneut Krankenversicherungspflicht eintritt. Sozialgerichtsverfahren sind damit bereits vorprogrammiert.

WOLFGANG BÜSER



pflicht am 31. Dezember 1986. Unabhängig davon also, ob das Gehalt im Mai, August oder Oktober angestiegen ist: Die Pflichtversicherung bleibt zunächst bis zum 31. Dezember 1986 bestehen. Danach ist er „versicherungsfrei“.

Wird das Gehalt rückwirkend erhöht, so endet die Versicherungspflicht mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Anspruch „entstanden“ ist. Beispiel: Der Jahresarbeitsverdienst eines Angestellten wird im Februar 1987 rückwirkend zum 1. Dezember 1986 auf 52 000 DM heraufgesetzt. Der Angestellte bleibt noch bis Ende 1987 krankenversicherungspflichtig - obwohl die ab 1987 geltende Verdienstgrenze von 51 300 DM überschritten wird. Grund: Der Anspruch auf das erhöhte Gehalt ist erst im Jahre 1987 entstanden.

Angestellte, die aus der Krankenversicherungspflicht ausgeschieden sind, können ihre Mitgliedschaft bei ihrer Krankenkasse freiwillig fortsetzen. Für Mitglieder der

## Befreiung bei Teilzeitarbeit

Privat krankenversicherte Angestellte, die nach dem 31. Juli 1986 von einer Vollbeschäftigung auf eine Teilzeitarbeit überwechseln und wegen des damit verbundenen geringeren Gehalts krankenversicherungs-pflichtig werden, können einen Antrag auf Befreiung stellen. Das sieht das am 1. August 1986 in Kraft getretene „Gesetz zur Änderung wirtschafts- und verbraucherrechtlicher Vorschriften“ vor.

Die Angestellten haben allerdings nach Beginn der Versicherungspflicht nur einen Monat lang Zeit, sich „befreien“ zu lassen. Der Antrag ist an die zuständige Krankenkasse zu richten. Befreien lassen können sich Angestellte, die ihre Arbeitszeit mindestens auf die Hälfte der betrieblichen Wochenarbeitszeit herabsetzen. Bedingung ist außerdem, daß der Angestellte seit wenigstens fünf Jahren wegen Überschreitens der Versicherungspflichtgrenze voll privat krankenversichert war.

Ist die Befreiung ausgesprochen worden, dann gilt sie auch weiter, wenn der Arbeitgeber gewechselt oder die Arbeitszeit wieder auf mehr als 50 Prozent (mit entsprechender Gehaltsanhebung) steigt - das ist jedenfalls die Auffassung des Verbandes der privaten Krankenversicherung. Die gesetzlichen Krankenkassen sind dagegen der Meinung, daß bei Aufstockung der Arbeitszeit erneut Krankenversicherungspflicht eintritt. Sozialgerichtsverfahren sind damit bereits vorprogrammiert.

WOLFGANG BÜSER



pflicht am 31. Dezember 1986. Unabhängig davon also, ob das Gehalt im Mai, August oder Oktober angestiegen ist: Die Pflichtversicherung bleibt zunächst bis zum 31. Dezember 1986 bestehen. Danach ist er „versicherungsfrei“.

Wird das Gehalt rückwirkend erhöht, so endet die Versicherungspflicht mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Anspruch „entstanden“ ist. Beispiel: Der Jahresarbeitsverdienst eines Angestellten wird im Februar 1987 rückwirkend zum 1. Dezember 1986 auf 52 000 DM heraufgesetzt. Der Angestellte bleibt noch bis Ende 1987 krankenversicherungspflichtig - obwohl die ab 1987 geltende Verdienstgrenze von 51 300 DM überschritten wird. Grund: Der Anspruch auf das erhöhte Gehalt ist erst im Jahre 1987 entstanden.

Angestellte, die aus der Krankenversicherungspflicht ausgeschieden sind, können ihre Mitgliedschaft bei ihrer Krankenkasse freiwillig fortsetzen. Für Mitglieder der

## Befreiung bei Teilzeitarbeit

Privat krankenversicherte Angestellte, die nach dem 31. Juli 1986 von einer Vollbeschäftigung auf eine Teilzeitarbeit überwechseln und wegen des damit verbundenen geringeren Gehalts krankenversicherungs-pflichtig werden, können einen Antrag auf Befreiung stellen. Das sieht das am 1. August 1986 in Kraft getretene „Gesetz zur Änderung wirtschafts- und verbraucherrechtlicher Vorschriften“ vor.

Die Angestellten haben allerdings nach Beginn der Versicherungspflicht nur einen Monat lang Zeit, sich „befreien“ zu lassen. Der Antrag ist an die zuständige Krankenkasse zu richten. Befreien lassen können sich Angestellte, die ihre Arbeitszeit mindestens auf die Hälfte der betrieblichen Wochenarbeitszeit herabsetzen. Bedingung ist außerdem, daß der Angestellte seit wenigstens fünf Jahren wegen Überschreitens der Versicherungspflichtgrenze voll privat krankenversichert war.

Ist die Befreiung ausgesprochen worden, dann gilt sie auch weiter, wenn der Arbeitgeber gewechselt oder die Arbeitszeit wieder auf mehr als 50 Prozent (mit entsprechender Gehaltsanhebung) steigt - das ist jedenfalls die Auffassung des Verbandes der privaten Krankenversicherung. Die gesetzlichen Krankenkassen sind dagegen der Meinung, daß bei Aufstockung der Arbeitszeit erneut Krankenversicherungspflicht eintritt. Sozialgerichtsverfahren sind damit bereits vorprogrammiert.

WOLFGANG BÜSER



pflicht am 31. Dezember 1986. Unabhängig davon also, ob das Gehalt im Mai, August oder Oktober angestiegen ist: Die Pflichtversicherung bleibt zunächst bis zum 31. Dezember 1986 bestehen. Danach ist er „versicherungsfrei“.

Wird das Gehalt rückwirkend erhöht, so endet die Versicherungspflicht mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Anspruch „entstanden“ ist. Beispiel: Der Jahresarbeitsverdienst eines Angestellten wird im Februar 1987 rückwirkend zum 1. Dezember 1986 auf 52 000 DM heraufgesetzt. Der Angestellte bleibt noch bis Ende 1987 krankenversicherungspflichtig - obwohl die ab 1987 geltende Verdienstgrenze von 51 300 DM überschritten wird. Grund: Der Anspruch auf das erhöhte Gehalt ist erst im Jahre 1987 entstanden.

Angestellte, die aus der Krankenversicherungspflicht ausgeschieden sind, können ihre Mitgliedschaft bei ihrer Krankenkasse freiwillig fortsetzen. Für Mitglieder der

## Befreiung bei Teilzeitarbeit

Privat krankenversicherte Angestellte, die nach dem 31. Juli 1986 von einer Vollbeschäftigung auf eine Teilzeitarbeit überwechseln und wegen des damit verbundenen geringeren Gehalts krankenversicherungs-pflichtig werden, können einen Antrag auf Befreiung stellen. Das sieht das am 1. August 1986 in Kraft getretene „Gesetz zur Änderung wirtschafts- und verbraucherrechtlicher Vorschriften“ vor.

Die Angestellten haben allerdings nach Beginn der Versicherungspflicht nur einen Monat lang Zeit, sich „befreien“ zu lassen. Der Antrag ist an die zuständige Krankenkasse zu richten. Befreien lassen können sich Angestellte, die ihre Arbeitszeit mindestens auf die Hälfte der betrieblichen Wochenarbeitszeit herabsetzen. Bedingung ist außerdem, daß der Angestellte seit wenigstens fünf Jahren wegen Überschreitens der Versicherungspflichtgrenze voll privat krankenversichert war.

Ist die Befreiung ausgesprochen worden, dann gilt sie auch weiter, wenn der Arbeitgeber gewechselt oder die Arbeitszeit wieder auf mehr als 50 Prozent (mit entsprechender Gehaltsanhebung) steigt - das ist jedenfalls die Auffassung des Verbandes der privaten Krankenversicherung. Die gesetzlichen Krankenkassen sind dagegen der Meinung, daß bei Aufstockung der Arbeitszeit erneut Krankenversicherungspflicht eintritt. Sozialgerichtsverfahren sind damit bereits vorprogrammiert.

WOLFGANG BÜSER



pflicht am 31. Dezember 1986. Unabhängig davon also, ob das Gehalt im Mai, August oder Oktober angestiegen ist: Die Pflichtversicherung bleibt zunächst bis zum 31. Dezember 1986 bestehen. Danach ist er „versicherungsfrei“.

Wird das Gehalt rückwirkend erhöht, so endet die Versicherungspflicht mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Anspruch „entstanden“ ist. Beispiel: Der Jahresarbeitsverdienst eines Angestellten wird im Februar 1987 rückwirkend zum 1. Dezember 1986 auf 52 000 DM heraufgesetzt. Der Angestellte bleibt noch bis Ende 1987 krankenversicherungspflichtig - obwohl die ab 1987 geltende Verdienstgrenze von 51 300 DM überschritten wird. Grund: Der Anspruch auf das erhöhte Gehalt ist erst im Jahre 1987 entstanden.

Angestellte, die aus der Krankenversicherungspflicht ausgeschieden sind, können ihre Mitgliedschaft bei ihrer Krankenkasse freiwillig fortsetzen. Für Mitglieder der

## Befreiung bei Teilzeitarbeit

Privat krankenversicherte Angestellte, die nach dem 31. Juli 1986 von einer Vollbeschäftigung auf eine Teilzeitarbeit überwechseln und wegen des damit verbundenen geringeren Gehalts krankenversicherungs-pflichtig werden, können einen Antrag auf Befreiung stellen. Das sieht das am 1. August 1986 in Kraft getretene „Gesetz zur Änderung wirtschafts- und verbraucherrechtlicher Vorschriften“ vor.

Die Angestellten haben allerdings nach Beginn der Versicherungspflicht nur einen Monat lang Zeit, sich „befreien“ zu lassen. Der Antrag ist an die zuständige Krankenkasse zu richten. Befreien lassen können sich Angestellte, die ihre Arbeitszeit mindestens auf die Hälfte der betrieblichen Wochenarbeitszeit herabsetzen. Bedingung ist außerdem, daß der Angestellte seit wenigstens fünf Jahren wegen Überschreitens der Versicherungspflichtgrenze voll privat krankenversichert war.

Ist die Befreiung ausgesprochen worden, dann gilt sie auch weiter, wenn der Arbeitgeber gewechselt oder die Arbeitszeit wieder auf mehr als 50 Prozent (mit entsprechender Gehaltsanhebung) steigt - das ist jedenfalls die Auffassung des Verbandes der privaten Krankenversicherung. Die gesetzlichen Krankenkassen sind dagegen der Meinung, daß bei Aufstockung der Arbeitszeit erneut Krankenversicherungspflicht eintritt. Sozialgerichtsverfahren sind damit bereits vorprogrammiert.

WOLFGANG BÜSER



pflicht am 31. Dezember 1986. Unabhängig davon also, ob das Gehalt im Mai, August oder Oktober angestiegen ist: Die Pflichtversicherung bleibt zunächst bis zum 31. Dezember 1986 bestehen. Danach ist er „versicherungsfrei“.

Wird das Gehalt rückwirkend erhöht, so endet die Versicherungspflicht mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Anspruch „entstanden“ ist. Beispiel: Der Jahresarbeitsverdienst eines Angestellten wird im Februar 1987 rückwirkend zum 1. Dezember 1986 auf 52 000 DM heraufgesetzt. Der Angestellte bleibt noch bis Ende 1987 krankenversicherungspflichtig - obwohl die ab 1987 geltende Verdienstgrenze von 51 300 DM überschritten wird. Grund: Der Anspruch auf das erhöhte Gehalt ist erst im Jahre 1987 entstanden.

Angestellte, die aus der Krankenversicherungspflicht ausgeschieden sind, können ihre Mitgliedschaft bei ihrer Krankenkasse freiwillig fortsetzen. Für Mitglieder der

## Befreiung bei Teilzeitarbeit

Privat krankenversicherte Angestellte, die nach dem 31. Juli 1986 von einer Vollbeschäftigung auf eine Teilzeitarbeit überwechseln und wegen des damit verbundenen geringeren Gehalts krankenversicherungs-pflichtig werden, können einen Antrag auf Befreiung stellen. Das sieht das am 1. August 1986 in Kraft getretene „Gesetz zur Änderung wirtschafts- und verbraucherrechtlicher Vorschriften“ vor.

Die Angestellten haben allerdings nach Beginn der Versicherungspflicht nur einen Monat lang Zeit, sich „befreien“ zu lassen. Der Antrag ist an die zuständige Krankenkasse zu richten. Befreien lassen können sich Angestellte, die ihre Arbeitszeit mindestens auf die Hälfte der betrieblichen Wochenarbeitszeit herabsetzen. Bedingung ist außerdem, daß der Angestellte seit wenigstens fünf Jahren wegen Überschreitens der Versicherungspflichtgrenze voll privat krankenversichert war.

Ist die Befreiung ausgesprochen worden, dann gilt sie auch weiter, wenn der Arbeitgeber gewechselt oder die Arbeitszeit wieder auf mehr als 50 Prozent (mit entsprechender Gehaltsanhebung) steigt - das ist jedenfalls die Auffassung des Verbandes der privaten Krankenversicherung. Die gesetzlichen Krankenkassen sind dagegen der Meinung, daß bei Aufstockung der Arbeitszeit erneut Krankenversicherungspflicht eintritt. Sozialgerichtsverfahren sind damit bereits vorprogrammiert.

WOLFGANG BÜSER



pflicht am 31. Dezember 1986. Unabhängig davon also, ob das Gehalt im Mai, August oder Oktober angestiegen ist: Die Pflichtversicherung bleibt zunächst bis zum 31. Dezember 1986 bestehen. Danach ist er „versicherungsfrei“.

Wird das Gehalt rückwirkend erhöht, so endet die Versicherungspflicht mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Anspruch „entstanden“ ist. Beispiel: Der Jahresarbeitsverdienst eines Angestellten wird im Februar 1987 rückwirkend zum 1. Dezember 1986 auf 52 000 DM heraufgesetzt. Der Angestellte bleibt noch bis Ende 1987 krankenversicherungspflichtig - obwohl die ab 1987 geltende Verdienstgrenze von 51 300 DM überschritten wird. Grund: Der Anspruch auf das erhöhte Gehalt ist erst im Jahre 1987 entstanden.

Angestellte, die aus der Krankenversicherungspflicht ausgeschieden sind, können ihre Mitgliedschaft bei ihrer Krankenkasse freiwillig fortsetzen. Für Mitglieder der

## Befreiung bei Teilzeitarbeit

Privat krankenversicherte Angestellte, die nach dem 31. Juli 1986 von einer Vollbeschäftigung auf eine Teilzeitarbeit überwechseln und wegen des damit verbundenen geringeren Gehalts krankenversicherungs-pflichtig werden, können einen Antrag auf Befreiung stellen. Das sieht das am 1. August 1986 in Kraft getretene „Gesetz zur Änderung wirtschafts- und verbraucherrechtlicher Vorschriften“ vor.

Die Angestellten haben allerdings nach Beginn der Versicherungspflicht nur einen Monat lang Zeit, sich „befreien“ zu lassen. Der Antrag ist an die zuständige Krankenkasse zu richten. Befreien lassen können sich Angestellte, die ihre Arbeitszeit mindestens auf die Hälfte der betrieblichen Wochenarbeitszeit herabsetzen. Bedingung ist außerdem, daß der Angestellte seit wenigstens fünf Jahren wegen Überschreitens der Versicherungspflichtgrenze voll privat krankenversichert war.

Ist die Befreiung ausgesprochen worden, dann gilt sie auch weiter, wenn der Arbeitgeber gewechselt oder die Arbeitszeit wieder auf mehr als 50 Prozent (mit entsprechender Gehaltsanhebung) steigt - das ist jedenfalls die Auffassung des Verbandes der privaten Krankenversicherung. Die gesetzlichen Krankenkassen sind dagegen der Meinung, daß bei Aufstockung der Arbeitszeit erneut Krankenversicherungspflicht eintritt. Sozialgerichtsverfahren sind damit bereits vorprogrammiert.

WOLFGANG BÜSER



pflicht am 31. Dezember 1986. Unabhängig davon also, ob das Gehalt im Mai, August oder Oktober angestiegen ist: Die Pflichtversicherung bleibt zunächst bis zum 31. Dezember 1986 bestehen. Danach ist er „versicherungsfrei“.

Wird das Gehalt rückwirkend erhöht, so endet die Versicherungspflicht mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Anspruch „entstanden“ ist. Beispiel: Der Jahresarbeitsverdienst eines Angestellten wird im Februar 1987 rückwirkend zum 1. Dezember 1986 auf 52 000 DM heraufgesetzt. Der Angestellte bleibt noch bis Ende 1987 krankenversicherungspflichtig - obwohl die ab 1987 geltende Verdienstgrenze von 51 300 DM überschritten wird. Grund: Der Anspruch auf das erhöhte Gehalt ist erst im Jahre 1987 entstanden.

Angestellte, die aus der Krankenversicherungspflicht ausgeschieden sind, können ihre Mitgliedschaft bei ihrer Krankenkasse freiwillig fortsetzen. Für Mitglieder der

## Befreiung bei Teilzeitarbeit

Privat krankenversicherte Angestellte, die nach dem 31. Juli 1986 von einer Vollbeschäftigung auf eine Teilzeitarbeit überwechseln und wegen des damit verbundenen geringeren Gehalts krankenversicherungs-pflichtig werden, können einen Antrag auf Befreiung stellen. Das sieht das am 1. August 1986 in Kraft getretene „Gesetz zur Änderung wirtschafts- und verbraucherrechtlicher Vorschriften“ vor.

Die Angestellten haben allerdings nach Beginn der Versicherungspflicht nur einen Monat lang Zeit, sich „befreien“ zu lassen. Der Antrag ist an die zuständige Krankenkasse zu richten. Befreien lassen können sich Angestellte, die ihre Arbeitszeit mindestens auf die Hälfte der betrieblichen Wochenarbeitszeit herabsetzen. Bedingung ist außerdem, daß der Angestellte seit wenigstens fünf Jahren wegen Überschreitens der Versicherungspflichtgrenze voll privat krankenversichert war.

Ist die Befreiung ausgesprochen worden, dann gilt sie auch weiter, wenn der Arbeitgeber gewechselt oder die Arbeitszeit wieder auf mehr als 50 Prozent (mit entsprechender Gehaltsanhebung) steigt - das ist jedenfalls die Auffassung des Verbandes der privaten Krankenversicherung. Die gesetzlichen Krankenkassen sind dagegen der Meinung, daß bei Aufstockung der Arbeitszeit erneut Krankenversicherungspflicht eintritt. Sozialgerichtsverfahren sind damit bereits vorprogrammiert.

WOLFGANG BÜSER



pflicht am 31. Dezember 1986. Unabhängig davon also, ob das Gehalt im Mai, August oder Oktober angestiegen ist: Die Pflichtversicherung bleibt zunächst bis zum 31. Dezember 1986 bestehen. Danach ist er „versicherungsfrei“.

Wird das Gehalt rückwirkend erhöht, so endet die Versicherungspflicht mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Anspruch „entstanden“ ist. Beispiel: Der Jahresarbeitsverdienst eines Angestellten wird im Februar 1987 rückwirkend zum 1. Dezember 1986 auf 52 000 DM heraufgesetzt. Der Angestellte bleibt noch bis Ende 1987 krankenversicherungspflichtig - obwohl die ab 1987 geltende Verdienstgrenze von 51 300 DM überschritten wird. Grund: Der Anspruch auf das erhöhte Gehalt ist erst im Jahre 1987 entstanden.

Angestellte, die aus der Krankenversicherungspflicht ausgeschieden sind, können ihre Mitgliedschaft bei ihrer Krankenkasse freiwillig fortsetzen. Für Mitglieder der

## Befreiung bei Teilzeitarbeit

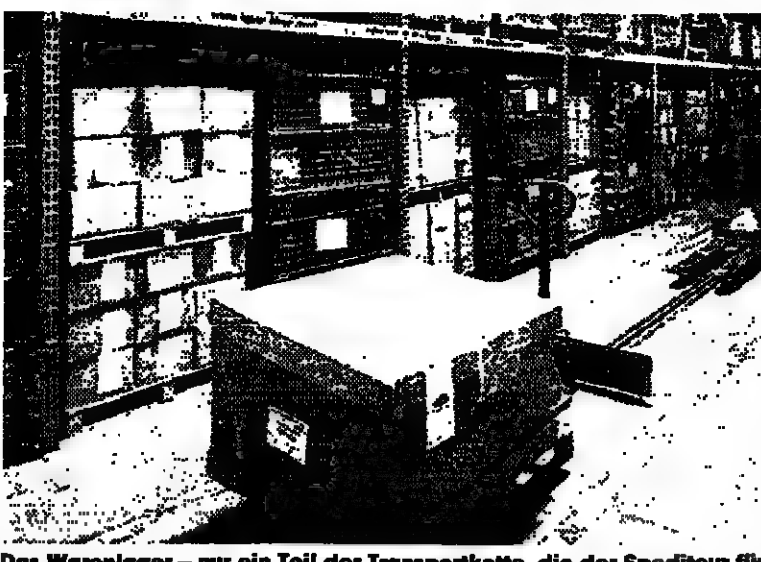
Privat krankenversicherte Angestellte, die nach dem



# Vom Rollfuhrkutscher zum Systemanbieter gewandelt

Logistik-Experten bei Schenker nehmen den Kunden alle mit dem Transport zusammenhängenden Probleme ab

**JOACHIM WEBER, Frankfurt**  
Wenn die Einkäufer des schwedischen Autoherstellers Volvo Kraftfahrzeugteile bei ihren zahlreichen deutschen Zulieferern geordert haben, dann können sie sich bequem zurücklehnen - für den Rest sorgt ihr deutscher Spediteur. Den Logistik-Experten der Bundesbahn-Tochter Schenker & Co. GmbH in Frankfurt werden lediglich noch die Bestelldaten (mit genauen Lieferterminen) aus dem Computer in Göteborg übermittelt, dann liegt die Arbeit bei ihnen. Sie überprüfen die Lieferfähigkeit der Teilefabriken, vereinbaren Bereitstellungstermine, sammeln - mit insgesamt 550 Lkws - die Ware ein und liefern sie pünktlich und vollständig direkt ans Produktionsband des Autowerks.



Das Warenlager - nur ein Teil der Transportkette, die der Spediteur für Fremdfirmen betreibt

Netz, das die Rechenanlagen aller inländischen und vieler ausländischer Geschäftsstellen miteinander verbindet.

Aber auch der herkömmliche Speditionsapparat bedurfte der Anpassung. „Um die Distribution als Komplett-Dienst anzubieten, mußten wir das gesamte physische Angebot umkrempeln“, erinnert sich Hölterling. Auch das begann wieder im eigenen Haus. So fand man beim Blick über den Zaun in der Industrie „Umschlagskonzepte, die besser waren als unsere eigenen“. Um den Umschlag zu mechanisieren, war zuerst die vollständige Umstellung auf Paletten nötig. „Da mußte der letzte Sackkarren verbannt werden, auch aus den Köpfen“, anschließend die Optimierung der Umschlagsanlagen in den (allein in Deutschland 121) Betriebsstätten.

Beim BMW-Werk in Eching geht Schenker noch einen Schritt weiter. Dort werden auch das Hochregallager und die eigens konzipierte und konstruierte Kommissionierungsanlage sowie der Transport bis ans Band in eigener Regie betrieben. „Hier haben wir zum ersten Mal unsere Kompetenz voll einsetzen können“, freut sich Geschäftsführer Rainer Biermann über das Vorzeigeprojekt.

sich die Frankfurter schon vor rund einem Jahrzehnt. „Da lag bei vielen Unternehmen ein riesiges Potential brach. Und wir waren fest davon überzeugt, daß wir deren Probleme besser und billiger lösen konnten als sie selbst“, erinnert sich Biermann. Und Sparrmöglichkeiten, dessen war man sich ebenso gewiß, würden sich gut verkaufen lassen.

Hölterling. „Wer Logistik als Dienst anbietet, der sollte das erst mal bei sich selbst im Griff haben.“ Dabei war die Grundlagenarbeit erst noch zu bewältigen, zumal industrielle Vorbilder nur teilweise anwendbar waren. „Die Industrie kann mit relativ sicheren Größen planen - wir machen jeden Tag eine neue Wunderkarte auf.“ So war ein System nötig, das sich sehr viel flexibler verhielt als bisherige Modelle.

Ähnliche Dienste nehmen aber auch Waren- oder Versandhäuser in Anspruch, etwa beim Textilimport aus Fernost. Die gesamte Transportkette - vom Einsammeln bei der Vielzahl von Lieferanten bis zur Umverteilung auf die einzelnen Filialen - wird vom Spediteur bewältigt. „Logistik ist, wenn der Verkäufer den Container öffnet und weiß: Hemden blau, Größe 48, liegen hinten rechts“, beschreibt Schenker-Chef Karl Übelacker das Leistungsspektrum.

Denn hier liegt der Ansatzpunkt aller logistischen Klimmzüge, die auch von der Industrie unternehmen werden: Unnötig hohe Lagerbestände, Lagerdauer und Ruhezeiten in der Transportkette, allesamt Folgen unzulänglicher Nachschuborganisation, verursachen nach Schenker-Einschätzung gesamtwirtschaftliche Kosten, die „nur noch in Milliardenbeträgen zu messen sind“. Und auf diesem Gebiet fühlte man sich als Spediteur kompetent.

Die Einsicht, daß Logistik nur zu 50 Prozent in der physischen Warenbewegung, zur anderen Hälfte aber in Information und Kommunikation besteht, führte zum Aufbau eines immer umfangreicheren Datenverarbeitungssystems. Auch dabei erwies sich Vorhandenes meist als untauglich, so daß man gezwungen war, die Software größtenteils selbst zu produzieren. „Da mußten wir viel mehr investieren, als wir ursprünglich angenommen hatten“, erläutert Biermann die Notwendigkeit, schließlich auch die eigenen Programmbausteine am Markt anzubieten. Heute verfügt Schenker über ein geschlossenes

Die Beispiele verdeutlichen einen grundlegenden Funktionswandel: „Die Zeiten des Rollfuhrkutschers sind für die Speditionen ein für allemal vorbei“, zeichnet Biermann die Entwicklung in groben Strichen nach. Der Weg zum Systemanbieter war mühselig. Aufgemacht hatten

**Informationsvorsprung kann man abonnieren.**  
Bitte:   
In DIE WELT, Vertrieb, Postfach 205830, 2000 Hamburg 36.  
Bitte liefern Sie mir vom nächstreichsten Termin an bis auf weiteres **DIE WELT** (Wirtschaftswelt) für den Zeitraum von 12 Monaten zum Preis von DM 27,- (inkl. Ausland 37,-).  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen rückgängig zu machen. Abrechnung erfolgt schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 205830, 2000 Hamburg 36.  
01-459

## Mehr Gewinn bei E. Merck

**dpa/WVD, Darmstadt**  
Das zweitgrößte Geschäft der Merck-Gruppe hat sich nach Angaben der Firma E. Merck, Darmstadt, im 1. Halbjahr 1986 „befriedigend“ entwickelt. Zwar sei der konsolidierte Weltumsatz um 2,3 Prozent zurückgegangen, doch nur als Folge der starken Veränderungen der Wechselkurse. Bereinigt sei der Umsatz um etwa fünf Prozent gestiegen, berichtete der Vorsitzende der Geschäftsleitung, Hans-Joachim Langmann. Insgesamt haben die Warenexporte mit Kunden im Inland um 5,7 Prozent auf 497 Mill. DM zugenommen und mit Kunden im Ausland um 8,8 Prozent auf 1,15 Mrd. DM abgenommen. Dabei sind die Umsätze der US-Gesellschaften trotz eines Mengenrückgangs wegen der Wechselkursveränderungen deutlich gefallen.  
Die Umsätze der einzelnen Unternehmensbereiche haben sich unterschiedlich entwickelt: Pharma 617 Mill. DM (minus 2,4 Prozent), Chemie 875 Mill. DM (minus 3,8 Prozent), Pflanzenschutz 121 Mill. DM (plus 6,7 Prozent), Sonstige 84 Mill. DM (plus zehn Prozent) und Gesamt 1,65 Mrd. DM (minus 2,3 Prozent). Der Konzernumsatz stieg um 4,2 Prozent auf 733 Mill. DM. Der Gewinn der Gruppe nach Steuern ist im weiteren Angaben zufolge besser als im entsprechenden Vorjahreszeitraum ausgefallen. Die Zahl der Mitarbeiter soll sich in der Bundesrepublik um etwa 270 auf 7700 Personen erhöhen.

## Oberland Glas übernimmt Futronic

**WVD, Bad Wurzach**  
Die Oberland Glas AG, Bad Wurzach, hat mit Wirkung vom 1. Juli 1986 eine Mehrheitsbeteiligung von 91,5 Prozent am Stammkapital von 0,5 Mill. DM der Futronic GmbH, Tettnang, übernommen. Dieses Unternehmen ist, wie Oberland Glas mitteilte, weltweit auf dem Gebiet der Entwicklung und Fertigung von elektronischen Steuerungsanlagen mit Schwerpunkt Glasindustrie tätig. Die Futronic habe ihren Umsatz in den letzten Jahren kontinuierlich gesteigert und werde 1986 etwa 10 Mill. DM erreichen. Beschäftigt werden 55 Mitarbeiter.  
Wie das im Mai 1986 an der Börse eingeführte Unternehmen weiter mitteilte, konnte die Ertragslage bei Oberland Glas trotz des anhaltenden Konkurrenzdrucks in den ersten sieben Monaten des laufenden Geschäftsjahres überplanmäßig verbessert werden. Aus heutiger Sicht werde dieser Trend auch in der zweiten Jahreshälfte anhalten, so daß von einer Dividendenausschüttung mindestens in Vorjahreshöhe von 7,50 DM je 50-DM-Aktie ausgegangen werden könne.  
Der Gesamtumsatz wuchs bis einschließlich Juli um 5,6 Prozent auf 180 Mill. DM, wobei der Export von Eigenzeugnissen um vier Prozent auf 26 Mill. DM zugenommen hat. Engineering und sonstige Erlöse stiegen um 25 Prozent auf 10 Mill. DM.

## Berlin kürzt die Subventionen stark

**ot, Berlin**  
Bis einschließlich 1990 will der Berliner Wirtschaftssenator Elmar Pieroth 17 Millionen DM Subventionen in seinem Etat streichen. In einer Pressemitteilung wertet Pieroth dies als ersten Schritt in einer Politik, die an die Vergabe von Subventionen in Zukunft strengere Maßstäbe anlegen und sie einer Erfolgskontrolle unterziehen will. „Die staatlichen Hilfen dürfen keinen Gewöhnungseffekt mit sich bringen“, heißt es in der Erklärung weiter.  
Nicht zur Debatte steht für Pieroth allerdings die Berlin-Förderung. „Die Berliner Unternehmen brauchen auch in Zukunft staatliche Hilfen zum Ausgleich von Standortnachteilen, die die geopolitische Lage der Stadt mit sich bringt.“ In diesem Bereich müsse die Wirtschaft weiter auf sichere Rahmenbedingungen bauen können.  
Konkret nennt Pieroth fünf Punkte, bei denen die Subventionen aktuell gekürzt oder abgebaut werden sollen. Die Existenzgründungsprämie soll bis Ende 1986 ausfallen, denn sie habe ihren Zweck erfüllt. Die Betriebsberatung soll gestrichelt werden, die Zinszuschüsse für Wohnungsgründungsdarlehen wegfallen. Schließlich sollen die Auslagen zur Information westdeutscher Fachkräfte gekappt sowie der Weihnachtsmarkt in der City weniger stark gefördert werden.

## Feldschlösschen muß nachbessern

**dos, Hannover**  
Erheblich nachbessern muß die Brauerei Feldschlösschen AG, Braun-schweig, für ausstehende Aktienrückkäufe, die Anfang 1982 im Rahmen des Beherungs- und Ergänzungsanleiheprogramms mit der Holsten-Brauerei AG, Hamburg, festgelegt und von einer Gruppe von Kleinaktionären angefochten worden waren. Nach einem Beschluß des Landgerichts Hannover erhält sich die Ausgleichszahlung pro 500-DM-Feldschlösschen-Aktie von 66 DM auf 77 DM. Bei Inanspruchnahme des Umtauschangebots erhalten die Feldschlösschen-Aktionäre ferner für die 500-DM-Aktie 18 Holsten-Aktien im Nominalewert von 30 DM; ursprünglich lag das Umtauschverhältnis bei 10:1.  
Die Entscheidung des Gerichts vom 25. Juli (rechtskräftig) sieht vor, daß die Aktionäre, die das 1982er Angebot angenommen hatten, zusätzlich für Holsten-Aktien mit Gewinnerteilberechtigung am 1. Oktober 1983 erhalten. Hinzu kommt eine nachträgliche Ausgleichszahlung von 243,30 DM für die entgangene Holsten-Dividende der Geschäftsjahre 1981/82 bis 1984/85 (30,91).  
Derjenigen Feldschlösschen-Aktionären, die von dem Abfindungsangebot bislang keinen Gebrauch gemacht haben, und bis zum 3. November 1986 Gelegenheit geboten, dies nachzuholen. Sie erhalten dann 18 Holsten-Aktien und eine Nachzahlung von 22 DM für die Geschäftsjahre 1981/82 und 1983/84 der Brauerei Feldschlösschen AG.

## Gute Konjunktur für Kfz-Zubehör

**Autobesitzer wollen ihre Pkw mit technisch sinnvollen Extras „besser“ ausstatten**  
**INGE ADHAM, Frankfurt**  
Von einem ungewöhnlich großen Interesse gerade in den Bereichen, die sich mit der Ausstattung der Werkstatt für das Kfz-Handwerk beschäftigen, ist auf der Frankfurter Automechanik zu hören. Die alle zwei Jahre stattfindende Messe für alles, was mit Wartung, Pflege, Reparatur und Ausstattung des Autos zu tun hat, stößt diesmal in eine Phase recht guter Konjunktur für die Werkstätten. Hinzu kommt der deutlich spürbare Trend der Kunden, ihre Autos „besser“ auszustatten, was, solange es sich um technisch sinnvolles Zubehör handelt, auch den Wert eines Gebrauchtwagens steigert, beobachtet das Gewerbe. Bis zum Ende der Messe am Sonntag werden etwa 120 000 Fachbesucher erwartet.  
Der Marktführer für Schiebedächer in Pkw und Standheizungen in Omnibussen, die Webasto Werk W. Baier GmbH & Co., Stockdorf, ist im vergangenen Jahr ein gutes Stück vorangekommen: Das Unternehmen mit Tochtergesellschaften und Joint-Venture-Partnern in 13 Ländern steigerte seinen Weltumsatz um glatte 30 Prozent auf 490 (i.V. 367) Mill. DM. Auf die Bundesrepublik, wo Webasto besonders in der Erstausrüstung stark ist, entfallen davon gut 329 Mill. DM. Als Ursache für den Erfolg nennt Ernst Clemens, Marketingleiter Schiebedächer, vor allem die intensive Entwicklungsarbeit seines Unternehmens. Allein vom deutschen Umsatz entfielen 40 Prozent auf Produkte der letzten drei Jahre.  
Intensiv gepflegt wird auch eine „nahtlose Zusammenarbeit zwischen Kunde und Lieferant“. Seit Beginn dieses Jahres testet Webasto mit Daimler Benz und BMW die Abstimmung der jeweiligen Produktionsplanung mit der eigenen Fertigung über Datenverarbeitung. Ein neues Werk in Schierling bei Regensburg, das in der ersten Ausbauphase für BMW Schiebedächer produziert, wird in diesem Jahr rund 200 Neueinstellungen ermöglichen. Investiert werden sollen insgesamt 25 (15) Mill. DM.  
Dem eigenen Motto folgend („produzieren, wo Autos hergestellt werden“), ist Webasto nicht nur in den klassischen Autoländern präsent, sondern auch in Korea, Japan und Brasilien. Als besonders Herausforderung wertet Webasto auch den US-Markt, wo nur zwei Prozent der Neufahrzeuge mit Schiebedach bestellt werden, in Europa seien es 30 Prozent.  
Eine Umweltschutzberatung mit vollständiger Entsorgung, die alle Bereiche des Umweltschutzes im Kfz-Betrieb umfaßt, bietet der Dekra Deutscher Kraftfahrzeug-Überwachungs-Verein, Stuttgart, an. Als weitere neue Dienstleistung bietet die Sachverständigen-Organisation mit inzwischen rund 12 000 Kfz-Werkstätten als Partner ein Werkstatt-Abrechnungs-Programm an.  
Mit einem neuen Produkt- und Service-Konzept („Spidan“) will die Uni-Cardan-Service-Organisation dem freien Teilehandel auf die Sprünge helfen. Der freie Teilehandel

Für DM 69,- (+ 0,69/km) pro Tag bekommen Sie bei Sixt/Budget einen 190 E.  
Wenn Sie mehr ausgeben wollen, lesen Sie bitte weiter.

Für DM 75,- (+ 0,75/km) pro Tag bekommen Sie bei Sixt/Budget einen 230 E.  
Wenn Sie mehr ausgeben wollen, lesen Sie bitte weiter.

Für DM 79,- (+ 0,79/km) pro Tag bekommen Sie bei Sixt/Budget einen 300 E.  
Wenn Sie mehr ausgeben wollen, gehen Sie zur Konkurrenz.

Sixt/Budget ist die Autovermietung mit den vielen Mercedes. Wir haben allein über tausend 190 E. Damit Sie auch wirklich einen bekommen, wenn Sie einen brauchen. Sie finden uns in allen deutschen Flughäfen und Wirtschaftszentren. Unser neuer Vermiet-Computer macht das Automieten für Sie noch einfacher. Buchen Sie Ihr Wunschauto (vom Golf bis zum S-Klasse-Mercedes) zum Ortstarif unter Tel. 01 30-33 66. - FIRSTCLASS FAHREN, ECONOMY BEZAHLEN.

**Sixt** Autovermietung **Budget** rent a car









# Eine Anschaffung fürs Leben.

Seit wir Automobile bauen, bemühen wir uns darum, sie immer sicherer zu machen.

Mit dem Erfolg, daß viele der von uns erfundenen und zur Serienreife entwickelten Sicherheitselemente heute auch in anderen Automobilen zu finden sind.

Eine der mit 13 Jahren langwierigsten und kostspieligsten Entwicklungen war zweifellos der Airbag, ein Luftsack-Sicherheitssystem zur Ergänzung des Sicherheitsgurts.

Seit 1982 ist der Airbag für alle Mercedes-Benz Personenwagen als Sonderausstattung erhältlich. Inzwischen wurde er in nahezu 200.000 Fahrzeuge eingebaut.

In der Mitte des Lenkrads untergebracht, wird der Airbag bei einem schweren Frontalaufprall

durch ein elektronisches Auslösesystem aktiviert. Dabei wird innerhalb von nur 30 Millisekunden das schützende Luftkissen vor dem Fahrer aufgeblasen. 150 Millisekunden später ist der Luftsack schon wieder leer.

Das geht alles so schnell, daß Sie kaum merken, was passiert ist.

Zusammen mit dem Gurtstraffer ist dieses elektronisch gesteuerte Sicherheitssystem, das vielleicht Ihr Leben retten kann, nur ein Beispiel für den sinnvollen Einsatz der Mikroelektronik im Automobil.

Ein weiteres ist das Anti-Blockier-System (ABS), mit dem alle unsere PKW mit 6- und 8-Zylinder-Benzinmotoren serienmäßig ausgerüstet sind.

Die Mikroelektronik hilft aber nicht nur, die Sicherheit zu erhöhen, sondern auch Kraftstoff zu sparen und die Umwelt zu schonen. Der serienmäßige Einbau des Drei-Wege-Katalysators in alle Mercedes-Benziner verdeutlicht dies.

Schon immer haben unsere Ingenieure ihr Ziel darin gesehen, mit neuen Ideen und technologischen Innovationen die Entwicklung des Automobils voranzutreiben und intelligente Lösungen für die Zukunft zu finden.

Wir werden unsere Automobile in Qualität und Technik weiter verbessern und sie damit noch attraktiver machen.

So gesehen, ist der Kauf eines Mercedes nicht nur eine sichere Sache, sondern auch eine Investition in die Zukunft.





## Renten weiterhin abwartend

Der vorangehende leichte Renditeerückgang am US-Bondmarkt wurde von den deutschen Renditenhändlern zwar mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, führte aber nicht zu entsprechenden Kaufoptionen bei den deutschen öffentlichen Anleihen. Daher blieb die Tendenz uneinheitlich. Die letzte, über zehn Jahre laufende Bundesanleihe, wurde sogar noch um 0,50 Prozentpunkte zurückgenommen. Am Pfandbriefmarkt hat sich die Stimmung zwar gebessert, doch veränderten sich die Renditen kaum.

### Bundesanleihen

| Währung | Laufzeit | 10.9.86 | 11.9.86 |
|---------|----------|---------|---------|
| DM      | 10 Jahre | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 5 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 2 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Jahr   | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 6 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Monat  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Woche  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Tag    | 10,25   | 10,25   |

### Industrieanleihen

| Währung | Laufzeit | 10.9.86 | 11.9.86 |
|---------|----------|---------|---------|
| DM      | 10 Jahre | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 5 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 2 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Jahr   | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 6 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Monat  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Woche  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Tag    | 10,25   | 10,25   |

### Optionscheine

| Währung | Laufzeit | 10.9.86 | 11.9.86 |
|---------|----------|---------|---------|
| DM      | 10 Jahre | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 5 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 2 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Jahr   | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 6 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Monat  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Woche  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Tag    | 10,25   | 10,25   |

### Länder - Städte

| Währung | Laufzeit | 10.9.86 | 11.9.86 |
|---------|----------|---------|---------|
| DM      | 10 Jahre | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 5 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 2 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Jahr   | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 6 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Monat  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Woche  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Tag    | 10,25   | 10,25   |

### Sonderanleihen

| Währung | Laufzeit | 10.9.86 | 11.9.86 |
|---------|----------|---------|---------|
| DM      | 10 Jahre | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 5 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 2 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Jahr   | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 6 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Monat  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Woche  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Tag    | 10,25   | 10,25   |

### Bundesanleihen

| Währung | Laufzeit | 10.9.86 | 11.9.86 |
|---------|----------|---------|---------|
| DM      | 10 Jahre | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 5 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 2 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Jahr   | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 6 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Monat  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Woche  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Tag    | 10,25   | 10,25   |

### Industrieanleihen

| Währung | Laufzeit | 10.9.86 | 11.9.86 |
|---------|----------|---------|---------|
| DM      | 10 Jahre | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 5 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 2 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Jahr   | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 6 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Monat  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Woche  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Tag    | 10,25   | 10,25   |

### Optionscheine

| Währung | Laufzeit | 10.9.86 | 11.9.86 |
|---------|----------|---------|---------|
| DM      | 10 Jahre | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 5 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 2 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Jahr   | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 6 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Monat  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Woche  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Tag    | 10,25   | 10,25   |

### Länder - Städte

| Währung | Laufzeit | 10.9.86 | 11.9.86 |
|---------|----------|---------|---------|
| DM      | 10 Jahre | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 5 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 2 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Jahr   | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 6 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Monat  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Woche  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Tag    | 10,25   | 10,25   |

### Sonderanleihen

| Währung | Laufzeit | 10.9.86 | 11.9.86 |
|---------|----------|---------|---------|
| DM      | 10 Jahre | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 5 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 2 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Jahr   | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 6 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Monat  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Woche  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Tag    | 10,25   | 10,25   |

### Bundesanleihen

| Währung | Laufzeit | 10.9.86 | 11.9.86 |
|---------|----------|---------|---------|
| DM      | 10 Jahre | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 5 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 2 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Jahr   | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 6 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Monat  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Woche  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Tag    | 10,25   | 10,25   |

### Industrieanleihen

| Währung | Laufzeit | 10.9.86 | 11.9.86 |
|---------|----------|---------|---------|
| DM      | 10 Jahre | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 5 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 2 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Jahr   | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 6 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Monat  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Woche  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Tag    | 10,25   | 10,25   |

### Optionscheine

| Währung | Laufzeit | 10.9.86 | 11.9.86 |
|---------|----------|---------|---------|
| DM      | 10 Jahre | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 5 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 2 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Jahr   | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 6 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Monat  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Woche  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Tag    | 10,25   | 10,25   |

### Länder - Städte

| Währung | Laufzeit | 10.9.86 | 11.9.86 |
|---------|----------|---------|---------|
| DM      | 10 Jahre | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 5 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 2 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Jahr   | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 6 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Monat  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Woche  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Tag    | 10,25   | 10,25   |

### Sonderanleihen

| Währung | Laufzeit | 10.9.86 | 11.9.86 |
|---------|----------|---------|---------|
| DM      | 10 Jahre | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 5 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 2 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Jahr   | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 6 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Monat  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Woche  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Tag    | 10,25   | 10,25   |

### Bundesanleihen

| Währung | Laufzeit | 10.9.86 | 11.9.86 |
|---------|----------|---------|---------|
| DM      | 10 Jahre | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 5 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 2 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Jahr   | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 6 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Monat  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Woche  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Tag    | 10,25   | 10,25   |

### Industrieanleihen

| Währung | Laufzeit | 10.9.86 | 11.9.86 |
|---------|----------|---------|---------|
| DM      | 10 Jahre | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 5 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 2 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Jahr   | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 6 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Monat  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Woche  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Tag    | 10,25   | 10,25   |

### Optionscheine

| Währung | Laufzeit | 10.9.86 | 11.9.86 |
|---------|----------|---------|---------|
| DM      | 10 Jahre | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 5 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 2 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Jahr   | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 6 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Monat  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Woche  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Tag    | 10,25   | 10,25   |

### Länder - Städte

| Währung | Laufzeit | 10.9.86 | 11.9.86 |
|---------|----------|---------|---------|
| DM      | 10 Jahre | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 5 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 2 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Jahr   | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 6 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Monat  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Woche  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Tag    | 10,25   | 10,25   |

### Sonderanleihen

| Währung | Laufzeit | 10.9.86 | 11.9.86 |
|---------|----------|---------|---------|
| DM      | 10 Jahre | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 5 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 2 Jahre  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Jahr   | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 6 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 3 Monate | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Monat  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Woche  | 10,25   | 10,25   |
| DM      | 1 Tag    | 10,25   | 10,25   |

Wir trauern um Herrn Landwirt

## Heinrich Sperling

der am 5. September 1986 im 73. Lebensjahr verstorben ist.

Herr Sperling war Mitglied des Aufsichtsrates der Central-Tierversicherung in Hildesheim und nach Übernahme dieser Gesellschaft durch uns Mitglied unseres zentralen Beirates.

Mit seinem von uns sehr geschätzten, auf reichen Erfahrungen als hervorragender Pferdezüchter beruhenden klugen Rat hat er unsere Arbeit besonders in Niedersachsen maßgeblich unterstützt.

Wir werden dem hochgeschätzten Freund ein ehrendes Andenken bewahren.

Aufsichtsrat, Beirat und Vorstand  
der  
**VEREINIGTE TIERVERSICHERUNG**  
Gesellschaft a. G.  
Wiesbaden

Sie wohnen in

# Großbritannien

und wollen in der WELT inserieren? Dann wenden Sie sich bitte an folgende Anschrift:

The Axel Springer  
Publishing Group,  
Kristian Wentzel  
58 Jermyn Street,  
London SW1Y 6PA  
Tel.: 499/2994/5  
Telex: 267627

**DIE WELT**  
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

**WELT SONNTAG**

## Dr. jur. Wolfgang Gercken

Träger des Bundesverdienstkreuzes  
\* 8.4.1909 † 7.9.1986

ist nach langer, tapfer ertragener Krankheit sanft entschlafen.

In stiller Trauer  
Hella Gercken geb. Castrius  
Lina Gercken  
Achim Gercken und Liann Khakhsouri

5800 Hagen 1, Wittekindstraße 50  
Dortmund und Los Angeles

Auf Wunsch des Verstorbenen hat die Trauerfeier im engsten Familienkreis stattgefunden.

Anstelle von evtl. zugeordneten Kränzen oder Blumen wird eine Spende für die Kinderdörfer Weidenstein (Konto-Nr. 100 000 151 Sparkasse Hagen, BLZ 450 500 01) gebeten.

## Familienanzeigen und Nachrufe

Können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Tel.: Hamburg (0 40) 3 47 - 43 80  
Berlin (0 30) 25 91 - 29 31  
Kettwig (0 20 54) 5 18 und 5 24

Telefax: Hamburg 02 17 001 77 as d  
Berlin 01 84 611  
Kettwig 08 579 104

## Polizeipublikation

### sucht Anzeigenvertreter/in

für PLZ-Gebiete 2 - 3 - 4 - 5 - 6 - 7. Objekt erscheint monatlich, bundesweit, Gebietsschutz und gute Provision.

Bewerbungen bitte an unseren Agenten unter  
Telefon 02 11 15 39 32.

### USA-Versandhandel

Wir suchen Artikel/Vertreter  
für den US-Markt  
YAC International Trade Inc.  
P. O. Box 42 21  
Laguna Beach/CA 92 653  
Vorab-Info: BRD Tel. 0 40 / 43 58 04

### Vertriebspartner in Düsseldorf

Wir sind ein in D'ort etabliertes Unternehmen, das sich mit dem Vertrieb von Spezialbaustoffen u. Bauteilen befasst. Eine Bau- bzw. Montageabteilung ist angegliedert. Zur Abrundung unserer Vertriebspalette suchen wir Verbindung zu Unternehmen, die diese Interessen im Raum D'ort gut vertreten wissen möchten. Repräsentative Büroräume, ausreichende Lagermöglichkeiten und Fuhrpark sind vorhanden.

Zuschr. unt. H 5056 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Handelsvertreter

die für Food u. Nonfood gute Kontakte zu  
**Kaufhäusern und Handelsketten**  
haben. Über unsere Auslandsbeziehungen können wir Ihnen auch  
Vertretungen aus anderen Branchen anbieten.

Zuschriften unter H 4455 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

### Ihr Repräsentant in Hamburg und London

Unternehmensberater, 45 J., verbandungslos in Englisch und  
Französisch, Rechts- und Steuerkenntnisse, Managementfahrung,  
seit Jahren für Mittelstandsunternehmen auf Geschäftsleitungsebene  
international tätig, vertritt die Interessen in Norddeutschland  
und Großbritannien. Gedacht ist an die zuverlässige, erledigung  
vertraulicher Vorgänge - keine Handelsvertretung.

Zuschriften erbeten unter H 4980 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,  
4300 Essen.

Wir sind eine erfolgreiche, durch seriöse Leistung bundesweit anerkannte Personalberatungs-  
gesellschaft. Zur Erweiterung unserer Beratungskapazität bieten wir

## selbständigen Personalberatern

eine zukunftsorientierte und erfolgreiche Kooperation. Mit dem Einsatz unserer Leistungsprogram-  
me kann das Gebiet der Personalentwicklung bei guter persönlicher Einsatz ca. DM  
200.000,- pro Jahr. Ein Kapitaleinsatz in Höhe von DM 80.000,- ist erforderlich. Wir sind auf  
einer Kooperation mit erfahrenen Personalfachleuten/Personalleitern interessiert, die ihren zukünftigen  
Markt kennen.

Wenn Sie wirklich interessiert sind, schreiben Sie uns unter N 4994







W. A. Boelcke über die „Kosten von Hitlers Krieg“

## Zweimal 700 Milliarden

Will A. Boelcke ist für denjenigen, der sich mit der deutschen Rüstungswirtschaft von 1939 bis 1945 beschäftigt, kein Unbekannter. Er hat sich auf diesem Gebiet durch mehrere Publikationen einen Namen gemacht. Sein jüngstes Buch, die „Kosten von Hitlers Krieg“, stellt wohl die Krönung seiner bisherigen Forschungsarbeit dar. Das Werk ist sowohl von erschlossenen Quellenmaterial als auch vom Ergebnis her geeignet, bisher offene Fragen über Wirtschaft und Rüstung von 1939 bis 1945 schlüssig zu beantworten und der Forschung auf diesem Gebiet neue Impulse zu geben.

Seine Thesen wirken um so überzeugender, als Boelcke auch diesmal

rund 700 Mrd. RM. Die Kriegsfolgekosten dürften noch einmal die gleiche, schwindelerregende Summe erreicht haben. Daß das mit den klassischen Staatseinnahmen, etwa mit Steuern und Zöllen, nicht zu finanzieren war, liegt auf der Hand.

Seite für Seite weist der Autor nach, wie Hitler die Staatsverschuldung von 1938 an für militärische Zwecke immer höher trieb, wie das ganze Arsenal dirigistischer Maßnahmen zum Aufbau einer immer monströser werdenden staatlichen Planwirtschaft genutzt wurde, bis sie schließlich im Kompetenzwirrwarr der zuständigen Ämter selbst ad absurdum führte. Da der zivile Konsum gedrosselt werden mußte, entstand ein Kaufkraftüberhang riesigen Ausmaßes. Dieses Geld floß auf die Sparkonten – und von dort in die Staatskassen zur Kriegsfinanzierung. Hitler, so Boelcke, könne das fragwürdige Verdienst für sich in Anspruch nehmen, die erste „zurückgestaute Papiergeldinflation der Weltgeschichte“ auszulösen zu haben.

Diese Aussage ist in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Sie erklärt zunächst einmal, weshalb der Verfasser seine Untersuchung nicht mit dem Jahre 1945 abschließt. Was die Deutschen in den ersten Nachkriegsjahren erleiden mußten, war nicht nur auf die Absicht der Alliierten zurückzuführen, sie für ihre Freveltaten büßen zu lassen.

Und ein Zweites: Boelcke vermag die These, daß Hitler 1939 den Krieg haben führen müssen, um den voraussehbaren Staatsbankrott durch Beutegüter zu vermeiden, zu widerlegen. Ohne Krieg hätte sich, da die Staatsnachfrage die Hauswirtschaft überforderte, die Inflation wohl vermeiden lassen.

Offensichtlich, so Boelckes Fazit, zählten sich Kriegsökonomisch nicht aus, auch nicht für den Sieger. Boelcke ist es jedenfalls gelungen, den Zusammenhang zwischen der monetären und der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung von 1933 bis 1945, ja bis zur Gegenwart, und Hitlers bedenkenlosem Raubbau an der deutschen Volkswirtschaft klar herauszuarbeiten.

PHILIPP W. FABRY

Will A. Boelcke: Die Kosten von Hitlers Krieg. Kriegsfinanzierung und finanzielles Kriegserbe in Deutschland 1933–1945. Sammlung Schönberg zur Geschichte und Gegenwart, Schöningh Verlag, Paderborn, 220 S., 48 DM.

## Buch des Tages

seiner Auffassung treu geblieben ist, daß moralisierendes Elfertertum und Ideologisierung wenig dazu beitragen können, die Wahrheit über das Dritte Reich zutage zu fördern. Der Verfasser glaubt vielmehr, daß es in erster Linie darauf ankomme, Daten und Fakten zu präsentieren und behutsam zu analysieren. Nicht alle Zeithistoriker beherzigen diese einleuchtende Regel.

Wer allerdings glaubt, daß Boelckes Methode dazu führe, daß die notwendige Wertung auf der Strecke bleibe, der irrt. Nichts wirkt überzeugender als der in diesem Buch anhand unanfechtbarer Quellenmaterials geführte Nachweis, wie skrupellos die NS-Führung, um ihre Ziele durchzusetzen, mit dem Volksvermögen umging. Dem Autor gelingt der Nachweis, daß wir noch heute unter den Folgen des durch hervorgerufenen Staatsbankrotts ungleichen Ausmaßes zu leiden haben. Der angelegte Schaden war übrigens so groß, daß er auch dann in den Ruin geführt hätte, wenn der Zweite Weltkrieg für die Deutschen ein glimpfliches Ende genommen hätte.

Was kostete Hitlers Krieg? Boelcke bezieht die Ausgaben für die Zeit vom 1. 9. 1939 bis zum 8. 5. 1945 auf



Mehr städtebauliche Installation als Plastik: „Wildgewordene Fußgängerüberwege“ von Ueli Berger aus der Skulpturen-Ausstellung in Biel

Postenlauf durch die Innenstadt: Achte Schweizer Plastikausstellung in Biel

## Wenn Kanus über das Wasser fliegen

Bildhauerei sei „l'art social par excellence“, sagte 1964 Marcel Joy, der Begründer der Schweizerischen Plastikausstellung (SPA) in Biel. Dreidimensionale Kunst in ihrem sozialen Umfeld will denn auch der Architekt Niklaus Morgenthaler zeigen, der als künstlerischer Leiter die achte Auflage dieser Ausstellung geprägt hat.

Als Standort hat er bewußt nicht mehr die grüne Wiese am Bieler See gewählt und auch nicht die idyllische Altstadt, sondern das belebte Geschäftszentrum mit seinem Gemisch alter und neuer Architektur. Darin sollen sich die Kunstwerke hauptsächlich in Alltagsleben der Bewohner integrieren. Denkste! Geben

Ausgewählt wurden dann auch selten Skulpturen im eigentlichen Sinn, öfter städtebauliche Installationen. Und zwar von einer ungewöhnlich strengen Jury, die von den anfänglich 800 Interessenten in der dritten Runde nur noch 34 zurückbehielt. Die meisten prominenten Schweizer Plastiker haben sich gar nicht beworben, vielleicht abgeschreckt durch das (inzwischen mehr oder weniger vergessene) Ausstellungsthema „Arbeit“.

Dafür kommt viel Nachwuchs erstmals zum Zug – wenn auch fast nur aus der deutschen Schweiz.

Nur entspricht das Resultat leider nicht den Erwartungen: Die auf einem viel zu großen Areal ohne Orientierungshilfe verstreuten Wege prägen das Stadtbild kaum, sondern gehen zwischen Kommerz und Verkehr oft einfach unter. Oder schlummern abseits auf einem Schulhof.

So wird denn der Ausstellungsrundgang zu einer Art Postenlauf (nach einem im „Volkshaus“ erhältlichen Übersichtskärtchen). Dabei findet man neben Unausgegessenen, antiquierten und dümmlichen immer wieder eindrucksvolle, poetische und wirrige Werke. Dazu gehören die „Baustelle“ (Ludwig Stocker) und die wildgewordene „Fußgängerstraße“ (Ueli Berger) am Zentralplatz, die als asphaltisierende Bodenspirale (Franz Pöschinger) und der von Metallkanal begrenzte „Luftkubus“ (Matias Spescha) beim Dufour-Schulhaus.

Neue Raumerfahrungen vermitteln umfangreiche Werke wie die durchganglose „Einsiedel“ (Kurt Si-

grist), eine monumentale Holzplastik aus acht Kegeln (Jürg Altherr) oder eine Straßeninstallation aus zwei Bretterwänden (Burkhard Haerle/Schneidensum). Ansprechend auch die „Tierbehausungen“ (Peter Tschann) und die „Münchhausenleiter“ (Peter Wenger), die über dem Schüss-Kanal schwebenden Kanus (Roman Signer) oder die ausufernden Gartenbänke (Jean Scheurer).

Ein paar der sensiblen Beiträge muß man vorher kennen, um sie überhaupt wahrzunehmen: Linienzeichnungen im Asphalt (Corrin Fontana), Rostspuren auf einer Fassade (Spallo Kolb) oder die spiegelnden Metallstreifen an rund sechs Häusern (Gunter Frenzel). Obwohl vom Künstler nicht dafür gedacht, dienen sie doch als Wegweiser bei der Bieler Kunstschau.

Im (für die Dauer der Ausstellung wieder in Betrieb genommenen) „Volkshaus“ läßt sich an Hand der ausgestellten Kunstprojekte der schwierige Weg von der Idee zur Realisation nachvollziehen (bis 13. Oktober, kein Katalog).

MARIE-LOUISE ZIMMERMANN

Reiches literarisches Leben im Samisdat der CSSR

## Ein Hymnus mit Perlen

Trotz aller Bemühungen tschechoslowakischer Behörden, die Herausgabe von Samisdat-Literatur zu verhindern, wird die Vielfalt der inoffiziell erscheinenden Schriften in Prag, Brunn und Preßburg immer bunter. Sie umfaßt mittlerweile sämtliche literarischen Genres, vom Gedicht bis zur wissenschaftlichen Dissertation.

Einer der meistgelesenen Autoren der Samisdat-Literatur ist der heute 45 Jahre alte Dichter Petr Kabes. Mitte der sechziger Jahre leitete er die Zeitschrift für moderne Literatur „Selfy“ (Hefte), die nur wenige Wochen nach der Machtergreifung Gustav Husaks im April 1969 verboten wurde. Als Samisdat erschienen dann unter dem Titel „Při věc“ seine Gedichte aus den Jahren 1979 bis 1985; Jaroslav Seifert, der Nobelpreisträger, hat sie noch gelesen und bewundert.

Ein weiterer Samisdat-Post mit großem Leserspruch ist Albert Kaufmann (Pseudonym), von dem bereits eine zweite Samisdat-Sammlung unter dem Titel „Záznaky“ (Anmerkungen) erschien. Sensation machte auch der Samisdat-Verbleibene Fotografien“ eines unbekannten Autors. Das über zweihundert Seiten starke Typoskript beschreibt die Atmosphäre der Gefängnisse und Lager so eindrucksvoll, daß man vermuten darf, der Verfasser sei ein ehemaliger politischer Häftling.

Vier Samisdat-Essays des führenden tschechischen Philosophen Zdeněk Neubauer haben den Titel „Das Sein und die Subjektivität“. „Das Festmahl“ ist ein philosophischer Sammelband, der bereits als der 209. Titel der Samisdat-Edition „Expedice“ (Expedition) erschienen ist. Er wurde von Václav Havel redigiert und ist dem verstorbenen Philosophen und einem der ersten Sprecher der Bürgerrechtsbewegung Charta 77, Professor Jan Patočka, gewidmet. Bemerkenswert ist, daß darin neben in der CSSR lebenden Philosophen auch führende Exilwissenschaftler vertreten sind, u. a. Radim und Mojmir Palouš, Miroslav Petříček, Ladislav Hejzlmánek, Ivan Svíták.

Um die Lücken im offiziellen Angebot westlicher Werke wenigstens einmaßen schließen zu können, bringt der Samisdat (im „Raubdruck“, doch wohl mit Billigung der betroffenen Autoren) auch viele wichtige Werke aus dem westlichen Ausland heraus. So erschien der „Hymnus über die Perle“ von Czesław Mi-

łosz, dem in den Vereinigten Staaten lebenden polnischen Literaturnobelpreisträger. Des weiteren etwa C. G. Jungs „Analytische Psychologie und Weltanschauung“ und die „Übersicht über die jüdische Literatur“ von Günter Stemberger.

Zahlreich sind die wissenschaftlichen Zeitschriften, die in Samisdat-Ausgaben vertrieben werden. Mittlerweile ist schon die vierte Nummer der Revue „Mileuropa“ zu haben, die sich zur Aufgabe gestellt hat, die Symbiose der tschechischen und westeuropäischen Kultur und Wissenschaft, die durch den Eingriff der kommunistischen Kulturideologien unterbrochen wurde, fortzusetzen. In der letzten Nummer findet man eine Studie des katholischen Philosophen Václav Benda über „Christentum und Politik“, die Übersetzung eines Artikels des französischen Philosophen André Glucksmann, ein Interview mit Golo Mann und ein Kapitel aus dem Buch des österreichischen Historikers Adam Wandruszka über die Habsburger.

Die Zeitschrift „Komentáře“ (Komentare) trägt den Untertitel „Zeitschrift für internationale Politik“. Ständiger Mitarbeiter ist hier der ehemalige Außenminister der Dubček-Ära Jiří Hájek und die Journalisten Jiří Dienstbier und Luboš Dobrovský. Auch „Komentáře“ bringen in jeder Nummer einige Übersetzungen. So in der letzten Ausgabe einen Beitrag des polnischen Bürgerrechtlers Jacek Kuron.

„Praktische Kommunikation“ (Prager Kommunikationen) ist der Titel einer literarischen Revue, die Beiträge christlich orientierter Autoren veröffentlicht. Seit 1984, als der erste Band erschien, bringt sie Arbeiten vor allem jüngerer, nonkonformistischer Schriftsteller, z. B. Gedichte von Petr Krejčík, Josef Mlejnek oder Jiří Červený. In den letzten Ausgaben überwiegen literaturkritische und literaturhistorische Beiträge, wie die Studie des mährischen Literaturhistorikers Jiří Olt über den katholischen Dichter Jakub Deml, der aus der offiziellen Literaturgeschichte verbannt wurde. Philosophische und kunsthistorische Beiträge – darunter Übersetzungen französischer und polnischer Autoren – sowie Nachdrucke aus literarischen Zeitschriften der Zeit vor der kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948 runden das Bild ab.

RUDOLF STRÖBINGER

Teilzeitarbeit in Deutschland selten gefragt – Flexibilität wird gefordert, nicht Illegalität gefördert

## Jobs für Lebenskünstler, Freiheit statt Sicherheit

In Kanada und in den USA sind es etwa fünfzehn, in England schon mehr als achtzehn Prozent aller Berufstätigen, die Teilzeitarbeit ausüben. Nach Ermittlungen des Internationalen Arbeitsamtes in Genf (IAA) weisen die Statistiken der Niederlande inzwischen den fünften, in Schweden gar jeden vierten Erwerbsbürger als Teilzeitarbeiter aus, während die Bundesrepublik mit weniger als zehn Prozent an der Gesamtzahl aller Beschäftigten weit hinten liegt.

Teilzeitarbeit, eine Tätigkeit, die sich nicht am normalen Achtstundentakt orientiert, widerspricht dem deutschen Ordnungssinn. Darüber hinaus werden aber auch vitale Interessen der Gewerkschaften tangiert: Nur schwer lassen sich Beschäftigte auf Zeit in Tarifverträge zwingen. Sie zeigen durchweg wenig Spartenbewußtsein und selten Solidarität mit dem Gros der anderen, handeln ihre Arbeitsbedingungen frei für sich selber aus – oder müssen sich aus einer Position der Schwäche ungünstigen Konditionen der Vermittlerfr-

men für menschliche Arbeitskraft unterwerfen.

„Ein wesentlicher Umstand, der die illegale Beschäftigung und organisierte Schwarzarbeit fördert, besteht ja gerade darin, daß die Gewerkschaften der DGB die erlaubte Teilzeitarbeit diskriminieren und bekämpfen“, äußerte kürzlich Werner Then, Geschäftsführer der deutschen Niederlassung des internationalen Zeitar-

beits-Multis Handstad, der ein Kartellverfahren gegen die IG Handel, Banken und Versicherungen angestrengt hat: Unverhohlen fordert die Gewerkschaftsspitze ihre Betriebsräte auf, den Einsatz von Zeitarbeitspersonal zu verhindern und begründet – nach Ansicht führender Vertreter der Branche – damit den Abschluß von Scheinverträgen und ein weiteres Vordringen von Illegalen auf dem Arbeitsmarkt.

Was wunder, daß sich ein gewisser

Enthüllungsjournalismus unserer Tage der brisanten Thematik gern annimmt – und nicht erst seit Wallraff. Immer wieder umkreisen Reportagen die sinistren Praktiken sinistrierter Agenturen bei der Vermarktung der Not Abgewrackter, der Naivität allzu leichtgläubiger Menschenvermeier, die auf die schnelle Mark aus sind und in aller Regel gerade noch rechtzeitig vor einem Zugriff der Gewerkschaftsaufsicht untertauchen.

Zwar sind nur 70 der insgesamt 2000 Zeitarbeit-Unternehmen im „Bundesverband Zeitarbeit“ organisiert, doch verfährt die weitaus größere Mehrzahl kleiner oder winziger Firmen auch ohne dieses Gütesiegel korrekt und meldet ihre Arbeitnehmer ordnungsgemäß an, versichert und versteuert sie. Bei deutlich zunehmenden Interesse an Teilzeittätigkeiten führen diese seriösen Unternehmen schon etwa siebzehntausend Beschäftigte aus Dutzenden Berufen in ihren Vermittlungslisten. Nach Abzug der Vermittlungsprovision der Agentur arbeiten Teilzeitarbeiter zwar

für einen niedrigeren Lohn als das Stammpersonal, dafür aber im Baustein, immer neue berufliche Erfahrungen machen zu können und nicht bis an die Pensionsgrenze bei einem einzigen Betrieb an einen Scheinfortschritt gebunden zu sein.

Jobs für Lebenskünstler – zumindest aber für Flexible, denen persönliche Freiräume mehr bedeuten als die Einbindung in perfekte Sicherungssysteme. Oder wer könnte es sich sonst noch leisten, wie die Berliner Sekretärin Gisela W. zu reagieren: „Ich hab auch schon zu zwei, drei Stellen gesagt: Da möchte ich nicht hingehen.“ Erfahrungen der Gisela W., die sich inzwischen mehr als fünf Jahre als Teilzeit-Bürokraft verdient hat. „Ich war auch mal in einem großen Kaufhauskonzern, in der Personalabteilung. Meine Arbeit hat mir Freude gemacht, aber der Ton, der da herrschte... Es war so schlimm, daß ich zu den Kolleginnen gesagt habe: Für mich – die Chefin nicht und habe mir was anderes zuweilen lassen.“

HANS NERTH

## KRITIK

## Empörung und Gleichgültigkeit

Die bedrückenden Bilder der ZDF-Reportage Viva Chile, carabambá (ZDF) kennt in Chile nur, wer den Protest und die Repression selber erlebt hat. Daß da die Witwen der „degollados“ jeden Freitag vor dem Präsidentenpalast demonstrieren, wird vom chilenischen Fernsehen verschwiegen.

Für das im März 1985 begangene Verbrechen an José Manuel Parada, Santiago Natio und Manuel Guerrero, die entführt und mit einem Schnitt durch die Kehle ermordet wurden, ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der inzwischen aufgelöste Geheimdienst der Carabineros, „Dicomcar“, verantwortlich. Die Empörung über die Bluttat hatte im vergangenen Jahr den Rücktritt von General César Mendoza, zum Junta-Vizepräsidenten der Carabineros, zur Folge. Seine Abdankung kann als Geständnis gewertet werden.

Die unter riskanten Umständen gedrehte Fernsehreportage aus dem winterlichen Santiago vermittelt auch einen Eindruck von der Kluft, die zwischen den unbetroffenen und gleichgültigen Chilenen und jenen besteht, die sich über die Brutalität empören. Denn trotz der von Unifor-

mierten ausgehenden Gewalt, ist die tägliche Verletzung der Menschenrechte für überraschend viele Chilenen immer noch kein Thema. Bis heute glauben vielen Chilenen nach hundert Jahren von Kirche minutiös recherchierten Berichten über Folter und Mißhandlung nicht. Und das, obwohl im Dezember 1985 auch die langjährige Justizministerin des Regimes und Cousine Pinochets, Mónica Madariaga, in einem Interview der heute verbotenen Zeitschrift „Andrés“ erklärte, alle Menschenrechtsverletzungen, die sie bis dahin als „Erfindung des Marxismus“ abtat, nun als Tatsache erkannt zu haben.

Sie sei, so Frau Madariaga, vom Geheimdienst hinter das Licht geführt worden. Ihr patetischer Ausruf „Hier bin ich, richtet mich!“ machte bei Regimeanhängern jedoch wenig Eindruck. Die bis dahin als Scharfmacherin bekannte Frau wurde vielmehr als „unausgeglicher Charakter“ abgetan.

Die Bilder vom Schicksal der unerschrockenen Witwen, die uns in unserem Fernsehen gezeigt wurden, würden vielen Duldern des Regimes in Chile etwas von ihrem tiefen Mißtrauen gegen die Opposition nehmen. Die seit dem Wahlkampf von 1970 andauernde erbitterte Auseinandersetzung zwischen den politischen Lagern hat jedoch das Gefühl für Recht und Unrecht abgestumpft.

Die Furcht vor gewalttätigen Protesttagen und der Terrororganisation „Frente Patriótico Manuel Rodríguez“, die sich die kommunistische Partei nach ihrer Entscheidung für den „gewaltsamen Weg“ als „bewaffneten Arm“ schuf, erfüllt auch die gemäßigte Opposition. Sie bringt nicht die Kraft auf sich sowohl gegen den Terror von Links als auch gegen den Diktator durchzusetzen. Deshalb dürfte nach dem Attentat auf General Pinochet die politische Polarisierung noch zunehmen. FLORIAN NEHM

## Wie Freiburg die Welt bestimmt

Hat eine Sendung den anspruchsvollen Titel Wie Denken die Welt bestimmt (ZDF), reibt man sich nach einer halben Stunde doch ein bißchen die Augen, wenn die zu Wort gekommenen Wissenschaftler folgen: waren zwei vom alternativen Freiburger Öko-Institut (das der „Spiegel“ mit einer „Hippie-Wohngemeinschaft“ vergleicht), der einschlägig bekannte Professor Klaus Traube, eine Dame von bisher wenig beachtetem Wiener „Europäischen Zentrum für soziale Wohlfahrt“ und der Hamburger Wissenschafts-Senator Meyer-Abich. Sonst niemand – also keiner von den „etablierten“ Wissenschaftlern, denen dann auch laufend Kapitalhörigkeit vorgeworfen wurde. Es

ging darum, „wie die Wissenschaft unser Umweltbewußtsein bestimmt“ (Moderator Ingo Hermann), und war kaum mehr als ein Loblied auf die Streiter vom Freiburger Öko-Institut, das „Argumente an die betroffene Bevölkerung liefert“.

Und sich dabei auch den „sozialen Schutzinteressen“ verpflichtet fühlt, wie zu hören war. Und die sind offenbar in großer Gefahr – bedroht von der bösen Politik, die maskenhaft dargestellt wurde, den Atomkraftwerken natürlich („Kathedralen“) und der Polizei, der, wie es hieß, „Rationalität und Angst... den Gummiknüppel in die Hand gedrückt haben“.

Der Film war ein Paradebeispiel auch dafür, wie man mit Schnitten, unterlegter Musik und Bilderauswahl im Fernsehen arbeiten kann. Untergrundschwanger die Töne bei der Kamerafahrt vorbei an der Kathedrale, die Polizei, die Sitzblockierer wegträgt, ein wenig schneller als in Wirklichkeit – dann herrliche Landschaftsbilder, wenn von der guten, der alternativen Wissenschaft die Rede war. Denn sie ist „frei und unabhängig“. Oder, wie Meyer-Abich sagte (seine Hamburger Unis werden verdrängt): Man könne die Probleme der Technik nicht mit derselben Wissenschaft lösen, die sie verursacht hätten. Wie doch manchmal Einseitigkeit das Denken bestimmt. da

| ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM                                                                                                                                                                                                                  |                                        |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------|
| 9.45 Info: Arbeit und Beruf                                                                                                                                                                                                                 | 12.00 Umkleekabinen                    |
| 10.00 heute                                                                                                                                                                                                                                 | 12.10 Konkrete D                       |
| 10.05 Die Michael Schenker Show                                                                                                                                                                                                             | 12.55 Presseschau                      |
| 10.20 Dot und der Käseberg                                                                                                                                                                                                                  | 13.00 heute                            |
| 9.00 Nachrichtensendung und Debatte                                                                                                                                                                                                         | 15.05 Moritz und die Dämonen           |
| Aus dem Bundestag                                                                                                                                                                                                                           | 15.25 Der Wachsler Kessel              |
| 17.10 Es war einmal ein Baum                                                                                                                                                                                                                | 15.30 heute                            |
| Zeichentrickfilm                                                                                                                                                                                                                            | 16.04 Auf Südpazifik bei Miltaschen    |
| 17.20 So sind Kinder                                                                                                                                                                                                                        | Entwicklungshelfer in Ruanda           |
| Die Baustelle                                                                                                                                                                                                                               | Anschl.: heute-Schlagzeilen            |
| 17.25 Aus, Giro und Co.                                                                                                                                                                                                                     | 16.35 Kippenstern aus dem Schotterfeld |
| Skizze für einen Tag                                                                                                                                                                                                                        | 16.40 heute / Aus den Ländern          |
| 17.45 Tages                                                                                                                                                                                                                                 | 17.00 heute / Aus den Ländern          |
| 17.55 Regionalprogramme                                                                                                                                                                                                                     | 17.15 Tele-Miniatur                    |
| 20.00 Tagesschau                                                                                                                                                                                                                            | 17.45 Der rote rote Panther            |
| 20.15 Verliehen und verkauft                                                                                                                                                                                                                | Anschl.: heute-Schlagzeilen            |
| Zeitschrift in Deutschland                                                                                                                                                                                                                  | 18.00 heute                            |
| Film von Volker Hertel und Hans-Carl Schultze                                                                                                                                                                                               | 18.05 heute                            |
| 21.00 Der 7. Sin                                                                                                                                                                                                                            | 18.10 heute                            |
| 21.05 Schlußwörter                                                                                                                                                                                                                          | 18.15 heute                            |
| Kabarettentendenz von und mit                                                                                                                                                                                                               | 18.20 heute                            |
| Dieter Hildebrandt                                                                                                                                                                                                                          | 18.25 heute                            |
| Regie: Catherine Milville                                                                                                                                                                                                                   | 18.30 heute                            |
| 22.00 Titel, Themen, Temperamente                                                                                                                                                                                                           | 18.35 heute                            |
| 22.20 Tagesschau                                                                                                                                                                                                                            | 18.40 heute                            |
| 22.30 Tagesschau                                                                                                                                                                                                                            | 18.45 heute                            |
| 22.35 Tagesschau                                                                                                                                                                                                                            | 18.50 heute                            |
| Von Daniel Christoff                                                                                                                                                                                                                        | 18.55 heute                            |
| Regie: Peter Beauvais                                                                                                                                                                                                                       | 19.00 heute                            |
| In diesem Film erzählt Daniel Christoff die Geschichte eines Alkoholikers, der nach einer Entlassung aus der Haft ein „normales“ Leben führen möchte. Für seine schaupeisernen Leistung erhielt Günter Lamprecht 1978 die „Goldene Kamera“. | 19.05 heute                            |
| 0.45 Tagesschau                                                                                                                                                                                                                             | 19.10 heute                            |
| 0.50 Tagesschau                                                                                                                                                                                                                             | 19.15 heute                            |

## III.

## WEST

18.50 Die Sendung mit der Maus

19.00 heute

Bürgerinfo: 021 / 23 64 53

19.05 Fensterprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 Geacht und Majestät

Deutscher Spielfilm (1949)

Mit Lotte Koch, Hermann Speel-

mann, Cornelia Horn, Willy Mil-

litsch, Heinz Erhardt

Regie: Hermann Pfeiffer

Gespräch zum Film

Mit Willy Milowitsch

22.00 Wir hatten die Freiheit

Drei Moler – Gustav Dappo, Hans

Trier und Georg Meisternann –

erinnern sich an die Zeit nach

1945.

22.30 lyris

22.45 Zwischen Bobop und Beethoven

Wynton-Marsalis-Portrait

0.30 Nachrichten

0.30 Nachrichten

0.30 Nachrichten

0.30 Nachrichten

0.30 Nachrichten

0.30 Nachrichten

0.30 Nachrichten

fond nicht die Freiheit, die er such-

22.55 Sie – Es – Es

23.00 Nachrichten

HESEN

18.00 Saasstrasse

18.30 Fama

19.30 Hesse

Ab 20.00 Uhr: wie NORD

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus

18.30 Schwarze Fächer

18.52 Madi Movies

18.55 Schlagzeilen

19.00 Abendschau/Regional

19.25 Saasstrasse

19.30 heute

19.35 heute

19.40 heute

19.45 heute

19.50 heute

19.55 heute

20.00 heute

20.05 heute

20.10 heute

20.15 heute

20.20 heute

20.25 heute

20.30 heute

20.35 heute

| SAT 1       |                               |
|-------------|-------------------------------|
| 18.00 Marco | Anschließend: Secret Squirrel |
| 18.30 Lasse | 18.35 heute                   |
| 18.40 heute | 18.45 heute                   |
| 18.50 heute | 18.55 heute                   |
| 19.00 heute | 19.05 heute                   |
| 19.10 heute | 19.15 heute                   |
| 19.20 heute | 19.25 heute                   |
| 19.30 heute | 19.35 heute                   |
| 19.40 heute | 19.45 heute                   |
| 19.50 heute | 19.55 heute                   |
| 20.00 heute | 20.05 heute                   |
| 20.10 heute | 20.15 heute                   |
| 20.20 heute | 20.25 heute                   |
| 20.30 heute | 20.35 heute                   |
| 20.40 heute | 20.45 heute                   |
| 20.50 heute | 20.55 heute                   |
| 21.00 heute | 21.05 heute                   |
| 21.10 heute | 21.15 heute                   |
| 21.20 heute | 21.25 heute                   |
| 21.30 heute | 21.35 heute                   |
| 21.40 heute | 21.45 heute                   |
| 21.50 heute | 21.55 heute                   |
| 22.00 heute | 22.05 heute                   |
| 22.10 heute | 22.15 heute                   |
| 22.20 heute | 22.25 heute                   |
| 22.30 heute | 22.35 heute                   |
| 22.40 heute | 22.45 heute                   |
| 22.50 heute | 22.55 heute                   |
| 23.00 heute | 23.05 heute                   |
| 23.10 heute | 23.15 heute                   |
| 23.20 heute | 23.25 heute                   |
| 23.30 heute | 23.35 heute                   |
| 23.40 heute | 23.45 heute                   |
| 23.50 heute | 23.55 heute                   |
| 24.00 heute | 24.05 heute                   |
| 24.10 heute | 24.15 heute                   |
| 24.20 heute | 24.25 heute                   |
| 24.30 heute | 24.35 heute                   |
| 24.40 heute | 24.45 heute                   |
| 24.50 heute | 24.55 heute                   |
| 25.00 heute | 25                            |



## Wasser für Khadhafi

H. B. - Für Diplomaten, die das Pech haben, im Land des stolzigen Libysers beglaubigt zu sein, war der Durst schon immer eine zusätzliche Strafe: Alkohol in jeder Form fällt hier unter das totale Verbot des islamischen Putschregimes, der im Fall Libyens, wenigstens theoretisch, nicht einmal die diplomatischen Vorrechte achtet. Die Botschafter fremder Mächte haben ihre Schwierigkeiten, es zu arrangieren, daß ihnen Whisky, Cognac und Champagner nicht ausgehen.

Es muß ein dringender Notfall gewesen sein, der den Vertreter eines großen europäischen Landes auf den Einfall brachte, religiöse Motive gegen die trockenen Gesetze des unerbittlichen Mummara al Khadhafi ins Feld zu führen. „Also“, erzählt der in Bedrängnis geratene Botschafter, „sagte ich zum libyschen Protokollchef: Khadhafi

ist doch ein strenggläubiger Moslem. Da müßte er doch einsehen, daß mir als Katholik die Religion nicht nur erlaubt, Wein zu trinken. Sie verpflichtet mich sogar auf das Dogma, daß während der Sonntagsmesse Wein in das Blut Christi verwandelt wird.“

Das Dogma, auch wenn es das von Ungläubigen ist, scheint nicht ganz ohne Eindruck auf den Revolutionshelden geblieben zu sein, der sich für berufen hält, den Islam zu reformieren und ein arabisches Großreich zu schaffen. Er mag ein Narr, ein Fanatiker und Träumer sein, aber es fehlt ihm nicht ganz an schlagfertiger und aggressiver Intelligenz. Von seinem Protokollchef wegen des Botschafter-Argumentes konsultiert, ließ er diesem Bescheid wissen, er erlaube ihm eine Flasche Wein, aber bitte nur am Sonntag zur Messe. Das nimmt sich neben dem Khadhafi-Terror, der so viel unschuldigen Blut vergießt, fast menschlich aus. Aber schöner noch wäre es, dürften die Andersgläubigen nicht nur am Sonntag ihre „Messe“ feiern.

## ZEITSCHRIFTENKRITIK: Communio

### Feigheit der Professoren

Die in der Renaissance einsetzende Verdrängung und die wissenschaftliche und technische Entwicklung nach außen haben zu einem religiösen Vakuum geführt. Soweit das Christentum (auch theologisch) mit der allgemeinen Säkularisierung Schritt zu halten versucht, vermag es die innere Leere, die der Mensch von heute zu spüren beginnt, nicht zu füllen.

Der moderne Mensch ist also auf der Suche nach seiner verlorenen Seele, und da scheinen ihm die Mythen des Ostens, ohne ihm einen belastenden Gott aufzuerlegen, diese seelische Ergänzung zu bieten, deren es nach Ansicht von Bergson bedarf, um den Gefahren einer alles ausschließlichen technischen Zivilisation zu entkommen. Der belgische Dominikaner Jan Hendrik Walgrave, der diese Feststellungen in der „Internationalen katholischen Zeitschrift“ (Süßer Straße 107, 5000 Köln 50) trifft, glaubt, daß die christliche Mystik enthalte, was der moderne Mensch in den Mythen des Ostens sucht: die innere Reinheit (Yoga) und Fülle (Zen) der Person.

Auch der Jesuit Riesenhuber meint, daß ein „ungesättigtes spirituelles und gesamtgesellschaftliches Bedürfnis“ im Westen zur Aufnahme östlicher Meditationswege geführt habe. Doch der Christ fände in seiner Tradition die geistigen Mittel, um sich diese Meditationswege zu eigen zu machen. „Wie zur Zeit der Kirchenväter christlicher Glaube griechischen Logos und lateinische Ratio in sich aufnahm, so mag ihm heute ähnliches hinsichtlich fernöstlicher Weisheit und ihrer Quelle, der Meditation, aufgegeben sein.“

„Der weltweite Baum der Kirche“, von dem Walgrave spricht, ist in der „Internationalen katholischen Zeitschrift“ gegenwärtig, in Posen und Zagreb, in Mailand, Madrid und Pa-

ris, in Santiago de Chile und Rio de Janeiro erscheinen meist unter dem Namen „Communio“ Schwesterzeitschriften. Der Präsident der katholischen Universität Eichstätt, Nikolaus Lobkowicz, ist Vorsitzender eines deutschen Fördervereins „Communio“. Zur Juli-Nummer steuert er einen interessanten Erinnerungsbeitrag, „Elf Jahre Präsident einer deutschen Universität“, bei. 1971 war Lobkowicz zum Rektor der größten deutschen Universität in München gewählt worden, wie er meint, weil während der Studentenrevolte nur ein Spezialist für Jugendpsychiatrie oder Marxismus (sein Spezialgebiet) in Frage gekommen sei.

Als letzter Rektor und erster Präsident der Universität München erlebte er den Übergang von der Ordinarium zur Fachbereichs-Universität, die Entstehung der Hochschulgesetze, die er auf die „Feigheit der Professoren“ zurückführt: „Anstatt zu erkennen, daß die Studentenrevolution die verzweifelte Suche vertritt, die Jugendlichkeit nach väterlicher Autorität verliert, verhielten sie sich wie eine Schar aufgeregter Hühner. Sie bekamen es mit der Angst und wandten sich um Hilfe an den Staat, der der traditionellen Gegner der Universität ist.“

Das Universitätsgesetz war ein juristisches Meisterwerk, das den Einfluß der Verwaltungsjuristen enorm steigerte und die Herrschaft der Bürokratie begründete. Doch die Umwandlung praktischer aller akademischen Probleme in juristische Probleme lähmte die Kreativität. War die Grundlage der alten deutschen Universität Tradition und Vertrauen gewesen, so befindet sich die neue Universität in einer Situation, „wo Traditionen nur noch schickende Maskenwerk bei Festen sind und wo juristische Querelen an die Stelle des Vertrauens getreten sind.“

CASPAR V. SCHRENCK-NOTZING

## Abschluß der Filmfestspiele Venedig: Der „Goldene Löwe“ geht an Eric Rohmers „Grünen Strahl“

### Wilde Taube aus der Ära Gorbatschow

Die Würfel sind gefallen auf der 43. Mostra Internazionale del Cinema in Venedig: Der „Goldene Löwe“ ging an Eric Rohmers „Grünen Strahl“, jenes kapriziöse kleine Meisterwerk aus der Reihe „Komödien und Sprichwörter“, dem wir schon nach dem ersten Sehen einen hohen Preis zugetraut hatten (vergl. die WELT vom 4. September). Beste Darstellerin wurde Valeria Golino, bester Darsteller der italienische Komiker Carlo della Piana.

Das bittere daran ist, daß Theo Angelopoulos' „Bienenzucht“, in dem ein furiöser Marcello Mastroianni den Titelhelden gibt, unberücksichtigt blieb. Die Jury stand wohl vor der Entscheidung: Rohmer oder Angelopoulos, und Rohmer machte eben das Rennen. Aber hätte Mastroianni nicht zumindest den Schauspielerepreis verdient, trotz des unwunderbaren Carlo della Piana? Nun, das Leben ist meistens ungerecht.

Die Highlights fehlen übrigens wieder einmal in die erste Hälfte des Festivals. Die zweite Hälfte verläuft demgegenüber in Unwesentlichkeit. Am bemerkenswertesten vielleicht noch Bertrand Taverniers „Round Midnight“, der wegen seiner rasanten Macher Cinesaten den Alters in seinen Bann schlägt. Tavernier, der 44jährige „Literat“ des französischen Kinos, hat erst vor kurzem mit seinem von Auguste Renoir inspirierten Opus „Sonntag auf dem Lande“ Furore gemacht. In „Round Midnight“ huldigt er einer klassischen Epoche des Jazz. Der neue Film erinnert ein wenig an Coppolas „Cotton Club“ vom vorigen Jahr.

New York 1939. Die Ära des Bebop geht zu Ende, und der alte Dale Turner, einst König des Saxophons, spielt jetzt in schmutzigen Spielkneipen auf der Bowery. Aus dem Gleichgewicht geraten, tief in der Krise und meistens betrunken, geht er noch einmal nach Paris, wo er ehemals triumphiert hatte. Er wohnt im Hotel „Louisiane“, Rue de Seine, der Herberge der schwarzen Musiker, und tritt allabendlich in der Blue-Note-Bar auf. Hier lernt er Francis kennen, einen schüchternen jungen Pariser Designer, der ihn und seine Musik von Kindheit an verehrt und der jetzt sein Freund und Liebhaber wird.

Francis, der allein mit seiner kleinen Tochter lebt, nimmt Dale in seine Wohnung auf, hält ihn vom Alkohol fern, wachet über seine Verträge. Und wie ein verlorenes Kind kramt sich der alte Musiker an den selbstlosen Beschützer. Er spielt nun wieder – sagen die Pariser Fans – „wie ein Gott“. Aber sein Verstoß, auch in Amerika noch einmal groß herauszukommen, schlägt fehl. Er stirbt in einem schäbigen New Yorker Hotel.

Der 62jährige Saxophonist Dexter Gordon als Dale gibt hier ein eindrucksvolles Leinwand-Debit. Ein Zwei-Meter-Mann mit rauher, trauriger Stimme und aristokratischer Allüre, auch er ein „Vespertier“.

Was fiel dem Besucher noch auf in der zweiten Hälfte? Vielleicht Fran-



Sittensgemälde aus dem sowjetischen Kasachstan: Iwan Iltischenko als Taubenfreund Iwan in dem russischen Festspielbeitrag „Wilde Taube“ von Sergei Solowjow

FOTO: DIE WELT

cesco Masellis „Storia D'Amore“, die gleich zwei Preise ergatterte, einen Sonderpreis und den Darstellerinnenpreis. Maselli erzählt da eine Liebesgeschichte aus den römischen „Borgate“. Die 18jährige Bruna (Valeria Golino) ist Putzfrau in einer Reinigungsfirma, die sich auf Geschäftshäuser spezialisiert hat. Um 3 Uhr nachts geht ihr Wecker, sie arbeitet in den frühen Morgenstunden und nach Büroschluß. Dazwischen versorgt sie den Vater und zwei Brüder und verbringt folglich einen großen Teil ihres Lebens im Autobus.

Das Mädchen verliebt sich fast gleichzeitig in zwei junge Burschen. Gelegenheitsarbeiter beide, und will keinen von ihnen aufgeben. Sie zieht mit den Freunden in ein baufälliges altes Haus, das die drei auf Hochglanz bringen: „Jules und Jim“ in den Slums von Rom. Ein neorealistisches Thema traglos. Doch Maselli geht es nicht so sehr um das soziale Tableau als vielmehr um das feinstichliche Porträt einer vitalen, intelligenten jungen Römerin aus untersten Schichten, die den Umständen zum Trotz sich ein eigenes, unabhängiges Leben schafft. Warum sie sich dann am Ende doch noch vom Dach stürzt, bleibt unklar. Der Film insgesamt wurde von der Jury überbewertet, und daran ändert auch die Leistung von Valeria Golino nichts.

Als „Künstler der Ära Gorbatschow“ wurden die Russen Balajan und Solowjow, beide Anfang 40, in Venedig begrüßt. Roman Balajan stellt die – stark an Godard orientierte – „Puschkin-Parodie“ „Besetzte mich, mein Talisman“ vor, die jedoch keinen vom Stuhl riß. Besser dagegen

Sergei Solowjows „Wilde Taube“. Dieser Film spielt im Herbst des Jahres 1946, am ärmlichen Rand einer Kleinstadt in Kasachstan. Im Mittelpunkt steht Iwan, ein 12jähriger Junge, dessen Vater im Krieg zum Krüppel wurde und dessen Mutter an Typhus starb. Seine Lieblingsgefahren sind ein paar Tauben, die er in einem Schuppen hält.

Er ist freilich nicht der einzige Taubenfreund. Die ganze Stadt verehrt die Tiere als Symbole des wiedergekehrten Friedens. Es gibt einen Markt, ja einen Schwarzmarkt für Tauben, die hoch gehandelt und oft gestohlen werden. Auch Iwans Liebling, eine weiße Taube, die er unter Einsatz seines Lebens von einem Fabrikdach holte, wird ihm von einer Bande jugendlicher Gauner abgejagt. Soll er sich in sein Dilemma fügen? Der Junge revoltiert. Er riskiert Kopf und Krone. Er holt das Tier zurück und – schenkt ihm die Freiheit. Das war alles in allem gut gemacht und reichte für den zweiten Sonderpreis. Was störte, war – alles Übel der Russenfilme – die zu dick aufgetragene Symbolik.

Einige Aufmerksamkeit fand noch James Ivorys Film „Ein Zimmer mit Ausblick“, für Großbritanniens im Wettbewerb. Ivory, der in Indien und in das alte Europa verliebte Amerikaner, drehte ihn nach einem frühen Roman von E. M. Forster, der ja nach wie vor einen hohen Unterhaltungswert garantiert und dessen „Reise nach Indien“ David Lean erst unlängst so treffend auf die Leinwand brachte.

Ivory bleibt Forster ebenfalls dicht auf der Spur, wenngleich er soziologi-

sche Implikationen und psychologische Feinheiten des Buches weitgehend außer acht läßt und vor allem auf den Burlesken und komödiantischen Elementen herumreitet. Ein ganzes Arsenal urkomischer, urbritischer Typen tritt auf den Plan in diesem Film, der im Florenz des Jahres 1907 anhebt.

Die junge Engländerin Lucy und ihre Gouvernante sind enttäuscht, in ihrer Pension am Arno kein Zimmer mit Ausblick zu haben. Zwei Landsleute, Vater und Sohn, tauschen bereitwillig mit den Damen. Es kommt, was kommen muß: Lucy verliebt sich in den jungen Mann, der ihr sein Zimmer abtrat und der genau wie sie in Italien eine Lehrzeit des Gefühls durchmacht. Bis zum Happy-End vergeht freilich noch eine geraume Weile, die Ivory nutzt, um in Szenen aus dem englischen Landleben zu schwelgen.

Sehr englisch kommt auch Ken Harrison's „Es geschah am Valentinstag“ daher, ein amerikanischer Film, der im ländlichen Texas angesiedelt ist und vor allem durch das von Horton Foote verfasste glänzende Drehbuch beeindruckt. Schauplatz ist ein Zimmer, in dem sich anno 1917 das erste Jahr eines jungen Ehepaares abspielt, das gegen den Willen der Eltern geheiratet hat. Ein Häuflein verschrobener Nachbarn ersetzt den beiden lange Zeit die Familie: ein liebenswerter Trunkenbold, eine romantische alte Jungfer, ein vorlauter Backfisch. Ein sympathisches Genrebild aus Texas, zu wenig für einen Preis, zu wenig im Grunde für ein Festival mit Ambitionen.

DORIS BLUM

## JOURNAL

### PEN-Club fordert Freilassung Bieleckis

AFP, Paris Der französische PEN-Club hat die polnischen Behörden zur Freilassung des unabhängigen Verlegers und Architekten Czeslaw Bielecki aufgefordert. Bielecki, der von der polnischen Justiz beschuldigt wird, einen Staatsstreich geplant zu haben, befindet sich im Warschauer Rakowicka-Gefängnis im Hungerstreik und wird zwangsernährt. In einem Telegramm appelliert der französische PEN-Club-Vorsitzende und stellvertretende Leiter des internationalen PEN-Clubs, René Tavernier, im Namen der 500 Mitglieder des französischen PEN-Clubs an den polnischen Justizminister Lech Dornier, Bielecki zu begnadigen und freizulassen.

### „Codex Coburgensis“ ausgestellt

dpa, Coburg Der „Codex Coburgensis“, nach Meinung von Wissenschaftlern das erste systematische Archäologiebuch, ist bis zum 2. November im Kupferstichkabinett der Kunstsammlungen in Coburg ausgestellt. Die 228 Handzeichnungen antiker Denkmäler umfassende Sammlung enthält in der Mehrzahl Sarkophag-Reliefs, die bereits um 1550 entstanden sind. Der „Codex Coburgensis“ war 1870 als Geschenk des Frankfurter Kaufmanns Jacob Gerson an Herzog Ernst II. nach Coburg gekommen.

### Kulturaustausch zwischen Frankreich und Italien

AFP, Rom Die Intensivierung des Kulturaustauschs zwischen Frankreich und Italien haben die Fachminister François Leotard und Nicola Capria in Rom erörtert. Beide Minister unterstrichen ihren Willen zur Entwicklung der kulturellen Beziehungen und kündigten als ersten Schritt neue gemeinsame Aktionen auf dem Filmsektor an. Leotard schlug vor, die Zusammenarbeit auch auf die Gebiete Theater, Musik und Literatur auszuweiten.

### Kunstaustellungen im herbstlichen Italien

MvZ, Mailand Die Ausstellung „Le Corbusier als Maler und Bildhauer“ (bis 9. 11. im Museo Correr, Venedig) leitet mit 65 Bildern, 18 Skulpturen, 95 Zeichnungen sowie Bildteppichen und Emailarbeiten die Feiern zum 100. Geburtstag des Architekten im kommenden Jahr ein. Die National-Galerie und die Kunstkademie von Bologna stellen bis zum 10. 11. emilianische Künstler des 16. und 17. Jahrhunderts unter dem Titel „Im Zeitalter Corregio und der Carracci“ vor; die Ausstellung geht dann weiter nach New York und Washington.

### Roman Polanskis „Piraten“-Film

Blu, Bonn Nach acht Jahren Abstinenz hat er sich spektakulär beim Kino zurückgemeldet: Roman Polanski, Regisseur so legendärer Filme wie „Tanz der Vampire“ und „Rosemaries Baby“. Auf den letzten Filmfestspielen von Cannes stellte er sein glanzvolles Seestück „Piraten“ vor, in dem eine laibhafte Galone aus dem 17. Jhd. den Soloplatz der Film fand viel Beifall (s. WELT vom 10. Mai). Ab heute ist er auch in unseren Lichtspielhäusern zu sehen.

### Israel Philharmonic: Tournee mit Bernstein

dpa, New York Anlässlich seines 50jährigen Bestehens startet das Israel Philharmonic Orchestra am kommenden Sonntagabend in New York unter der musikalischen Leitung von Leonard Bernstein eine Konzerttournee, die über Europa nach Israel führen wird. Bernstein, seit fast 40 Jahren dem Orchester eng verbunden, hat extra die Komposition „Jubilee Games“ geschaffen, die auf der Konzertreise urbezeugt wird. Die Tourneestopps: London (16.), München (18.), Pompeji (20.), Paris (22./23.), Zürich (25.), Tel Aviv (27.) und Jerusalem (28.).

### Magda Tagliaferro †

AFP, Paris Die Pianistin Magda Tagliaferro ist in Rio de Janeiro im Alter von 93 Jahren gestorben. Die 1893 in Petropolis (Brasilien) geborene Tochter französischer Eltern war ein Wunderkind: Mit fünf Jahren begann sie Klavier zu spielen, mit 13 erhielt sie einen Preis des Pariser Konservatoriums. Dessen damaliger Leiter Gabriel Fauré nahm sie auf eine Frankreichtournee mit. 1937 wurde Magda Tagliaferro zur Klavierprofessorin am Pariser Konservatorium ernannt. Nach dem Krieg spielte die Pianistin unter den bedeutendsten Dirigenten und erlangte besonders als Interpretin von Fauré, Debussy und Poulenc Weltruhm. 1957 wurde der nach ihr benannte Pianistenwettbewerb eingerichtet.

## Bonn: Künstlerbund

### Mit Malerei die Welt bewältigen

Der Deutsche Künstlerbund ist schon eine bemerkenswerte Institution: ein Zusammenschluss von Individualisten, 82 Jahre alt und kein bißchen weise. Die diesjährige Jahresausstellung findet in Bonn und Bad Godesberg statt: im Rheinischen Landesmuseum und im Wissenschaftszentrum in Bad Godesberg.

Der historische Teil der Ausstellung, „Verbotene Bilder“, entspricht gleichsam einer Wiederholung der Hamburger Künstlerbundausstellung von 1936, die von den Nazis geschlossen wurde (wegen „Entartung“ der Kunst), obwohl eine Reihe von PG-Malern dabei waren.

Es geht hierbei weniger um die Werke als um die Galerie der Namen, die künstlerisch zusammenkamen: eine Litanei all jener Heiligen der bildenden Kunst, die den Ruf der deutschen Malerei des 20. Jahrhunderts begründet haben. Da ist Ernst Barlach, da sind Otto Dix, Lyonel Feininger und Erich Heckel ebenso wie Ernst Wilhelm Nay, und auch Edward Munch, der Norweger, war Mitglied im Deutschen Künstlerbund.

Der Spaziergang der Augen ist erhellend und erfreulich, bringt aber keine neuen Erkenntnisse. Dafür aber bestätigt sich anschaulich die geschichtlich gewordene Scheidung der großen und kleinen Meister. Barlach und Dix sind wahrlich große Künstler, Charles Crodel und Max Kaus die kleineren.

Den verbotenen Bildern von 1936 stehen die „Vielfältigen Bilder“ von 1986 gegenüber (obwohl einige Arbeiten gezeigt werden, die schon ein paar Jahre alt sind). Da diesmal keine Jury Kompromisse und Rücksichten machen mußte, sondern der Vorstand ausgewählt hatte, ist ein merkliches Niveau gehalten worden – ein wenig Autorität tut da offenbar gut.



Verbotenes Bild von 1936: Ernst Ludwig Kirchner's „Eishockey-Spieler“

FOTO: LANDESMUSEUM

Gottfried Wiegand gehört zu den auffälligen Künstlern, weil er vorwiegend Bildnissen übersprudelt. Bedenkenswert auch die neuen Arbeiten von Alfonso Hüppi, der weniger konzeptuell, dafür aber kräftiger geworden ist, und die Bilder von G. L. Gabriel, die überzeugende Form und einfühlsame Malerei verbinden. Daß Malerei immer noch ein taugliches Mittel der künstlerischen „Weltbewältigung“ darstellt, zeigen auch die Bilder von Barbara Heinrich und Johann Georg Geyer.

Bei den Bildhauern bietet sich ein anderes Bild. Erstens sind – mal wieder – zu wenige mit dabei. Zweitens ist man von den „alten“ Modernen hier noch stärker enttäuscht, als das in der Malerei der Fall ist. Immerhin setzt sich Franz Bernhard mit seinen ebenso eigenwilligen wie eindrucksvollen Arbeiten durch.

Nicht alle „Alten“ enttäuschen: Emil Schumacher zum Beispiel, einer der Urväter des deutschen Informel, zeigt mit seinem Bild „Serubal“ aus dem Jahre 1982, daß er über ungebrochene künstlerische Kraft verfügt, die sich mit jener Sicherheit der Beherrschung der künstlerischen Mittel verbindet, die man nur in einem vital gebliebenen Alterswerk finden kann. (Bis 5. Oktober; Katalog 30 Mark.)

GERHARD CHARLES RUMP

## Brauchen die Opernhäuser private Sponsoren? – Eine WELT-Umfrage bei deutschen Intendanten

### Auch für „Hunger und Durst“ gibt es einen Mäzen

Über eine Million Mark will die Bayerische Staatsoper an privaten Spenden aufrufen, um ihre Neuzinszenierung von Wagners „Ring des Nibelungen“ in der kommenden Spielzeit zu stemmen (vgl. WELT v. 4. Sept.). Die privaten Sponsoren spielen also eine immer größere Rolle bei unseren sich primär aus wohlgefüllten Subventionstöpfen nährenden Opernhäusern. Der mazedonische Segen ergibt sich aber sehr ungleich über die Theaterlandschaft – und überall scheint er auch nicht willkommen zu sein, wie eine Umfrage der WELT bei einigen Opernhäusern ergibt. Wir fragten:

Haben Sie für Ihr Theater schon Spenden aus der freien Wirtschaft erhalten? Und: Haben Sie private Sponsorship für wünschenswert?

Wolfgang Göttemann, Staatsoper Stuttgart: Bei den Staatstheatern Stuttgart ist die Inszenierung „Martha“ von Friedrich von Flotow in der Regie von Loriot durch die Firma Philips finanziell unterstützt worden. Ohne diese Unterstützung wäre es der Staatsoper nicht möglich gewesen, sechs statt bisher fünf Neuzinszenierungen in einer Saison herauszubringen. Wir halten diese Entwicklung für begrüßenswert, solange sichergestellt ist, daß der Sponsor seine Zuwendung nicht mit künstlerischen oder wirtschaftlichen Auflagen verbindet. Sponsorship darf nicht an das Happy-End des aufgeführten Stückes gebunden sein. Hierüber herrschte von Anfang an zwischen Philips und den Staatstheatern Stuttgart Einigkeit. Für die Zukunft glaube ich in der Tat, daß die für jedes Theater notwendigen Sonderprojekte nur mit Hilfe privater Sponsoren zu ermöglichen sind.

Ulrich Brecht, Freiburger Theater: Tatsächlich bemüht sich auch das Freiburger Theater seit einiger Zeit verstärkt um finanzielle Unterstützung durch private Sponsoren. So wurden in der letzten Spielzeit die Produktionen „Parsifal“ durch den Freundeskreis des Freiburger Theaters (ein privater Förderverein) und „Hunger und Durst“ (Uraufführung

der Oper von Violeta Dinescu) durch die Siemens AG, München, mit großzügigen Spenden gefördert. Diese Spenden kamen jeweils dem Ausstattungset der Produktion zugute.

Helge Thoma, Augsburg: Bis heute ist kein Projekt der Städtischen Bühnen Augsburg von der Industrie unterstützt worden; eine entsprechende Unterstützung – allerdings ohne künstlerische Einflußnahme der Sponsoren – hätten wir für sehr wünschenswert.

Horst Statkus, Basel: Wir bemühen uns seit längerem, und dies mit gewissem Erfolg, ortsansässige Firmen für die Unterstützung von Produktionen und Projekten, vor allem im Bereich Oper/Ballett, zu gewinnen. Die beiden jüngsten Beispiele sind Beiträge von zwei Banken für die Produktion „Lucia di Lammermoor“ und für unser erstes Ballett-

neun Spielzeiten in Gelsenkirchen haben wir niemals die finanzielle Hilfe von Sponsoren in Anspruch genommen und glauben auch nicht, daß wir dies in Zukunft tun werden.

Claus Helmert, Dresden: Der neue Direktor der Wiener Staatsoper, antwortet aus seiner Zürcher Erfahrung: Das Opernhaus Zürich ist seit Jahren um die Unterstützung durch Sponsoren aus der Geschäftswelt der Schweiz bemüht. Wir haben bei mehreren Anlässen große Beträge zur Mitfinanzierung einzelner Produktionen erhalten. Dabei wurde festgestellt, daß niemals ein Einfluß auf Details der Gestaltung oder der Besetzung ausgeübt wurde. Selbstverständlich suchen sich die Firmen die Werke aus, für die sie Geld geben; dies ist ja wohl auch ihr gutes Recht. Ohne private Unterstützung werden die großen Opernhäuser in nächster Zeit die ständig steigenden Ausstattungskosten nicht bewältigen können. Es war deshalb selbstverständlich, daß wir die Kontakte zu Industrie und Gewerbe gepflegt haben. Darüber hinaus gibt es in Zürich eine „Gesellschaft zur Förderung der Zürcher Oper“, die seit 25 Jahren namhafte Beiträge an einzelne Produktionen geleistet hat und auch das Internationale Opernstudio, das der Förderung des Nachwuchses dient, tatkräftig unterstützt.

Claus Leininger, bisher Chef des Musiktheaters im Revier in Gelsenkirchen, das von der Stadt akut mit der Schließung mangels Finanzierbarkeit bedroht wird: In unseren

Staatstheater werden Projekte von Industrieunternehmen finanziell nicht unterstützt. Eine finanzielle Förderung einzelner Projekte durch Industriesponsoren halte ich dann für machbar und auch wünschenswert, wenn keine Bedingungen an die finanzielle Unterstützung gebunden sind, kein Einfluß auf die Produktion genommen wird und hierdurch keine Schmälerung des Staats seitens der Theaterträger vorgenommen wird.

Rolf Liebermann, Hamburgische Staatsoper, seit Jahren lautmächtigster Rufen nach privatem Mäzenatentum für die Opernhäuser: Ich könnte mich wirklich nur wiederholen, denn ich habe zu dem Thema alles gesagt, was ich zu sagen habe.

Claus Leininger, bisher Chef des Musiktheaters im Revier in Gelsenkirchen, das von der Stadt akut mit der Schließung mangels Finanzierbarkeit bedroht wird: In unseren



Discretion Ehrenschme: „Ring“-Spendensammler Wolfgang Sawallisch

FOTO: DPA

Günter Kneumann, Karlsruhe: Am

Wolfgang Sawallisch, Bayerische Staatsoper: Seien Sie mir bitte nicht böse, wenn ich als Leiter eines großen Opernhauses mit Beantwortungen vorsichtig bin, wie Sie es erbiten. Im ersten Moment schauen Fragen so harmlos aus. Eine eingehende Beantwortung aber erfordert auch ein Bekanntgeben von Einzelheiten, die nicht immer in vollem Umfang der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden müssen und die andererseits auch dem Wunsch vieler Sponsoren widersprechen, ungenannt bleiben zu dürfen – nicht nur was die Person selbst, sondern auch die Tatsache als solche betrifft.

STEPHAN HOFFMANN



## Geschäftsgrundlage ist: Drohung, Gewalt, Mord

In Manhattan stehen drei Mafia-Bosse vor dem Richter

**WOLFGANG WILL, New York**  
In einer kurzen Verhandlungspause wanderten zwei der Angeklagten hinüber zur Bank des dritten und erkundigten sich teilnahmsvoll, wie es ihm denn gehe. Er, Carmine Persico (53), war vor einer Woche am Grauen Star operiert worden. „Es geht“, lautete seine Antwort, woraufhin die beiden älteren wieder zu ihren Anklagebänken zurückgingen: Anthony Salerno (75) und Anthony Corallo (73). Diese drei sind New Yorks höchststrangige Mafia-Paten. Ihr Prozess, der voraussichtlich mehrere Monate lang dauern wird, hat mit der Auswahl der Jurymitglieder begonnen.

New York hat fünf große Mafia-Familien:  
- Die Colombo-Familie mit 115 Mitgliedern und 500 „Anhängern“, eine Art Mithrasgötze. Chef ist der angeklagte Carmine Persico, seiner „Jugend“ wegen auch „Junior“ genannt.  
- Unter dem Spitznamen „Ducks“ ist der Chef der Lucchese-Familie, der angeklagte Anthony Corallo bekannt. Seiner Organisation gehören 110 „Fa-

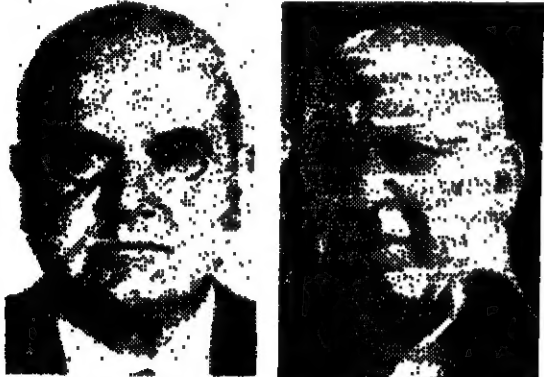
milienmitglieder“ an, für die etwa 300 „Zuträger“ tätig sind.  
- Die Genovese-Familie ist mit knapp über 200 Mitgliedern die größte Verbrechensorganisation, die über etwa tausend „Mitglieder“ verfügt. Ihr „Pate“ ist der angeklagte Anthony Salerno, seiner Leibesfülle wegen „Fat Tony“ genannt.  
- Philip Rastelli - er hat den Spitznamen „Rusty“ - führt die 195 Mitglieder der Bonanno-Familie an.  
- John Gotti (41), stets elegant gekleidet, fühlt sich als Chef der Gambino-Familie, deren Boss Paul Castellano kurz vor Weihnachten 1985 beim Verlassen eines Restaurants in Manhattan erschossen wurde.

Gegen Gotti und Rastelli wird gesondert verhandelt. Sie stehen in Brooklyn vor Gericht, ihre drei „Kollegen“ dagegen in Manhattan. Gotti hat allen Grund, besonders verunsichert zu sein: Einer seiner „Soldaten“, der zudem sein enger Vertrauter

war, betätigte sich mehrere Jahre lang als Polizeinformant, der bei Begegnungen mit Gotti unter dem Hemd ein Mini-Tonband laufen ließ - Stunden über Stunden sowohl Gotti als auch Rastelli belastende Aufzeichnungen liegen damit vor. Obwohl Einzelheiten erst im Verlauf des weiteren Prozessverlaufs zu erwarten sind, sicherte durch, daß sogar einige Mordaufträge, die Gotti mündlich vergab, auf einem Tonband festgehalten worden sind.

Die drei vor einem Bundesgericht in Manhattan stehenden Mafia-Bosse Salerno, Persico und Corallo bildeten die „Kommission“. So wurde das Triumvirat innerhalb der Mafia genannt, weil diese drei nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiteten und ihre Familien durch die „Kommission“ führten. Die „Kommission“ beschloß, wann bestimmte Familienmitglieder beseitigt werden sollten, die „Kommission“ teilte Einflußsphären zu und Regionen - Persico beispielsweise hatte seine „Heimatfront“ in den Stadtteilen Staten Island und Brooklyn, wo er den gesamten Zementhandel kontrollierte. Er bestach städtische Beamte, so daß Bauaufträge nur an ihn gingen, und er forderte und erhielt überhöhte Preise. Salerno, „der Fette“, war der „Hafenkönig“. Spediteure mußten an ihn „Steuern“ abführen, sonst - so ließ er ausrichten - würden ihre Büros und Lagerräume in Flammen aufgehen. Corallo soll einen großen Teil des New Yorker Nachtclub-Lebens kontrolliert haben, er zog „Steuern“ von Barbesitzern ein und hatte zudem hohe Einnahmen aus illegalen Spielgeschäften. Die drei werden laut Anklage auch beschuldigt, Rauschgift - Heroin und „Crack“ - vor allem - eingeführt und vertrieben zu haben.

Gemeinsam mit diesen drei Mafia-Führern stehen fünf ihrer Untergebenen oder „Capos“ in Manhattan vor Gericht. Einem von ihnen, dem „Bruno“ genannten Anthony Indelicato, wird der wenig delikate Vorwurf gemacht, im Jahr 1979 bei der Ermordung seines eigenen „Paten“, Carmine Galante, und zwei von dessen „Soldaten“ beteiligt gewesen zu sein. Mit „Drohungen, Gewalt und Mord“, so heißt es in der Anklage, regierte die „Kommission“ die gesamte New Yorker Mafia. Wenn sie verurteilt werden, drohen den „Paten“ hohe Zuchthausstrafen. (SAD)



Sie gehören zum Triumvirat der New Yorker Mafia-Bosse: „Fat Tony“ Salerno (L) und „Ducks“ Corallo. FOTOS: AP

## „Schock und Schöpfung“ – eine Ausstellung zur Jugendästhetik im 20. Jahrhundert



Provokierend ungepöpst, in Erscheinungsbild und Verhalten: Halbstarke der 50er Jahre (links) und Punk-Mädchen der 80er Jahre. FOTOS: SÜDDUTSCHER VERLAG (2) / DIE WELT

## Fluchtbewegungen aus der Erwachsenenwelt

**Schock und Schöpfung** nennt sich eine Ausstellung, die im Zusammenwirken mit dem Deutschen Werkbund inszeniert und gegenwärtig als Gemeinschaftsausstellung im Kunstverein und im Kunsthaus in Hamburg gezeigt wird. Mit Bildtafeln, Schautexten, Figuren, Videofilmen, Dias und Objekten verschiedener Art versucht sie, die wandlungsreichen Formen einer „Jugendästhetik“ im 20. Jahrhundert zu veranschaulichen, das heißt, die vielfältigen Ausprägungen einer Jugendkultur, die sich bewußt von der Welt der Erwachsenen unterscheidet. Von der Wandervogelbewegung um die Jahrhundertwende bis zu den Punkern unserer Tage erstreckt sich das Panorama, das im Rückwärtsgang von der Gegenwart in die Vergangenheit geführt wird.

Auf den ersten Blick mag es überraschend erscheinen, daß der als Anwalt der „guten Form“ renommierte Deutsche Werkbund sich zum Initiator einer derartigen Ausstellung jugendkultureller Phänomene macht, deren vielfältige Ausprägungen keineswegs mit seinen ästhetischen Idealen übereinstimmen können. Wie die Veranstalter betonen, geht es ihnen jedoch nicht um Kunst, sondern um die Veranschaulichung authentischer kultureller Äußerungen, von denen jeweils starke Impulse ausgehen und immer wieder von neuem ausgehen.

Gerade der etwas stiefmütterlich behandelte historische Teil der Vor-

generation tritt auf den Plan, und die zu Beginn der achtziger Jahre aus England importierte Punk-Bewegung bildet den derzeitigen Schlüsselpunkt.

Auch ihre retrospektiv gesonnen Kontrahenten, die Teds, werden repräsentiert, nicht zuletzt die unheimlichen Skinheads, die nicht minder exotisch anmuten als die Punker, beide mit ausgeprägtem Hang zum Fetisch. Doch wird in der Ausstellung auch nicht verschwiegen, wie schnell heute alle diese Bewegungen und ihre Attribute vermarktet werden. „Das Kaufhaus macht den Punk zum Punk“ steht über einer Auslage veritabler Lederkleidung und Punk-Requisiten.

Das Fazit: Alle dargestellten Jugendphänomene haben eines gemeinsam - die antibürgerliche Haltung und das Sich-Absetzen-Wollen von der Welt der Erwachsenen. Was die Gegenwart von allen vorausgegangenen Tendenzen unterscheidet, ist neben der Vermarkung die gleichzeitige Vielfalt und Gegenständigkeit der Bewegungen. Sicher haben auch die Medien dazu beigetragen, daß die Haltung von kleinen Minderheiten zum Modell für breite Kreise von Jugendlichen wurde.

HANNS THEODOR FLEMMING

„Schock und Schöpfung. Jugendästhetik im 20. Jahrhundert“, bis 5. Oktober im Kunstverein/Kunsthaus Hamburg, 1987 in München und Oberhausen. Das Buch zur Ausstellung erscheint bei Luchterhand, 436 S., 48 Mark



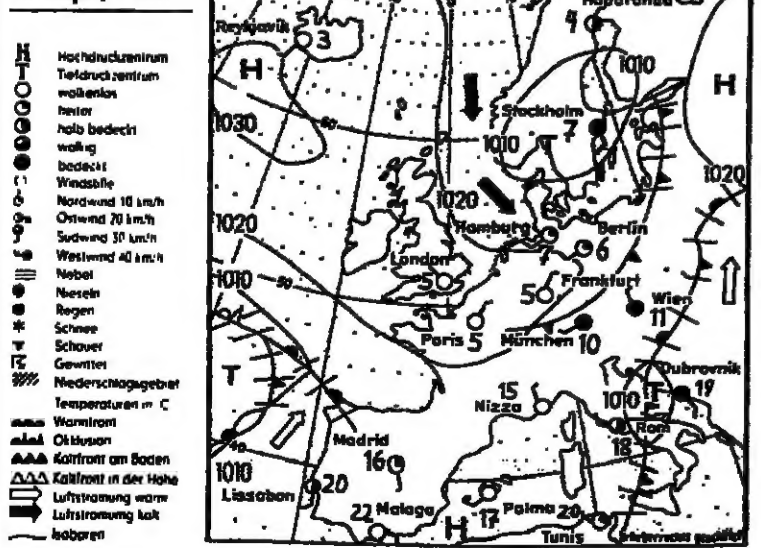
Organisierte und disziplinierte Gemeinschaft: DDM-Mädchen beim Sportfest

## WETTER: Kühl

Lage: Hinter der ostwärts abziehenden Kaltfront eines Tiefs über Süd-schweden fließt kühle Meeresluft nach Deutschland. Sie gelangt unter den Einfluß eines vom Nordostatlantik nach Mitteleuropa gerichteten Kalles.

Vorhersage für Donnerstag: Nur im Norden vereinzelt Schauer, sonst niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen im Norden um 14, sonst 14 bis 18 Grad. Tiefstwerte nachts 7 bis 2 Grad.

Vorhersagekarte für den 11. Sept., 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

| Deutschland: | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 | 31 |
|--------------|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|
| Berlin       | 16 | 16 | 16 | 16 | 16 | 16 | 16 | 16 | 16 | 16 | 16 | 16 | 16 | 16 | 16 | 16 | 16 | 16 | 16 |
| Bielefeld    | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 |
| Bremen       | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 |
| Dortmund     | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 |
| Dresden      | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 |
| Düsseldorf   | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 |
| Erfurt       | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 |
| Essen        | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 |
| Feldberg/S.  | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 |
| Flensburg    | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 |
| Frankfurt/M. | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 |
| Freiburg     | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 |
| Garmisch     | 10 | 10 | 10 | 10 | 10 | 10 | 10 | 10 | 10 | 10 | 10 | 10 | 10 | 10 | 10 | 10 | 10 | 10 | 10 |
| Greifswald   | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 |
| Hamburg      | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 |
| Hannover     | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 |
| Köln         | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 |
| Koblenz      | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 |
| Köln-Bonn    | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 |
| Konstanz     | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 |
| Leipzig      | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 |
| Leipzig/Sylt | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 |

## Studie belegt: Gefährdung durch Spielhallen gering

**DW, Hamburg**  
Die Erregung über Spielhallen in den Stadtzentren ist nach einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Urbanistik, Berlin, zum großen Teil unbegründet. „Eine auffällige Gefährdung der Jugend durch Spielbetriebe wurde von den Jugendamt-Experten der Untersuchungsstädte nicht gesehen“, heißt es in der Studie „Innerstädtische Strukturen durch Vergnügungsstätten“. Sie beruht auf Angaben von 190 Stadtplanungsämtern im gesamten Bundesgebiet. Bei behördlichen Alterskontrollen wurden nur in geringem Umfang Jugendliche unter 18 Jahren angetroffen. Relativiert wurde von den Forschern auch der Vorwurf, Einkaufsstraßen und -zentren erlitten durch Spielhallen einen Qualitätsverlust. Eine Händlerbefragung habe ergeben, daß die Nachbarschaft einer einzelnen Spielhalle keine negativen Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf der Einzelhändler hatte.

## Vaters Rasierapparat ist auch Sache des Spröblings

**dpa, Hamburg**  
Bei der Entscheidung, welche Stereoanlage künftig im Wohnzimmer steht oder welches Auto die Familie fährt, haben die Kinder heute eine entscheidende Stimme mitzureden. Haben sich Sohn oder Tochter beispielsweise ein rotes Automobil in den Kopf gesetzt, während der Vater schon immer von einem soliden könnigblauen Gefährt geträumt hatte, so schaffen sie es meist mit „bemerkenswerten“ Erfolg, ihren Willen durchzusetzen. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut für Jugendforschung in einer von einer Jugendzeitschrift in Auftrag gegebenen Umfrage zum Thema „Jugend, die kaufende Kraft in der Familie“. Befragt wurden 500 Jugendliche im Alter zwischen zwölf und 21 Jahren sowie deren Mütter.

Haben die Spröblinge die Eltern erst einmal davon überzeugt, daß ein Videorecorder inzwischen zur

## Ärzte wegen Rezeptschwindels unter Verdacht

**hrk, Berlin**  
An der Spree stehen der Chefarzt eines Krankenhauses, acht praktizierende Ärzte und drei Apotheker im Verdacht, durch gefälschte Rezepte und betrügerische Abrechnungen die Krankenkassen um mindestens 200 000 Mark geschädigt zu haben. Eine Sonderkommission der Kripo aus vier Beamten beschuldigt die Verdächtigen, angebliche Hausbesuche abgerechnet und statt verabreichter einfacher Behandlungsmethoden teure Therapien notiert zu haben. Die Polizei durchsuchte Praxen und Wohnungen.



Das „As“ unter Deutschlands Weinkennern: Hans Jürgen Podzun (37). FOTO: HEINE

Was Hans Jürgen Podzun sich von einem neuen deutschen Weingesetz erhoffen würde, wird in manchen Ohren ketzisch klingen: mehr Alkohol, Restzucker und Säure, auch die schwefelige Säure. „Wenigstens sollten diese Angaben nicht mehr verboten sein...“

## Nur ein Scharlatan weiß alles

**JOACHIM NEANDER, Frankfurt**  
Der Mann sieht aus wie ein Kenner, wie einer, den sich das Fernsehen für einen Werbefilm für Wein holen könnte. Stattlich, weltgewandt und doch mit einem unübersehbaren Zug genierischen Witzes um die Mundwinkel. In Wirklichkeit sind solche Männer manchmal das genaue Gegenteil dessen, was alle Welt von ihnen erwartet. Hans Jürgen Podzun, der aussieht wie der Prototyp des Weinkenners, ist tatsächlich einer.

Der 37-jährige, im Hauptberuf Pressesprecher des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall in Frankfurt, führt das deutsche Team in die am Samstag beginnende „1. Internationale Weinkenner-Olympiade“, zu der zehn Mannschaften (außer den Deutschen die USA, Kanada, Großbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland, Holland und Japan) in Mainz anreisen. Podzun ist Chef des deutschen Teams und zugleich dessen unbestrittener As, Einzelsieger in einer vom Deutschen Weininstitut zuvor ausgerichteten deutschen Qualifikation mit insgesamt 50 Teams.

Die durch acht der elf deutschen Anbaugelände reisenden „Wein-Olympioniken“ beschäftigen sich ausschließlich mit deutschem Wein. In drei sogenannten Blindproben (im Kloster Eberbach, auf dem Weingut Bürklin-Wolf in Wachenheim und beim Fürsten Castell) und einem Abschlußtest, bei dem schriftlicher Prüfung in Würzburg müssen die Mannschaften ihr Wissen und ihr Geschmacks- und Unterscheidungsvermögen an verschiedenen deutschen Weinen beweisen. Bei den Tests werden nur Weine präsentiert, die die Teilnehmer irgendwo auf ihrer Rundreise schon einmal getrunken haben.

Manche Leute stellen sich unter einem Weinkenner jemanden vor, der einen Wein beschnüffelt, einen Schluck nimmt, schlürft und laut und dann mit nachtwandlerischer Sicherheit Lage, Jahrgang, Rebsorte und vielleicht sogar noch das Wein-gut her sagt. „Scharlatanerie“, sagt Hans Jürgen Podzun. „Das ist viel-eicht mit einem Wein möglich, den man schon fünf- oder zehnmal ge-trunken und selbst im Keller liegen

## Breiterer Streifen zwischen Autos und Radfahrern

**dpa, Düsseldorf**  
25 Zentimeter trennen künftig Radfahrer und Autofahrer. So breit sollen nämlich nach einem neuen Erlass des nordrhein-westfälischen Verkehrsministeriums die Markierungen von Radfahrerspuren an Kreuzungen sein. Verkehrsminister Christoph Zöpel erhofft sich dadurch besseren Schutz für die im Verkehr besonders gefährdeten Radfahrer. Bisher sind die Markierungen nur 15 Zentimeter breit. Die Folge: Abbiegende Autofahrer übersehen leicht die schwächeren Verkehrsteilnehmer auf zwei Rädern. Immerhin passieren die Hälfte aller Verkehrsunfälle mit Fahrrädern an Kreuzungen oder Straßeneinmündungen. Wie das Radfahren sicherer werden kann, zeigt eine vom Verkehrsministerium herausgegebene Broschüre: „Radfahren, aber sicher!“ (kostenlos zu beziehen beim Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Breite Straße 31, 4000 Düsseldorf).

## Zwangsterilisation?

**AP, Berlin**  
Wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung im Zusammenhang mit Sterilisationen an psychisch Kranken in der Berliner Universitätsklinik Steglitz hat die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren „gegen Unbekannt“ eingeleitet. Wie Justizsprecher Walter Neuhaus gestern mitteilte, besteht der Verdacht, daß an geistig Behinderten und entmündigten Patienten Zwangssterilisationen vorgenommen worden seien, ohne daß vorher die für diesen Eingriff erforderlichen Genehmigungen eingeholt worden seien. Mehr als 100 Patientenzettel seien beschlagnahmt worden.

## Unwetter in Rom

**dpa, Rom**  
Nach mehr als 50-tägiger Trockenheit ist gestern ein heftiges Unwetter über Rom niedergegangen. In den Straßen stand das Wasser bis zu 30 Zentimeter hoch. Es kam zu zahlreichen Verkehrsunfällen.

## Lehre hinter Gittern

**dpa, Düsseldorf**  
In den nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten haben im vergangenen Jahr 1138 Gefangene erfolgreich eine Lehre absolviert und ihre Abschlußprüfung abgelegt. Ihre Zeugnisse enthalten keinerlei Hinweise darauf, daß sie die Prüfung hinter Gittern abgelegt haben. 1985 haben insgesamt 2582 Inhaftierte das Aus- und Weiterbildungsangebot in der Straftat genutzt.

## Heroin unter Wäsche

**dpa, Essen**  
Der Essener Polizei gelang es, 2,6 Kilogramm Heroin im Schwarzmarkt von zwei Millionen Mark sicherzustellen. 100 Gramm fanden die Beamten bei einem Italiener und zwei Libanesen, als sie das Trio beim Verkauf im Essener Hauptbahnhof überraschten. Die weiteren 2,5 Kilogramm entdeckte sie bei der Durchsuchung der Wohnung unter einem Berg schmutziger Wäsche.

## „Bubi“ weiter in Haft

**sid, Berlin**  
Der frühere Berufsbox-Europameister Gustav „Bubi“ Scholz hat wenige Chancen, vorzeitig aus der Haft entlassen zu werden. Die Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Berlin, die gestern den Inhaftierten Scholz anhörte, vertagte ihre Entscheidung, den 56-jährigen wegen guter Führung vorzeitig aus der Haft zu entlassen. Scholz war als Freigänger vor zweieinhalb Wochen betrunken in die Anstalt zurückgekehrt.

## Mehr als 100 Taifun-Tote

**dpa, Bangkok**  
Mehr als 100 Tote und 1000 Verletzte hat der Taifun „Wayne“ gefordert, der in der Nacht zum Sonntag mit 120 Stundenkilometern Geschwindigkeit über Nordvietnam gerast ist. Das berichtet gestern Radio Hanoi. Regenfälle überfluteten viele Reisfelder, so daß die Haupternte gefährdet ist.

## Hupka-Sohn wieder frei

**dpa, Bonn**  
Thomas Hupka (26), Sohn des CDU-Politikers Herbert Hupka, ist gestern auf Beschluß eines Haftrichters beim Bonner Amtsgericht unter Auflagen aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Dem Geschichtsstudenten werden außer Betrug fortgesetzte Urkundenfälschung und die Veruntreuung von mindestens 120 000 Mark an Parteigeldern der CDU vorgeworfen. Zu den Gerichten, daß der Richter eine Kaution von 50 000 Mark festgesetzt hat, wollte Oberstaatsanwalt Peter Iwand keine Angaben machen. Der Haftbefehl war wegen Fluchtgefahr ausgestellt worden. Ein CDU-Sprecher erklärte: „Für die CDU ist der Fall erledigt.“

## ZU GUTER LETZT

„Die laterale Diversifikation als Leistungsprogramm politischer Aktionsparameter bei Banken unter Berücksichtigung der Ideengenerierung und der Bewertung potentieller lateraler Leistungsarten“ - Thema einer Dissertation der Universität Köln.